

Allgemeine Untersuchungen zur Sozialgeschichte

Hermann Aubin (†) / Wolfgang Zorn (Hrsg.), Handbuch der deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Bd. 2: Das 19. und 20. Jahrhundert, Ernst Klett Verlag, Stuttgart 1976, XIV, 988 S., Ln., 175 DM; Hld., 195 DM.

Die hohen Erwartungen, die man dem zweiten Band dieses Handbuches entgegengebracht hat, sind im großen und ganzen nicht enttäuscht worden. Die führenden Fachleute ihres Gebietes, die hier mit bewunderungswürdiger Tatkraft der Herausgeber nicht nur dazu bewegt worden sind, ihre Beiträge zu versprechen, sondern sie auch mit nicht allzu großer Verspätung abzuliefern und sie auf ungefähr gleicher Ebene zu halten, haben mit ihren grundlegenden Ausführungen, den Tabellen, Abbildungen, Landkarten und Quellennachweisen ein Nachschlagewerk und Handbuch geschaffen, das seinen ebenbürtigen Platz neben dem Handbuch der Deutschen Geschichte einnehmen kann und ein Vorbild für andere Länder darstellt. Mit dieser Zusammenfassung des letzten Forschungsstandes ist die Wirtschaftsgeschichte Deutschlands volljährig geworden.

Es soll hier gleich vorweggenommen werden, daß im Vergleich zu ihr die Sozialgeschichte nur sehr spärlich zur Geltung kommt. Während sich die Kapiteleinteilung, abgesehen von den chronologischen Zäsuren um die Daten 1850 und 1914, an das traditionelle Themenschema der Wirtschaftsgeschichte hält (mit Spezialabhandlungen über Bevölkerung, Technik, Wirtschaftsordnung, staatliche Politik, Landwirtschaft, Gewerbe, Bergbau und Industrie sowie Verkehr, Handel und das Geld- und Kreditwesen und zusammenfassenden Kapiteln über Wachstum und Wechsellagen wie auch einem nützlichen Abschnitt über die Geschichte der Zahlungsmittel, Maße und Gewichte seit 1800), wird die gesamte Sozialgeschichte in eine einzige Kapitelreihe, gleichwertig z. B. der Landwirtschaft, zusammengedrängt. In diesem beengten Rahmen können die Verfasser, *Werner Conze* und *Wolfgang Zorn*, keine eigene oder zusammenhängende Logik entwickeln, sondern müssen sich auf stück- und bruchweise kurze Beschreibungen solcher verschiedenartigen Unterabteilungen wie Familienstruktur, Klassensystem, Politik, Kirche und Erziehung beschränken, die vielfach nichts anderes gemein haben, als daß sie sich nicht bequem in die anderen Kapitel einfügen lassen, obgleich sie sich auch manchmal mit Einzelheiten anderer Kapitel überschneiden. Diese Themen werden auch notgedrungen viel oberflächlicher behandelt als die vergleichbaren Probleme der Wirtschaftsgeschichte, wobei ihnen auch noch mehrerenorts das Rückgrat einer strengen wirtschaftshistorischen Logik fehlt.

So z. B. wird dem sich »katastrophenartig steigenden Verelendungsprozeß« der Jahre 1845–1848 die wachsende Übervölkerung zugrunde gelegt und dies erklärt nur mit dem Urteil der Zeitgenossen. Ganz abgesehen vom Problem des Verhältnisses einer langandauernden Ursache zu einer kurzfristigen Wirkung ist es aber gar nicht klar, daß eine anwachsende Bevölkerungszahl unbedingt zur Verarmung führen muß. Heute wird vielfach das Gegenteil behauptet, und der Bevölkerungszuwachs wird als ein positiver Einfluß auf ein Gebiet, das sich in den Anfangsstadien der Industrialisierung befindet (wie damals die deutschen Staaten), bewertet. Gab es einen Mangel bei den anderen Faktoren, Land oder

Kapital? Die gleiche Landfläche vermochte 50 oder 120 Jahre später eine ungleich höhere Bevölkerungszahl ungleich besser zu ernähren; und man wird auch kaum von einem Kapitalmangel in Deutschland in den 1840er Jahren sprechen können, in Anbetracht des zur Verfügung stehenden heimischen und ausländischen Kapitals für andere Zwecke. Mit jedem Händepaar kommt auch ein Mund zur Welt, und in einem Entwicklungsland wie dem damaligen Deutschland kann die Gleichsetzung von Bevölkerungszuwachs und Erwerbsmangel nicht ohne weitere Erklärung akzeptiert werden. Der Versuch einer Erklärung, obwohl er hauptsächlich in das Gebiet der Sozialgeschichte fällt, wird aber von *Wolfgang Köllmann* in seinem Abschnitt über die Bevölkerungsgeschichte geliefert.

Möglicherweise ist diese Zurücksetzung der Sozialgeschichte, die für die deutsche Historiographie so ungewöhnlich ist, dem angelsächsischen Einfluß zu verdanken, der sowohl in der grundlegenden Zielsetzung wie auch in dem häufigen Vergleich mit England in den Anfangsstadien der Industrialisierung und in den dazugehörigen Quellennachweisen zu erkennen ist. Der allerletzte Einfluß aus den U.S.A., nämlich die ökonometrische Geschichte oder Cliometrie, ist jedoch glücklicherweise noch nicht übernommen worden, obwohl vielleicht eine ihrer Errungenschaften, die Kunst, nichtvorhandene statistische Ziffern mit Hilfe von Formeln zu ersetzen oder zu erfinden, gerade den zerklüfteten deutschen statistischen Unterlagen, besonders vor dem Jahre 1871, zugute kommen könnte. Statt dessen ist der theoretische Unterbau dem Keynesianismus oder Neo-Keynesianismus entnommen, ausgehend vom Standpunkt des gesamten Nationaleinkommens, dessen Schwingungen die Entwicklung der einzelnen Sektoren beeinflusst, die wiederum in ihrer Totalität im Nationaleinkommen und -produkt aufgehen. *Knut Borchardts* Aufsätze, die sich mit diesen Gesamtgrößen befassen, sind deshalb tonangebend für den ganzen Band; in ihrer einfachklaren Darstellung eines komplizierten Vorgangs, dessen Einzelheiten mit Geschick herausgegriffen und beleuchtet werden, gehören sie mit zum hervorragenden Schrifttum der deutschen Wirtschaftsgeschichte. Ihre Lektüre allein macht den Ankauf des Buches wert.

Die Spezialarbeiten ordnen sich dem Hauptthema ohne Schwierigkeiten ein, und hier sind besonders die Kapitel über die Landwirtschaft (*Günther Franz, Max Rolfes*), Handwerk und Industrie (*Karl Heinrich Kaufhold, Wolfram Fischer*), Handel, Verkehr und Geldwesen (*Hermann Kellenbenz, Richard Tilly, Knut Borchardt*) und staatliche Politik und Finanzwesen (*Wolfgang Zorn*) zu nennen. Bemerkenswert ist hier bloß die Tendenz, ab und zu die Welt vom Standpunkt des eigenen Sektors zu betrachten, und vielleicht sogar von einem Teil des Sektors. So bezeichnet es Max Rolfes als eine »ungünstige« Entwicklung, daß Landarbeiterreallöhne ansteigen, d. h. schneller wachsen als die Preise der Agrarprodukte, und beklagt die »Verringerung der Kaufkraft der landwirtschaftlichen Erzeugnisse für menschliche Arbeitsleistung«. Sonst beschränken sich die Widersprüche zwischen den einzelnen Verfassern auf Nebensächlichkeiten, und das Gesamtbild ist ein eindrucksvoll einheitliches, besonders in den kritischen Perioden der Industrialisierung, des Hitler-Regimes und der Nachkriegszeit bis 1970. Die industrielle Revolution insbesondere weist noch genügend Züge des klassischen Modells in den deutschen Staaten auf, um ohne grundlegende Probleme chronologisch und themenmäßig behandelt werden zu können – ungleich der Industrialisierung Frankreichs und noch mehr Österreichs, die nicht mehr in die Schablone passen. Ab 1871 gehört das Deutsche Reich dann zu den Staaten, deren Geschichte selbst Modell wird. In den Jahren nach 1918 wechseln die politischen und damit auch die wirtschaftspolitischen Zustände so heftig und häufig den Kurs, daß eine einheitliche Behandlung für die große Zeitspanne 1914–1970, wie sie für die zwei früheren Perioden zutraf, nicht mehr möglich ist, und die Gleichzeitigkeit der Probleme der einzelnen Sektoren, z. B. in den Jahren 1933–1939, geht in der Hintereinanderfolge der inneren Struktur einzelner Kapitel verloren. Möglicherweise hätte hier eine stärkere Periodisierung durch Unterteilung und chronologische Zusammenstellung der Einzelkapitel größere Klarheit schaffen können.

Wie alle Handbücher stützt sich auch dieses auf Vorarbeiten und Monographien. Unter ihnen sind vielleicht diejenigen am wertvollsten, die es den Verfassern ermöglichten, trotz der zersplitterten politischen Struktur der deutschen Staaten während eines Großteils der Zeitspanne 1800–1970 nutzbare allgemeingültige Statistiken zusammenzustellen. Nur Österreich, dessen deutschsprachige Gebiete ab und zu miteingeschlossen werden, fällt hier aus dem Rahmen. Die Arbeit von W. G. Hoffmann, dessen Namen häufiger in den Quellen als jeder andere geführt wird, soll hier besonders hervorgehoben werden. Wenn wir aber weiterfragen, in welche Richtung sich die deutsche Wirtschaftsgeschichte weiterbewegen soll, wenn dieser Band nicht nur als der Abschluß einer Etappe, sondern auch als Wegweiser für die nächste gewertet werden soll, so findet sich möglicherweise gerade hier die Antwort.

Das Studium des Industrialisierungsprozesses, seiner Vorbereitungsphase und Nachentwicklung wird heute auf internationaler Ebene vorwärtsgetrieben. Die Schwerpunkte des Interesses werden deshalb in wachsendem Maße mit Hilfe von internationalen Vergleichen und Parallelen bearbeitet, und der Wert eines Beitrages aus einem Land wird daher oft an der Rolle gemessen, die er in internationalen Vergleichen spielen kann. Einer der jetzigen Schwerpunkte ist die Auflösung der Entwicklung innerhalb gegebener Grenzen in regionale und sektorale Einzelbewegungen, deren gegenseitigem Verhältnis ein bestimmender Einfluß in kritischen Perioden zugeschrieben werden kann. Aber den meisten Ländern fehlen regionale Statistiken: Für die USA, England oder Frankreich müssen sie erst mühsam herausgearbeitet werden, und selbst dann werden sie vielfach angezweifelt. In den deutschen Gebieten hingegen sind die regionalen Statistiken häufig die primären, obwohl sich die Einzelstaaten nicht immer mit Wirtschaftsgebieten decken. Der Gedanke beispielsweise der »Einfuhr« oder »Ausfuhr« einer Gegend oder einer Stadt, der in anderen Ländern bloß theoretische Grundlagen hat, beruht im Falle des Königreichs Sachsen oder der Stadt Hamburg auf nachweisbarer Wirklichkeit, und die Ungleichheit der Entwicklung, das »Gefälle«, von dem Richard Tilly spricht, als Tatsache wie als Kausalfaktor, kann hier mit größerer Beweiskraft untersucht werden. Gerade hier also kann die deutsche Wirtschaftsgeschichtsschreibung von übernationaler Bedeutung werden und sich an die Überprüfung und Verbesserung allgemeingültiger Thesen heranmachen. Es ist eines der Verdienste dieses Handbuchs, nicht nur als Führer durch die vergangene Forschung, sondern auch als Ansporn für die nächstliegenden Arbeiten der Zukunft dienen zu können. Sidney Pollard

Ulrich Engelhardt / Volker Sellin / Horst Stuke (Hrsg.), Soziale Bewegung und politische Verfassung. Beiträge zur Geschichte der modernen Welt (= Industrielle Welt, Sonderbd.), Ernst Klett Verlag, Stuttgart 1976, 913 S., Ln., 140 DM.

Schon das Ausmaß dieser *Festschrift für Werner Conze* deutet die Breite und Tiefe des Interessengebietes des Gefeierten an. Die Untertitel, unter denen die 25 Aufsätze seiner ehemaligen Schüler zusammengefaßt sind, lauten wie folgt: Fragen wissenschaftlicher Begriffsbildung; Staat und Verfassung; Vereinsbildung und Verbandspolitik; Bevölkerungsentwicklung, Arbeitskräftepotential und soziale Schichtung; liberale Lohntheorie und Gewerkschaftsbewegung; Sozialdemokratie, Staat und Nation; Wissenschaftsentwicklung und Wissenschaftspolitik; Probleme des Nationalsozialismus. Selbst diese reichhaltigen Themen, wie in der Einleitung bemerkt wird, erschöpfen noch nicht die Lehr- und Forschungstätigkeit Werner Conzes. Für den Rezensenten dagegen ist es der Fülle zu viel, und es würde vermessen erscheinen, als Einzelner Arbeiten von solcher Verschiedenheit zu beurteilen oder auch nur zu würdigen. Ein vereinzelt Herausgreifen, obwohl den vernachlässigten Aufsätzen gegenüber ungerecht, wird den Wert dieser Schriftensammlung besser verdeutlichen.

Wie alle Handbücher stützt sich auch dieses auf Vorarbeiten und Monographien. Unter ihnen sind vielleicht diejenigen am wertvollsten, die es den Verfassern ermöglichten, trotz der zersplitterten politischen Struktur der deutschen Staaten während eines Großteils der Zeitspanne 1800–1970 nutzbare allgemeingültige Statistiken zusammenzustellen. Nur Österreich, dessen deutschsprachige Gebiete ab und zu miteingeschlossen werden, fällt hier aus dem Rahmen. Die Arbeit von W. G. Hoffmann, dessen Namen häufiger in den Quellen als jeder andere geführt wird, soll hier besonders hervorgehoben werden. Wenn wir aber weiterfragen, in welche Richtung sich die deutsche Wirtschaftsgeschichte weiterbewegen soll, wenn dieser Band nicht nur als der Abschluß einer Etappe, sondern auch als Wegweiser für die nächste gewertet werden soll, so findet sich möglicherweise gerade hier die Antwort.

Das Studium des Industrialisierungsprozesses, seiner Vorbereitungsphase und Nachentwicklung wird heute auf internationaler Ebene vorwärtsgetrieben. Die Schwerpunkte des Interesses werden deshalb in wachsendem Maße mit Hilfe von internationalen Vergleichen und Parallelen bearbeitet, und der Wert eines Beitrages aus einem Land wird daher oft an der Rolle gemessen, die er in internationalen Vergleichen spielen kann. Einer der jetzigen Schwerpunkte ist die Auflösung der Entwicklung innerhalb gegebener Grenzen in regionale und sektorale Einzelbewegungen, deren gegenseitigem Verhältnis ein bestimmender Einfluß in kritischen Perioden zugeschrieben werden kann. Aber den meisten Ländern fehlen regionale Statistiken: Für die USA, England oder Frankreich müssen sie erst mühsam herausgearbeitet werden, und selbst dann werden sie vielfach angezweifelt. In den deutschen Gebieten hingegen sind die regionalen Statistiken häufig die primären, obwohl sich die Einzelstaaten nicht immer mit Wirtschaftsgebieten decken. Der Gedanke beispielsweise der »Einfuhr« oder »Ausfuhr« einer Gegend oder einer Stadt, der in anderen Ländern bloß theoretische Grundlagen hat, beruht im Falle des Königreichs Sachsen oder der Stadt Hamburg auf nachweisbarer Wirklichkeit, und die Ungleichheit der Entwicklung, das »Gefälle«, von dem Richard Tilly spricht, als Tatsache wie als Kausalfaktor, kann hier mit größerer Beweiskraft untersucht werden. Gerade hier also kann die deutsche Wirtschaftsgeschichtsschreibung von übernationaler Bedeutung werden und sich an die Überprüfung und Verbesserung allgemeingültiger Thesen heranmachen. Es ist eines der Verdienste dieses Handbuchs, nicht nur als Führer durch die vergangene Forschung, sondern auch als Ansporn für die nächstliegenden Arbeiten der Zukunft dienen zu können. Sidney Pollard

Ulrich Engelhardt / Volker Sellin / Horst Stuke (Hrsg.), Soziale Bewegung und politische Verfassung. Beiträge zur Geschichte der modernen Welt (= Industrielle Welt, Sonderbd.), Ernst Klett Verlag, Stuttgart 1976, 913 S., Ln., 140 DM.

Schon das Ausmaß dieser *Festschrift für Werner Conze* deutet die Breite und Tiefe des Interessengebietes des Gefeierten an. Die Untertitel, unter denen die 25 Aufsätze seiner ehemaligen Schüler zusammengefaßt sind, lauten wie folgt: Fragen wissenschaftlicher Begriffsbildung; Staat und Verfassung; Vereinsbildung und Verbandspolitik; Bevölkerungsentwicklung, Arbeitskräftepotential und soziale Schichtung; liberale Lohntheorie und Gewerkschaftsbewegung; Sozialdemokratie, Staat und Nation; Wissenschaftsentwicklung und Wissenschaftspolitik; Probleme des Nationalsozialismus. Selbst diese reichhaltigen Themen, wie in der Einleitung bemerkt wird, erschöpfen noch nicht die Lehr- und Forschungstätigkeit Werner Conzes. Für den Rezensenten dagegen ist es der Fülle zu viel, und es würde vermessen erscheinen, als Einzelner Arbeiten von solcher Verschiedenheit zu beurteilen oder auch nur zu würdigen. Ein vereinzelt Herausgreifen, obwohl den vernachlässigten Aufsätzen gegenüber ungerecht, wird den Wert dieser Schriftensammlung besser verdeutlichen.

Der Klett Verlag hat sich ungewöhnlich entgegenkommend gezeigt und allem Anschein nach nicht auf Kürzung der eingelaufenen Arbeiten bestanden, so daß sich einige Aufsätze fast in Buchlänge hinziehen. *Wolfgang von Hippels* Arbeit über den Hintergrund des Pauperismus in Württemberg 1815–1865 geht über 100 enggedruckte Seiten hinaus, und *Günter Trautmanns* Beitrag über Lohntheorie und Koalitionsrecht 1861–1878 wie auch der *Ulrich Engelhardts* über die Koalitionsrechtsforderungen der preußisch-deutschen Arbeiterbewegung 1862/63–1865 belaufen sich jeweils auf über 60 Seiten. Diese, wie die Mehrzahl der anderen Beiträge auch, verfügen über ein volles Maß von Anmerkungen und Quellennachweisen, die vielfach den Ursprung in der Doktorarbeit oder Habilitationsschrift erkennen lassen. Andere Beiträge, besonders die der älteren Historiker, wirken im Gegensatz dazu durch ihren gereiften Gedankengang, der sich mehr auf Erfahrung und früher veröffentlichte Werke als auf direkte Quellenangaben stützt. Diese Mischung von Schülern eines langjährig tätigen Lehrers ist nicht ungewöhnlich, und in diesem Fall trägt sie zur Bereicherung des Ganzen bei. Es sei hier auch noch hinzugefügt, daß, obwohl eine gewisse Einheitlichkeit in der Einstellung zur Geschichtswissenschaft unter den Autoren zum Vorschein kommt, die Einstellung zur Geschichte selbst keineswegs einförmig erscheint, sondern im Gegenteil fast das ganze Spektrum von rechts nach links umfaßt. Werner Conze hat seine Schüler zwar erweckt, aber sie nicht allzu sehr beeinflusst.

Eine Reihe von Beiträgen befaßt sich mit Problemen der Theorie und der Begriffsbildung. *Kosellecks* Aufsatz zur Frage des »Erfahrungsraumes« und des »Erwartungshorizontes« – des geschichtlichen Denkens vorwärts und rückwärts, in die Vergangenheit und die Zukunft – bietet eine würdige Einleitung dazu wie auch zum ganzen Band überhaupt. Hier behandelt er von neuem nicht die Geschichte selbst, sondern die Einstellung zu ihr, die Beziehungen zwischen der Gegenwart, der sich immer ändernden und entwickelnden, und dem wechselhaften »Raume« der erfassbaren Vergangenheit wie auch dem noch unklaren Horizont der erwarteten Zukunft. Bis zur Neuzeit war der Zwischenraum zwischen ihnen eng und leicht überbrückbar: Man extrapolierte, nicht zu Unrecht, mit verhältnismäßig geringem Originalitätsaufwand von einem zum anderen, und dies hatte wieder seine Rückwirkung auf die Gegenwart und die Einstellung zu dieser. In der Neuzeit hat sich die Kluft zwischen ihnen aber sprunghaft erweitert, die Gewißheit über die erwartete Zukunft wird demgemäß geringer, und die Rückwirkung auf die jeweilige Gegenwart wird dann zu *Kosellecks* eigentlichem Interessengebiet. Was hier besonders hervorzuheben ist, ist die Zulassung technisch-wirtschaftlicher Momente, die den Hauptgrund der Erweiterung des Zwischenraumes darstellen, zu allgemeingültigen begriffstheoretischen Überlegungen.

In derselben Sparte behandelt *Manfred Riedel* Fichtes zweideutige Einstellung zum Naturrecht, und *Horst Stuke* befaßt sich mit der Problematik des Klassenbegriffs. Die Ströme von Tinte, die über den letzteren schon vergossen worden sind, seien nicht nur aus den unterschiedlichen Zwecken, zu denen z. B. Soziologen, Revolutionäre oder Historiker ihn benützen wollen, zu erklären, sondern auch aus der historischen Wandlung der Gesellschaftsstruktur von Generation zu Generation. Diese Erkenntnis bedeutet gewiß einen Schritt vorwärts, wenn auch nicht vielleicht in ganz neues Gebiet.

Zum Bereich der Ideengeschichte gehört auch *Hans Mommsens* Beitrag zur marxistischen Einstellung zum Nationalismus. Dieser ist bekanntlich ein Problem, zu dem sich Marx und Engels mit ungewöhnlicher Unklarheit und nicht ohne Vorurteile geäußert haben. Für sie war das europäische Bild im Rahmen der Revolutionen des mittleren neunzehnten Jahrhunderts erstarrt: Die Nationen, die sich bis dahin als Staaten aufgeworfen hatten, einschließlich der Polen, Magyaren und (möglicherweise) der Iren, waren »geschichtlich«; die anderen hatten irgendwie ihr Recht verloren und brauchten die historischen Etappen des Nationalismus nicht zu durchleben, da sie von den entwickelten Völkern direkt in die nächste Phase der Weltgeschichte, in der die Nation an sich keine Rolle mehr spielen werde, getragen würden. Nun haben aber Marx und Engels die Geschwindigkeit der Weltentwick-

lung des Kapitalismus überschätzt und die »dritte Welt« völlig außer acht gelassen, und diese Schwächen machten sich in den folgenden Jahren immer klarer bemerkbar. Die daraus erwachsende Weiterentwicklung der Theorie wird hier bipolar dargestellt. Ein Pol wird von Karl Kautsky besetzt, der zwar den Nationalstaat von wirklichen wirtschaftlichen Handelsverbindungen in einem geschlossenen Innenmarkt ableitet und dem Proletariat jedes Landes in der Folge die Übernahme des wahren Nationalismus auf Zeit zugesteht, aber ihn im Weiterschreiten der Weltgeschichte durch den Internationalismus verdrängen läßt. Otto Bauer, der hier Renner folgt, stellt den anderen Pol dar. Gemäß der austromarxistischen Doktrin ist der Nationalismus kein zeitweiliges Phänomen, sondern eine erst wachsende Charaktergemeinschaft, welche ein Eigenleben entwickelt, das sich nicht auf den Klassenkampf reduzieren läßt und sich zunehmend von anderen differenziert. Während Stalin mehr der Kautsky-Linie folgte, gewinnt heute in der Nachkriegswelt Otto Bauer ein wachsendes Ansehen, obwohl gerade jetzt die wirtschaftlich entwickelten Länder durch ökologische Notwendigkeiten in einen neuen Internationalismus gezwungen werden und die Entwicklungsländer angesichts der schwindenden globalen Ressourcen ihnen eine »kollektive Nationalität« der verletzten Interessen entgegenstellen. Mommsen, dessen feingeknüpftem Gedankenzug von dieser hier grob wiedergegebenen Vereinfachung arges Unrecht angetan wird, gelingt es, einen der fruchtbarsten Aufsätze in dieser Sammlung auf verhältnismäßig geringem Raume zusammenzudrängen.

Volker Sellins Beitrag befaßt sich mit dem Begriff des aufgeklärten Absolutismus hauptsächlich bei Friedrich dem Großen. »Aufklärung« ist ein Wort mit mannigfaltiger Bedeutung. Manchmal ist es in einem Sinne gebraucht worden, das höhere Ziele im Auge hat, ohne sich um die Aufrechterhaltung des Staates zu kümmern und ohne sich notgedrungen auf das 18. Jahrhundert beziehen zu müssen. An anderen Stellen versteht man darunter eine Politik der wachsenden Menschenrechte oder eine Einschränkung der Rolle der Religion. Nach Sellin wollen solche Ansätze und im besonderen Friedrichs II. häufige Berufung auf den Gesellschaftsvertrag bloß einen Anspruch auf engere Bindung und Legitimation erheben: Die wahre Bedeutung der Aufklärung für die absolutistischen Herrscher lag in der Hoffnung, besser informiert und deshalb mit größerer Leistungsfähigkeit absolut zu herrschen. Wenn auch nicht völlig annehmbar, besonders wenn sie auf andere Fürsten wie etwa Katharina die Große oder Josef II. ausgedehnt wird, ist diese Korrektur doch von Wert.

Ein tiefgreifender Aufsatz von *Hartmut Soell* untersucht die Wechselbeziehungen zwischen wirtschaftlich-sozialer Wirklichkeit und sozialen und politischen Bewegungen in der letzten Phase des Ancien Régime und in der Revolutionszeit bis zum Thermidor. Wenn sich eine Gesamtansicht auch kaum ausdrückt, enthält dieser Aufsatz so viele Aphorismen im kleinen, daß eine gerechte Zusammenfassung den Rahmen einer kurzen Besprechung überschreiten würde, obwohl gerade diese Arbeit von vielen Historikern mit großem Vergnügen gelesen werden wird. So wird die Behauptung vertreten, daß die Revolution von dem Unvermögen der Krone, den Staat von oben zu modernisieren, herrührt, während gerade die Zurückgebliebenheit der Wirtschaft es ermöglichte, sich eine Revolution zu leisten. Die Zentralisierung macht zwar effiziente Gewaltakte möglich, ist aber in dieser Hinsicht der Gegenrevolution viel günstiger als der Revolution selbst. Wirtschaftliche Interessen schlagen sich in politischen Bewegungen nieder, aber die Übereinstimmung zwischen ihnen ist nicht einfach, und die Verschiedenheit hängt teilweise vom äußeren Druck ab: Hier macht sich besonders die Zäsur von 1794 bemerkbar. Diese und ähnliche Herausforderungen sind in großen Strichen gemalt, während *Siegfried Bahne* in seiner sorgfältigen Arbeit im kleinen das Problem der Altliberalen in der Regentschaftsperiode der »Neuen Ära«, d. h. die Unmöglichkeit, mit einer demokratischen Partei in einem undemokratischen Staat durchzudringen, untersucht. *Johannes Erger* verfolgt in einer

merkwürdig ähnlichen Analyse die Demoralisierung der Lehrer in der Weimarer Republik durch die Staats- und Wirtschaftskrise.

Sozialgeschichtliche Themen beginnen mit *Otto Danns* Untersuchung der Anfänge der politischen Vereinsbildung in Deutschland in den Jahren 1765–1819. Die ehrlich mühsame Forschung, die dieser Pionierarbeit zugrunde liegt, soll hier gewürdigt werden, obwohl das Ziel des Verfassers, weithin Aussagen über die politischen und sozialen Zustände von der Vereinsgeschichte ableiten zu wollen, erst im Anfangsstadium ist. *Wolfgang Köllmann* unterzieht in einer straff gehaltenen Arbeit die verschiedenen Wanderungstheorien einer scharfen Kritik, die sie im Grunde der unzulässigen Vereinfachung beschuldigt. Sein eigener Versuch einer neuen Theorie trägt daher den komplizierten Zwischenbeziehungen von Faktoren wie Übervölkerung, Lohngefälle, Verkehrsmittel und dem historischen wie auch soziologischen Moment überhaupt mehr Rechnung. Der Aufsatz *v. Hippels*, der ihm folgt, ist mit Abstand der längste in der Sammlung und auch der am besten belegte. Unter dem Vorwand, das Pauperismusproblem zu beleuchten, hat der Verfasser eine fast vollständige Wirtschaftsgeschichte des Königreichs Württemberg 1815–1865 zusammengestellt, wiewohl mit besonderer Berücksichtigung der Bevölkerungsstruktur und -wandlung. Hippels Einstellung zur Erklärung der scharfen Krisenperiode 1847–1856, die die Marxisten von der Ausbeutungstheorie und der Kapitalakkumulation ableiten, die Klassiker von der Übervölkerung und Conze vom unterentwickelten Stand des Gewerbes, ist eklektisch: Unter bestimmten Gesichtspunkten haben sie alle Recht. Zwei Innovationen dieser Arbeit verdienen es, besonders hervorgehoben zu werden. Eine besteht aus dem Versuch, aus dem vorhandenen statistischen Material die Ernährungslage wie auch den Arbeitsmarkt abzuleiten, welcher technisch von besonderem Interesse ist, obwohl in Anbetracht des weiten Schätzungsstandes Schlüsse von Wert kaum gezogen werden können, und die andere ist die dynamische Dimension, die der Entwicklung Württembergs durch die Einfügung in die gleichzeitige Entwicklung der Nachbarländer gegeben ist und die zuerst die Nachfrage nach landwirtschaftlichen Produkten steigert, dann zur Abwanderung Gewerbetreibender führt und schließlich, durch den daraus entstandenen Arbeitermangel, die Löhne erhöht und so einen heimischen Absatzmarkt für die Landwirtschaft ins Leben ruft. Ebenfalls im württembergischen Rahmen liegt die Studie *Heilwig Schomerus'*, die an Hand von vollständig überlieferten Akten der Maschinenfabrik Eßlingen in der Periode 1850–1914 die ausgeprägte Korrelation zwischen Ausbildung, Verdienst und sozialer Mobilität innerhalb der Arbeiterschaft nachweisen kann. *Dietmar Rothermunds* Arbeit, die geschichtlich wie zeitgenössisch das Kastensystem Indiens erfaßt, unterstreicht die jetzt vielerorts vertretene Ansicht, daß das System viel komplizierter, dabei aber weniger hierarchisch geschichtet war und ist, als man gemeinhin vereinfachend annahm. Als letztes in der Rubrik Sozialgeschichte muß *Lutz Niethammers* Biographie des Kommunalbaumeisters von Borbeck, dem »größten Industriedorf Preußens«, erwähnt werden. Die chaotische Entwicklung und frustrierte Stadtplanung innerhalb des Geländes zwischen Stadt und Land, zwischen Stadt und Stadt wie auch das (vielleicht typische) Geschick eines Beamten sind hier mit Verständnis und Sympathie geschildert; obwohl jeder Teil für sich selbst ein geschlossenes Ganzes abgibt, lassen sich beide nicht leicht in einer Studie zusammenfassen.

Die Geschichte des Sozialismus und der sozialen Kämpfe beansprucht einen geraumen Teil der Festschrift. Von *Dieter Groh* liegt ein mehr programmatischer als abschließender Bericht über die Konstanzer Arbeitsgruppe vor. *Günter Trautmann* bespricht die deutsche Einstellung zur klassischen englischen Lohnfondstheorie, die die Gewerkschaften als machtlos gegenüber dem vom Markt festgesetzten Lohnniveau darstellte. 1869, zur Zeit der neuen Gewerbeordnung, erfreute sich diese Doktrin selbst in England, wo sie auch nie von den Gewerkschaften anerkannt worden war, nicht mehr eines großen Anhangs, während deutsche Politökonomien, die von Haus aus mehr Interesse für Verteilungstheorien als für Produktionstheorien hegten, nie völlig von der Theorie überzeugt waren und deshalb mit

leichterem Herzen den Drang nach Anerkennung des Vereinsrechtes für Arbeiter und sogar des Streikrechtes unterstützen konnten. *Ulrich Engelhardt*, der dasselbe Thema von einem anderen Gesichtspunkt aus behandelt, unterstreicht besonders den Einsatz des liberalen Mittelstandes und besonders der Fortschrittspartei für die Koalitionsfreiheit. Die Gründe dafür sind teilweise in der Tatsache zu suchen, daß die Gewerkschaften noch vielfach aus Kleinhandwerkern bestanden, die sich gegen Klassegegensätze aussprachen und die man als Mitglieder für die bürgerliche Gesellschaft werben zu können hoffte, teilweise im Glauben – daran schließt sich Trautmanns These an –, daß die Anerkennung der Streikfreiheit bloß dazu dienen werde, die Lohnarbeiter von der Unmöglichkeit der Änderung des vom Markt festgesetzten Lohnes zu überzeugen. Die Freien Gewerkschaften der Weimarer Republik bilden das Thema von *Ursula Hüllbüsch*, und zwar besonders ihre Einstellung zu Tarifvertrag und Schlichtungswesen, die erneut das Eingreifen des Staates in das Gewerkschaftssystem verkörperten.

Zwei Arbeiten befassen sich mit der Sozialgeschichte der Naturwissenschaften. *Peter Borscheid* untersucht den bemerkenswerten Kontrast zwischen dem schnellen Anwachsen der Staatsunterstützung für die Chemie in Baden nach 1850 und der Vernachlässigung derselben Naturwissenschaft im benachbarten Württemberg bis nach 1865. Den Grund dafür sieht er im damaligen Zusammenhang der Chemie mit der landwirtschaftlichen Produktion, die wieder mit der Hungersnot von 1847 und den darauffolgenden Aufständen in Verbindung gebracht werden muß. Baden, welches die Revolution auf eigenem Boden erlebte, hatte das größere Interesse an der Verhütung weiterer Mißernten, während Württemberg abwarten konnte, bis das Studium der Chemie sich weitgehend als ein angesehenes Fach durchgesetzt hatte. *Lothar Burchardt*, von der Verbindung von Wissenschaft und Wirtschaftswachstum ausgehend, verfolgt im einzelnen die Beziehungen zwischen Staat und Wissenschaft am Beispiel der Chemie und der Gründung des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Chemie 1912, welches, weil es hauptsächlich von den Konzernen und nicht vom Staat finanziert wurde, auch mehr Immediatinteressen der Konzerne unterstand.

Schließlich behandeln fünf Beiträge Themen der Zeitgeschichte. *Michael H. Kater* versucht an Hand durchgehender Statistiken wie auch Einzelbiographien eine soziale Analyse der SA im Auftakt zur Röhm-Krise im Juni 1934. In Anbetracht des sozialen Abgrundes, der zwischen der Mannschaft und der niederen Führung mit ihren arbeitslosen, lumpenproletarischen und kriminellen Elementen einerseits und der höheren Führung mit ihrem bürgerlichen und selbst adligen Hintergrund und dem Ruf des Hedonismus und der Homosexualität andererseits klappte und der hier mit Absicht vielleicht etwas überschätzt wird, war es leicht für Hitler, die Führung vor dem Schlag zu isolieren. Die Frage, ob wirklich eine Verschwörung bestand, kann aber noch immer nicht gänzlich gelöst werden. *Wolfgang Schieder* geht von der Annahme aus, daß man, selbst wenn Hitler ein langfristiges politisches Programm zugestanden wird, kaum von einer kurzfristigen Planung sprechen kann, sondern bloß von schnellen taktischen Parierschlägen, und daß eine Verbindung zwischen diesen völlig fehlte. Dies wird am Beispiel des spanischen Bürgerkrieges dargestellt, der für Berlin unerwartet ausbrach, in typischer Weise unkoordiniert von verschiedenen Instanzen bearbeitet wurde, aber zur Erleichterung des Rohstoffmangels, dessen Ansatz im Vierjahresplan Rechnung getragen wurde, durch schnelles Anwachsen des Warenaustausches mit Franco-Spanien herangezogen werden konnte. *Reinhard Stumpf* behandelt das Problem der Sonderheere im zweiten Weltkrieg am Beispiel der Luftwaffen-Erdkampfverbände, die ursprünglich von der Sonderstellung Hermann Görings herrührten. Die Rolle Karl Renners in den Verhandlungen mit den Besatzungsmächten Österreichs nach 1945 wird von *Reinhard Bollmus* gewürdigt, und in einer anderen Spezialarbeit untersucht *Walter Lipgens* das Versagen der englischen Labour-Regierung bei dem Versuch einer anhaltenden Initiative in Europa 1945–46. Die traditionelle Bindung an das Über-

seereich hatte hier mitgespielt, aber letzten Endes lag es an der wirtschaftlichen Schwäche Englands, das den ersten wirksamen Vereinigungstrieb dem amerikanischen Marshall-Plan abtreten mußte.

Der Fülle dieses Bandes kann selbst eine längere Besprechung kaum gerecht werden, da sie sich auf Andeutungen und kurzgefaßte Urteile beschränken muß. Mit Sicherheit kann bloß gesagt werden, daß es kaum einen modernen Historiker geben wird, der nicht in dem einen oder anderen Beitrag interessante Anregungen finden wird, sowohl für sein Spezialfach wie auch für seine allgemeine Beherrschung der modernen Geschichte überhaupt.

Sidney Pollard

Hans-Ulrich Wehler, Bibliographie zur modernen deutschen Sozialgeschichte (18. – 20. Jahrhundert) (= Arbeitsbücher zur modernen Geschichte, hrsg. von Hans-Ulrich Wehler, Bd. 1; Uni-Taschenbücher 620), Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1976, X, 269 S., kart., 14,80 DM.

Hans-Ulrich Wehler, Bibliographie zur modernen deutschen Wirtschaftsgeschichte (18. – 20. Jahrhundert) (= Arbeitsbücher zur modernen Geschichte, hrsg. von Hans-Ulrich Wehler, Bd. 2; Uni-Taschenbücher 621), Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1976, X, 242 S., kart., 14,80 DM.

Diese beiden Taschenbücher enthalten 3553 und 3110 Titel von Büchern, Aufsätzen usw. zur deutschen Sozial- und Wirtschaftsgeschichte des 18. bis 20. Jahrhunderts. Die Gliederung umfaßt jeweils etwa 10 allgemeinere Veröffentlichungsgruppen und 40 zu speziellen Stichworten. Dabei ist eine alphabetische Reihenfolge nach Verfassern innerhalb dieser Gruppen vorgenommen worden. In Anbetracht der Fülle an bestehenden Publikationen fragt man sich zunächst, ob eine solche Bibliographie überhaupt sinnvoll sein kann, zumal da sie – wie der Verfasser auch zugibt – gewaltige Lücken in Kauf nehmen muß; man kann wohl sogar sagen, daß die Lücken bei weitem überwiegen. Für ein wissenschaftliches Arbeiten sind die beiden Bände daher nicht geeignet. Sie ersparen nicht den Griff zu wirklichen Bibliographien, die der Verfasser jeweils unter Abschnitt 2 der beiden Bände daher auch angeführt hat. Man könnte vielleicht noch erwägen, ob die Bibliographien möglicherweise den ersten Problem-Einstieg für Studenten, für noch nicht so sehr mit der sozial- und wirtschaftsgeschichtlichen Literatur Vertraute erleichtern kann. Auch hier sind jedoch erhebliche Bedenken am Platze, da die Auswahl der Literatur mindestens teilweise von Zufälligkeiten abhängig gewesen ist. Der Verfasser sagt selbst (Bd. 620, S. VIII), daß die Zusammenstellung im Kern auf seine »in den letzten 12 Jahren ursprünglich für eigene Arbeiten und Lehrveranstaltungen« vorgenommene Literatursammlung zurückgeht. Ein Vergleich mit den in den Veröffentlichungen des Verfassers genannten Quellen zeigt die sehr stark sozialwissenschaftliche Ausrichtung, die manchmal schon über eine vertretbare Linie hinausgeht und die interpretierenden Gedanken aus der Kongruenz mit dem realgeschichtlichen Hintergrund löst.

Von daher ist es verständlich, daß in Bd. 620 mehr als 10 v. H. aller Titel den beiden Gruppen »Theoretische und methodologische Fragen der Sozialgeschichte« (299 Titel) und »Kooperation zwischen Geschichts- und Sozialwissenschaften« (100 Titel) gewidmet sind. Demgegenüber umfaßt die Gruppe »Kooperation zwischen Geschichts- und Wirtschaftswissenschaften« nur gerade 9 Titel, ein Ungleichgewicht, das sicher nicht in der verfügbaren Literatur begründet ist. Die Gruppe »Theoretische und methodologische Fragen der Wirtschaftsgeschichte« ist mit 373 Titeln weit besser bestückt als die entsprechende sozialgeschichtliche Gruppe mit 299 Titeln.

Sieht man von der hierin, aber auch in anderen Gruppen schon äußerlich auffallenden Unausgeglichenheit bei der Auswahl ab, so ergeben sich auch innerhalb der einzelnen Gruppen erhebliche Mängel. Warum wird z. B. Joseph Schumpeter weder in der Gruppe

seereich hatte hier mitgespielt, aber letzten Endes lag es an der wirtschaftlichen Schwäche Englands, das den ersten wirksamen Vereinigungstrieb dem amerikanischen Marshall-Plan abtreten mußte.

Der Fülle dieses Bandes kann selbst eine längere Besprechung kaum gerecht werden, da sie sich auf Andeutungen und kurzgefaßte Urteile beschränken muß. Mit Sicherheit kann bloß gesagt werden, daß es kaum einen modernen Historiker geben wird, der nicht in dem einen oder anderen Beitrag interessante Anregungen finden wird, sowohl für sein Spezialfach wie auch für seine allgemeine Beherrschung der modernen Geschichte überhaupt.

Sidney Pollard

Hans-Ulrich Wehler, Bibliographie zur modernen deutschen Sozialgeschichte (18. – 20. Jahrhundert) (= Arbeitsbücher zur modernen Geschichte, hrsg. von Hans-Ulrich Wehler, Bd. 1; Uni-Taschenbücher 620), Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1976, X, 269 S., kart., 14,80 DM.

Hans-Ulrich Wehler, Bibliographie zur modernen deutschen Wirtschaftsgeschichte (18. – 20. Jahrhundert) (= Arbeitsbücher zur modernen Geschichte, hrsg. von Hans-Ulrich Wehler, Bd. 2; Uni-Taschenbücher 621), Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1976, X, 242 S., kart., 14,80 DM.

Diese beiden Taschenbücher enthalten 3553 und 3110 Titel von Büchern, Aufsätzen usw. zur deutschen Sozial- und Wirtschaftsgeschichte des 18. bis 20. Jahrhunderts. Die Gliederung umfaßt jeweils etwa 10 allgemeinere Veröffentlichungsgruppen und 40 zu speziellen Stichworten. Dabei ist eine alphabetische Reihenfolge nach Verfassern innerhalb dieser Gruppen vorgenommen worden. In Anbetracht der Fülle an bestehenden Publikationen fragt man sich zunächst, ob eine solche Bibliographie überhaupt sinnvoll sein kann, zumal da sie – wie der Verfasser auch zugibt – gewaltige Lücken in Kauf nehmen muß; man kann wohl sogar sagen, daß die Lücken bei weitem überwiegen. Für ein wissenschaftliches Arbeiten sind die beiden Bände daher nicht geeignet. Sie ersparen nicht den Griff zu wirklichen Bibliographien, die der Verfasser jeweils unter Abschnitt 2 der beiden Bände daher auch angeführt hat. Man könnte vielleicht noch erwägen, ob die Bibliographien möglicherweise den ersten Problem-Einstieg für Studenten, für noch nicht so sehr mit der sozial- und wirtschaftsgeschichtlichen Literatur Vertraute erleichtern kann. Auch hier sind jedoch erhebliche Bedenken am Platze, da die Auswahl der Literatur mindestens teilweise von Zufälligkeiten abhängig gewesen ist. Der Verfasser sagt selbst (Bd. 620, S. VIII), daß die Zusammenstellung im Kern auf seine »in den letzten 12 Jahren ursprünglich für eigene Arbeiten und Lehrveranstaltungen« vorgenommene Literatursammlung zurückgeht. Ein Vergleich mit den in den Veröffentlichungen des Verfassers genannten Quellen zeigt die sehr stark sozialwissenschaftliche Ausrichtung, die manchmal schon über eine vertretbare Linie hinausgeht und die interpretierenden Gedanken aus der Kongruenz mit dem realgeschichtlichen Hintergrund löst.

Von daher ist es verständlich, daß in Bd. 620 mehr als 10 v. H. aller Titel den beiden Gruppen »Theoretische und methodologische Fragen der Sozialgeschichte« (299 Titel) und »Kooperation zwischen Geschichts- und Sozialwissenschaften« (100 Titel) gewidmet sind. Demgegenüber umfaßt die Gruppe »Kooperation zwischen Geschichts- und Wirtschaftswissenschaften« nur gerade 9 Titel, ein Ungleichgewicht, das sicher nicht in der verfügbaren Literatur begründet ist. Die Gruppe »Theoretische und methodologische Fragen der Wirtschaftsgeschichte« ist mit 373 Titeln weit besser bestückt als die entsprechende sozialgeschichtliche Gruppe mit 299 Titeln.

Sieht man von der hierin, aber auch in anderen Gruppen schon äußerlich auffallenden Unausgeglichenheit bei der Auswahl ab, so ergeben sich auch innerhalb der einzelnen Gruppen erhebliche Mängel. Warum wird z. B. Joseph Schumpeter weder in der Gruppe

»Konjunktur und Krise«, noch in der Gruppe »Wachstumstheorie und Wachstumsgeschichte«, noch in der Gruppe »Technikgeschichte und Technologie«, noch in der Gruppe »Unternehmer« (Bd. 621) mit seinem zweibändigen Werk »Konjunkturzyklen« angeführt? Oder warum werden in dem sozialgeschichtlichen Band in der Gruppe »Arbeiterbewegung« weder die vielleicht umstrittene, aber doch sehr wichtige »Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung« von Helga Grebing noch »Der vierte Stand. Die gestaltenden Kräfte der deutschen Arbeiterbewegung im XIX. Jahrhundert« von Carl Jantke genannt?

Es ließen sich noch etliche weitere Beispiele anführen.

Die Bücher enthalten aber noch andere zu beanstandende Punkte. So wird z. B. der Vornahme des Autors Martin in Bd. 621 auf Seite 149 mit P. C. (richtig), eine Zeile zuvor aber mit P. S. angegeben. Hierbei handelt es sich eventuell nur um einen Druckfehler, der aber symptomatisch für die angewendete Sorgfalt bei der Erstellung des Manuskriptes und beim Korrekturlesen ist. So wird die »Zeitschrift für Agrargeschichte und Agrarsoziologie« einmal (Bd. 620, S. 14) richtig, ein anderes Mal (Bd. 621, S. 13) ohne die »Agrarsoziologie« angegeben. Der Anfänger wird die Identität beider Hinweise erst nach Rückfragen als sicher annehmen können. Ähnlich unterschiedliche Angaben werden für die »Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie« gemacht, indem in Bd. 621, S. 241 die »Sozialpsychologie« weggelassen wurde.

Gerade Bibliographien sind sehr anfällig für Fehler der genannten Art. Die Verantwortung eines Autors gegenüber den Käufern seines Werkes ist hier besonders groß. – Man könnte an dieser Stelle auch noch einige Bemerkungen über das in die Buchtitel aufgenommene Wort »modern« machen. Offensichtlich wird hier das 18. bis 20. Jahrhundert mit »modern« gleichgesetzt, eine Ansicht, über die man sich mindestens streiten kann.

Am Schluß sei noch erwähnt, daß der Verfasser für seine Gruppe »Bibliographien, Hilfsmittel, Forschungsberichte« in Bd. 621 (S. 3 ff.) das wichtige Taschenbuch von K. Borchardt: *Vademecum für den Volkswirt*, UTB, Bd. 137, 1973, ebenfalls übersehen hat. Gerade dieses Buch bietet, obgleich für den Volkswirt konzipiert, dem Wirtschaftshistoriker bessere Hilfen als die Bibliographie zur Wirtschaftsgeschichte von Wehler. Der Verfasser hätte sein Ziel mit zu dem Taschenbuch von Borchardt parallelen Werken für die Sozialgeschichte und für die Wirtschaftsgeschichte sicher eher erreichen können.

Friedrich-Wilhelm Henning

Arthur E. Imhof / Øivind Larsen, *Sozialgeschichte und Medizin. Probleme der quantifizierenden Quellenbearbeitung in der Sozial- und Medizingeschichte* (= *Medizin in Geschichte und Kultur*, hrsg. von K. E. Rothschuh, Bd. 12), Universitetsforlaget Oslo / Verlag Gustav Fischer, Stuttgart 1976, XII, 322 S., kart., 64 DM.

Henry E. Sigerist forderte 1940 in seinem Essay »The Social History of Medicine« dazu auf, den allgemeinen gesundheitlichen Zuständen und der gesellschaftlichen Bedeutung von Krankheit in der Medizingeschichte mehr Aufmerksamkeit zu schenken; der soziologische Ansatz in der Geschichte der Medizin diene dabei nicht allein der Kenntnis der Vergangenheit, sondern auch der Planung der Zukunft. Daß man dieser Forderung nur in sehr geringem Maß nachkam, liegt gewiß auch daran, daß das methodische Instrumentarium für eine sozialgeschichtliche Betrachtung der Medizin erst in den letzten Jahrzehnten vervollkommnet wurde. Denn für eine Morbiditäts- oder Mortalitätsstatistik etwa zum 18. Jahrhundert genügen die üblichen Quellen und die historisch-philologische Methode kaum. Indes sind mit den Methoden der historischen Demographie, die nach dem Zweiten Weltkrieg in Frankreich und England erarbeitet wurden, ein neuer Weg und ein neues Gebiet sozialgeschichtlicher Erkenntnis – die »histoire quantitative« oder speziell die »histoire sérielle« – eröffnet worden. Während in der Wirtschafts- und Sozialgeschichte

»Konjunktur und Krise«, noch in der Gruppe »Wachstumstheorie und Wachstumsgeschichte«, noch in der Gruppe »Technikgeschichte und Technologie«, noch in der Gruppe »Unternehmer« (Bd. 621) mit seinem zweibändigen Werk »Konjunkturzyklen« angeführt? Oder warum werden in dem sozialgeschichtlichen Band in der Gruppe »Arbeiterbewegung« weder die vielleicht umstrittene, aber doch sehr wichtige »Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung« von Helga Grebing noch »Der vierte Stand. Die gestaltenden Kräfte der deutschen Arbeiterbewegung im XIX. Jahrhundert« von Carl Jantke genannt?

Es ließen sich noch etliche weitere Beispiele anführen.

Die Bücher enthalten aber noch andere zu beanstandende Punkte. So wird z. B. der Vornahme des Autors Martin in Bd. 621 auf Seite 149 mit P. C. (richtig), eine Zeile zuvor aber mit P. S. angegeben. Hierbei handelt es sich eventuell nur um einen Druckfehler, der aber symptomatisch für die angewendete Sorgfalt bei der Erstellung des Manuskriptes und beim Korrekturlesen ist. So wird die »Zeitschrift für Agrargeschichte und Agrarsoziologie« einmal (Bd. 620, S. 14) richtig, ein anderes Mal (Bd. 621, S. 13) ohne die »Agrarsoziologie« angegeben. Der Anfänger wird die Identität beider Hinweise erst nach Rückfragen als sicher annehmen können. Ähnlich unterschiedliche Angaben werden für die »Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie« gemacht, indem in Bd. 621, S. 241 die »Sozialpsychologie« weggelassen wurde.

Gerade Bibliographien sind sehr anfällig für Fehler der genannten Art. Die Verantwortung eines Autors gegenüber den Käufern seines Werkes ist hier besonders groß. – Man könnte an dieser Stelle auch noch einige Bemerkungen über das in die Buchtitel aufgenommene Wort »modern« machen. Offensichtlich wird hier das 18. bis 20. Jahrhundert mit »modern« gleichgesetzt, eine Ansicht, über die man sich mindestens streiten kann.

Am Schluß sei noch erwähnt, daß der Verfasser für seine Gruppe »Bibliographien, Hilfsmittel, Forschungsberichte« in Bd. 621 (S. 3 ff.) das wichtige Taschenbuch von K. Borchardt: *Vademecum für den Volkswirt*, UTB, Bd. 137, 1973, ebenfalls übersehen hat. Gerade dieses Buch bietet, obgleich für den Volkswirt konzipiert, dem Wirtschaftshistoriker bessere Hilfen als die Bibliographie zur Wirtschaftsgeschichte von Wehler. Der Verfasser hätte sein Ziel mit zu dem Taschenbuch von Borchardt parallelen Werken für die Sozialgeschichte und für die Wirtschaftsgeschichte sicher eher erreichen können.

Friedrich-Wilhelm Henning

Arthur E. Imhof / Øivind Larsen, *Sozialgeschichte und Medizin. Probleme der quantifizierenden Quellenbearbeitung in der Sozial- und Medizingeschichte* (= *Medizin in Geschichte und Kultur*, hrsg. von K. E. Rothschuh, Bd. 12), Universitetsforlaget Oslo / Verlag Gustav Fischer, Stuttgart 1976, XII, 322 S., kart., 64 DM.

Henry E. Sigerist forderte 1940 in seinem Essay »The Social History of Medicine« dazu auf, den allgemeinen gesundheitlichen Zuständen und der gesellschaftlichen Bedeutung von Krankheit in der Medizingeschichte mehr Aufmerksamkeit zu schenken; der soziologische Ansatz in der Geschichte der Medizin diene dabei nicht allein der Kenntnis der Vergangenheit, sondern auch der Planung der Zukunft. Daß man dieser Forderung nur in sehr geringem Maß nachkam, liegt gewiß auch daran, daß das methodische Instrumentarium für eine sozialgeschichtliche Betrachtung der Medizin erst in den letzten Jahrzehnten vervollkommnet wurde. Denn für eine Morbiditäts- oder Mortalitätsstatistik etwa zum 18. Jahrhundert genügen die üblichen Quellen und die historisch-philologische Methode kaum. Indes sind mit den Methoden der historischen Demographie, die nach dem Zweiten Weltkrieg in Frankreich und England erarbeitet wurden, ein neuer Weg und ein neues Gebiet sozialgeschichtlicher Erkenntnis – die »histoire quantitative« oder speziell die »histoire sérielle« – eröffnet worden. Während in der Wirtschafts- und Sozialgeschichte

seit längerem quantitative Methoden diskutiert und mit Erfolg angewendet werden, ist die Medizingeschichte hinter dem allgemeinen methodischen Stand zurückgeblieben. Das ist um so bedauerlicher, weil die Medizingeschichte trotz ihres relativ engen Gegenstandes mit den Fragen nach dem allgemeinen Gesundheitsstand, der Morbidität und Mortalität und der Funktion der Medizin wichtige Faktoren für ein sozialgeschichtliches Gesamtbild beitragen kann.

Diesen methodischen Rückstand aufholen zu helfen, ist eines der Ziele der vorliegenden Publikation. Der norwegische Medizinhistoriker Øivind Larsen und der Schweizer Sozialhistoriker Arthur E. Imhof verstehen ihr Buch als eine Einführung in die beiden Fachdisziplinen Medizin- und Sozialgeschichte und als Anleitung zum Ausarbeiten einer historischen Todesursachengeographie. Zum dritten wollen sie auf das in Krankenjournalen und ärztlichen Aufzeichnungen enthaltene medizinhistorische Quellenmaterial aufmerksam machen (S. VII). Ihr wissenschaftliches Ziel ist die Errichtung einer historischen Krankheitsgeographie (S. 21). Da die endemischen Krankheiten als »*éléments biologiques de longue durée*« am besten durch quantitative Methoden zu erfassen seien (S. 220), sollen anhand ausgewählter Beispiele Anleitungen zu weiteren Forschungen gegeben werden (S. 29). Dabei geht es Imhof und Larsen nicht um die isolierte Betrachtung medizinhistorischer oder historisch-demographischer Probleme, sondern um die Frage, »welche Krankheiten den Gang des tagtäglichen Lebens für eine Bevölkerung in der vergangenen Zeit bestimmten« (S. 221). Neben diesem für eine Sozialgeschichte der Medizin grundlegenden Aspekt verdient der evidente Bezug von Imhofs und Larsens Arbeit zu unserer Zeit, etwa zur Nahrungsmittelversorgung und zum Bevölkerungswachstum in den sog. Ländern der Dritten Welt, hervorgehoben zu werden (vgl. S. 33–36)¹.

Imhof/Larsens Buch läßt sich in zwei Teile gliedern: Der erste Teil enthält eine Einführung in die Theorie und die allgemeinen Probleme quantitativ-historischer Studien. Im einzelnen geben Imhof und Larsen im 1. (Einleitung; S. 1–10) und im 2. Kapitel (Die Notwendigkeit quantitativer Studien; S. 11–36) eine zusammenfassende Darstellung der Entwicklung und Problematik historisch-quantitativer Betrachtung in der Sozialgeschichte, Medizingeschichte und der Historischen Demographie. Besonders angenehm fällt dabei die Selbstkritik gegenüber der eigenen Methode und deren Ergebnissen auf. Im 3. Kapitel (Das Quellenmaterial; S. 37–70) werden die Quellen – vitalstatistisches und populationszenorisches Material, Quellen zur Erforschung der Mortalität und medizinisches Quellenmaterial – mit ihrer besonderen Problematik dargestellt.

Nach diesem »Überblick über die Forschungslandschaft« (S. 71) werden im zweiten Teil detaillierteste Arbeitsanleitungen am Beispiel sozialhistorischer und medizinhistorischer Untersuchungen aus dem Raum Norwegen-Schweden-Finnland gegeben. Imhof und Larsen behandeln im 4. Kapitel (Materialauswahl und Repräsentativität; S. 71–98) die Kriterien, die für die Auswahl relevanten Quellenmaterials zu beachten sind. Im 5. (Methoden der Bearbeitung; S. 99–115) und 6. Kapitel (Beispiele quantitativer Untersuchungen; S. 116–218) werden zunächst die Methoden quantitativer Quellenforschung von der manuellen Erstellung von Karteikarten bis hin zur elektronischen Datenverarbeitung in allen Einzelheiten vorgeführt; sodann wird an ausgewählten Beispielen die Anwendung der Methoden vorgestellt. Dabei werden wichtige Fragen – so etwa die Schwierigkeit, Morbidi-

¹ Daß sich viele Probleme und Erkenntnisse einer historischen Morbiditäts- und Mortalitätsstatistik Europas nicht nur in den heutigen Entwicklungsländern aufzeigen lassen, sondern sich in unmittelbarer historischer Kontinuität auch in den Industriestaaten fortsetzen, zeigt neuerdings in eindringlicher Weise *Heinz Harald Abholz* (Hrsg.), *Krankheit und soziale Lage. Befunde der Sozialepidemiologie*, Frankfurt 1976; zum nahtlosen Übergreifen historischer Epidemiologie zur modernen Sozialepidemiologie vgl. insbesondere *Aaron Antonovsky*, *Soziale Schicht, Lebenserwartung und Sterblichkeit*, ebda., S. 19–56, und *J. N. Morris/J. A. Heady*, *Soziale und biologische Faktoren bei der Säuglingssterblichkeit*, ebda., S. 57–74.

tät (im Gegensatz zur Mortalität) historisch zu erfassen oder einen einheitlichen, operationablen Krankheitsbegriff zu finden – gestreift. Zahlreiche Abbildungen, Tabellen und Diagramme geben einen Einblick in Quellen, Arbeitsweise und Ergebnisse. Die Anmerkungen, die dem Text nachgestellt sind, geben neben den üblichen Referenzen zusätzliche Erläuterungen (vgl. z. B. Anm. 5, S. 231 f. zur Entwicklung der Bevölkerungsgeschichte in Deutschland) und zahlreiche Literaturhinweise (vgl. z. B. Anm. 12, S. 232 f. zum Problem der Geschichte der Ernährung). Eine umfangreiche Auswahlbibliographie (S. 254–307) bietet einen repräsentativen Überblick über die maßgebliche Literatur zur Sozialgeschichte, Medizinhistorik und der demographischen Methode. Auch Literatur zu speziellen Problemkreisen – etwa zur Ernährung (S. 277) oder zur Familien- und Haushaltsorganisation (S. 277 f.) – wird aufgeführt. Zwei wohl vornehmlich für die Erforschung der nordeuropäischen Länder relevante Anhänge zur schwedischen Nomenklatur von Todesursachen (S. 244–253), ein Verzeichnis der zahlreichen Illustrationen (S. 308–310) und ein Register (S. 311–322) schließen die Untersuchung ab.

Imhof und Larsen haben ihre Arbeit »aus der Praxis für die Praxis« (S. VII und öfter) geschrieben. Dabei haben sie in selbstloser Weise den Blick auf das von ihnen bisher erarbeitete Material und Arbeitsinstrumentarium freigegeben. Sie bieten zahllose Anregungen und Hilfen zu weiteren Arbeiten an. Dieses Buch ist für jeden medizinhistorisch Interessierten – besonders im ersten Teil und in der Schlußbetrachtung – lesenswert. Demjenigen, der auf dem Gebiet der historischen Krankheitsdemographie arbeiten will, nimmt es viele der lästigen Vorarbeiten ab und kann als konkrete Arbeitsanleitung dienen. Alfons Labisch

Studien zur Krankenhausgeschichte im 19. Jahrhundert im Hinblick auf die Entwicklung in Deutschland. Vorträge des Symposiums der »Deutschen Gesellschaft für Krankenhausgeschichte e. V.« vom 23. bis 24. Februar 1972 in Berlin. Redaktion: Hans Schadewaldt (= Studien zur Medizingeschichte im Neunzehnten Jahrhundert, hrsg. von Walter Artelt, Edith Heischkel-Artelt, Gunter Mann, Bd. 7; Forschungsunternehmen »Neunzehntes Jahrhundert« der Fritz Thyssen Stiftung), Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1976, 255 S., kart., 58 DM.

Dieter Jetter deutet im Vorwort zu seinem Buch »Grundzüge der Hospitalgeschichte« (Darmstadt 1973, S. VI f.) an, daß die Hospitalgeschichte eine unabdingbare Voraussetzung aller modernen Krankenhausplanung sein muß. In seiner Untersuchung stellt er »das Hospital als Institution sich wandelnder Ordnungsprinzipien der Gesellschaft in den Vordergrund« (S. VII). Schon vorher hatte Hans Schadewaldt in einem Vortrag die Hoffnung geäußert, daß »die Besinnung auf die historische Entwicklung [...] die weitere Diskussion [um die Struktur und Funktion des Krankenhauses] fruchtbar zu gestalten vermag« (Idee und Wirklichkeit des Krankenhauses im 19. Jahrhundert, in: Das Krankenhaus 63, 1971, S. 286–291, S. 287; s. auch Axel Murken, Die Entwicklung des Krankenhauses seit dem 19. Jahrhundert, ebda., S. 291–296). Die Krankenhausgeschichte erhält damit einen praxisorientierten Ansatz: Sie wird als Vermittler von Orientierungswissen und -hilfen für die heutige Situation und für zukünftige Planungen verstanden. Dabei sollen die vielfältigen Faktoren »medizinischer, technischer, soziologischer, wirtschaftlicher und politischer Art« (Murken, S. 291) berücksichtigt werden.

Diese Auffassung über die Funktion der Krankenhausgeschichte und die Breite ihres Arbeitsfeldes soll die Grundlage sein für die Beurteilung des vorliegenden Buches. Es ist in zwei Teile gegliedert. Der erste Teil – »Das Krankenhaus in Deutschland« überschrieben – enthält folgende Aufsätze: *Dankwart Leistikow*, Das deutsche Krankenhaus in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, S. 11–37; *Jörn Henning Wolf*, Ausstattung und Einrichtung des Krankenhauses in Deutschland 1870–1900, S. 38–55; *Heinz Goerke*, Per-

tät (im Gegensatz zur Mortalität) historisch zu erfassen oder einen einheitlichen, operationablen Krankheitsbegriff zu finden – gestreift. Zahlreiche Abbildungen, Tabellen und Diagramme geben einen Einblick in Quellen, Arbeitsweise und Ergebnisse. Die Anmerkungen, die dem Text nachgestellt sind, geben neben den üblichen Referenzen zusätzliche Erläuterungen (vgl. z. B. Anm. 5, S. 231 f. zur Entwicklung der Bevölkerungsgeschichte in Deutschland) und zahlreiche Literaturhinweise (vgl. z. B. Anm. 12, S. 232 f. zum Problem der Geschichte der Ernährung). Eine umfangreiche Auswahlbibliographie (S. 254–307) bietet einen repräsentativen Überblick über die maßgebliche Literatur zur Sozialgeschichte, Medizinhistorik und der demographischen Methode. Auch Literatur zu speziellen Problemkreisen – etwa zur Ernährung (S. 277) oder zur Familien- und Haushaltsorganisation (S. 277 f.) – wird aufgeführt. Zwei wohl vornehmlich für die Erforschung der nordeuropäischen Länder relevante Anhänge zur schwedischen Nomenklatur von Todesursachen (S. 244–253), ein Verzeichnis der zahlreichen Illustrationen (S. 308–310) und ein Register (S. 311–322) schließen die Untersuchung ab.

Imhof und Larsen haben ihre Arbeit »aus der Praxis für die Praxis« (S. VII und öfter) geschrieben. Dabei haben sie in selbstloser Weise den Blick auf das von ihnen bisher erarbeitete Material und Arbeitsinstrumentarium freigegeben. Sie bieten zahllose Anregungen und Hilfen zu weiteren Arbeiten an. Dieses Buch ist für jeden medizinhistorisch Interessierten – besonders im ersten Teil und in der Schlußbetrachtung – lesenswert. Demjenigen, der auf dem Gebiet der historischen Krankheitsdemographie arbeiten will, nimmt es viele der lästigen Vorarbeiten ab und kann als konkrete Arbeitsanleitung dienen. Alfons Labisch

Studien zur Krankenhausgeschichte im 19. Jahrhundert im Hinblick auf die Entwicklung in Deutschland. Vorträge des Symposiums der »Deutschen Gesellschaft für Krankenhausgeschichte e. V.« vom 23. bis 24. Februar 1972 in Berlin. Redaktion: Hans Schadewaldt (= Studien zur Medizingeschichte im Neunzehnten Jahrhundert, hrsg. von Walter Artelt, Edith Heischkel-Artelt, Gunter Mann, Bd. 7; Forschungsunternehmen »Neunzehntes Jahrhundert« der Fritz Thyssen Stiftung), Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1976, 255 S., kart., 58 DM.

Dieter Jetter deutet im Vorwort zu seinem Buch »Grundzüge der Hospitalgeschichte« (Darmstadt 1973, S. VI f.) an, daß die Hospitalgeschichte eine unabdingbare Voraussetzung aller modernen Krankenhausplanung sein muß. In seiner Untersuchung stellt er »das Hospital als Institution sich wandelnder Ordnungsprinzipien der Gesellschaft in den Vordergrund« (S. VII). Schon vorher hatte Hans Schadewaldt in einem Vortrag die Hoffnung geäußert, daß »die Besinnung auf die historische Entwicklung [...] die weitere Diskussion [um die Struktur und Funktion des Krankenhauses] fruchtbar zu gestalten vermag« (Idee und Wirklichkeit des Krankenhauses im 19. Jahrhundert, in: Das Krankenhaus 63, 1971, S. 286–291, S. 287; s. auch Axel Murken, Die Entwicklung des Krankenhauses seit dem 19. Jahrhundert, ebda., S. 291–296). Die Krankenhausgeschichte erhält damit einen praxisorientierten Ansatz: Sie wird als Vermittler von Orientierungswissen und -hilfen für die heutige Situation und für zukünftige Planungen verstanden. Dabei sollen die vielfältigen Faktoren »medizinischer, technischer, soziologischer, wirtschaftlicher und politischer Art« (Murken, S. 291) berücksichtigt werden.

Diese Auffassung über die Funktion der Krankenhausgeschichte und die Breite ihres Arbeitsfeldes soll die Grundlage sein für die Beurteilung des vorliegenden Buches. Es ist in zwei Teile gegliedert. Der erste Teil – »Das Krankenhaus in Deutschland« überschrieben – enthält folgende Aufsätze: *Dankwart Leistikow*, Das deutsche Krankenhaus in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, S. 11–37; *Jörn Henning Wolf*, Ausstattung und Einrichtung des Krankenhauses in Deutschland 1870–1900, S. 38–55; *Heinz Goerke*, Per-

sonelle und arbeitstechnische Gegebenheiten im Krankenhaus des 19. Jahrhunderts, S. 56–71; *Axel Hinrich Murken*, Das deutsche Baracken- und Pavillonkrankenhaus von 1866–1906, S. 72–104; *Manfred Stürzbecher*, Allgemeine und Spezialkrankenhäuser, insbesondere Privatkrankenanstalten im 19. Jahrhundert in Berlin, S. 105–120.

Der zweite Teil befaßt sich mit dem Thema »Krankenhäuser im Ausland und ihre Beziehungen zur deutschen Medizin«. Im einzelnen behandeln: *Ruth G. Hodgkinson*, Die Geschichte der englischen Krankenhäuser im 19. Jahrhundert, S. 121–160; *Charles Coury* (†) und *Mireille Wiriot*, Die Pariser Krankenhäuser im 19. Jahrhundert, S. 161–176; *Dieter Jetter*, Die Krankenhäuser in Nordamerika im 19. Jahrhundert, S. 177–201; *Heinz Müller-Dietz*, Die St. Petersburger Krankenhäuser im 19. Jahrhundert, S. 202–220; *Øivind Larsen*, Das Krankenhaus in Norwegen im 19. Jahrhundert, S. 221–241; *Loris Premuda*, Die italienischen Krankenhäuser im 19. Jahrhundert, S. 242–255. Die Vorträge wurden nachträglich mit Anmerkungen, teilweise auch mit Literaturverzeichnissen versehen.

Die deutschen Autoren untersuchen fast ausschließlich architekturhistorische Entwicklungen des Krankenhausbaus. So verweist *Leistikow* darauf, daß die medizinhistorischen Gesichtspunkte der Wandlung des alten Hospitals zum modernen Krankenhaus von Jetter, Schade-waldt und Murken schon »grundlegend aufgerissen worden« seien (S. 17), um sich dann baulichen Eigenheiten der neuen Krankenhäuser zu widmen. Zwar ist der architekturhistorische Aspekt der Krankenhausgeschichte grundlegend, besonders wenn die Einwirkung neuer Ergebnisse medizinischen Denkens (vgl. z. B. *Leistikow*, S. 15 f., 28 f.; *Wolf*, S. 43 f.; *Murken*, S. 99, 102 f.) oder allgemeiner sozialpolitischer Faktoren (vgl. z. B. *Leistikow*, S. 31 f.; *Jetter*, S. 184 f., 191 f.) auf Krankenhausbau und -ausstattung angedeutet werden. Allerdings ist der bauhistorische Aspekt nur einer unter mehreren möglichen Gesichtspunkten (vgl. das o. a. Zitat von *Murken*, S. 291). Hervorzuheben sind daher die Arbeiten von *Heinz Goerke* und *Manfred Stürzbecher*. *Goerke* gibt einen Überblick über die qualitative und quantitative Entwicklung des ärztlichen und pflegerischen Krankenhauspersonals sowie über den Einfluß apparativer Neuerungen auf die Medizin. Noch weiter in den sozialgeschichtlichen Bereich hineinreichend, mit zahlreichen Literaturangaben versehen und in Gliederung, Begrenzung der Fragestellung und Zielen klar durchstrukturiert ist der Aufsatz von *Stürzbecher*. *Stürzbecher* greift u. a. die Frage nach den Trägern der Krankenhäuser, nach den Kostenträgern (S. 107–110), nach den weltanschaulichen Einflüssen auf die Krankenpflege (S. 110 f.) und nach der Errichtung kommunaler Krankenhäuser (S. 113–117) auf.

Gegenüber den Referaten deutscher Autoren zeichnen alle ausländischen Verfasser die Entwicklung des modernen Krankenhauses auf dem Hintergrund allgemeiner sozialer bzw. sozialgeschichtlicher Faktoren – ein Autorenverzeichnis wäre übrigens sehr nützlich gewesen. Nach *Loris Premuda* beispielsweise befindet sich »Italiens ökonomisch-soziale, medizinisch-naturwissenschaftliche und hygienisch-sanitäre Problematik [...] im 19. Jahrhundert in direkter Beziehung zur politischen Situation« (S. 242). In den Unterpunkten stellt er die Frage nach der Architektur (S. 243–248), der Krankenhausgesetzgebung (S. 249), dem Beginn staatlicher Krankenhausplanung (S. 250 f.), dem Einfluß von Antisepsis und Asepsis (S. 251 f.), dem Chefarzt- und Privatabteilungssystem (S. 252 f.) und der Organisation der Krankenpflege (S. 253 f.). Eine letzte Frage, der möglichen Beziehung der Krankenhausentwicklung in Italien und Deutschland, deutet *Premuda* nur an (S. 254 f.). Diese in Titel und Hauptgliederung enthaltene Fragestellung wird im gesamten Buch kaum in extenso ausgeführt (vgl. z. B. die einschränkenden Bemerkungen von *Hodgkinson*, S. 158 f.); Vergleichspunkte ergeben sich meist nur in kurzen Bemerkungen (vgl. z. B. bei *Coury/Wiriot*, S. 170; *Jetter*, S. 191) oder indirekt. Ein Register – zumindest der Namen und Orte – hätte hier gute Dienste geleistet.

Als beispielhaft hervorzuheben ist der Aufsatz von *Ruth G. Hodgkinson*. *Hodgkinson* beginnt mit einigen grundlegenden Eigenheiten der Entstehung des englischen Kranken-

hauses und einem kurzen Überblick über die Anfänge des Krankenhauswesens im 18. Jahrhundert (S. 121–128). Der weitere medizinische wissenschaftliche und praktische Fortschritt im 19. Jahrhundert vollzog sich für Hodgkinson in einem allgemeinen Zusammenspiel sozialer, wirtschaftlicher, wissenschaftlicher und weltanschaulicher Faktoren (S. 128). Dabei hebt Hodgkinson u. a. die gegenseitige Einwirkung der Krankenhausentwicklung und der ärztlichen Ausbildung (S. 129–134), die Entwicklung der Spezialabteilungen und -krankenhäuser (S. 136–139), der Krankenpflege (S. 142 f.), den Einfluß der Nationalen Krankenversicherung (S. 146 f.) und die Armenhäuser (S. 148–158) hervor. Viele weitere Faktoren, die das englische Krankenhauswesen formten, werden erwähnt, so etwa die Rolle des Staates (S. 129, 147 f., 157), der leitenden Krankenhausärzte und -chirurgen (S. 135 f.), des Krankenhausbaus (S. 141 f.), der Verbesserung des Verkehrswesens (S. 144), finanzielle Krisen (S. 144 f.) etc. Trotz dieser vergleichsweise breit angelegten Analyse schränkt Hodgkinson ihre Arbeit ein: Sie habe das unbehagliche Gefühl, sich nicht »mit den Menschen, den sozialen Implikationen der Medizin und des Krankenhaussystems« auseinandergesetzt zu haben; vielmehr sollten »wir alles im größeren Rahmen sehen, es kommt auf den Hintergrund der Entwicklung und eine weitgefaßte Perspektive an. Aus dem Grund lege ich auf die Sozialgeschichte der Medizin solchen Wert« (S. 159).

Der zu Beginn der Rezension dargelegten Auffassung der Krankenhausgeschichte kommen so nur die Arbeiten der ausländischen Autoren nahe. Nur hier wird versucht, die multifaktorielle Genese des modernen Krankenhauses auch durch eine multifaktorielle Analyse aufzudecken. Nun ist dem Vorwort zu entnehmen, daß in dem vorliegenden Band »in erster Linie architektonische und organisatorische Fragen besprochen« werden sollten (S. 9); eine solche Begrenzung der Fragestellung hätte zweifellos auch im Titel, zumindest aber an deutlicher Stelle zum Ausdruck kommen müssen. Angesichts der Art, wie die ausländischen Autoren die Architekturgeschichte des Krankenhauses im Zusammenspiel mit anderen Faktoren sehen (vgl. hierzu die Aufsätze von Coury/Wiriot und Larsen), muß das einschränkende Urteil allerdings bestehen bleiben. Doch werden im Vorwort für einige ausgeklammerte Gebiete – nämlich »die eigentliche Krankenhauspflege, das Entstehen einer autochthonen Krankenhausmedizin und die sozialmedizinischen Probleme, wie sie sich mit dem Entstehen eines neuen Krankentypes einstellten« (S. 9) – weitere Vortragsreihen und damit wohl auch entsprechende Aufsatzsammlungen angekündigt. Indes bietet der vorliegende Band trotz des eingeeengten Blickfeldes mancher Arbeiten insgesamt eine Einführung in die Krankenhausgeschichte Deutschlands im 19. Jahrhundert – dies freilich um so mehr, wenn man die Arbeiten von Jetter, Schadewaldt und Murken (vgl. bei Leistikow, S. 17, A. 16) hinzunimmt.

Wenn *Schadewaldt* im Vorwort des besprochenen Buches nochmals ausführt, »daß eigentlich erst aus der historischen Perspektive die aktuelle Situation in wissenschaftlich relevanter Weise gewürdigt werden kann«, und dabei neben den medizinischen auch auf technische, soziologische, wirtschaftliche und politische Faktoren hinweist (S. 8), sollte damit allerdings die Bandbreite zukünftiger Forschungen zur Krankenhausgeschichte angegeben sein.

Alfons Labisch

Volker R. Berghahn (Hrsg.), *Militarismus* (= Neue Wissenschaftliche Bibliothek, Bd. 83), Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln 1975, 396 S., brosch., 28 DM; Ln., 40 DM.

Es gibt Begriffe, zu denen das Schillernde und Oszillierende gehört wie die Fahne auf die Fahnenstange. Zumal wenn die politische Umgangssprache und die Terminologie der Wissenschaft sich gemeinsam eines solchen Begriffes bedienen, können Verwirrung und Mißverständnisse nicht ausbleiben. Nun läßt sich der nach der Logik so simple Weg der strengen definitiven Festlegung leider nicht überall beschreiten, so daß die an und für sich

hauses und einem kurzen Überblick über die Anfänge des Krankenhauswesens im 18. Jahrhundert (S. 121–128). Der weitere medizinische wissenschaftliche und praktische Fortschritt im 19. Jahrhundert vollzog sich für Hodgkinson in einem allgemeinen Zusammenspiel sozialer, wirtschaftlicher, wissenschaftlicher und weltanschaulicher Faktoren (S. 128). Dabei hebt Hodgkinson u. a. die gegenseitige Einwirkung der Krankenhausentwicklung und der ärztlichen Ausbildung (S. 129–134), die Entwicklung der Spezialabteilungen und -krankenhäuser (S. 136–139), der Krankenpflege (S. 142 f.), den Einfluß der Nationalen Krankenversicherung (S. 146 f.) und die Armenhäuser (S. 148–158) hervor. Viele weitere Faktoren, die das englische Krankenhauswesen formten, werden erwähnt, so etwa die Rolle des Staates (S. 129, 147 f., 157), der leitenden Krankenhausärzte und -chirurgen (S. 135 f.), des Krankenhausbaus (S. 141 f.), der Verbesserung des Verkehrswesens (S. 144), finanzielle Krisen (S. 144 f.) etc. Trotz dieser vergleichsweise breit angelegten Analyse schränkt Hodgkinson ihre Arbeit ein: Sie habe das unbehagliche Gefühl, sich nicht »mit den Menschen, den sozialen Implikationen der Medizin und des Krankenhaussystems« auseinandergesetzt zu haben; vielmehr sollten »wir alles im größeren Rahmen sehen, es kommt auf den Hintergrund der Entwicklung und eine weitgefaßte Perspektive an. Aus dem Grund lege ich auf die Sozialgeschichte der Medizin solchen Wert« (S. 159).

Der zu Beginn der Rezension dargelegten Auffassung der Krankenhausgeschichte kommen so nur die Arbeiten der ausländischen Autoren nahe. Nur hier wird versucht, die multifaktorielle Genese des modernen Krankenhauses auch durch eine multifaktorielle Analyse aufzudecken. Nun ist dem Vorwort zu entnehmen, daß in dem vorliegenden Band »in erster Linie architektonische und organisatorische Fragen besprochen« werden sollten (S. 9); eine solche Begrenzung der Fragestellung hätte zweifellos auch im Titel, zumindest aber an deutlicher Stelle zum Ausdruck kommen müssen. Angesichts der Art, wie die ausländischen Autoren die Architekturgeschichte des Krankenhauses im Zusammenspiel mit anderen Faktoren sehen (vgl. hierzu die Aufsätze von Coury/Wiriot und Larsen), muß das einschränkende Urteil allerdings bestehen bleiben. Doch werden im Vorwort für einige ausgeklammerte Gebiete – nämlich »die eigentliche Krankenhauspflege, das Entstehen einer autochthonen Krankenhausmedizin und die sozialmedizinischen Probleme, wie sie sich mit dem Entstehen eines neuen Krankentypes einstellten« (S. 9) – weitere Vortragsreihen und damit wohl auch entsprechende Aufsatzsammlungen angekündigt. Indes bietet der vorliegende Band trotz des eingeeengten Blickfeldes mancher Arbeiten insgesamt eine Einführung in die Krankenhausgeschichte Deutschlands im 19. Jahrhundert – dies freilich um so mehr, wenn man die Arbeiten von Jetter, Schadewaldt und Murken (vgl. bei Leistikow, S. 17, A. 16) hinzunimmt.

Wenn *Schadewaldt* im Vorwort des besprochenen Buches nochmals ausführt, »daß eigentlich erst aus der historischen Perspektive die aktuelle Situation in wissenschaftlich relevanter Weise gewürdigt werden kann«, und dabei neben den medizinischen auch auf technische, soziologische, wirtschaftliche und politische Faktoren hinweist (S. 8), sollte damit allerdings die Bandbreite zukünftiger Forschungen zur Krankenhausgeschichte angegeben sein.

Alfons Labisch

Volker R. Berghahn (Hrsg.), *Militarismus* (= Neue Wissenschaftliche Bibliothek, Bd. 83), Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln 1975, 396 S., brosch., 28 DM; Ln., 40 DM.

Es gibt Begriffe, zu denen das Schillernde und Oszillierende gehört wie die Fahne auf die Fahnenstange. Zumal wenn die politische Umgangssprache und die Terminologie der Wissenschaft sich gemeinsam eines solchen Begriffes bedienen, können Verwirrung und Mißverständnisse nicht ausbleiben. Nun läßt sich der nach der Logik so simple Weg der strengen definitorischen Festlegung leider nicht überall beschreiten, so daß die an und für sich

wünschenswerte Trennung von Alltags- und Wissenschaftssprache in solchen Fällen nicht praktikabel erscheint. Solche Fälle – damit sind in Begriffen zusammengefaßte Konzepte und Forschungsansätze gemeint, die in den Geistes- und Sozialwissenschaften soziale Realität erklären wollen und deswegen nur schwerlich darauf verzichten können, für die Benennung dieser sozialen Realität zunächst einmal auf die Alltagssprache zurückzugreifen.

Ein typisches Beispiel für diese Schwierigkeit bietet der Begriff Militarismus. Über ihn lasse sich jederzeit erhitzen, wenn auch nicht unbedingt fruchtbringend, diskutieren, bemerkt der Herausgeber des vorliegenden Readers am Beginn seiner Einleitung. Daraus folgern zu wollen, man solle lieber gar nicht erst mit der Diskussion beginnen, hieße allerdings in der Tat, auf die Auseinandersetzung mit einer Reihe wichtiger Phänomene der sozialen Entwicklung zu verzichten. Also wird man, wie das der Herausgeber redlich und ein wenig ratlos versucht hat, jegliche Hitze vermeidend, die Diskussion am besten damit beginnen, daß man die bisherige Diskussion, so fruchtarm sie immer gewesen sein mag, Revue passieren läßt. Wie so viele Sammelbände aus der trefflichen »Neuen Wissenschaftlichen Bibliothek« hat auch dieser zwei Aufgaben: Er soll als Arbeitsunterlage für Übungen und Seminare über das Thema an Universitäten und als eine Art Nachschlagekompendium an anderen Bildungseinrichtungen dienen, er soll zugleich aber auch der aktuellen Forschung Impulse geben und sie auf diese Weise voranbringen. Vorab sei es gleich gesagt: Während die erste Aufgabe gut gelöst wurde, so daß dem Band weite Verbreitung sicher ist, bleibt er bezüglich der zweiten weit hinter den Erwartungen zurück, die der Leser trotz der dämpfenden Eingangsbemerkungen von *Volker R. Berghahn* bei der Ankündigung dieses Buches gehegt haben mag. Die ausgezeichnete Arbeit über den Tirpitz-Plan und verschiedene, vielversprechende Ausflüge in die moderne Friedens- und Konfliktforschung¹ zeichnen Berghahn als einen ebenso soliden wie originellen Historiker mit umfassendem Einblick in die sozialwissenschaftliche Methodologie und Theorienbildung aus, so daß die Konstellation für einen neuerlichen Schub in der Militarismus-Forschung durch die Kombination von Autor und Thema gegeben schien.

Er ist ausgeblieben. Herausgekommen ist statt dessen ein im besten Wortsinne konventioneller Sammelband. Er besteht aus der längeren, die folgenden Beiträge sowie einige andere Ergebnisse und Thesen der Militarismus-Forschung knapp charakterisierenden, dabei nach dem Gestaltungsprinzip des Warenhauskatalogs verfahrenen Einleitung des Herausgebers sowie aus zwei Teilen mit Texten und schließlich einer unvollständigen (leider!) und nicht genügend zuverlässig Korrektur gelesenen Bibliographie.

Der erste Text-Stapel bietet Beispiele aus der allgemeinen Militarismus-Diskussion seit dem Ende des 19. Jahrhunderts. Es beginnt mit neu übersetzten Ausschnitten aus *Herbert Spencers* »The Principles of Sociology«, und zwar den Abschnitten daraus, in denen Spencer (in der Tradition der frühbürgerlichen Soziologie stehend) den (vorbürgerlichen) militanten Gesellschaftstyp dem (bürgerlichen) industriellen Gesellschaftstyp konfrontiert. Der militante Gesellschaftstyp wird von Spencer als eine Gesellschaft gekennzeichnet, die durch Kollektivismus geprägt ist: Das Individuum ist Eigentum des Staates, das gemeinschaftliche Handeln setzt machtvolle Kontrollorgane und eine starke Zentralgewalt voraus. Da alle Merkmale dieser Art gesellschaftlicher Organisation am deutlichsten in der Militärorganisation ausgeprägt sind, wird diese zum Organisationsvorbild und -muster der gesamten Gesellschaft. Der industrielle Gesellschaftstyp zeichnet sich dagegen durch die garantierte Individualität aller Bürger aus. Aus der ein wenig idyllisch anmutenden Beschreibung der Innovationsdynamik dieses Gesellschaftstyps folgert Spencer (ähnlich wie vor ihm *Comte* u. a.), daß der militante Gesellschaftstyp absterben werde. Und »nach dem Aussterben der durch Militanz geförderten natürlichen Aggressivität entwickelt sich

¹ *Volker R. Berghahn*, Rüstung und Machtpolitik. Zur Anatomie des »Kalten Krieges« vor 1914, Düsseldorf 1973.

die kollektive Funktion zu der des Vermittelns zwischen jenen miteinander in Konflikt geratenen Interessen, dessen gerechte Beilegung den beteiligten Personen nicht unmittelbar einleuchtet« (S. 53). Klassen- und herrschaftslose Gesellschaft, Variation: bürgerlicher Optimismus.

Es folgt ein Vortragstext des preußischen Historikers *Otto Hintze* aus dem Jahr 1906, »Staatsverfassung und Heeresverfassung«. Hier drückt sich, illustriert durch zahlreiche Beispiele aus der Geschichte, so etwas wie die pragmatisch-machtpolitische Gegenposition zu Spencer aus: »Daß die Welt für den ewigen Frieden noch nicht reif ist, das haben die Ereignisse der jüngsten Vergangenheit wieder einmal recht deutlich gezeigt; es wird wohl in absehbarer Zukunft bleiben, wie es bisher gewesen ist in der Völkergeschichte, nämlich daß Form und Geist der Staatsverfassungen nicht allein durch die wirtschaftlich-sozialen Verhältnisse und Interessenkämpfe, sondern in erster Linie durch die Notwendigkeit von Abwehr und Angriff [!], d. h. durch die Kriegs- und Heeresverfassung bedingt sind« (S. 85).

Aus dem gleichen Jahr 1906 stammt die Rede *Karl Liebknechts* über Militarismus und Antimilitarismus unter besonderer Berücksichtigung der internationalen Jugendbewegung, aus der Teile in dem vorliegenden Reader abgedruckt sind. Liebknecht deutet im ersten Teil seiner Ausführungen an, daß die Wurzeln des Militarismus nur durch eine individuelle und soziale Dimensionen des Menschen gleichermaßen untersuchende Anthropologie aufgedeckt werden können. Er wendet sich aber dann rasch der gegenwärtigen Erscheinungsweise, dem »kapitalistischen Militarismus« zu. Zu Recht erkennt er die doppelte Funktion von Militarismus: Im außenpolitischen Bereich soll er politische Forderungen durchsetzen helfen, innerhalb der eigenen Gesellschaft soll er Loyalität erzwingen. Gerade dies letzte jedoch vermag er nach Liebknecht immer weniger: »So steht der moderne Militarismus vor uns, der nicht mehr und nicht weniger sein will als die Quadratur des Zirkels, der das Volk gegen das Volk selbst bewaffnet, der den Arbeiter, indem er eine Altersklassenscheidung mit allen Mitteln künstlich in unsere soziale Gliederung hineinzutreiben sucht, zum Unterdrücker und Feind, zum Mörder seiner eigenen Klassengenossen und Freunde, seiner Eltern, Geschwister und Kinder, seiner eigenen Vergangenheit und Zukunft zu machen sich vermißt, der gleichzeitig demokratisch und despotisch, aufgeklärt und mechanisch sein will, gleichzeitig volkstümlich und volksfeindlich« (S. 91).

Von dem liberalen Militärjournalisten *Franz Carl Endres* druckt Berghahn einen kleinen Ausschnitt aus dessen 1927 erschienenem Aufsatz »Soziologische Struktur und ihr entsprechende Ideologien des deutschen Offizierkorps vor dem Weltkrieg« ab. Sein Fazit: Militarismus hat mit der Größe einer Armee gar nichts zu tun. Militarismus ist die Geistesverfassung des Nichtmilitärs. »Die soziale Präponderanz des Offiziers, die Beurteilung politischer, volkswirtschaftlicher, sozialer, pädagogischer Fragen nicht nach dem Kriterium der Volkswohlfahrt, sondern nach dem der Heereswohlfahrt und der militärischen Machtäußerung« (S. 99), das sei Militarismus.

Diese definitorische Richtung wird aufgenommen von *Alfred Vagts*, dessen 1937 zuerst erschienen Buch »A History of Militarism« vor allem in den angelsächsischen Ländern großen Einfluß ausgeübt hat. Weil der Herausgeber die Beiträge in diesem ersten Teil des Sammelbands nach der Reihenfolge ihrer Erstpublikation geordnet hat, folgt auf den Ausschnitt aus dem Buch von Vagts ein 1946 von *Hans Herzfeld* veröffentlichter Aufsatz »Der Militarismus als Problem der Neueren Geschichte«. Herzfelds Reflexionen sind natürlich durch den Niedergang des Dritten Reiches nicht unberührt geblieben. Er versucht in diesem Aufsatz mit dem behutsamen Selbstvertrauen eines standfesten Konservativen, soldatische Leistung von Militarismus zu trennen. Erstere erscheint, insbesondere im Zusammenhang mit der Aufgabe, die Heimat zu verteidigen, unter einem positiven Vorzeichen. Militarismus andererseits wird weniger mit bestimmten und bestimmbareren Interessen verknüpft, statt dessen als Ingredienz des Modernismus schlechthin hingestellt.

»Militarismus ist, um das Ergebnis dieser Betrachtung zusammenzufassen, eine das kriegsrische Element zum Selbstzweck erhebende Übersteigerung des Militärischen. Seine Gefahren sind in der Neueren Geschichte auf der Grundlage der Rationalisierung, Technisierung und Spezialisierung des modernen Lebens ins Unermeßliche gesteigert worden« (S. 113). Man erinnere sich kurz an Spencers Prognose – hier ist der bürgerliche Optimismus von einer tiefen skeptischen Resignation abgelöst worden, die Militarismus genau dort sieht, wo früher seine Überwindung gesehen wurde.

Es folgen zwei Beiträge von *Harold D. Lasswell* (»Die Kasernenstaats-Hypothese heute«) und *Warren E. Williams* (»Versuch einer Definition paramilitärischer Organisationen«) aus der ersten Hälfte der sechziger Jahre. Zum Abschluß dieses ersten Teils dann zwei Beiträge von westdeutschen Autoren: Von *Dieter Senghaas* sind »Überlegungen zur gegenwärtigen Militarismus-Problematik« aus seinem Buch »Rüstung und Militarismus« (1972) abgedruckt, während von *Alf Lüdtke* der einzige Originalbeitrag des Readers stammt, »Militärstaat und »Festungspraxis« – Staatliche Verwaltung, Beamtenschaft und Heer in Preußen 1815–1850«. Senghaas versucht, den Militarismus-Begriff dadurch zu erweitern, daß er nicht mehr nur die gegenseitige Durchdringung von militärischer und politischer Sphäre mit diesem Begriff erfaßt wissen will. Aus einer Analyse der Gesellschaft in den USA und der Ost-West-Beziehungen insgesamt entnimmt er die Erkenntnis, daß infolge der Verklammerung praktisch aller wichtiger Teilbereiche der Gesellschaft mit dem Militär – also Wirtschaft, Wissenschaft, Technologie usw. – die Trennung von zivil/militärisch gar nicht mehr möglich ist. Militarismus wird so für ihn zum Kennzeichen des Systems selbst, ist eine Seite der von ihm früher bereits konstatierten »organisierten Friedlosigkeit« innerhalb und zwischen Gesellschaften.

Lüdtkes Text läßt große Gelehrsamkeit des Autors ahnen, ist aber so komprimiert worden, daß die Auseinandersetzung mit ihm kaum möglich ist. Immerhin vermag er Hinweise darauf zu vermitteln, daß die Untersuchung der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts in der Tat zur Erklärung des typischen Wilhelminischen Militarismus, den man häufig auf die Jahre nach 1860 und die Niederlagen des Liberalismus zurückführt, noch einiges beizusteuern vermag.

Ein Gesamtbild ergibt sich aus dem ersten Teil des Readers nicht; nicht zuletzt die auf Chronologie bedachte Anordnung der Texte verhindert das. Aber auch im zweiten Teil wird der Benutzer des vorliegenden Bandes mit einer Vielzahl von Beiträgen behelligt, die, für sich genommen, mehr oder weniger informativ sind, im Zusammenhang aber keine neuen Einsichten hergeben. Das beginnt mit fünf Arbeiten zum deutschen Militarismus. *Friedrich Meinecke*, *Gerhard Ritter*, *Ludwig Dehio*, *Ernst Engelberg* und schließlich (am aufschlußreichsten) *Karl Rohe* sind vertreten; im Mittelpunkt steht die Diskussion um den Ritterschen Militarismus-Begriff. Ich habe den Eindruck, daß der Herausgeber hier einem Mythos der Zunft aufgefressen ist. Denn so wichtig das Rittersche Werk »Staatskunst und Kriegshandwerk« auch ist, so wenig gibt die Rekonstruktion der Debatte um seinen Militarismus-Begriff heute noch her. Das Für und Wider der fünfziger Jahre ging doch latent um die »Bewältigung der Vergangenheit« in einem etwas vordergründigen Sinn. Für die Militarismus-Forschung ist dabei jedenfalls wenig abgefallen. Wer sich allerdings von der Urbanität und Klarheit eines Ludwig Dehio noch einmal überzeugen möchte, hat hier eine gute Gelegenheit dazu. Engelberg, Historiker aus der DDR, definiert nach einer Kritik von Ritter Militarismus als eine Politik von Klassen oder Klassenfraktionen, die nicht mehr die Gesamtinteressen der Gesellschaft vertreten, also reaktionär seien (S. 263). Damit kann man auch nichts anfangen.

Rohes Beitrag handelt vom Militarismus der militärisch organisierten Bünde in der Weimarer Republik. Er deckt dabei eine Reihe dezidiert anti-bürgerlicher Züge dieses präfaschistischen Militarismus auf. Aus seinen kurzen Anmerkungen zum Thema lassen sich am ehesten theoretische Funken schlagen.

Nun wäre es völlig falsch, die Militarismus-Problematik nur Deutschland-zentrisch oder bezogen auf die industrialisierten Länder zu sehen. Sie spielt auch eine wichtige Rolle in den Entwicklungsländern. Dieser Bereich kommt im vorliegenden Reader aus Platzgründen ein wenig zu kurz. Immerhin kann man einen wichtigen Aufsatz von *Morris Janowitz* über die Möglichkeiten und Wege vergleichender Analyse der Rolle des Militärs in den Entwicklungsländern zum erstenmal in deutscher Sprache lesen. Zwei andere Beiträge sollen exemplarisch solche »exotischen« Militarismen beleuchten (*Alba* über »Die Stufen des Militarismus in Lateinamerika« und *Awe* über »Militarismus und wirtschaftliche Entwicklung im Jorubaland des 19. Jahrhunderts«).

Über Militarismus in Japan informiert ein kurzer Abschnitt aus einem Buch von *Samuel P. Huntington*. Zum Schluß gibt es zwei Beiträge über die USA (von *V. K. Dibble* und von *Monika Medick*) und die Erscheinungsformen inner-gesellschaftlich wirksamen Militarismus in dem modernsten der hoch-industrialisierten Länder.

Man sieht aus dieser Übersicht, daß das gesamte Unternehmen von Berghahn einen etwas zwiespältigen Eindruck hinterläßt. Adjektive wie nützlich, brauchbar und arbeitserleichternd drängen sich von der einen Seite her auf. Auf der anderen Seite bleibt Unzufriedenheit zurück, weil doch allzuviel taubes Gestein bewegt worden ist. Vielleicht ist das aber eine der notwendigen Kärnerarbeiten, nämlich dies wegzuschaffen, und sei es in einen gelben Band der NWB, damit Platz ist für neue Überlegungen und mehr fruchtebringende Debatten.

Wilfried von Bredow

Empirische Revolutionsforschung, hrsg. und eingel. von Klaus von Beyme (= Uni-Taschenbücher 246), Westdeutscher Verlag, Opladen 1973, 320 S., kart., 19,80 DM.

Thomas H. Greene, *Comparative Revolutionary Movements* (= Contemporary Comparative Politics Series), Prentice-Hall International Inc., Englewood Cliffs, N. J./London 1974, XI, 172 S., kart., \$ 4.15.

Die Literatur zur modernen Revolutionsforschung ist kaum mehr überschaubar, wie schon ein flüchtiger Blick in die Bibliographien der beiden hier zu besprechenden Titel erkennen läßt. Aus diesem Grund ist es um so bedeutsamer, daß jetzt ein Band mit ausgewählten Texten zur Revolutionsforschung vorliegt, ein Reader, welcher dem Leser einen Überblick in den Stand der gegenwärtigen internationalen Diskussion zu vermitteln sucht.

In seiner ausführlichen und informativen Einleitung entwickelt *K. v. Beyme* die These, daß erst mit der Zurückdrängung feudaler Machtstrukturen durch den Aufstieg der bürgerlichen Gesellschaft (politisch-historisch faßbar in der Französischen Revolution von 1789) der Begriff der Revolution seinen bis heute im wesentlichen gültigen Inhalt erhielt, nämlich den eines Prozesses, in welchem die alten politischen und ökonomischen Herrschafts- und Besitzverhältnisse grundlegend und dauerhaft verändert wurden. Das Verdienst, bereits eine Revolutionstheorie auf der Basis einer Gesellschaftsanalyse entwickelt zu haben, kommt nach *v. Beyme* Marx und Engels zu. Der hohe politische und wissenschaftliche Stellenwert der marxistischen Revolutionslehre dürfe jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß eine Revolutionsforschung empirisch-systematischen Charakters erst zu Anfang des 20. Jahrhunderts einsetzte und der Beginn einer umfassenden Theoriebildung sogar erst für die Zeit nach dem 2. Weltkrieg datiert werden kann, und zwar im Zusammenhang mit der einsetzenden Entwicklungsländerforschung.

Von Relevanz für die Erfassung der Komplexität des Revolutionsbegriffs sind ferner *v. Beymes* Hinweise auf das Definitionsproblem (die nach *v. Beyme* zu starke Betonung des Violenz-Aspekts), die interpretierte schematische Darstellung der wichtigsten theoretischen Ansätze in der internationalen Revolutionsforschung sowie seine Bemerkungen zu den von neomarxistischer Seite erfolgten neuen Definitions- und Interpretationsversuchen

Nun wäre es völlig falsch, die Militarismus-Problematik nur Deutschland-zentrisch oder bezogen auf die industrialisierten Länder zu sehen. Sie spielt auch eine wichtige Rolle in den Entwicklungsländern. Dieser Bereich kommt im vorliegenden Reader aus Platzgründen ein wenig zu kurz. Immerhin kann man einen wichtigen Aufsatz von *Morris Janowitz* über die Möglichkeiten und Wege vergleichender Analyse der Rolle des Militärs in den Entwicklungsländern zum erstenmal in deutscher Sprache lesen. Zwei andere Beiträge sollen exemplarisch solche »exotischen« Militarismen beleuchten (*Alba* über »Die Stufen des Militarismus in Lateinamerika« und *Awe* über »Militarismus und wirtschaftliche Entwicklung im Jorubaland des 19. Jahrhunderts«).

Über Militarismus in Japan informiert ein kurzer Abschnitt aus einem Buch von *Samuel P. Huntington*. Zum Schluß gibt es zwei Beiträge über die USA (von *V. K. Dibble* und von *Monika Medick*) und die Erscheinungsformen inner-gesellschaftlich wirksamen Militarismus in dem modernsten der hoch-industrialisierten Länder.

Man sieht aus dieser Übersicht, daß das gesamte Unternehmen von Berghahn einen etwas zwiespältigen Eindruck hinterläßt. Adjektive wie nützlich, brauchbar und arbeitserleichternd drängen sich von der einen Seite her auf. Auf der anderen Seite bleibt Unzufriedenheit zurück, weil doch allzuviel taubes Gestein bewegt worden ist. Vielleicht ist das aber eine der notwendigen Kärnerarbeiten, nämlich dies wegzuschaffen, und sei es in einen gelben Band der NWB, damit Platz ist für neue Überlegungen und mehr fruchtebringende Debatten.

Wilfried von Bredow

Empirische Revolutionsforschung, hrsg. und eingel. von Klaus von Beyme (= Uni-Taschenbücher 246), Westdeutscher Verlag, Opladen 1973, 320 S., kart., 19,80 DM.

Thomas H. Greene, *Comparative Revolutionary Movements* (= Contemporary Comparative Politics Series), Prentice-Hall International Inc., Englewood Cliffs, N. J./London 1974, XI, 172 S., kart., \$ 4.15.

Die Literatur zur modernen Revolutionsforschung ist kaum mehr überschaubar, wie schon ein flüchtiger Blick in die Bibliographien der beiden hier zu besprechenden Titel erkennen läßt. Aus diesem Grund ist es um so bedeutsamer, daß jetzt ein Band mit ausgewählten Texten zur Revolutionsforschung vorliegt, ein Reader, welcher dem Leser einen Überblick in den Stand der gegenwärtigen internationalen Diskussion zu vermitteln sucht.

In seiner ausführlichen und informativen Einleitung entwickelt *K. v. Beyme* die These, daß erst mit der Zurückdrängung feudaler Machtstrukturen durch den Aufstieg der bürgerlichen Gesellschaft (politisch-historisch faßbar in der Französischen Revolution von 1789) der Begriff der Revolution seinen bis heute im wesentlichen gültigen Inhalt erhielt, nämlich den eines Prozesses, in welchem die alten politischen und ökonomischen Herrschafts- und Besitzverhältnisse grundlegend und dauerhaft verändert wurden. Das Verdienst, bereits eine Revolutionstheorie auf der Basis einer Gesellschaftsanalyse entwickelt zu haben, kommt nach *v. Beyme* Marx und Engels zu. Der hohe politische und wissenschaftliche Stellenwert der marxistischen Revolutionslehre dürfe jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß eine Revolutionsforschung empirisch-systematischen Charakters erst zu Anfang des 20. Jahrhunderts einsetzte und der Beginn einer umfassenden Theoriebildung sogar erst für die Zeit nach dem 2. Weltkrieg datiert werden kann, und zwar im Zusammenhang mit der einsetzenden Entwicklungsländerforschung.

Von Relevanz für die Erfassung der Komplexität des Revolutionsbegriffs sind ferner *v. Beymes* Hinweise auf das Definitionsproblem (die nach *v. Beyme* zu starke Betonung des *Violenz-Aspekts*), die interpretierte schematische Darstellung der wichtigsten theoretischen Ansätze in der internationalen Revolutionsforschung sowie seine Bemerkungen zu den von neomarxistischer Seite erfolgten neuen Definitions- und Interpretationsversuchen

im Spektrum der marxistischen Revolutionslehre (die Frage des revolutionären Subjekts; die Probleme der revolutionären Strategie und Taktik; die Frage nach den revolutionären Errungenschaften).

In seinem einleitenden Aufsatz (»Über sozialwissenschaftliche Theorien der Revolution – Kritik und Versuch eines Neuansatzes«) gibt *V. Rittberger* einen historischen Überblick über die verschiedenen revolutionstheoretischen Ansätze im internationalen Bereich. Er macht deutlich, daß der vielfach in der amerikanischen Literatur zu findende Hinweis auf den Gewaltbegriff, genauer das Element der Gewalt als zentrale Komponente der Revolution, kein geeignetes Abgrenzungskriterium für die Unterscheidung zwischen revolutionärem und nichtrevolutionärem politischen Wandel sei. Man dürfe den Aspekt der Gewalt nicht nur in die Definition von Revolution miteinbeziehen, denn das hieße, »die Ubiquität von Gewalt im Leben arbeitsteilig und hierarchisch organisierter Gesellschaften zu übersehen« (S. 43).

Im Anschluß an eine kritische Reflexion komparatistischer historischer Ansätze (*Crane Brinton*, *Lyford Edwards*, *George Pettee*, *Louis Gottschalk*), der problematisierten Darstellung von Versuchen, Hypothesen zum revolutionären politischen Wandel zu testen (die Arbeiten von *James Davies*, *Raymond Tanter* und *Manus Midlarsky* auf der einen, die Ansätze von *Chalmers Johnson* auf der anderen Seite), skizziert *V. Rittberger* seinen eigenen Ansatz (»Eine Theorie der Staatskrise und revolutionären politischen Wandels«, S. 63 ff.).

Auf die Relevanz des Gewaltaspekts und seines Bezugs zum gesellschaftlichen Wandel orientieren die beiden folgenden Texte von *Lewis A. Coser* und *Samuel P. Huntington*. *L. A. Coser* zeigt in seinem Beitrag (»Gewalt und gesellschaftlicher Wandel«) in überzeugender Weise auf, daß zielgerichtete kollektive Gewalt ein allgegenwärtiges Phänomen des sozialen Lebens darstellt und die Funktion haben kann, gesellschaftlichen Wandel zu fördern. Die Anwendung kollektiver Gewalt von seiten der Ludditischen Bewegung in England während der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts hatte zum Ziel die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Industriearbeiter. Die in den Rassenunruhen im Watts-Viertel von Los Angeles im März 1965 sich manifestierende Gewalt bezeugt nach *L. A. Coser* ebenfalls die unerträglichen Frustrationen benachteiligter sozialer Gruppen und stellt gleichzeitig einen Appell an die Herrschenden dar, die Lebensbedingungen dieser Ghettobewohner zu verbessern.

Wie *L. A. Coser* so betont auch *S. P. Huntington* in seinem Beitrag »Modernisierung durch Revolution«, daß nicht jeder Fall politischer Gewaltanwendung ein Vorspiel zu einer Revolution darstellt. Wirkliche Revolutionen sind selten in der Geschichte, da sie auf grundlegende politische und sozioökonomische Strukturveränderungen, auf – um mit *S. P. Huntington* zu sprechen – eine Modernisierung traditioneller Gesellschaftsformen abzielen. Das Hauptinteresse dieses Autors gilt den Verlaufsformen der Revolution. Hierbei stellt er Unterschiede zwischen der Revolution »westlichen« und der »östlichen« Typs fest: »Im ›westlichen‹ Muster brechen die politischen Institutionen des alten Regimes zusammen; darauf folgt die politische Mobilisierung neuer Gruppen und dann die Schaffung neuer politischer Institutionen. Im Gegensatz dazu beginnt die Revolution nach ›östlichem‹ Muster mit der politischen Mobilisierung neuer Gruppen und der Schaffung neuer politischer Institutionen und endet mit dem gewaltsamen Umsturz der politischen Institutionen des alten Systems« (S. 94).

Im Prozeß einer ideologiekritischen Analyse der zentralen Objektbereiche moderner Friedensforschung – »Gewalt« und »Konfliktlösung« – weist *Lars Denciks* Beitrag »Plädoyer für eine revolutionäre Konfliktforschung« auf den wissenschaftlich wenig präzisen Gebrauch von Gewalt im Sinne von »offenem Gewaltverhalten« hin. Diese für eine konservative Richtung innerhalb der Friedens- und Konfliktforschung symptomatische Definition von Gewalt verschleiert nach *L. Dencik* die Tatsache der Existenz weiterer Konfliktarten,

insbesondere der »lautlosen« oder strukturellen Gewalt (Beispiel: »Die biologische Existenz der meisten Menschen in den lateinamerikanischen Elendsvierteln und den Negerghettos der USA wird nicht durch Gewehrkgeln oder Napalm geschädigt, sondern durch Ausbeutung«. S. 112).

L. Dencik führt ferner noch die Unterscheidung zwischen gesellschaftlicher und individueller Gewalt in die Diskussion ein und gelangt auf diese Weise zu vier Konfliktarten: der direkten gesellschaftlichen Gewalt (Inhaftierung, Krieg), der direkten individuellen Gewalt (Raub, Befreiungskämpfe), der strukturellen gesellschaftlichen Gewalt (Ausbeutung, Imperialismus) und der strukturellen individuellen Gewalt (Patriarchat, Privatmonopole).

Hat die Anwendung revolutionärer Gewalt auch eine ethische Komponente? Kann sie dazu dienen, in einer gegebenen historischen Situation Freiheit und Glück der Menschen zu vergrößern? *Herbert Marcuse* setzt sich mit diesen Fragen in dem hier wiedergegebenen Textabschnitt »Ethik und Revolution« aus seinem gleichnamigen Buch auseinander. Er macht deutlich, daß eine klare Unterscheidung getroffen werden kann zwischen revolutionären Methoden, die nicht geeignet sind, »Freiheit und Glück für künftige Generationen zu erreichen« (S. 129), nämlich »willkürliche[r] Gewalt, Grausamkeit und unterschiedsloser Terror«, und revolutionärer Gewaltanwendung, die zur Durchsetzung neuer, bis auf den heutigen Tag weitgehend anerkannter Grundwerte und Normen führte (der Toleranzgedanke in den englischen Bürgerkriegen, die Idee der Menschenrechte in der Englischen und Französischen Revolution). Das entscheidende Kriterium für die ethische Legitimation revolutionärer Gewalt sieht H. Marcuse in der Frage nach der Bereitschaft der Herrschenden, alle vorhandenen Ressourcen und Mittel einzusetzen für eine »bestmögliche Befriedigung der Bedürfnisse bei einem Vorrang der Lebensbedürfnisse und einem Minimum an harter Arbeit, Elend und Ungerechtigkeit« (S. 133).

Den Autoren der drei folgenden Aufsätze ist die Absicht gemeinsam, Indikatoren für Revolutionen empirisch zu überprüfen. Auf der Basis zweier operationalisierbarer Faktoren eines Revolutionsbegriffs, nämlich »Dauer« und »innerstaatliche Gewaltsamkeit« (die beiden nicht empirisch anwendbaren Definitionsmerkmale sind »Beteiligung der Massen« und »Ziele der Rebellen«) untersuchen *Raymond Tanter* und *Manus Midlarsky* in ihrem Beitrag »Revolutionen. Eine quantitative Analyse« Korrelate einer Revolution, und zwar die beiden folgenden Fragen: »Welche gesellschaftlichen Bedingungen sind die Voraussetzungen für eine Revolution?« (S. 141) und 2. Wie hoch ist »das Ausbildungsniveau der Bevölkerung vor dem Ausbruch der Revolution?« (S. 144). Die sich ergebenden Hypothesen suchen die beiden Autoren in einer Korrelationsanalyse an Hand 17 siegreicher Revolutionen in den Jahren 1955–1960 zu testen: 1. Hypothese: »Je höher die Zuwachsrates des Pro-Kopf-Produkts in den Jahren vor der Revolution und je schärfer der Rückgang unmittelbar vor der Revolution, desto länger dauert die Revolution und desto gewaltsamer verläuft sie«. 2. Hypothese: »Je niedriger das Ausbildungsniveau vor der Revolution, desto länger dauert die Revolution und desto gewaltsamer verläuft sie« (S. 145). Im Ergebnis stellen sie fest, daß lediglich am Beispiel der kubanischen Revolution (einer Revolution mit Massenbasis) die Existenz eines Revolutionspotentials nachgewiesen werden kann; Revolutionspotential hier definiert als Differenz zwischen gesellschaftlichen Ansprüchen und gesellschaftlichen Erwartungen, m.a.W. »je größer diese Differenz ist, desto länger dauert und verläuft eine Revolution« (S. 143). Mit Hilfe eines anderen Meßverfahrens (Gini-Index der Landverteilung) gelingt den Autoren der Nachweis eines positiven Zusammenhangs zwischen dem Grad der ungleichen Bodenverteilung und innerstaatlicher Gewaltsamkeit. So bestehe der in der 1. Hypothese behauptete Zusammenhang zwischen Revolutionspotential und innerstaatlicher Gewaltsamkeit allerdings nur für die asiatischen Länder (mit ihren Reform Coups bzw. revolutionären Machtergreifungen), nicht aber für die lateinamerikanischen Staaten (mit ihren Palastrevolutionen). Im Blick

auf die 2. Hypothese lassen die empirischen Daten eine negative Korrelation zwischen Verschulungsgrad und innerstaatlicher Gewaltsamkeit erkennen.

Um die Messung revolutionären Potentials geht es auch *Chalmers Johnson* in seinem Beitrag »Messung von Ungleichgewicht in der Revolutionsforschung«. Er beschäftigt sich im Rahmen einer statistischen Analyse mit verschiedenen Indikatoren sozialen Ungleichgewichts (z. B. Häufigkeit von Selbstmorden, ideologische Aktivität u. a.) als Voraussetzungen der Revolution. Am Ende seiner Untersuchung gelangt der Verfasser jedoch zu dem Ergebnis, daß die ausgewerteten »Statistiken als Anzeiger von Ungleichgewicht in sozialen Systemen ungenügend sind« (S. 169).

Nicht um die Frage der Fruchtbarkeit statistischer Methoden in Korrelationsanalysen zur Revolutionsforschung wie in dem weiteren Beitrag von *Peter Calvert* (»Analyse und Korrelation in der Revolutionsforschung«), sondern um die ökonomischen Bedingungen für die Entstehung von Revolutionen geht es in den beiden folgenden Aufsätzen. *James C. Davies* (»Eine Theorie der Revolution«) zeigt an zwei historischen Ereignissen auf (die Rebellion des Thomas W. Dorr in Rhode Island von 1842 und die Russische Revolution von 1917), daß Revolutionen zunächst eine Periode wirtschaftlichen Aufschwungs und infolgedessen steigende Erwartungshaltungen und dann eine Periode wirtschaftlicher Rezession mit enttäuschten Erwartungshaltungen vorangehen. Es tritt also eine Änderung in der Bewußtseinslage ein, die zur Empörung, zur Revolution führt, wenn die Menschen glauben, sie könnten ihre Bedürfnisse (physische wie immaterielle, z. B. Menschenwürde, Gerechtigkeit) in der Zukunft nicht mehr befriedigen.

Schnelles ökonomisches Wachstum als Faktor politischer und gesellschaftlicher Destabilisierung bildet das Thema des Aufsatzes von *Mancur Olson Jr.* (»Rapides Wachstum als Destabilisierungsfaktor«). Entgegen der in der Literatur sowie auch in der politischen Praxis vertretenen These, wirtschaftliche Prosperität führe zu politischer Stabilität, behauptet Olson, daß, wie an historischen Beispielen gezeigt werden könne (Reformation, englische Bürgerkriege), rapides wirtschaftliches Wachstum eine Desintegration tradierter Klassenbindungen, eine Auflösung von Freiheitsstrukturen bedinge, in neuen ökonomischen und sozialen Disparitäten und damit in politischer Unzufriedenheit, in politischer Instabilität resultiere.

Sozialpsychologische Aspekte stehen im Mittelpunkt der beiden abschließenden Aufsätze von *David C. Schwartz* und *Tedd R. Gurr*. Schwartz (»Eine Theorie des revolutionären Verhaltens«) interpretiert das Phänomen der Revolution als einen in zehn Phasen ablaufenden Prozeß, um dann präzise Bedingungen auszumachen, unter denen revolutionäres Verhalten entsteht. Ein bekanntes Beispiel für eine Theorie revolutionären Handelns ist *Gurrs* Ansatz (»Ursachen und Prozesse politischer Gewalt«) der »relativen Deprivation«, d. h. der »Diskrepanz zwischen den Werterwartungen der Menschen und ihren Wertansprüchen« (S. 268). Dieser Widerspruch habe in der politisch-gesellschaftlichen Praxis zur Folge eine Disposition zu aggressivem Verhalten, zu kollektiver Gewaltanwendung.

Entgegen den im vorliegenden Reader erkennbaren Versuchen, theoretische Ansätze zur Erklärung des Phänomens »Revolution« zu liefern, begnügt sich *Thomas H. Greene* in seiner komparatistischen Untersuchung über Revolutionsbewegungen (»Comparative Revolutionary Movements«) damit, das revolutionäre Potential zu bestimmen, genauer die Bedingungen zu identifizieren, die zu einer Erhöhung des revolutionären Potentials führen. Ehe Greene aber im zweiten Teil seiner Arbeit nach den Ursachen und möglichen Elementen einer Revolutionstheorie fragt, bestimmt er im ersten Abschnitt die charakteristischen Merkmale einer Revolution. Er untersucht zunächst die soziale Struktur sowie die Werthaltungen der Führer revolutionärer Bewegungen (Berufsrevolutionäre, Intellektuelle, Studenten) und dann der Anhänger (Bauern, Arbeiter). Im Horizonte historischer Beispiele läßt sich nach Greene zeigen, daß revolutionäre Bestrebungen, die nur von einer sozialen Klasse getragen werden (Arbeiter oder Bauern oder Mittelschichten), nie erfolg-

reich waren; Bedingungen für siegreiche Revolutionen waren stets Bündnisse von Teilen verschiedener sozialer Klassen und Gruppen. In diesem Zusammenhang gewinnt nach Greene die Ideologie eine besondere Rolle, nämlich als ein Instrument, die Ziele der sich bildenden revolutionären Bewegung zu legitimieren. Wenngleich das Moment der Spontaneität in den ersten Stadien eines revolutionären Prozesses (als Folge von Arbeitslosigkeit, militärischer Niederlagen u. a.) einen gewissen politischen Stellenwert haben kann, so sind revolutionäre Aktionen doch nur dann erfolgreich, wenn sie eine Organisation besitzen (z. B. ein institutionalisiertes System der Ausbildung und Auslese von Kadern für den revolutionären Kampf). Welche Techniken kann sich eine organisierte revolutionäre Bewegung bedienen? Greene unterscheidet drei Techniken: den Terror, den Guerillakrieg und den Staatsstreich.

Neben dem Moment der Unterstützung durch die breite Bevölkerungsmehrheit, insbesondere für eine auf der Konzeption des Guerillakrieges basierte revolutionäre Bestrebung, ist auch die Unterstützung von außen ein ausschlaggebender Faktor für ihren Erfolg bzw. Mißerfolg.

Nach diesem Versuch einer Strukturanalyse revolutionärer Bewegungen sucht Greene im zweiten Teil seines Buches die Bedingungen für die Entstehung von Revolutionen zu identifizieren. Der empirische Nachweis für ihre Ursachen kann nicht erbracht werden; lediglich kann gezeigt werden, a) welche Faktoren den Ausbruch einer Revolution beschleunigen (wie eine militärische Niederlage; eine ökonomische Krise – Deutschland 1918 und 1932, Italien 1922; die Auflösung von Eliten u. a.), b) welche Vorbedingungen im Blick auf die Bildung revolutionärer Prozesse genannt werden müssen: so die geographische Situation (bedeutsam in bezug auf die Guerillakriege), der demographische Faktor, kulturelle Unterschiede, die ökonomische Entwicklung (z. B. Zusammenbruch überkommener Agrarstrukturen, traditioneller sozialer Werte und Normen infolge des Entstehens einer kapitalistischen Marktwirtschaft), unzureichende Anpassungsfähigkeit des politischen Systems, Statusdiskrepanz (z. B. das aufsteigende Bürgertum, dessen zunehmende ökonomische Macht in keinem adäquaten Verhältnis zu seinem politischen Einfluß steht).

Nun den Versuch zu unternehmen, eine empirisch abgesicherte Theorie der Revolution zu entwickeln, erscheint Greene nicht möglich, denn wie sollte man die verschiedenen Variablen messen können?

Wer einen ersten Einblick in die Grundlagenproblematik der vergleichenden Revolutionsforschung gewinnen möchte, wird die Untersuchung Greenes mit Gewinn lesen. Als eine Ergänzung hierzu kann dann K. v. Beymes Reader herangezogen werden. Horst Dähn

Manfred Kossok (Hrsg.), Studien zur vergleichenden Revolutionsgeschichte 1500 – 1917, Akademie-Verlag, Berlin – DDR 1974, VIII, 216 S., Ln., 28 DM.
Emilio Lussu, Theorie des Aufstands, Europaverlag, Wien 1974, 204 S., Pb., 18 DM.

Wie in der westlichen so wird auch in der marxistischen Geschichtsschreibung der DDR das Thema der bürgerlichen Revolution und hier insbesondere unter komparatistischem Aspekt seit vielen Jahren diskutiert, wie die in dem von *Manfred Kossok* herausgegebenen Band »Studien zur vergleichenden Revolutionsgeschichte 1500–1917« versammelten zehn Aufsätze erkennen lassen. Aber bezüglich ihres wissenschaftstheoretischen und methodischen Ansatzes unterscheiden sich diese von fast ausnahmslos DDR-Historikern verfaßten Beiträge – lediglich ein Aufsatz des französischen Historikers *A. Soboul* wurde in diesen Sammelband aufgenommen – in hohem Maße von den Untersuchungen westdeutscher und amerikanischer Revolutionsforscher. Ist in der »westlichen« Forschung das Bemühen erkennbar, über die bloße Deskription revolutionärer Prozesse hinaus unter Anwendung verschiedener empirischer Methoden (aus den Disziplinen der Statistik, Sozialpsychologie

reich waren; Bedingungen für siegreiche Revolutionen waren stets Bündnisse von Teilen verschiedener sozialer Klassen und Gruppen. In diesem Zusammenhang gewinnt nach Greene die Ideologie eine besondere Rolle, nämlich als ein Instrument, die Ziele der sich bildenden revolutionären Bewegung zu legitimieren. Wenngleich das Moment der Spontaneität in den ersten Stadien eines revolutionären Prozesses (als Folge von Arbeitslosigkeit, militärischer Niederlagen u. a.) einen gewissen politischen Stellenwert haben kann, so sind revolutionäre Aktionen doch nur dann erfolgreich, wenn sie eine Organisation besitzen (z. B. ein institutionalisiertes System der Ausbildung und Auslese von Kadern für den revolutionären Kampf). Welche Techniken kann sich eine organisierte revolutionäre Bewegung bedienen? Greene unterscheidet drei Techniken: den Terror, den Guerillakrieg und den Staatsstreich.

Neben dem Moment der Unterstützung durch die breite Bevölkerungsmehrheit, insbesondere für eine auf der Konzeption des Guerillakrieges basierte revolutionäre Bestrebung, ist auch die Unterstützung von außen ein ausschlaggebender Faktor für ihren Erfolg bzw. Mißerfolg.

Nach diesem Versuch einer Strukturanalyse revolutionärer Bewegungen sucht Greene im zweiten Teil seines Buches die Bedingungen für die Entstehung von Revolutionen zu identifizieren. Der empirische Nachweis für ihre Ursachen kann nicht erbracht werden; lediglich kann gezeigt werden, a) welche Faktoren den Ausbruch einer Revolution beschleunigen (wie eine militärische Niederlage; eine ökonomische Krise – Deutschland 1918 und 1932, Italien 1922; die Auflösung von Eliten u. a.), b) welche Vorbedingungen im Blick auf die Bildung revolutionärer Prozesse genannt werden müssen: so die geographische Situation (bedeutsam in bezug auf die Guerillakriege), der demographische Faktor, kulturelle Unterschiede, die ökonomische Entwicklung (z. B. Zusammenbruch überkommener Agrarstrukturen, traditioneller sozialer Werte und Normen infolge des Entstehens einer kapitalistischen Marktwirtschaft), unzureichende Anpassungsfähigkeit des politischen Systems, Statusdiskrepanz (z. B. das aufsteigende Bürgertum, dessen zunehmende ökonomische Macht in keinem adäquaten Verhältnis zu seinem politischen Einfluß steht).

Nun den Versuch zu unternehmen, eine empirisch abgesicherte Theorie der Revolution zu entwickeln, erscheint Greene nicht möglich, denn wie sollte man die verschiedenen Variablen messen können?

Wer einen ersten Einblick in die Grundlagenproblematik der vergleichenden Revolutionsforschung gewinnen möchte, wird die Untersuchung Greenes mit Gewinn lesen. Als eine Ergänzung hierzu kann dann K. v. Beymes Reader herangezogen werden. Horst Dähn

Manfred Kossok (Hrsg.), Studien zur vergleichenden Revolutionsgeschichte 1500 – 1917, Akademie-Verlag, Berlin – DDR 1974, VIII, 216 S., Ln., 28 DM.
Emilio Lussu, Theorie des Aufstands, Europaverlag, Wien 1974, 204 S., Pb., 18 DM.

Wie in der westlichen so wird auch in der marxistischen Geschichtsschreibung der DDR das Thema der bürgerlichen Revolution und hier insbesondere unter komparatistischem Aspekt seit vielen Jahren diskutiert, wie die in dem von *Manfred Kossok* herausgegebenen Band »Studien zur vergleichenden Revolutionsgeschichte 1500–1917« versammelten zehn Aufsätze erkennen lassen. Aber bezüglich ihres wissenschaftstheoretischen und methodischen Ansatzes unterscheiden sich diese von fast ausnahmslos DDR-Historikern verfaßten Beiträge – lediglich ein Aufsatz des französischen Historikers *A. Soboul* wurde in diesen Sammelband aufgenommen – in hohem Maße von den Untersuchungen westdeutscher und amerikanischer Revolutionsforscher. Ist in der »westlichen« Forschung das Bemühen erkennbar, über die bloße Deskription revolutionärer Prozesse hinaus unter Anwendung verschiedener empirischer Methoden (aus den Disziplinen der Statistik, Sozialpsychologie

u. a.) zu revolutionstheoretischen Erklärungsansätzen zu gelangen, so liegt demgegenüber allen Aufsätzen in dem Sammelband ein gemeinsamer, nämlich ein ökonomischer Theorieansatz zugrunde.

Wie die beiden führenden DDR-Vertreter einer vergleichenden Revolutionsforschung, *Manfred Kossok* und *Walter Markov*, in ihrem einleitenden Aufsatz »Zur Methodologie der vergleichenden Revolutionsgeschichte der Neuzeit« herausgearbeitet haben, sind in den tradierten Zeugnissen von Marx, Engels und Lenin wesentliche allgemeingültige Annahmen für die gegenwärtige vergleichende marxistische Revolutionsforschung auffindbar. Um eine Revolution hinreichend zu typologisieren, ist es unabdingbar notwendig, die Machtfrage zu diskutieren. Am Beispiel der bürgerlichen Revolution wird sich zeigen lassen, daß hier die Machtfrage zugunsten des Bürgertums entschieden wird, daß sie die »historisch-gesellschaftliche Grundrichtung« angeben wird, da die neue, die industriekapitalistische Produktionsweise sie zur Repräsentation der kapitalistischen Gesellschaftsordnung bestimmt hat. Kossok und Markov betonen in diesem Zusammenhang den Prozeßcharakter der bürgerlichen Gesellschaft, insofern als die bürgerliche Revolution nicht am Beginn, sondern am Ende des Übergangs von der feudalen zur kapitalistischen Gesellschaftsformation steht.

Von besonderer Relevanz für die vergleichende marxistisch-leninistische Historiographie sind die bereits von Lenin geprägten Begriffe des Revolutionszyklus im engeren bzw. weiteren Sinne. Der Revolutionszyklus im engeren Sinne meint nach Kossok/Markov die klar erkennbaren verschiedenen Phasen einer bürgerlichen Revolution, z. B. der Französischen Revolution von 1789. Im Gegensatz dazu ist im Revolutionszyklus im weiteren Sinne inbegriffen »die Gesamtheit aller bürgerlichen Revolutionen, die ein Land durchläuft, bis die bürgerlich-kapitalistische Ordnung voll konstituiert ist, und zwar so weit, daß die Voraussetzungen, die solche Revolutionen erforderlich machen, nicht mehr gegeben sind« (S. 12).

Da die Palette der behandelten Problemstellungen zum Thema Revolution und Reform sehr breit ist, können die verschiedenen Beiträge nicht im einzelnen kritisch gewürdigt werden. Sie umfaßt Untersuchungen zum Verhältnis von Reform, Reformation und frühbürgerlicher Revolution in Böhmen, Deutschland und den Niederlanden (*G. Brendler*: Zur Problematik des frühbürgerlichen Revolutionszyklus), Verlaufsanalysen zur Revolution in England (*G. Schilfert*: Bürgerliche Revolution und Reform in England [1640–1832]), Frankreich (*W. Loch* / *W. Markov*: Die französischen Revolutionen zwischen 1789 und 1871 im Lichte von Lenins Auffassung über den Revolutionszyklus; *A. Soboul*: Im Lichte von 1789. Theoretische Probleme der bürgerlichen Revolution), Italien (*D. Stübler*: Risorgimento und Revolution in Italien), Rußland (*M. Anders*: Reform und Revolution in Rußland [1825–1917]), Spanien – Portugal (*M. Kossok*: Revolution – Reform – Gegenrevolution in Spanien und Portugal [1808–1910]) und Lateinamerika (*M. Kossok* / *J. Kübler* / *M. Zeuske*: Ein Versuch zur Dialektik von Revolution und Reform in der historischen Entwicklung Lateinamerikas [1809–1917]). Diese Autoren verbindet die Intention, den Begriff des Leninschen Revolutionszyklus mit seinen beiden Varianten für die vergleichende marxistisch-leninistische Revolutionsforschung fruchtbar zu machen.

Die in der Historiographie der DDR, UdSSR und der anderen sozialistischen Staaten hervorgehobene Bedeutung Lenins für die Herausbildung eines marxistischen revolutionstheoretischen Ansatzes wird durch den Aufsatz von *W. Küttler* »Zum Begriff der bürgerlichen und bürgerlich-demokratischen Revolution bei Lenin« noch eigens unterstrichen.

Leider enthält der Band weder ein Literaturverzeichnis noch ein Verzeichnis der Mitarbeiter an diesem Forschungsprojekt. Der Historiker, Politikwissenschaftler sowie interessierte Laie wird diesen Sammelband mit Gewinn lesen.

Demgegenüber kann das von dem Sozialisten *Emilio Lussu* erstmals 1936 in einer italienischen und französischen Ausgabe und 1974 in einer deutschen Übersetzung erschienene Buch

»Theorie des Aufstands« strengen wissenschaftlichen Maßstäben nicht genügen. Einen theoretischen Ansatz wird der Leser vergeblich in dieser Monographie suchen, geht es Lussu im wesentlichen um den Nachweis, im russischen Oktober von 1917 wären die subjektiven Voraussetzungen für ein Gelingen der revolutionären Bewegung (Massenbasis, bewaffnete Avantgarde u. a.) gegeben, Prämissen, die in den Aufständen in Reval (1924), Hamburg (1923) und in Asturien (1934) nicht bzw. nur partiell vorhanden waren. Abgesehen von der ungenügenden Handhabung des Begriffsapparates (z. B. unpräzise Abgrenzung der Begriffe »Aufstand« und »Revolution«) ist festzustellen, daß eine Analyse lediglich der subjektiven – bei Lussu zuweilen sogar verkürzt auf die Frage nach den taktischen – Voraussetzungen für einen erfolgreichen Aufstand bzw. Revolution unbefriedigend bleiben muß, solange nicht die Frage nach den objektiven Prämissen (Eigentums- und Produktionsverhältnisse) thematisiert wird.

Von einem Gebrauch dieses Buches für wissenschaftliche Zwecke muß abgeraten werden, läßt es doch auch unter formalem Aspekt zu wünschen übrig (Fehlen eines Literaturverzeichnisses, Namens- und Ortsregisters).

Horst Dähn

Sigrid Fröhlich, Die Soziale Sicherung bei Zünften und Gesellenverbänden. Darstellung, Analyse, Vergleich (= Sozialpolitische Schriften, H. 38), Verlag Duncker und Humblot, Berlin 1976, 294 S., brosch., 78 DM.

Die Verfasserin bezeichnet ihre (bei W. Schreiber/Köln entstandene) Arbeit als »in erster Linie sozialpolitisch orientiert«: Im Rahmen von Untersuchungen einzelner Systeme sozialer Sicherung in der Vergangenheit soll sie die soziale Sicherung bei Zünften und Gesellenverbänden darstellen und mit dem heute bestehenden System vergleichen. Über ihr Verhältnis zur Wirtschaftsgeschichte bekennt die Verfasserin mit sympathischer Offenheit, der Wirtschaftshistoriker möge »hin und wieder enttäuscht sein, daß sicherlich interessante Aspekte [...] außer acht gelassen wurden« (S. 6). Ungeachtet dessen erscheint die Untersuchung jedoch auch sozial- und wirtschaftshistorisch so aufschlußreich, daß sie an dieser Stelle gewürdigt werden soll.

Das Buch ist in zwei Teile gegliedert: Im ersten findet sich die Darstellung, im zweiten die Analyse des Systems der sozialen Sicherung bei den Zünften und Gesellenverbänden und dessen Vergleich mit dem heutigen System, besonders der Sozialversicherung. Der erste Teil, als Bestandsaufnahme konzipiert, stützt sich auf eine erfreulich breite Grundlage. Die Verfasserin hat sich nicht mit der Durchsicht der Literatur begnügt, sondern in erheblichem Umfang (neben einigen Archivalien aus dem Stadtarchiv Köln) gedruckte Quellen, besonders Zunftordnungen, ausgewertet. Daß die daraus von ihr erarbeitete Belegsammlung nicht abgedruckt werden konnte, ist zu bedauern.

Der darstellende Teil beginnt mit einer »Einführung in die Geschichte der Zünfte und Gesellenverbände«, deren Zweck unklar bleibt. Denn eine Geschichte dieser Organisationen kann sie auf dem vorhandenen Raum nicht bieten. Im Rahmen der vorliegenden Arbeit, andererseits, ist sie jedoch zu umfangreich und außerdem nahezu vollständig von der älteren Forschung abhängig, aus der einige überholte Auffassungen übernommen werden (zum Beispiel von der schwindenden Bedeutung des deutschen Handels im 16. Jahrhundert – S. 29, vom vorherrschenden Zunftschluß in der frühen Neuzeit – S. 34). Doch sollte der Leser das nicht überbewerten. Denn in den folgenden Abschnitten zeichnet die Verfasserin ein klar gegliedertes, daher übersichtliches und die großen Linien mit den Details glücklich verbindendes Bild der Maßnahmen der sozialen Sicherung bei den Zünften und bei den Gesellenverbänden. Als deren Grundlage sieht sie zutreffend die Solidarität, den Gemeinschaftsgedanken (S. 38). Im einzelnen werden die Finanzierung der Maßnahmen (wobei die Verfasserin ihre Ausführungen zur Frage des Geldwertes mit Recht als »unbefriedigend« ansieht, S. 40), die Sicherung gegen die verschiedenen Risiken (Ar-

»Theorie des Aufstands« strengen wissenschaftlichen Maßstäben nicht genügen. Einen theoretischen Ansatz wird der Leser vergeblich in dieser Monographie suchen, geht es Lussu im wesentlichen um den Nachweis, im russischen Oktober von 1917 wären die subjektiven Voraussetzungen für ein Gelingen der revolutionären Bewegung (Massenbasis, bewaffnete Avantgarde u. a.) gegeben, Prämissen, die in den Aufständen in Reval (1924), Hamburg (1923) und in Asturien (1934) nicht bzw. nur partiell vorhanden waren. Abgesehen von der ungenügenden Handhabung des Begriffsapparates (z. B. unpräzise Abgrenzung der Begriffe »Aufstand« und »Revolution«) ist festzustellen, daß eine Analyse lediglich der subjektiven – bei Lussu zuweilen sogar verkürzt auf die Frage nach den taktischen – Voraussetzungen für einen erfolgreichen Aufstand bzw. Revolution unbefriedigend bleiben muß, solange nicht die Frage nach den objektiven Prämissen (Eigentums- und Produktionsverhältnisse) thematisiert wird.

Von einem Gebrauch dieses Buches für wissenschaftliche Zwecke muß abgeraten werden, läßt es doch auch unter formalem Aspekt zu wünschen übrig (Fehlen eines Literaturverzeichnisses, Namens- und Ortsregisters).

Horst Dähn

Sigrid Fröhlich, Die Soziale Sicherung bei Zünften und Gesellenverbänden. Darstellung, Analyse, Vergleich (= Sozialpolitische Schriften, H. 38), Verlag Duncker und Humblot, Berlin 1976, 294 S., brosch., 78 DM.

Die Verfasserin bezeichnet ihre (bei W. Schreiber/Köln entstandene) Arbeit als »in erster Linie sozialpolitisch orientiert«: Im Rahmen von Untersuchungen einzelner Systeme sozialer Sicherung in der Vergangenheit soll sie die soziale Sicherung bei Zünften und Gesellenverbänden darstellen und mit dem heute bestehenden System vergleichen. Über ihr Verhältnis zur Wirtschaftsgeschichte bekennt die Verfasserin mit sympathischer Offenheit, der Wirtschaftshistoriker möge »hin und wieder enttäuscht sein, daß sicherlich interessante Aspekte [...] außer acht gelassen wurden« (S. 6). Ungeachtet dessen erscheint die Untersuchung jedoch auch sozial- und wirtschaftshistorisch so aufschlußreich, daß sie an dieser Stelle gewürdigt werden soll.

Das Buch ist in zwei Teile gegliedert: Im ersten findet sich die Darstellung, im zweiten die Analyse des Systems der sozialen Sicherung bei den Zünften und Gesellenverbänden und dessen Vergleich mit dem heutigen System, besonders der Sozialversicherung. Der erste Teil, als Bestandsaufnahme konzipiert, stützt sich auf eine erfreulich breite Grundlage. Die Verfasserin hat sich nicht mit der Durchsicht der Literatur begnügt, sondern in erheblichem Umfang (neben einigen Archivalien aus dem Stadtarchiv Köln) gedruckte Quellen, besonders Zunftordnungen, ausgewertet. Daß die daraus von ihr erarbeitete Belegammlung nicht abgedruckt werden konnte, ist zu bedauern.

Der darstellende Teil beginnt mit einer »Einführung in die Geschichte der Zünfte und Gesellenverbände«, deren Zweck unklar bleibt. Denn eine Geschichte dieser Organisationen kann sie auf dem vorhandenen Raum nicht bieten. Im Rahmen der vorliegenden Arbeit, andererseits, ist sie jedoch zu umfangreich und außerdem nahezu vollständig von der älteren Forschung abhängig, aus der einige überholte Auffassungen übernommen werden (zum Beispiel von der schwindenden Bedeutung des deutschen Handels im 16. Jahrhundert – S. 29, vom vorherrschenden Zunftschluß in der frühen Neuzeit – S. 34). Doch sollte der Leser das nicht überbewerten. Denn in den folgenden Abschnitten zeichnet die Verfasserin ein klar gegliedertes, daher übersichtliches und die großen Linien mit den Details glücklich verbindendes Bild der Maßnahmen der sozialen Sicherung bei den Zünften und bei den Gesellenverbänden. Als deren Grundlage sieht sie zutreffend die Solidarität, den Gemeinschaftsgedanken (S. 38). Im einzelnen werden die Finanzierung der Maßnahmen (wobei die Verfasserin ihre Ausführungen zur Frage des Geldwertes mit Recht als »unbefriedigend« ansieht, S. 40), die Sicherung gegen die verschiedenen Risiken (Ar-

beitslosigkeit, Unfall, Krankheit, Tod) sowie die Unterstützungen bei Armut und für Jugendliche und Alte mit großer Sorgfalt aus den Quellen und der Literatur abgehandelt und, soweit nötig, kommentiert. So entsteht ein gründlicher Überblick über diesen wichtigen Tätigkeitsbereich der Organisationen des alten Handwerks.

Dabei stellt sich indes eine Frage. Die von der Verfasserin herangezogenen Quellen sind nahezu ausschließlich Zunftordnungen und vergleichbare Regelungen, jedenfalls normativer Art. Entsprach die Wirklichkeit diesen Normen? Oder spiegeln uns die Ordnungen lediglich ein gewolltes Ideal vor, von dem die Realität mehr oder weniger weit abwich? Niemand wird behaupten wollen, allein die Lektüre der geltenden Sozialversicherungs- und Sozialhilfegesetze der Bundesrepublik Deutschland biete einen vollen Einblick in die *tatsächliche* gegenwärtige soziale Sicherung der Menschen in diesem Staate. Kann man daher aus den Ordnungen *allein* auf die soziale Sicherung schließen, bedarf es dazu nicht vielmehr umfassender Informationen über die tatsächliche Anwendung dieser Ordnungen? Davon findet sich in der Untersuchung jedoch kaum etwas, und so bleibt das Bild einseitig und damit unvollständig. Daraus darf der Verfasserin kein Vorwurf gemacht werden. Jeder, in seinem Ergebnis höchst unsichere Versuch, die Wirklichkeit der sozialen Sicherung zu erforschen, hätte ein ausgedehntes Studium ungedruckter Quellen erfordert, wäre daher wahrscheinlich nur im lokalen Rahmen möglich gewesen und hätte damit außerhalb der Fragestellung der vorliegenden Untersuchung gestanden. Dennoch muß auf deren (insofern) begrenzte Aussagekraft hingewiesen werden.

Der zweite Teil analysiert das im ersten dargestellte System der sozialen Sicherung bei den Zünften und Gesellenverbänden und vergleicht es mit dem gegenwärtigen System in der Bundesrepublik. Die Verfasserin bedient sich dabei des methodischen Ansatzes von Herder-Dorneich, der für die gesetzliche Krankenversicherung entwickelt wurde. Entsprechend stellt sie in Analyse und Vergleich die Sicherung gegen die wirtschaftlichen Folgen der Krankheit in den Vordergrund, die ihrer Ansicht nach auch den Schwerpunkt der sozialen Sicherung im alten Handwerk bildete (S. 175). Dem ist im Grundsatz zuzustimmen, obwohl zu fragen ist, ob die auch von der Verfasserin betonte Totalität der handwerklichen Daseinsvorsorge eine solche Heraushebung *einer* Leistung gestattet.

Auf den methodischen Aspekt dieses Teiles der Arbeit möchte ich hier nicht im einzelnen eingehen, denn er ist für Fragestellungen der Sozialpolitik, nicht für solche der Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, entwickelt und von der Verfasserin angewendet worden. Von den Ergebnissen sind jedoch einige auch für den Historiker beachtlich. Dabei denke ich in erster Linie an die immaterielle Sicherung der Mitglieder, die das »Zunftsystem« gewährte, die die moderne Sozialpolitik jedoch versagt. In diesem Zusammenhang gelingt der Verfasserin eine schöne Darstellung der sozial stabilisierenden Elemente der zünftigen Organisation als »Ausdruck gelungener Anpassung von Institutionen [...] an ein Zwischenstadium zwischen Agrar- und Industriegesellschaft« (S. 235). Im einzelnen ließe sich freilich manches diskutieren, etwa die undifferenzierte Gegenüberstellung von Agrar- und Industriegesellschaft (dazu besonders S. 230 f.), die die in diesem Zusammenhang entwicklungs geschichtlich wichtige Rolle der Städte und der »Stadtwirtschaft« vernachlässigt. Das Ergebnis ist dennoch aufschlußreich.

So wird man nicht widersprechen, wenn im Schlußabschnitt den Zünften und Gesellenverbänden »eine erstaunliche Fülle von Maßnahmen zum Schutz der Mitglieder vor sozialer Not« attestiert wird, die den ganzen Menschen erfaßten und ihm eine »möglichst vollständige Sicherung in allen Lebensbereichen« boten (S. 267). Auch die Kennzeichnung dieser Maßnahmen als »eine Vorform der Versicherung« erscheint vertretbar. Bedenken erweckt dagegen die These, die »Eigendynamik des Systems« habe eine Entwicklung bewirkt, »die bei den multifunktionalen Zunftkassen einsetzt und schließlich in der allgemeinen Sozialversicherung endet«, mit einem »nahezu nahtlose[n] Übergang« zwischen beiden Systemen (S. 268; ähnlich S. 265 f.). Hier wird der Eindruck erweckt, nicht die

industrielle Revolution mit ihren sozialen Folgen, sondern eine im System der sozialen Sicherung als solches angelegte entwicklungsbestimmende Schwerkraft habe die moderne Sozialversicherung hervorgebracht. Äußeres Geschehen (teilweises Anknüpfen der Sozialversicherungs-Gesetzgebung an vorhandene Formen sozialer Sicherung) und innerer Anlaß (die völlige Umwälzung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse durch die industrielle Revolution) werden also ohne nähere Prüfung gleichgesetzt.

Abschließend bleibt festzuhalten: Trotz einiger für den Sozial- und Wirtschaftshistoriker unübersehbarer Mängel bildet die Untersuchung einen wesentlichen Beitrag nicht nur zur Geschichte der Sozialpolitik, sondern auch zur Handwerksgeschichte. Die Verfasserin hat in beiden Richtungen Beachtliches geleistet. Wenn sie im Vorwort (S. 6) den Historiker »um verständnisvolle Nachsicht« bittet, wird er ihr diese gern gewähren, da sie einer Arbeit gilt, die auch ohne eine solche Geste Geltung hat. Karl Heinrich Kaufhold

Johann Hinrich Wichern, Sämtliche Werke, hrsg. von Peter Meinhold, Lutherisches Verlagshaus, Berlin/Hamburg 1958 – 1975, Gesamtausgabe 298 DM; Bd. I, II, III/1, III/2: Die Kirche und ihr soziales Handeln (Grundsätzliches und Allgemeines), 1962, 1965, 1968, 1969; 441, 520, 304, 290 S., Ln., 35 DM, 40 DM, 35 DM, 35 DM; Bd. IV/1, IV/2: Schriften zur Sozialpädagogik (Rauhes Haus und Johannesstift), 1958, 1959; 358, 439 S., Ln., 35 DM, 35 DM; Bd. V: Kleinere Aufsätze, Buchbesprechungen, Nachrufe, Nachträge, 1971, 519 S., Ln., 40 DM; Bd. VI: Die Schriften zur Gefängnisreform, 1973, 508 S., Ln., 40 DM; Bd. VII: Die Schriften zur Pädagogik, 1975, 647 S., Ln., 45 DM.

Eine Anzeige von Wicherns Sämtlichen Werken kann nicht von seiner Persönlichkeit und seinem Werk absehen. Wichern war kein rhetorisches Talent und auch kein versierter Schriftsteller. Alles, was er sagte und schrieb, will nur in engster Verbindung mit dem praktischen Leben verstanden sein. Das gilt auch von dem Inhalt dieser Bände. Immer stand der konkrete Mensch vor den Augen des Verfassers. Das unterscheidet Wichern von allen Sozialtheoretikern des vorigen Jahrhunderts. Gedanke und Tat waren eine Person. Man erwarte also keine sozialethischen Programme, an die sich dann geistreiche Grübeleien anschließen könnten. Hier riecht nichts nach dem verlöschenden Docht von Studierstubenlampen. Dieser evangelische Theologe war wirklich *praktischer* Theologe. Sein Programm war die evangelische Botschaft, die zugleich Bestallungsurkunde ist.

Der Historiker der Inneren Mission, Martin Gerhardt, hat vor 50 Jahren eine Biographie Wicherns geschrieben, nachdem in den ersten Jahren dieses Jahrhunderts Friedrich Mahling eine 6bändige Ausgabe von Wicherns Schriften besorgt hat. Sie hat ihren Dienst getan. Die jetzige Ausgabe der »Sämtlichen Werke« ist nicht nur in der angestrebten Vollständigkeit, sondern auch in der Anwendung editionstechnischer Grundsätze eine anerkennenswerte Leistung, weil die literarische Hinterlassenschaft Wicherns eine Reihe von Problemen enthält, die dem Herausgeber mancherlei Sorgen bereitet hat. Denn Wichern hat nichts gesagt oder geschrieben, was für den literarischen Sarkophag einer auf wissenschaftliche Akribie besorgten Nachwelt bestimmt war. Der Leser ahnt etwas davon, wenn er die Erläuterungen in den einzelnen Bänden liest und dabei doch die Gewißheit haben darf, auch in den schwierigen Fällen authentische Texte vorliegen zu haben.

Es war das besondere deutsche Schicksal, daß in den Jahrzehnten, als die Deutschen den Weg zur nationalen Einheit suchten, sie nahezu gleichzeitig von der sozialen Fragensphinx überfallen wurden. Die Industrielle Revolution mit ihren Folgen, der wirtschaftlichen und sozialen Umschichtung der Bevölkerung, stieß mit dem Ringen eines politisch noch unfertigen Volkes um eine Verfassung der Zukunft zusammen. Nur zu bekannt sind die

industrielle Revolution mit ihren sozialen Folgen, sondern eine im System der sozialen Sicherung als solches angelegte entwicklungsbestimmende Schwerkraft habe die moderne Sozialversicherung hervorgebracht. Äußeres Geschehen (teilweises Anknüpfen der Sozialversicherungs-Gesetzgebung an vorhandene Formen sozialer Sicherung) und innerer Anlaß (die völlige Umwälzung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse durch die industrielle Revolution) werden also ohne nähere Prüfung gleichgesetzt.

Abschließend bleibt festzuhalten: Trotz einiger für den Sozial- und Wirtschaftshistoriker unübersehbarer Mängel bildet die Untersuchung einen wesentlichen Beitrag nicht nur zur Geschichte der Sozialpolitik, sondern auch zur Handwerksgeschichte. Die Verfasserin hat in beiden Richtungen Beachtliches geleistet. Wenn sie im Vorwort (S. 6) den Historiker »um verständnisvolle Nachsicht« bittet, wird er ihr diese gern gewähren, da sie einer Arbeit gilt, die auch ohne eine solche Geste Geltung hat. Karl Heinrich Kaufhold

Johann Hinrich Wichern, Sämtliche Werke, hrsg. von Peter Meinhold, Luthersches Verlagshaus, Berlin/Hamburg 1958 – 1975, Gesamtausgabe 298 DM; Bd. I, II, III/1, III/2: Die Kirche und ihr soziales Handeln (Grundsätzliches und Allgemeines), 1962, 1965, 1968, 1969; 441, 520, 304, 290 S., Ln., 35 DM, 40 DM, 35 DM, 35 DM; Bd. IV/1, IV/2: Schriften zur Sozialpädagogik (Rauhes Haus und Johannesstift), 1958, 1959; 358, 439 S., Ln., 35 DM, 35 DM; Bd. V: Kleinere Aufsätze, Buchbesprechungen, Nachrufe, Nachträge, 1971, 519 S., Ln., 40 DM; Bd. VI: Die Schriften zur Gefängnisreform, 1973, 508 S., Ln., 40 DM; Bd. VII: Die Schriften zur Pädagogik, 1975, 647 S., Ln., 45 DM.

Eine Anzeige von Wicherns Sämtlichen Werken kann nicht von seiner Persönlichkeit und seinem Werk absehen. Wichern war kein rhetorisches Talent und auch kein versierter Schriftsteller. Alles, was er sagte und schrieb, will nur in engster Verbindung mit dem praktischen Leben verstanden sein. Das gilt auch von dem Inhalt dieser Bände. Immer stand der konkrete Mensch vor den Augen des Verfassers. Das unterscheidet Wichern von allen Sozialtheoretikern des vorigen Jahrhunderts. Gedanke und Tat waren eine Person. Man erwarte also keine sozialetischen Programme, an die sich dann geistreiche Grübeleien anschließen könnten. Hier riecht nichts nach dem verlöschenden Docht von Studierstubenlampen. Dieser evangelische Theologe war wirklich *praktischer* Theologe. Sein Programm war die evangelische Botschaft, die zugleich Bestallungsurkunde ist.

Der Historiker der Inneren Mission, Martin Gerhardt, hat vor 50 Jahren eine Biographie Wicherns geschrieben, nachdem in den ersten Jahren dieses Jahrhunderts Friedrich Mahling eine 6bändige Ausgabe von Wicherns Schriften besorgt hat. Sie hat ihren Dienst getan. Die jetzige Ausgabe der »Sämtlichen Werke« ist nicht nur in der angestrebten Vollständigkeit, sondern auch in der Anwendung editionstechnischer Grundsätze eine anerkennenswerte Leistung, weil die literarische Hinterlassenschaft Wicherns eine Reihe von Problemen enthält, die dem Herausgeber mancherlei Sorgen bereitet hat. Denn Wichern hat nichts gesagt oder geschrieben, was für den literarischen Sarkophag einer auf wissenschaftliche Akribie besorgten Nachwelt bestimmt war. Der Leser ahnt etwas davon, wenn er die Erläuterungen in den einzelnen Bänden liest und dabei doch die Gewißheit haben darf, auch in den schwierigen Fällen authentische Texte vorliegen zu haben.

Es war das besondere deutsche Schicksal, daß in den Jahrzehnten, als die Deutschen den Weg zur nationalen Einheit suchten, sie nahezu gleichzeitig von der sozialen Fragensphinx überfallen wurden. Die Industrielle Revolution mit ihren Folgen, der wirtschaftlichen und sozialen Umschichtung der Bevölkerung, stieß mit dem Ringen eines politisch noch unfertigen Volkes um eine Verfassung der Zukunft zusammen. Nur zu bekannt sind die

Bilder des mannigfachen Elends der von der Entwicklung überrannten Volksschichten. Wichern war nicht der erste und einzige, der diese Not sah und zum Helfen entschlossen war. Es waren Einzelgänger, angefaßt von der christlichen Erweckungsbewegung, die zur Tat schritten, unter ihnen energische Kraftnaturen wie Theodor Fliedner, der Gründer der weiblichen Diakonie. Wichern ist im Hamburger Untergrund, in der Umwelt von Kinderelend und sittlichem Niedergang zu seiner besonderen Aufgabe herangereift. Wer die Schriftstücke des 1. Bandes liest, spürt, wie hier ein starker Willensmensch auf ein Ziel lossteuert, das er noch nicht namentlich nennen kann, das aber durch alle Schwierigkeiten hindurch erreicht werden muß. Es wird nicht viel von Liebe geredet, sondern in ihrem Geiste gehandelt. Das Rauhe Haus, die Anstalt für verwahrloste Kinder, wurde die erste Etappe, die »Brunnenstube der Inneren Mission«. Wenn man die anderthalb Jahrzehnte von der Gründung des Rauhen Hauses bis zu Wicherns öffentlichem Auftreten auf dem Kirchentag 1848 in Wittenberg nach seinen verschiedenen Äußerungen verfolgt, fühlt man sich an August Hermann Francke, den Schöpfer des Halleschen Waisenhauses erinnert, der von seinem Schulprogramm aus zu der Konzeption eines sozialen Weltbildes kam, das ökumenische Weite besaß. Auch Wichern war ein Tat- und Willensmensch, der Hindernisse nicht kannte. Das Kennwort »Innere Mission«, das er zuerst bei dem Theologen Lücke gehört hatte, griff er auf und gab ihm einen besonderen Sinn und Inhalt. Die Innere Mission sollte nicht eine Nebenabteilung der Kirche sein, vielmehr sollte sie die gesamte Lebensäußerung der Kirche werden. Er bejahte die Volkskirche, deren Schwächen er kannte, deren Möglichkeiten er aber ebenso klar sah. Sie mußten nur genutzt werden. Wichern war kein Schwärmer. So wandte er sich gegen allen Dilettantismus in der inneren Mission. »Für einen geeigneten Arbeiter würden wir den gelten lassen, der durch keinen äußeren Einfluß, durch Lockung bürgerlicher Verheißungen, sondern allein durch den inneren Trieb der rettenden Liebe Christi sich ohne Selbsttäuschung veranlaßt wüßte, sein Leben den verlorensten, bis dahin von den Ämtern des Staates und der Kirche für höhere Einwirkungen unerreichbaren, christlichen Brüdern zu widmen, und er um deswillen bereit wäre, teils allen zu dienen, um ihnen zu helfen, teils alle, die ihn zu diesem Dienst berufen, zum Werke der Liebe so zu reizen, daß die Gemeinde in seinem Kreise ein Volk von Boten und Arbeitern Christi würde«. Denn – so heißt es in der berühmten Denkschrift von 1849– »unsere evangelische Kirche ist ihrem Prinzip nach wesentlich eine Kirche der inneren Mission«. Das hieß, wie er es 1848 auf dem Kirchentag ausdrückte, »die wahre Volkskirche ist ein Ziel, das unermüdliche Arbeit an der christlichen und sozialen Wiedergeburt des Volkes erfordert«. Der Weg zu diesem Ziel war der Dienst an den Armen, Kranken, allen irgendwie Notleidenden, an den Entrechteten, den Gefangenen usw. Seine Mitarbeiter nannte er Brüder, nicht Diakone, weil ihm dieser Name an kirchenrechtliche Beamtung erinnerte. Ihre Ausbildung erhielten sie im Rauhen Haus und im Johannesstift in Berlin, das 1908 in Berlin-Spandau eine besondere Stätte erhielt. Das ganze Werk, wie es ihm vorschwebte, sollte keinen kirchenamtlichen Charakter tragen, sondern verfassungsrechtlich auf Vereinsgrundlage aufgebaut werden. Das entsprach seinem Gedanken der Freiwilligkeit. Kirche und Staat sollten bejahend und helfend dahinterstehen. Mehr auch nicht. Unermüdlich war er unterwegs, um für diesen Gedanken zu werben und Helfer zu gewinnen. Für ihn war der christliche Glaube nicht ein Geheimnis für theologische Fachgelehrte, sondern ein Element der menschlichen Existenz. Für konfessionalistische Streitigkeiten hatte der Hamburger Lutheraner kein Interesse. Die geistlich sterile Staatskirche stellte sich sauer. Die Generalsynode 1846 lehnte es ab, Wichern zu hören. Aber dieser unverwüstliche Optimist war durchdrungen von dem Glauben an die weltgeschichtliche Aufgabe, die diese Kirche in der Zeit sozialer Umwälzungen habe. »Es ist der unabweisbare Beruf der Kirche, sich des Proletariats anzunehmen«. Auf den Einwand, daß der Arbeiter gar nicht in die Kirche komme, erwiderte er: »Suchen die Proletarier nicht mehr die Kirche, so muß die Kirche anfangen, die Proletarier zu suchen«.

In die Zukunft weisend war seine Forderung: »Die Hörer der Predigt müssen sich in ebensoviele Prediger des Wortes verwandeln [...]. Die Kirche muß Männer aus sich hervorgehen lassen, für die sich jede Stelle im Volksgetriebe in eine Kanzel verwandelt, Männer voll Glaubens, voll Mut [...] brennend in Liebe zum Volk«. Anfang der vierziger Jahre fand er auch Eingang in die preußischen Hof- und Regierungskreise, hatte mehrere Audienzen bei Friedrich Wilhelm IV., der Interesse für seine Pläne zeigte. Er wollte die »Obrigkeit« mit hineinziehen in die Mitverantwortung. So konnte Wichern mit seinen Brüdern im Auftrage der Regierung in die schlesischen Notstandsgebiete reisen, um sich an Ort und Stelle von dem dort herrschenden Elend zu überzeugen. Preußen war der größte protestantische Staat. Ohne seinen Rückenschutz konnte auch das Pflänzlein Innere Mission nicht gedeihen. Die entscheidende Gelegenheit, mit seinen Gedanken zuerst vor die Öffentlichkeit zu treten, bot der Kirchentag 1848. Wichern hatte seine Teilnahme von der Bedingung abhängig gemacht, daß er auf ihm sein Programm der Inneren Mission vortragen könne. Es wurde ihm zugesagt. Inzwischen brach die Revolution aus. »Wir lagen alle auf dem Bauch«, sagte später Friedrich Wilhelm IV. zu dem Historiker Ranke. Die Kirche auch. Aber sie erholte sich rasch, als feststand, daß die Frankfurter Nationalversammlung mit ihrem Verfassungswerk auf Schwierigkeiten stieß und die konservativen Mächte unter dem Zuspruch des argwöhnischen Auslandes wieder zu Kräften kamen. So fand der Kirchentag vom 21.–23. September 1848 in Wittenberg unter dem Zeichen der beginnenden Reaktion statt. Verdüsternd wirkte der Umstand, daß am Tage seiner Eröffnung in Frankfurt zwei Abgeordnete der parlamentarischen Rechten bei einem Volksaufstand ihr Leben verloren. Die orthodoxen Delegierten des Kirchentages waren entschlossen, mit entsprechenden Forderungen gegen die Revolution Stellung zu nehmen. Wicherns Programm sollte nur in einer knappen Erklärung vorgetragen werden. Aber die Versammlung verlangte nach Wicherns Worten eine detaillierte Darbietung seiner Gedanken. Was Wichern dann ausführte, zumeist aus dem Stegreif und in raschem Tempo zur Qual der Stenographen vorgetragen, war einmal die Antwort auf die Revolution, dann das Programm der Inneren Mission. »Es ist der dringende, unabweisbare, heutige Beruf der Kirche, sich des Proletariats in seinem tiefsten Grunde anzunehmen. Es ist die höchste Pflicht, wenn sie sich nicht der Lieblosigkeit gegen ihre eigenen Kinder, ohne sich rechtfertigen zu können, zeihen lassen und zuletzt vor Gottes Richterstuhl verstummen will [...]. Die Angelegenheiten des Proletariats müssen auf die Kanzel und so in die Gemeinden gebracht werden«. Er sprach auch von der Schuld, die die Kirche auf sich lade, wenn sie weiterhin sich von dieser wichtigen Aufgabe fernhalte.

Wicherns Ausführungen brachten den Durchbruch. Sie waren ein Sieg für seine Sache. Sein Aufruf zur Gründung eines Centralausschusses für Innere Mission fand volle Zustimmung. Die rund 500 Delegierten dieser kirchlichen Notabelnversammlung, durchweg Theologen, Universitätslehrer, höhere Beamte und adlige Grundbesitzer, spürten, daß dieser Revolutionär der Nächstenliebe kein Theoretiker, sondern ein Mann der Praxis war, der die Nöte der unteren Schichten durch persönliche Anschauung erfahren hatte. Nach der Gründung des Centralausschusses (CA) veröffentlichte Wichern die Denkschrift an die deutsche Nation (1849), in der er die Grundsätze der Inneren Mission darlegte. Sie war die einzige größere literarische Arbeit, die Wichern verfaßt hat. Sie war kein Meisterwerk (Gerhardt), besaß stilistisch manche Mängel. Aber innerhalb der kirchlichen Literatur jener Zeit hatte sie ihre eigene Bedeutung, vor allem im Blick auf die Persönlichkeit Wicherns. Man hat sie ein Manifest genannt und dem Kommunistischen Manifest von Marx-Engels vergleichend gegenübergestellt. Wer die Denkschrift – wie auch Wicherns Reden auf dem Kirchentag – recht verstehen will, muß das politische Klima, in dem sie entstanden ist, beachten. Orthodoxie und Pietismus waren im Bund mit dem protestantischen preußischen Staat. Die Kirche gehörte zu den haltenden und erhaltenden Mächten. Die Besiegung Napoleons war ein von der Vorsehung bestätigter Sieg der antirevolution-

nären Kräfte. Das Bündnis der drei Schwarzen Adler, Österreich, Preußen, Rußland, garantierte die göttliche Weltordnung. Ihr Geist bestimmte die kommende Zeit der Restauration und Reaktion. Religion und Politik griffen ineinander. Der Schatten des christlichen Staates umsäumte den Horizont aller Wunschbilder politisch-legitimen Denkens. Wicherns christlich-soziale Zielvorstellungen näherten sich diesem Ideal, worin er mit dem Theoretiker des christlichen Staates, Friedrich Julius Stahl, übereinstimmte. Liberalismus und Demokratie waren Schrittmacher der Revolution, die die Weltordnung von unten her aufrollen wollte. Zugegeben: auch Wichern war von der Katastrophenpsychose jener Jahre nicht frei. In den konservativen Kreisen klagte man über den »Abfall« des Volkes und den »Irrwahn« der Menschenrechte. Dennoch: Wichern war kein reaktionärer Parteimann. Sein gläubiger Wirklichkeitssinn erkannte den Krisencharakter der Zeit, in der Sünde und Unglauben den Gang der Geschichte bestimmen. Man mag das konservativ nennen. Aber wer in der politischen Urteilsfindung nicht schreckhaft ist, weiß, daß es in der Wirklichkeit des irdischen Daseins ein lupenreines Christentum nicht gibt. Der Christ kann, das beweist die Kirchengeschichte in allen ihren Abschnitten, nur wirken innerhalb der jeweiligen geschichtlichen Gegebenheiten. Nur der doktrinäre Ideologe meint, aus der Unmittelbarkeit zu einem gedachten Absoluten zu denken und zu handeln. Die unaufheb- bare historische Relativität der menschlichen Existenz hebt das Immediatverhältnis des Glaubens zu Gott nicht auf, sondern macht es erst sinnvoll. Wichern hat diese Erkenntnis klar ausgesprochen, wenn er sagte: »Die Proletarier- und Arbeiterfrage wird niemals vollständig erledigt und zur Klarheit gebracht werden können, solange in ihr nicht die politische, soziale und kirchliche Seite richtig unterschieden und richtig verknüpft wird«. Wer an ihm bemängelt, daß er zu zeitgebunden war, übersieht die politische Wirklichkeit in dem Biedermeier-Deutschland nach den Karlsbader Beschlüssen, vollends nach der Pariser Julirevolution von 1830, als allen die Angst im Nacken saß. Man denke vor allem an die Lage der evangelischen Landeskirchen, die von Staatsbehörden verwaltet wurden und gleichsam der metaphysische Arm der Obrigkeit waren. An wen sollte sich der unbekannte Hamburger Armenpastor mit seinem Anliegen wenden? Es blieben nur die konservativen Kreise, die durch ihre Stellung in der Öffentlichkeit Verantwortung trugen bzw. zu tragen bereit waren. Natürlich kam ihm hierbei die politische Grundstimmung zu Hilfe, und er hat sie in Wittenberg und bei der Gründung des CA in Berlin aufgegriffen. Zugegeben: sie entsprach auch seiner eigenen Überzeugung. So sollte man die Denkschrift mit kritischer Besonnenheit lesen und in ihr nicht Losungen erwarten, die der Inneren Mission sofort den Weg versperrt hätten. Die kommenden Jahre waren ohnehin schwer genug. Schwierigkeiten machten gerade einige Landeskirchen, die mißtrauisch waren. Aber Wichern, der, wie Friedrich Naumann sagte, das Zeug zum Staatsgründer hatte, ließ nicht locker. Sein geheimes Ziel, eine Reform der Volkskirche zu einer aktiven Gemeinschaft der Nächstenliebe, hat er nicht erreicht. Aber die Innere Mission ist im Rahmen der ihr von der Sache her gesetzten Grenzen zu einem Werk angewachsen, das aus dem Leben der Kirche und des modernen demokratischen Wohlfahrtsstaates nicht mehr wegzudenken ist. Es war im Sinne einer Anerkennung zu verstehen, wenn Wichern 1857 als leitender Beamter für das staatliche Gefängnis- und Armenwesen in das preußische Innenministerium berufen wurde. Es war nur eine kurze Zeit. Der auf Selbständigkeit bedachte Praktiker brauchte Entschlußfreiheit. Dazu kam, daß eine schleichende Krankheit seine Kräfte rasch verzehrte. Ein Schlaganfall führte zu einem langen Siechtum und Ausscheiden aus dem CA. 1881 ist er gestorben.

Die Ausgabe der jetzt vorliegenden »Sämtlichen Werke« war lange eine Notwendigkeit. Fragen der Individual- und Gemeinschaftserziehung und der Resozialisierung der straffällig gewordenen Menschen, die heute eine Selbstverständlichkeit sind, haben in Wicherns Plänen einen festen Platz gehabt, als fortschrittliches Denken noch nicht daran dachte.

Was könnte man den 7 Bänden mehr wünschen, als daß sie eifrig studiert, daß Wichern

künftig nicht nur in einem Nebenraum der Kirchengeschichte abgehandelt würde, sondern auch in allgemeinen Sozialgeschichten und in Darstellungen der politischen deutschen Geschichte im 19. Jahrhundert den ihm gebührenden Platz fände.

Karl Kupisch

Hanns-Peter Reisner, *Literatur unter der Zensur. Die politische Lyrik des Vormärz* (= *Literaturwissenschaft – Gesellschaftswissenschaft*, Bd. 14), Ernst Klett Verlag, Stuttgart 1975, 121 S., kart., 8,40 DM.

Die vorliegende knappe Darstellung, eine Dissertation, ist für den deutschen Literaturunterricht gedacht. Der Verfasser, der sich auf die Betreuung durch Walter Jens und Wilfried Barner beruft, ist Lehrer und Mitglied der überregionalen Fachgruppe Deutsch bei der Koordinierungsstelle Sekundarstufe II in Nordrhein-Westfalen. Er geht davon aus, daß die politischen Gedichte von Hoffmann von Fallersleben, Robert Eduard Prutz, Franz Dingelstedt und Ferdinand Freiligrath »eine Provokation für die Literaturwissenschaft« seien. Ob es nun der Inhalt oder der Tatbestand des Verbots (verbotene Schriften übten wie heute einen »eigenen Reiz« aus) war, der die rasche Verbreitung z. T. von Hand zu Hand förderte, bleibe dahingestellt. Das politische Bewußtsein war nach 1815 zweifellos ebenso geschärft wie nach 1945, aber ebenso doch wohl nicht allgemein, sondern auf intellektuelle Kreise begrenzt. Da bereits Heine dekretierte, »hinter oder vielmehr mit Hoffmann v. Fallersleben« habe die Poesie ein Ende, verfiel diese Dichtung einem dauerhaften ästhetischen Verdikt. Reisner wählt den Weg einer sozialhistorischen, an Engels orientierten Analyse, um der ökonomischen, sozialen und politischen Bedingungen des literarischen Marktes im Vormärz habhaft zu werden. Die fast gleichzeitig (1973) von Walter Hömberg in Salzburg vorgelegte Dissertation »Zeitgeist und Ideenschmuggel« (Stuttgart 1975) ist Reisner unbekannt geblieben. Reisners Quellen sind die Primär- und die Sekundärliteratur sowie briefliche Äußerungen von Zeitgenossen. Aktenmaterial, das immerhin Aufschluß über die Motive der Zensur im Einzelfall hätte liefern können, wurde nicht herangezogen.

Ähnlich wie Hömberg die junghegelische Prosa, wertet Reisner politische Lyrik als Form politischer Kommunikation, deren Relevanz sich schon quantitativ »an einer sprunghaft steigenden Produktion und an einem ungewöhnlich hohen Absatz« nachweisen läßt. Auflagen bis zu 20 000 Exemplaren, also weit höher als die jedes damals verbreiteten Periodikums, waren keine Seltenheit mehr. Trotzdem ging die politische Lyrik nach Brot. Freiligrath mußte sich nach Arbeit umsehen, als er 1844 die vom preußischen König ausgesetzte bescheidene Pension ausschlug. Ganz so einfach, wie Reisner den Zusammenhang zwischen politischer Haltung und materieller Versorgung darzustellen versucht, liegen die Dinge allerdings nicht. Keineswegs haben die hier zur Debatte stehenden Autoren ihren »Liberalismus« nur wegen der Resonanz im Publikum prätendiert. Was liberale Haltung um 1845 bedeuten konnte, hätte zum Verständnis des unvorbereiteten Lesers erläutert werden müssen. Immerhin erfährt er manche der Sekundärliteratur entnommene Details über die ökonomische Basis des Publizierens im Vormärz, ohne daß es Reisner gelingt, für die Politisierung der Lyrik trotz Zensur und Verlegerspekulation mehr als äußerliche Deutungen zu liefern. Daß Lyrik sich den Gesetzen der Zensur anpassen mußte, wird von Reisner jedoch zutreffend dahin gedeutet, daß diese jahrhundertlang wirksamen Mechanismen tief in das Verhalten der Bürger einwirkten und zur teilweise unbewußten Selbstzensur führen mußten.

Kurt Koszyk

künftig nicht nur in einem Nebenraum der Kirchengeschichte abgehandelt würde, sondern auch in allgemeinen Sozialgeschichten und in Darstellungen der politischen deutschen Geschichte im 19. Jahrhundert den ihm gebührenden Platz fände.

Karl Kupisch

Hanns-Peter Reisner, *Literatur unter der Zensur. Die politische Lyrik des Vormärz* (= *Literaturwissenschaft – Gesellschaftswissenschaft*, Bd. 14), Ernst Klett Verlag, Stuttgart 1975, 121 S., kart., 8,40 DM.

Die vorliegende knappe Darstellung, eine Dissertation, ist für den deutschen Literaturunterricht gedacht. Der Verfasser, der sich auf die Betreuung durch Walter Jens und Wilfried Barner beruft, ist Lehrer und Mitglied der überregionalen Fachgruppe Deutsch bei der Koordinierungsstelle Sekundarstufe II in Nordrhein-Westfalen. Er geht davon aus, daß die politischen Gedichte von Hoffmann von Fallersleben, Robert Eduard Prutz, Franz Dingelstedt und Ferdinand Freiligrath »eine Provokation für die Literaturwissenschaft« seien. Ob es nun der Inhalt oder der Tatbestand des Verbots (verbotene Schriften übten wie heute einen »eigenen Reiz« aus) war, der die rasche Verbreitung z. T. von Hand zu Hand förderte, bleibe dahingestellt. Das politische Bewußtsein war nach 1815 zweifellos ebenso geschärft wie nach 1945, aber ebenso doch wohl nicht allgemein, sondern auf intellektuelle Kreise begrenzt. Da bereits Heine dekretierte, »hinter oder vielmehr mit Hoffmann v. Fallersleben« habe die Poesie ein Ende, verfiel diese Dichtung einem dauerhaften ästhetischen Verdikt. Reisner wählt den Weg einer sozialhistorischen, an Engels orientierten Analyse, um der ökonomischen, sozialen und politischen Bedingungen des literarischen Marktes im Vormärz habhaft zu werden. Die fast gleichzeitig (1973) von Walter Hömberg in Salzburg vorgelegte Dissertation »Zeitgeist und Ideenschmuggel« (Stuttgart 1975) ist Reisner unbekannt geblieben. Reisners Quellen sind die Primär- und die Sekundärliteratur sowie briefliche Äußerungen von Zeitgenossen. Aktenmaterial, das immerhin Aufschluß über die Motive der Zensur im Einzelfall hätte liefern können, wurde nicht herangezogen.

Ähnlich wie Hömberg die junghegelische Prosa, wertet Reisner politische Lyrik als Form politischer Kommunikation, deren Relevanz sich schon quantitativ »an einer sprunghaft steigenden Produktion und an einem ungewöhnlich hohen Absatz« nachweisen läßt. Auflagen bis zu 20 000 Exemplaren, also weit höher als die jedes damals verbreiteten Periodikums, waren keine Seltenheit mehr. Trotzdem ging die politische Lyrik nach Brot. Freiligrath mußte sich nach Arbeit umsehen, als er 1844 die vom preußischen König ausgesetzte bescheidene Pension ausschlug. Ganz so einfach, wie Reisner den Zusammenhang zwischen politischer Haltung und materieller Versorgung darzustellen versucht, liegen die Dinge allerdings nicht. Keineswegs haben die hier zur Debatte stehenden Autoren ihren »Liberalismus« nur wegen der Resonanz im Publikum prätendiert. Was liberale Haltung um 1845 bedeuten konnte, hätte zum Verständnis des unvorbereiteten Lesers erläutert werden müssen. Immerhin erfährt er manche der Sekundärliteratur entnommene Details über die ökonomische Basis des Publizierens im Vormärz, ohne daß es Reisner gelingt, für die Politisierung der Lyrik trotz Zensur und Verlegerspekulation mehr als äußerliche Deutungen zu liefern. Daß Lyrik sich den Gesetzen der Zensur anpassen mußte, wird von Reisner jedoch zutreffend dahin gedeutet, daß diese jahrhundertlang wirksamen Mechanismen tief in das Verhalten der Bürger einwirkten und zur teilweise unbewußten Selbstzensur führen mußten.

Kurt Koszyk

Deutsches Bürgerbuch für 1845, neu hrsg. von Rolf Schloesser, eingel. von Hans Pelger, mit einem Vorwort von Walter Dirks (= ilv leske republik. Materialien zum Vormärz, Bd. 1), 2. Aufl., informationspresse - c. w. leske, Köln / Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt/Köln 1975, XXXVI, 376 S., kart., 28 DM.

Robert Prutz. Zwischen Vaterland und Freiheit. Eine Werkauswahl, hrsg. und komm. von Hartmut Kircher, mit einem Geleitwort von Gustav W. Heinemann (= ilv leske republik. Materialien zum Vormärz, Bd. 4), informationspresse - c. w. leske, Köln / Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt/Köln 1975, 439 S., kart., 28 DM.

In Zusammenarbeit mit der Europäischen Verlagsanstalt hat Rolf Schloesser diese Reihe von Dokumenten zur lange vernachlässigten Geschichte des deutschen Vormärz initiiert. Trotz den inzwischen in der DDR vom Zentralantiquariat und in der BRD von Auvermann und anderen Unternehmen vorgelegten Faksimiledrucken wichtiger Periodika aus der Frühzeit der Arbeiterbewegung sind Texte zur Sozialgeschichte weiterhin ein Desideratum. Diese Lücke versuchen die bisher erschienenen vier Bände (vgl. auch die in der folgenden Rezension angezeigte Weerth-Auswahl) zu füllen. Die handlichen Paperbacks sind mit 30,- DM nicht gerade billig, aber doch für Lehrer, interessierte Schüler und Studenten gewiß erschwinglich.

Hermann Püttmanns »Deutsches Bürgerbuch für 1845« (Darmstadt bei C. W. Leske, ein zweites folgte 1846) gehört zu den damals zahlreich publizierten Anthologien mit oppositionellen Beiträgen, die oft von der Zensur aus Zeitungen und Zeitschriften gestrichen worden waren und in zensurfreien Bänden mit mehr als 20 Bogen dennoch das Licht der Öffentlichkeit erblickten. Man findet darin Namen wie Karl Heinzen, Moses Heß, Karl Grün, Jakob Venedey, Friedrich Engels, Georg Weerth und Ernst Dronke.

Hermann Püttmann (1811–1894) stammte aus dem Wuppertal, wo er die fortschrittliche »Barmer Zeitung« redigierte. Seit 1842 als Feuilletonredakteur der »Kölnischen Zeitung« stand er in Kontakt mit den radikalen Zeitgenossen um die »Rheinische Zeitung«.

In seiner kenntnisreichen Einleitung gibt der Leiter des Trierer Karl-Marx-Hauses, Hans Pelger, einen knappen und klaren Einblick in die vielfältigen Verästelungen der vormärzlichen Literaturszene und zugleich den Forschungsstand, ohne dessen Kenntnis das »Deutsche Bürgerbuch« schwerlich als »Anfang und Abschiedsszene einer oppositionellen literarischen Bewegung, die sich 1844 in Deutschland neu gruppiert hatte«, zu verstehen wäre. Der Verlag Carl Friedrich Julius Leskes, von seinem Vater Carl Wilhelm 1821, also vor 150 Jahren gegründet, hatte wesentlichen Anteil daran. Mit Püttmanns Publikation gab der junge Leske (1821–1886) zugleich seinen Einstand als einer der radikalsten Verleger des Vormärz, bei dem Marx eine »Kritik der Nationalökonomie« veröffentlichen wollte.

Die Auswahl der Werke von *Robert Prutz* wird von einer biographischen Skizze von Hartmut Kircher eingeleitet. Sodann belegen Briefe vor allem aus den Jahren 1842/43 die Freundschaft zwischen Prutz und Herwegh. Der in Stettin geborene Kaufmannssohn (1816–1872) arbeitete 1839–1842 an den »Hallischen« bzw. »Deutschen Jahrbüchern«, dann an der »Rheinischen Zeitung« mit. Nach 1848 machte sich Prutz als Literaturwissenschaftler einen Namen. Seine nationalliberale Einstellung trug ihm 1856 ein Disziplinarverfahren an der Universität Halle ein. Seit 1858 lebte er als freier Gelehrter und kritischer Beobachter der Zeitläufte in Stettin. Prutz war einer der wichtigsten Vertreter jener eindrucksvollen deutschen Publizistengeneration des Vormärz, die für ihre Meinung kompromißlos stand. Mit diesem ethischen Potential in der deutschen Geschichte weitere Leserkreise bekannt zu machen, ist das Ziel und das Verdienst einer Reihe, auf deren Fortsetzung man auch dann hoffen darf, wenn sie nicht zu einem konkreteren verlegerischen Konzept finden sollte. Vorerst sind Bände über Wilhelm Wolff und über den Weberaufstand von 1844 angekündigt.

Kurt Koszyk

Georg Weerth, Vergessene Texte. Werkauswahl, Bd. I und II, nach den Handschriften hrsg. von Jürgen-Wolfgang Goette, Jost Hermand und Rolf Schloesser, Bd. I mit einem Beitrag von Heinrich Böll, Bd. II mit einem Vorwort von Reinhart Koselleck (= ilv leske republik. Materialien zum Vormärz, Bd. 2 und 3), informationspresse - c. w. leske, Köln / Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt/Köln 1975/76, 405 und 495 S., kart., je 28 DM.

Karl Hotz, Georg Weerth - Ungleichzeitigkeit und Gleichzeitigkeit im literarischen Vormärz (= Literaturwissenschaft - Gesellschaftswissenschaft, Bd. 22), Klett Verlag, Stuttgart 1976, 129 S., kart., 15,80 DM.

Nach Hermann Püttmanns »Deutschem Bürgerbuch für 1845« und einer Robert Prutz-Anthologie ist die Georg-Weerth-Werkauswahl in der ambitionierten Kölner Reihe »Materialien zum Vormärz« abgeschlossen worden. Weerth, enger Kampfgefährte von Marx und Engels zwischen 1846 und 1849, Feuilletonredakteur der »Neuen Rheinischen Zeitung«, war der Sohn eines Detmolder Superintendenten. Der 20jährige publizierte 1842 erste Gedichte in Püttmanns »Barmer Zeitung«, an deren Erscheinungsort er in die Geheimnisse des Kaufmannsstandes eingeweiht wurde. Im englischen Bradford als Kontorist einer Textilfirma lernte er Friedrich Engels kennen. 1845 erschienen Weerths sozialkritische »Lieder aus Lancashire« im Elberfelder »Gesellschaftsspiegel«, bevor er in den folgenden Jahren Mitglied des Bundes der Kommunisten wurde. Auf einer seiner Kaufmannsreisen starb Weerth 1856 in Havanna (Kuba) am tropischen Fieber.

Zwischen 1930 (als Karl Weerths Lebensbild erschien) und 1949 (Ernst Alkers Deutsche Literatur im 19. Jahrhundert) geriet Georg Weerth fast in Vergessenheit. Sein hundertstes Todesjahr brachte mit Bruno Kaisers fünfbändiger Werkausgabe, der 1966 in der Bundesrepublik eine von Kaiser edierte Werkauswahl folgte, eine Änderung der Forschungssituation. 1972 erschien - ebenfalls von Kaiser bearbeitet - Weerths Briefwechsel mit Betty Tendering, die sich 1855 Weerth wie zuvor Gottfried Keller versagte. Die Kölner Edition erkennt Bruno Kaisers Leistung ausdrücklich an, bemängelt aber die nach einem Vergleich mit den in Amsterdam im Internationalen Institut für Sozialgeschichte aufbewahrten Brieforiginalen zahlreichen Übertragungsfehler, die sich wohl auch im Verhältnis zu den Erstdrucken ergaben. Insofern bemüht sich die neue Edition um authentischere Lesarten. Sie bietet dem Benutzer darüber hinaus durch die Verbindung von Werken und Lebenszeugnissen mit kompetenten Einführungen wichtige Interpretationshilfen. Das Register der vorkommenden Namen am Ende des zweiten Bandes erleichtert die Benutzung.

Heinrich Bölls Parabel über den gräflichen Buchhalter und den Land- und Forstarbeiter Heinrich Sohlweg setzt anstelle eines Vorworts das Motto; daß man nämlich »von der Wahrheit keine Gemütlichkeit erwarten« soll. In dem kurzen Lebensabriß schildern die Herausgeber, wie Weerth die kritische Methode Heinrich Heines auf die Krämerwelt des Handels anwandte und so zur sozialen Reportage gelangte, die er in seinen Briefen, Gedichten und Prosastücken gleichermaßen exemplifizierte. In dieser Reihenfolge faßt der erste Band die Arbeiten Weerths bis zur Revolution von 1848 zusammen. Wolfram Fischers Essay über den deutschen Unternehmer des Vormärz fundiert die »Humoristischen Skizzen aus dem deutschen Handelsleben«, die Weerth 1847/48 in der »Kölnischen Zeitung« veröffentlichte.

Der zweite Band enthält alle wichtigen Arbeiten Weerths aus der »Neuen Rheinischen Zeitung«, darunter natürlich den »Ritter Schnapphahnski«, der Weerth drei Monate Haft im Klingelpütz eintrug. Diese Verballhornung des Fürsten Felix Lichnowsky unter dem von Heine 1843 im Atta Troll verwendeten Namen galt im Grunde nicht einem einzelnen, sondern der Nationalversammlung, in der nach Weerths Ansicht »Scheinhelden und Maulpatrioten« die Revolution zerredeten. Der Band schließt mit dem vermutlich 1845/46 verfaßten Romanfragment, das von Goette im Gegensatz zu den Veröffentlichungen von Kaiser und Werner Krause erstmals in sinnvoller Disposition und ungekürzt vorgelegt

wird. Für deutsche Leser neu ist der sich anschließende, 1941 in russischer Sprache erschienene Aufsatz von Georg Lukács über Weerth.

Das Resümee zu beiden Bänden liefert Jürgen-Wolfgang Goette mit seinem Essay »Wegbereiter der revolutionären Literatur in Deutschland«, in dem er sich auf die von Jost Hermand 1968 vorgeführte Methode des »Synthetischen Interpretierens« bezieht. Hermand macht selbst am Ende des ersten Bandes darauf aufmerksam, daß der Arbeiter Eduard im »Romanfragment« zu den ersten klassenbewußten Proletariern in der deutschen Literatur gehöre. Diese epochemachende Leistung Weerths mag dazu beigetragen haben, daß sich Karl Hotz, Fachleiter Deutsch an einem Studienseminar für Gymnasien in Rheinland-Pfalz, darum bemüht, Weerths Werk »aus der Fixierung der DDR-Germanistik herauszulösen und im Heine-Kontext das für uns adaptierbare und uneingelöste literarische Erbe Weerths herauszuarbeiten und Weerths Position im literarischen Vormärz neu zu bestimmen«. Angesichts dieser Begrifflichkeit drängt sich die Frage auf, wie Weerth solche didaktischen Mühen beurteilt hätte, ihn »in die gegenwärtige Literaturdiskussion« einzubringen. Im Grunde weiß Hotz mit Weerth nichts anzufangen oder wenig mehr, als wenn sogenannter ideologiefreier Unterricht heute mit Materialien verschiedenster Art hantiert. So verwendet der Schulmann »Blochs Ansatz« der Dialektik des subjektiv und objektiv Ungleichzeitigen (»Erbschaft der Zeit«) schlicht als Modell, aber ohne Engagement, wie Hotz in einer Fußnote betont. Zitate werden aneinandergereiht und mit Kommentaren verziert, wie etwa diesem: »Es gehört wohl mit zu den Paradoxien der Rezeptions- und Wirkungsgeschichte der Literatur, daß sich Weerths Name immerhin im Zusammenhang mit dem ›Jungen Deutschland‹ gerade bei Adolf Bartels, einem der schärfsten Gegner Heines, bis zur Verunglimpfung, findet«. (S. 36, auf der Hotz bereits bei Anmerkung 112 angekommen ist und sein 1975 erschienenes Heine-Bändchen anführt.)

Der nach 120 Seiten literatursoziologischer Reflexion von Hotz erschöpfte Rezensent fragt sich, was die Wirkung eines an dieser Handreichung für den Lehrer orientierten Unterrichts auf den Schüler sein mag. Sein Rat: Man lasse die Jugend Weerth lesen und nicht zergliedern bis zur Unkenntlichkeit – selbst wenn darunter der von Hotz gewiß eindrucksvoll demonstrierte literaturwissenschaftliche Erkenntnisstand ein wenig zu kurz kommt.

Kurt Koszyk

Edda Ziegler, Julius Campe. Der Verleger Heinrich Heines (= Heine-Studien), Verlag Hoffmann und Campe, Hamburg / Heinrich Heine Verlag, Düsseldorf 1976, 383 S., Pb., 58 DM (zugleich Phil. Diss. Universität München 1975).

Im Gegensatz zu dem einengenden Untertitel und zur populären Verleger-Biographie Carl Brinitzers (1962) hat die junge Germanistin auf breiter Quellenbasis eine gründliche Geschichte des Hamburger Verlages für die Jahre 1823 bis 1867 geschrieben und in den zeitgenössischen politischen sowie literarischen Zusammenhang gestellt. Im Mittelpunkt wird allerdings am Falle Heines gezeigt, welchen Einfluß ein Verleger auf Produktion und Thematik eines Schriftstellers unter den besonderen Bedingungen seiner Epoche hatte. Ziegler behandelt dabei nicht zuletzt die Bereiche der technischen Produktion, der Distribution und der Öffentlichkeitsarbeit.

Das Beispiel Heine läßt sich gewiß nicht verallgemeinern, was die Beziehung Verleger – Autor angeht. Campe war der um fast sechs Jahre Ältere, der seit der ersten Bekanntschaft mit den »Reisebildern« die Meisterschaft Heines voll würdigte. Heine wiederum schätzte die buchhändlerische Tüchtigkeit des Hamburgers, dem er seine starke Position auf dem literarischen Markt und eine gewisse ökonomische Unabhängigkeit verdankte. Über diesen Vorsprung gegenüber Konkurrenten suchte Heine argwöhnisch zu wachen. Keine Invektive erschien ihm ungeeignet, Konkurrenten bei Campe in Mißkredit zu bringen. Auch als

wird. Für deutsche Leser neu ist der sich anschließende, 1941 in russischer Sprache erschienene Aufsatz von Georg Lukács über Weerth.

Das Resümee zu beiden Bänden liefert Jürgen-Wolfgang Goette mit seinem Essay »Wegbereiter der revolutionären Literatur in Deutschland«, in dem er sich auf die von Jost Hermand 1968 vorgeführte Methode des »Synthetischen Interpretierens« bezieht. Hermand macht selbst am Ende des ersten Bandes darauf aufmerksam, daß der Arbeiter Eduard im »Romanfragment« zu den ersten klassenbewußten Proletariern in der deutschen Literatur gehöre. Diese epochemachende Leistung Weerths mag dazu beigetragen haben, daß sich Karl Hotz, Fachleiter Deutsch an einem Studienseminar für Gymnasien in Rheinland-Pfalz, darum bemüht, Weerths Werk »aus der Fixierung der DDR-Germanistik herauszulösen und im Heine-Kontext das für uns adaptierbare und uneingelöste literarische Erbe Weerths herauszuarbeiten und Weerths Position im literarischen Vormärz neu zu bestimmen«. Angesichts dieser Begrifflichkeit drängt sich die Frage auf, wie Weerth solche didaktischen Mühen beurteilt hätte, ihn »in die gegenwärtige Literaturdiskussion« einzubringen. Im Grunde weiß Hotz mit Weerth nichts anzufangen oder wenig mehr, als wenn sogenannter ideologiefreier Unterricht heute mit Materialien verschiedenster Art hantiert. So verwendet der Schulmann »Blochs Ansatz« der Dialektik des subjektiv und objektiv Ungleichzeitigen (»Erbschaft der Zeit«) schlicht als Modell, aber ohne Engagement, wie Hotz in einer Fußnote betont. Zitate werden aneinandergereiht und mit Kommentaren verziert, wie etwa diesem: »Es gehört wohl mit zu den Paradoxien der Rezeptions- und Wirkungsgeschichte der Literatur, daß sich Weerths Name immerhin im Zusammenhang mit dem ›Jungen Deutschland‹ gerade bei Adolf Bartels, einem der schärfsten Gegner Heines, bis zur Verunglimpfung, findet«. (S. 36, auf der Hotz bereits bei Anmerkung 112 angekommen ist und sein 1975 erschienenes Heine-Bändchen anführt.)

Der nach 120 Seiten literatursoziologischer Reflexion von Hotz erschöpfte Rezensent fragt sich, was die Wirkung eines an dieser Handreichung für den Lehrer orientierten Unterrichts auf den Schüler sein mag. Sein Rat: Man lasse die Jugend Weerth lesen und nicht zergliedern bis zur Unkenntlichkeit – selbst wenn darunter der von Hotz gewiß eindrucksvoll demonstrierte literaturwissenschaftliche Erkenntnisstand ein wenig zu kurz kommt.

Kurt Koszyk

Edda Ziegler, Julius Campe. Der Verleger Heinrich Heines (= Heine-Studien), Verlag Hoffmann und Campe, Hamburg / Heinrich Heine Verlag, Düsseldorf 1976, 383 S., Pb., 58 DM (zugleich Phil. Diss. Universität München 1975).

Im Gegensatz zu dem einengenden Untertitel und zur populären Verleger-Biographie Carl Brinitzers (1962) hat die junge Germanistin auf breiter Quellenbasis eine gründliche Geschichte des Hamburger Verlages für die Jahre 1823 bis 1867 geschrieben und in den zeitgenössischen politischen sowie literarischen Zusammenhang gestellt. Im Mittelpunkt wird allerdings am Falle Heines gezeigt, welchen Einfluß ein Verleger auf Produktion und Thematik eines Schriftstellers unter den besonderen Bedingungen seiner Epoche hatte. Ziegler behandelt dabei nicht zuletzt die Bereiche der technischen Produktion, der Distribution und der Öffentlichkeitsarbeit.

Das Beispiel Heine läßt sich gewiß nicht verallgemeinern, was die Beziehung Verleger – Autor angeht. Campe war der um fast sechs Jahre Ältere, der seit der ersten Bekanntschaft mit den »Reisebildern« die Meisterschaft Heines voll würdigte. Heine wiederum schätzte die buchhändlerische Tüchtigkeit des Hamburgers, dem er seine starke Position auf dem literarischen Markt und eine gewisse ökonomische Unabhängigkeit verdankte. Über diesen Vorsprung gegenüber Konkurrenten suchte Heine argwöhnisch zu wachen. Keine Invektive erschien ihm ungeeignet, Konkurrenten bei Campe in Mißkredit zu bringen. Auch als

er Wihl, Gutzkow und Börne ausgestochen hatte, räsonierte Heine weiter über Campes Verlagskonzept. Die zeitweilige Trennung von 1848–1851 hinderte den 1831 nach Paris Emigrierten keineswegs daran, nachdem die Beziehungen erneuert waren, in alter Weise weiter zu lamentieren. Campe war dennoch klug genug, sich nicht durch die Selbstbeweihräucherung Heines beirren zu lassen. Ziegler bringt die Verhältnisse auf die einfache Formel: »[...] die Frage der Honorarhöhe, die der kommerziellen Auswertung der Manuskripte, Campes Auflagenpolitik und Terminplanung, sowie der Einfluß der Zensur [...]«. Heine ist vermutlich der erste deutsche Autor gewesen, der seinem Verleger an Geschäftstüchtigkeit in nichts nachstand. Im Vordergrund standen für ihn seine finanziellen Bedürfnisse, zu deren Befriedigung er alle Register seiner Verhandlungskunst zog – vom kombinierten Manuskriptangebot bis zur Drohung, er werde zur Konkurrenz, d. h. zu Cotta, abwandern. 27 623 Taler erhielt Heine zu Lebzeiten, weitere 16 800 Taler seine Witwe von Campe, der damit die Sonderstellung dieses Autors honorierte, sich aber auch im Vergleich zum Umgang Cottas mit seinen Autoren keineswegs lumpen ließ. So brachte es Heine gegen Ende seines Lebens zum Lebensstandard des bestbezahlten hanseatischen Beamten und übertraf einen Cottaschen Spitzenverdiener wie Freiligrath. Ob allerdings Zieglers Schlußfolgerung allgemeine Gültigkeit hat, bleibe dahingestellt: »[...] der Autor in der Position des freien Schriftstellers tritt auf als Produzent, dessen Werk vom Verleger, den Gesetzen des Markts entsprechend, als Ware bewertet und gewinnbringend verwirtschaftet wird«.

Vielmehr scheint bei Heine eine Tendenz zur »Buchmacherei« erkennbar zu sein, vor der ihn Campe warnte, d. h. vor gewinnbringenden Vorveröffentlichungen in Zeitschriften und Pamphleten, um sie später mit neuen Texten zu zensurfreien Bänden (20 Bogen) zu kombinieren. Campes Interesse, Produktion und Thematik seines Autors zu beeinflussen, wurde weniger von einer publikumswirksamen Ästhetik als von den Notwendigkeiten des Verlagsgeschäfts diktiert. Je nach Marktlage wechselnd, wurden bestimmte Gattungen favorisiert, mal Lyrik, mal Prosa. Popularität, nicht Politik, auf diese einfache Formel läßt sich Campes Wertvorstellung von der Konzeption literarischer Werke bringen.

Die aus den Quellen überaus farbig erarbeitete Studie findet ihre Grenzen da, wo die von Ziegler bevorzugte historische Methode versagt: vor dem Komplex der Rezeptionsschichte. Die Autorin besitzt immerhin den Mut, dies anzuerkennen. Trotz der Arbeiten von Engelsing u. a. ist unser Wissen über das Lesepublikum des 19. Jahrhunderts – von früheren Zeiten ganz zu schweigen – weiterhin punktuell-exemplarisch. Kurt Koszyk

Jörn Brederlow, »Lichtfreunde« und »Freie Gemeinden«. Religiöser Protest und Freiheitsbewegung im Vormärz und in der Revolution von 1848/49 (= Studien zur modernen Geschichte, Bd. 20), R. Oldenbourg Verlag, München/Wien 1976, 122 S., Kunststoffeinband, 48 DM.

In der Historiographie des 19. Jahrhunderts, denken wir etwa an Treitschkes Deutsche Geschichte, gehörten die seit 1845 ausgelösten, zunächst religiös motivierten Bewegungen des Deutschkatholizismus und der protestantischen Lichtfreunde mit einer gewissen Selbstverständlichkeit zur Vorgeschichte der deutschen Revolution von 1848. Diese historische Sichtweise, die beide religiöse Bewegungen von 1845 mit ihrer politischen, liberal- bis radikaldemokratischen Programmatik in eine allgemeine Betrachtung des deutschen Vormärz miteinschloß, geriet, sehen wir von Einzelstudien ab, im Verlauf des 20. Jahrhunderts in Vergessenheit. Somit ist es ein unbestreitbares Verdienst, daß sich Brederlow dieser zum Teil verschütteten, zum größten Teil aber noch gar nicht erforschten Traditionen annimmt. Ebenso bedeutsam ist die Zielsetzung dieser Arbeit: Brederlow will einen Beitrag »zur Erforschung der Struktur des deutschen Vormärzes und der Revolution von

er Wihl, Gutzkow und Börne ausgestochen hatte, räsonierte Heine weiter über Campes Verlagskonzept. Die zeitweilige Trennung von 1848–1851 hinderte den 1831 nach Paris Emigrierten keineswegs daran, nachdem die Beziehungen erneuert waren, in alter Weise weiter zu lamentieren. Campe war dennoch klug genug, sich nicht durch die Selbstbeweihräucherung Heines beirren zu lassen. Ziegler bringt die Verhältnisse auf die einfache Formel: »[...] die Frage der Honorarhöhe, die der kommerziellen Auswertung der Manuskripte, Campes Auflagenpolitik und Terminplanung, sowie der Einfluß der Zensur [...]«. Heine ist vermutlich der erste deutsche Autor gewesen, der seinem Verleger an Geschäftstüchtigkeit in nichts nachstand. Im Vordergrund standen für ihn seine finanziellen Bedürfnisse, zu deren Befriedigung er alle Register seiner Verhandlungskunst zog – vom kombinierten Manuskriptangebot bis zur Drohung, er werde zur Konkurrenz, d. h. zu Cotta, abwandern. 27 623 Taler erhielt Heine zu Lebzeiten, weitere 16 800 Taler seine Witwe von Campe, der damit die Sonderstellung dieses Autors honorierte, sich aber auch im Vergleich zum Umgang Cottas mit seinen Autoren keineswegs lumpen ließ. So brachte es Heine gegen Ende seines Lebens zum Lebensstandard des bestbezahlten hanseatischen Beamten und übertraf einen Cottaschen Spitzenverdiener wie Freiligrath. Ob allerdings Zieglers Schlußfolgerung allgemeine Gültigkeit hat, bleibe dahingestellt: »[...] der Autor in der Position des freien Schriftstellers tritt auf als Produzent, dessen Werk vom Verleger, den Gesetzen des Markts entsprechend, als Ware bewertet und gewinnbringend verwirtschaftet wird«.

Vielmehr scheint bei Heine eine Tendenz zur »Buchmacherei« erkennbar zu sein, vor der ihn Campe warnte, d. h. vor gewinnbringenden Vorveröffentlichungen in Zeitschriften und Pamphleten, um sie später mit neuen Texten zu zensurfreien Bänden (20 Bogen) zu kombinieren. Campes Interesse, Produktion und Thematik seines Autors zu beeinflussen, wurde weniger von einer publikumswirksamen Ästhetik als von den Notwendigkeiten des Verlagsgeschäfts diktiert. Je nach Marktlage wechselnd, wurden bestimmte Gattungen favorisiert, mal Lyrik, mal Prosa. Popularität, nicht Politik, auf diese einfache Formel läßt sich Campes Wertvorstellung von der Konzeption literarischer Werke bringen.

Die aus den Quellen überaus farbig erarbeitete Studie findet ihre Grenzen da, wo die von Ziegler bevorzugte historische Methode versagt: vor dem Komplex der Rezeptionsschichte. Die Autorin besitzt immerhin den Mut, dies anzuerkennen. Trotz der Arbeiten von Engelsing u. a. ist unser Wissen über das Lesepublikum des 19. Jahrhunderts – von früheren Zeiten ganz zu schweigen – weiterhin punktuell-exemplarisch. Kurt Koszyk

Jörn Brederlow, »Lichtfreunde« und »Freie Gemeinden«. Religiöser Protest und Freiheitsbewegung im Vormärz und in der Revolution von 1848/49 (= Studien zur modernen Geschichte, Bd. 20), R. Oldenbourg Verlag, München/Wien 1976, 122 S., Kunststoffeinband, 48 DM.

In der Historiographie des 19. Jahrhunderts, denken wir etwa an Treitschkes Deutsche Geschichte, gehörten die seit 1845 ausgelösten, zunächst religiös motivierten Bewegungen des Deutschkatholizismus und der protestantischen Lichtfreunde mit einer gewissen Selbstverständlichkeit zur Vorgeschichte der deutschen Revolution von 1848. Diese historische Sichtweise, die beide religiöse Bewegungen von 1845 mit ihrer politischen, liberal- bis radikaldemokratischen Programmatik in eine allgemeine Betrachtung des deutschen Vormärz miteinschloß, geriet, sehen wir von Einzelstudien ab, im Verlauf des 20. Jahrhunderts in Vergessenheit. Somit ist es ein unbestreitbares Verdienst, daß sich Brederlow dieser zum Teil verschütteten, zum größten Teil aber noch gar nicht erforschten Traditionen annimmt. Ebenso bedeutsam ist die Zielsetzung dieser Arbeit: Brederlow will einen Beitrag »zur Erforschung der Struktur des deutschen Vormärzes und der Revolution von

1848/49 leisten, speziell zur wenig geklärten Situation der kleinbürgerlichen Schichten« (S. 10). Gerade die Analyse der ›Lichtfreunde‹ und der ›Freien Gemeinden‹ bietet, wie der Verfasser zu Recht vermutet, »eine Möglichkeit, Einstellungen und Haltungen dieser sozialen Gruppen sichtbar zu machen«. Dabei stellt er seine Untersuchung in den größeren sozialgeschichtlichen Zusammenhang. Er führt den Leser mitten hinein in noch offene Fragen der Revolution von 1848/49, insbesondere der Bedeutung der kleinbürgerlichen bis unterbürgerlichen Schichten für die Entstehungsgeschichte, den Verlauf und den Ausgang dieser fehlgeschlagenen Revolution. »Zu fragen gilt es, ob und in welcher Weise der sich in den 1840er Jahren krisenhaft zuspitzende gesellschaftliche Umwandlungsprozeß die Ausbildung der religiös-politischen Massenbewegung begünstigt und damit dem rationalistischen Protest, der zwar von Beginn an eine politische Dimension erhielt, erst die mobilisierende Kraft verliehen hat« (S. 9 f.).

Der von Brederlow gewählte Gegenstand eignet sich in vorzüglicher Weise, diesen Fragen des Vormärzes und der achtundvierziger Revolution nachzugehen. Für seine Untersuchung greift B. auf Archivmaterialien (aus dem Deutschen Zentralarchiv Merseburg und dem Staatsarchiv Magdeburg) zurück. Von dem sehr umfassenden zeitgenössischen Material zieht er ohne deutlich erkennbares Auswahlprinzip zeitgenössische Schriften der Bewegung heran. (Hier unterschätzt Brederlow die vorhandene, sehr umfassende zeitgenössische Materialbasis, die über das kirchengeschichtlich-theologische Gebiet weit hinausgeht.) Schließlich werden auch lokalgeschichtliche Arbeiten herangezogen. Brederlow beschränkt sich auf die Entstehungsgeschichte und Entwicklung der Lichtfreunde und Freien Gemeinden in der preußischen Provinz Sachsen in der Zeit von 1841 bis ungefähr 1852; er berührt aber »zum Vergleich« auch die Gemeindegründungen der Lichtfreunde in anderen Regionen Deutschlands und, ebenfalls »zum Vergleich«, die Parallelbewegung des Deutschkatholizismus. In dieser vom Verfasser nicht, wie es scheint, voll beabsichtigten Ausweitung liegt eine Schwäche dieser Studie; denn bei dem jetzigen Forschungsstand, nach dem fundierte lokalgeschichtliche Einzelstudien fehlen, muß jeder Versuch, aufgrund vergleichender Analysen zu Verallgemeinerungen zu kommen, scheitern. Denn gerade genaue Kenntnisse über die verschiedenen regionalen Ausprägungen des religiösen Protestes fehlen. Wir wissen aber, daß die ›Lichtfreunde‹ und die ›Freien Gemeinden‹ sich etwa in Baden, Württemberg, im Rheinland, in Berlin, in Breslau sowohl in ihrer sozialen Zusammensetzung als auch in ihrer politischen Orientierung sehr unterschiedlich entwickelt haben. Diese räumliche und zeitliche Ausweitung der Studie einmal über die Provinz Sachsen hinaus, zum zweiten über das Jahr 1848/49 hinaus verleiten den Verfasser zu Verallgemeinerungen, die dem Phänomen dieser vormärzlichen Massenbewegung und ihrer Wirksamkeit in den revolutionären Aufständen und parlamentarischen Gremien 1848/49 nicht voll gerecht werden. Weitere regional begrenzte Fallstudien wären zunächst notwendig.

Die Stärke dieser Studie liegt in den auf Sachsen begrenzten, sozialgeschichtlich sehr gut fundierten Ausführungen. Brederlow bringt wichtiges Material, insbesondere zur sozialen Zusammensetzung der Gemeinden und zur Beurteilung der Bewegung durch die Behörden zum Vorschein. Er interpretiert diese Quellen im Rahmen der sozio-ökonomischen Struktur von Preußisch-Sachsen und seiner bedeutenden gewerblichen Entwicklung in den 1840er Jahren. Somit vermag er die religiöse Opposition in ihrer ersten Phase als eine Massenbewegung der städtischen Bevölkerung, als einen »Sonderfall bürgerlicher Opposition gegen die feudale Reaktion« zu deuten. Der Weg von der innerkirchlichen Opposition der ›Lichtfreunde‹ zum organisierten Dissent, der sich in der Gründung der ›Freien Gemeinden‹ äußert, wird als weiterer Differenzierungsprozeß der Jahre 1846/47 gedeutet. »Unter dem Einfluß der ökonomischen Krise des Winters 1846/47 vollzog sich eine Verschärfung der Klassenverhältnisse, die auf die soziale Zusammensetzung und auf die Praxis der religiösen Bewegung zurückwirkte« (S. 49). Der religiöse Dissent wird in

dieser Phase als »eine politisch-gesellschaftliche Ausdrucksform des Kleinbürgers« verstanden. Hier gelingt es Brederlow, an die Forschungen von J. Droz, C. Holden und Günther Kolbe anzuknüpfen und sie in fruchtbarer Weise weiterzuführen. Mit Hilfe der von ihm herangezogenen Materialien (als besonders aussagefähig erwiesen sich wiederum die Polizeiberichte) vermag Brederlow seine These zu belegen, daß die freireligiöse Bewegung »eine besondere Form sozialen Protestes der städtischen unteren Mittel- und Unterschichten dar[stellt], motiviert durch die Erfahrung sozialer Desintegration als Folge des rapiden gesellschaftlichen Wandels« (S. 81). Auch seine Annahme von der unterschiedlichen Interessenlage von Bürgertum und Kleinbürgertum und Unterschichten erfährt durch das Material eine Bestätigung. Obgleich die eingangs erwähnte methodische Schwäche manche Partien der Studie beeinträchtigt und obgleich der Verfasser neuere einschlägige Literatur übersehen hat, kann die Arbeit durchaus als ein gelungener Beitrag zur Erforschung des Vormärz und der 48er Revolution gewertet werden. Es wäre zu wünschen, daß sie zu weiteren Fallstudien dieser Art anregt.

Annette Kuhn

Peter N. Stearns, *The Revolutions of 1848 (= Revolutions in the Modern World)*, Weidenfeld & Nicolson, London 1974, VIII, 278 S., Ln., £ 3.95.

In dieser komparativen Studie analysiert der Autor, Professor an der Carnegie-Mellon University in Pittsburgh und Herausgeber des *Journal of Social History*, unter sozialgeschichtlichen Fragestellungen nicht nur die wichtigsten Revolutionen des Jahres 1848, die in Frankreich, Deutschland, Italien und der Habsburgermonarchie, wengleich diese naturgemäß im Zentrum der Untersuchung stehen, sondern widmet sein Augenmerk auch den übrigen Ländern Europas. Denn im Gegensatz zu den vorhergehenden Revolutionen, die jeweils auf wenige Länder beschränkt blieben, handelte es sich 1848 um ein gesamteuropäisches Phänomen, das mit Ausnahme Rußlands und Spaniens alle größeren Länder Europas betraf. Außer den bereits angeführten Ländern mit ausgesprochen revolutionären Entwicklungen gab es Bewegungen beträchtlichen Ausmaßes in der Schweiz, Dänemark, Rumänien, Polen und Irland, und England erlebte immerhin die letzte Welle der Chartistenbewegung.

Wengleich Stearns bemüht ist, die Gemeinsamkeit der europäischen Revolutionen des Jahres 1848 herauszuarbeiten und durch einen Vergleich seiner Ergebnisse mit den Revolutionen von 1789, 1830 und 1917 (und, weiter zurückgreifend, mit dem Bauernkrieg von 1525) einen Beitrag zu einer Revolutionstypologie zu leisten, sucht er doch der Gefahr der unzulässigen Generalisierung zu entgehen und die Revolution in jedem einzelnen Land in ihrem speziellen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Kontext zu analysieren. Er stützt sich dabei nach Ausweis seiner rasonierenden Bibliographie (S. 251–262), wie bei einer komparatistischen Arbeit dieser Größenordnung auch kaum anders möglich, ausschließlich auf gedrucktes Material, vorwiegend aus dem englischen Sprachbereich.

Im ersten Teil (S. 11–68) untersucht der Autor die Ursachen der Revolutionen. Hier arbeitet er drei Komplexe heraus: Zum ersten sah sich die wichtigste Protestgruppe in den Städten, die Handwerkerschaft, durch die Folgen der Industrialisierung in ihrem Streben nach Unabhängigkeit und materieller Sicherheit bedroht, während die Landbevölkerung vor 1848 besonders durch das enorme Bevölkerungswachstum und durch die Probleme einer sich rapide wandelnden ländlichen Wirtschaft beunruhigt wurde. Ausgelöst wurden die Revolutionen dann durch die zweijährige schwere Wirtschaftskrise der Jahre 1846/47, nach denen der darauffolgende Winter eine gewisse Erholung gebracht hatte. Stearns weist darauf hin, daß auch 1789 und 1830 die Revolution während des wirtschaftlichen Aufschwungs nach einer schweren Krise ausgebrochen sei. Aber die Unterschichten alleine machten, wie der Autor hervorhebt, noch keine Revolution. Der Anstoß, der vom städtischen Krawall zur Revolution führte, kam (2.) von der Mittelklasse, aber weniger von

dieser Phase als »eine politisch-gesellschaftliche Ausdrucksform des Kleinbürgers« verstanden. Hier gelingt es Brederlow, an die Forschungen von J. Droz, C. Holden und Günther Kolbe anzuknüpfen und sie in fruchtbarer Weise weiterzuführen. Mit Hilfe der von ihm herangezogenen Materialien (als besonders aussagefähig erwiesen sich wiederum die Polizeiberichte) vermag Brederlow seine These zu belegen, daß die freireligiöse Bewegung »eine besondere Form sozialen Protestes der städtischen unteren Mittel- und Unterschichten dar[stellt], motiviert durch die Erfahrung sozialer Desintegration als Folge des rapiden gesellschaftlichen Wandels« (S. 81). Auch seine Annahme von der unterschiedlichen Interessenlage von Bürgertum und Kleinbürgertum und Unterschichten erfährt durch das Material eine Bestätigung. Obgleich die eingangs erwähnte methodische Schwäche manche Partien der Studie beeinträchtigt und obgleich der Verfasser neuere einschlägige Literatur übersehen hat, kann die Arbeit durchaus als ein gelungener Beitrag zur Erforschung des Vormärz und der 48er Revolution gewertet werden. Es wäre zu wünschen, daß sie zu weiteren Fallstudien dieser Art anregt.

Annette Kuhn

Peter N. Stearns, *The Revolutions of 1848* (= *Revolutions in the Modern World*), Weidenfeld & Nicolson, London 1974, VIII, 278 S., Ln., £ 3.95.

In dieser komparativen Studie analysiert der Autor, Professor an der Carnegie-Mellon University in Pittsburgh und Herausgeber des *Journal of Social History*, unter sozialgeschichtlichen Fragestellungen nicht nur die wichtigsten Revolutionen des Jahres 1848, die in Frankreich, Deutschland, Italien und der Habsburgermonarchie, wengleich diese naturgemäß im Zentrum der Untersuchung stehen, sondern widmet sein Augenmerk auch den übrigen Ländern Europas. Denn im Gegensatz zu den vorhergehenden Revolutionen, die jeweils auf wenige Länder beschränkt blieben, handelte es sich 1848 um ein gesamteuropäisches Phänomen, das mit Ausnahme Rußlands und Spaniens alle größeren Länder Europas betraf. Außer den bereits angeführten Ländern mit ausgesprochen revolutionären Entwicklungen gab es Bewegungen beträchtlichen Ausmaßes in der Schweiz, Dänemark, Rumänien, Polen und Irland, und England erlebte immerhin die letzte Welle der Chartistenbewegung.

Wengleich Stearns bemüht ist, die Gemeinsamkeit der europäischen Revolutionen des Jahres 1848 herauszuarbeiten und durch einen Vergleich seiner Ergebnisse mit den Revolutionen von 1789, 1830 und 1917 (und, weiter zurückgreifend, mit dem Bauernkrieg von 1525) einen Beitrag zu einer Revolutionstypologie zu leisten, sucht er doch der Gefahr der unzulässigen Generalisierung zu entgehen und die Revolution in jedem einzelnen Land in ihrem speziellen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Kontext zu analysieren. Er stützt sich dabei nach Ausweis seiner rasonierenden Bibliographie (S. 251–262), wie bei einer komparatistischen Arbeit dieser Größenordnung auch kaum anders möglich, ausschließlich auf gedrucktes Material, vorwiegend aus dem englischen Sprachbereich.

Im ersten Teil (S. 11–68) untersucht der Autor die Ursachen der Revolutionen. Hier arbeitet er drei Komplexe heraus: Zum ersten sah sich die wichtigste Protestgruppe in den Städten, die Handwerkerschaft, durch die Folgen der Industrialisierung in ihrem Streben nach Unabhängigkeit und materieller Sicherheit bedroht, während die Landbevölkerung vor 1848 besonders durch das enorme Bevölkerungswachstum und durch die Probleme einer sich rapide wandelnden ländlichen Wirtschaft beunruhigt wurde. Ausgelöst wurden die Revolutionen dann durch die zweijährige schwere Wirtschaftskrise der Jahre 1846/47, nach denen der darauffolgende Winter eine gewisse Erholung gebracht hatte. Stearns weist darauf hin, daß auch 1789 und 1830 die Revolution während des wirtschaftlichen Aufschwungs nach einer schweren Krise ausgebrochen sei. Aber die Unterschichten alleine machten, wie der Autor hervorhebt, noch keine Revolution. Der Anstoß, der vom städtischen Krawall zur Revolution führte, kam (2.) von der Mittelklasse, aber weniger von

den Geschäftsleuten, die zwar Reformen, aber auf keinen Fall unsichere Verhältnisse mit den entsprechenden wirtschaftlichen Folgen wollten, als vielmehr von den Intellektuellen (Juristen, Ärzte, Journalisten, Lehrer), die den wirtschaftlichen Erfolg der Kaufleute in politische Forderungen ummünzten und durchaus geneigt waren, eine Revolution zwar nicht anzuzetteln, aber doch in ihrem Sinne zu benutzen. Zum dritten wurden die Revolutionen vorbereitet durch verschiedene politische Theorien, die auch ihren Verlauf bestimmten: Liberalismus, Nationalismus und Sozialismus. Entscheidend für den Ausbruch der Revolutionen war jedoch die Schwäche der politischen Eliten, die, beeinflusst von der Aura der Revolution von 1789, schnell nachgaben, sobald sie mit revolutionären Phänomenen im eigenen Land konfrontiert wurden, und dadurch den Druck von unten noch verstärkten (Ausnahmen: Rußland und England).

Im zweiten Teil (S. 69–166) untersucht Stearns den Ausbruch der Revolution in Frankreich, das eine Katalysatorfunktion eingenommen habe, im Habsburgerreich mit Zentrum in Wien (Zusammenarbeit von Studenten und Arbeitern!) und den nationalistischen Aufständen in Ungarn und Böhmen, in Italien, einer Mischung aus Revolte und Militäraktion (beherrschendes Thema: Nationalismus) und in Deutschland (unter dem treffenden Titel »Talk and Revolution«).

Der dritte Teil (S. 167–222) verfolgt knapp den Einfluß der Revolutionen auf die Entwicklung Ostmitteleuropas, die Ausarbeitung des Marxismus, die Stellung des europäischen Judentums sowie die Herausbildung der Frauenbewegung, sodann etwas ausführlicher die unmittelbaren Nachwirkungen der Revolutionen auf die wichtigsten betroffenen Staaten bis 1850/51.

Im vierten Teil zieht Stearns Bilanz (S. 223–250): Die Niederlage der 48er Revolutionen in weniger als einem Jahr (in Ungarn und Italien etwas später) hatte mehrere gemeinsame Gründe. Ein Erfolg wäre nur möglich gewesen, wenn die liberalen Führer der Revolution über ihren eigenen Schatten gesprungen wären, ihre Mentalität und ihre Interessen verleugnet hätten, trotz der bestehenden sozialen Gegensätze eine Allianz mit den städtischen Unterschichten geschlossen und das bäuerliche Protestpotential – was ohne Interessenkonflikte möglich gewesen wäre – ausgenutzt hätten, zudem an die Bildung eigener Streitkräfte herangegangen wären. Im Gegensatz zu 1789 wurde der Klassenantagonismus zu früh artikuliert und hat überall die Revolution paralyisiert, während der Gegensatz der Liberalen zu den Aristokraten nicht zu einem Klassenkonflikt herangewachsen ist. Das Dilemma der Liberalen war ihr Versuch einer politischen Revolution ohne vollständige soziale Revolution. Stearns kommt daher zu dem Ergebnis, die Niederlage der Revolutionen von 1848 sei unvermeidbar gewesen. Dennoch, so betont er, haben sie viele Veränderungen bewirkt: Abgesehen von den konkreten Wandlungen in den einzelnen Staaten, auf die hier nicht einzugehen ist, gehört zu ihren wichtigsten Nachwirkungen, daß vor allem in Mitteleuropa eine ökonomische Modernisierung (mit einigen Modifizierungen in der Sozialstruktur) ohne volle politische Modernisierung vollzogen wurde; das bedeutet nicht, wie der Autor selbst hervorhebt, alle Anomalien des mitteleuropäischen Modernisierungsprozesses auf die 48er Revolutionen zurückführen zu wollen, die ihrerseits selbst Reflex bestehender Trends waren. Außerdem trat nach der Niederlage von 1848 die Klasse, die bisher immer die Führung der Revolutionen gestellt hatte, ins zweite Glied zurück. Die Arbeiterschaft lernte, vermittelt durch die 1848 gewonnenen organisatorischen Erfahrungen vieler ihrer Führer, den Gebrauch differenzierter Protestmethoden und gewöhnte sich anstelle des Barrikadenkampfes an die Druckmittel politischer (sozialistischer) Parteien, an Streiks und Demonstrationen; Stearns warnt allerdings selbst davor, eine zu einfache Kontinuität zwischen 1848 und dem späteren Aufstieg des Sozialismus zu konstruieren.

Wenn auch nicht alle generalisierenden Statements dieser Studie in gleichem Umfange auf alle behandelten Länder zutreffen – Stearns schränkt selbst seine Schlüsse oft ein –, so

dürfte die vorliegende Abhandlung für jeden mit den Revolutionen von 1848 Befassten eine Fülle von Hinweisen und Anregungen enthalten, die für eigene Forschungen heranzuziehen und fruchtbar zu machen sind.

Dieter Dowe

Günter Moltmann, Atlantische Blockpolitik im 19. Jahrhundert. Die Vereinigten Staaten und der deutsche Liberalismus während der Revolution von 1848/49, Droste Verlag, Düsseldorf 1973, 422 S., Ln., 58 DM.

Während es in der Geschichtswissenschaft der USA ein eigenständiges Arbeitsgebiet gibt, das die Geschichte der europäisch-amerikanischen Beziehungen zum Gegenstand hat und die Bezeichnung *Atlantic Community* trägt, werden diese Beziehungen in Deutschland, aber auch in anderen Ländern Westeuropas, sehr viel weniger systematisch erforscht.

Die Untersuchung des Hamburger Historikers Günter Moltmann versucht hier Lücken zu füllen, indem sie Strukturen transatlantischer Kooperation skizziert, wie sie 1848/49 – allerdings nur kurzfristig – existierten.

Die Studie stellt aber nicht nur ein Kapitel der deutsch-amerikanischen Beziehungen im 19. Jahrhundert dar, sondern ist zugleich als ein Beitrag zur außenpolitischen Geschichte der deutschen Revolution gedacht. Als dritter wichtiger Aspekt kommt hinzu: Die während der Revolution intendierte und ansatzweise auch erfolgte Kooperation zwischen amerikanischen politischen Kräften und deutschen Liberalen wird im Rahmen übernationaler und überkontinentaler ideologischer Frontbildungen seit dem Ende des 18. Jahrhunderts untersucht.

Im ersten Kapitel werden die Bedingungen und Möglichkeiten des Zusammengehens, also insbesondere das amerikanische Deutschlandbild und das deutsche Amerikabild vor der Revolution, analysiert. Wichtig ist dabei, daß die amerikanischen Liberalen wie auch die Mehrzahl der dortigen Demokraten sich mit jenen liberalen Wünschen in Deutschland identifizierten, die auf individuelle Freiheit, föderalistische staatliche Organisation und repräsentative Verfassungen abzielten. Jakobinischer Zentralismus war bei diesen Gruppen verpönt, und so wurde auch die französische Februarrevolution – trotz der seit dem amerikanischen Unabhängigkeitskampf bestehenden großen Sympathien für Frankreich – keineswegs übereinstimmend positiv beurteilt. Dagegen wurden die deutsche Märzrevolution und die freiheitliche Entwicklung, die von ihr auszugehen schien, mit großem Enthusiasmus begrüßt.

In Kapitel 2 wird deutlich gemacht, in welchem Maße die moralische und politische Unterstützung der Regierung wie der öffentlichen Meinung der Vereinigten Staaten in der ersten Phase der Revolution die Zuversicht der deutschen Liberalen, aber auch vieler Vertreter der demokratischen Linken stärkte, die sich ebenfalls zum amerikanischen Vorbild bekannte.

Kapitel 3 und 4 handeln von den diplomatischen Kontakten der USA – die USA waren die einzige Großmacht, die die provisorische Zentralgewalt trotz der weiterbestehenden einzelstaatlichen Souveränität offiziell anerkannte – sowie von den deutschen Versuchen, die USA zu militärischer Entwicklungshilfe beim Aufbau einer deutschen Kriegsmarine zu bewegen. Das war gar nicht so realitätsfremd, wie es auf den ersten Blick scheinen mag. Schließlich hatte die US-Flotte 1815 selbständig den Krieg gegen die nordafrikanischen Piratenstaaten geführt und entschieden und seit dieser Zeit fast ständig ein Geschwader im Mittelmeer stationiert. Soweit es hier Weltfremdheit gab, war sie vor allem auf seiten der Frankfurter Regierungsvertreter und Abgeordneten zu finden, deren Enthusiasmus beim Besuch amerikanischer Marinesachverständiger meist erheblich größer war als die Fähigkeit zur kritischen Durchleuchtung der zu lösenden konkreten Tagesfragen (S. 155).

Im 5. Kapitel wird untersucht, ob und inwieweit ideologisch-politische Bestrebungen von wirtschaftlichen Interessen unterstützt oder behindert wurden. Auf diesem Felde waren es

dürfte die vorliegende Abhandlung für jeden mit den Revolutionen von 1848 Befassten eine Fülle von Hinweisen und Anregungen enthalten, die für eigene Forschungen heranzuziehen und fruchtbar zu machen sind.

Dieter Dowe

Günter Moltmann, Atlantische Blockpolitik im 19. Jahrhundert. Die Vereinigten Staaten und der deutsche Liberalismus während der Revolution von 1848/49, Droste Verlag, Düsseldorf 1973, 422 S., Ln., 58 DM.

Während es in der Geschichtswissenschaft der USA ein eigenständiges Arbeitsgebiet gibt, das die Geschichte der europäisch-amerikanischen Beziehungen zum Gegenstand hat und die Bezeichnung *Atlantic Community* trägt, werden diese Beziehungen in Deutschland, aber auch in anderen Ländern Westeuropas, sehr viel weniger systematisch erforscht.

Die Untersuchung des Hamburger Historikers Günter Moltmann versucht hier Lücken zu füllen, indem sie Strukturen transatlantischer Kooperation skizziert, wie sie 1848/49 – allerdings nur kurzfristig – existierten.

Die Studie stellt aber nicht nur ein Kapitel der deutsch-amerikanischen Beziehungen im 19. Jahrhundert dar, sondern ist zugleich als ein Beitrag zur außenpolitischen Geschichte der deutschen Revolution gedacht. Als dritter wichtiger Aspekt kommt hinzu: Die während der Revolution intendierte und ansatzweise auch erfolgte Kooperation zwischen amerikanischen politischen Kräften und deutschen Liberalen wird im Rahmen übernationaler und überkontinentaler ideologischer Frontbildungen seit dem Ende des 18. Jahrhunderts untersucht.

Im ersten Kapitel werden die Bedingungen und Möglichkeiten des Zusammengehens, also insbesondere das amerikanische Deutschlandbild und das deutsche Amerikabild vor der Revolution, analysiert. Wichtig ist dabei, daß die amerikanischen Liberalen wie auch die Mehrzahl der dortigen Demokraten sich mit jenen liberalen Wünschen in Deutschland identifizierten, die auf individuelle Freiheit, föderalistische staatliche Organisation und repräsentative Verfassungen abzielten. Jakobinischer Zentralismus war bei diesen Gruppen verpönt, und so wurde auch die französische Februarrevolution – trotz der seit dem amerikanischen Unabhängigkeitskampf bestehenden großen Sympathien für Frankreich – keineswegs übereinstimmend positiv beurteilt. Dagegen wurden die deutsche Märzrevolution und die freiheitliche Entwicklung, die von ihr auszugehen schien, mit großem Enthusiasmus begrüßt.

In Kapitel 2 wird deutlich gemacht, in welchem Maße die moralische und politische Unterstützung der Regierung wie der öffentlichen Meinung der Vereinigten Staaten in der ersten Phase der Revolution die Zuversicht der deutschen Liberalen, aber auch vieler Vertreter der demokratischen Linken stärkte, die sich ebenfalls zum amerikanischen Vorbild bekannte.

Kapitel 3 und 4 handeln von den diplomatischen Kontakten der USA – die USA waren die einzige Großmacht, die die provisorische Zentralgewalt trotz der weiterbestehenden einzelstaatlichen Souveränität offiziell anerkannte – sowie von den deutschen Versuchen, die USA zu militärischer Entwicklungshilfe beim Aufbau einer deutschen Kriegsmarine zu bewegen. Das war gar nicht so realitätsfremd, wie es auf den ersten Blick scheinen mag. Schließlich hatte die US-Flotte 1815 selbständig den Krieg gegen die nordafrikanischen Piratenstaaten geführt und entschieden und seit dieser Zeit fast ständig ein Geschwader im Mittelmeer stationiert. Soweit es hier Weltfremdheit gab, war sie vor allem auf seiten der Frankfurter Regierungsvertreter und Abgeordneten zu finden, deren Enthusiasmus beim Besuch amerikanischer Marinesachverständiger meist erheblich größer war als die Fähigkeit zur kritischen Durchleuchtung der zu lösenden konkreten Tagesfragen (S. 155).

Im 5. Kapitel wird untersucht, ob und inwieweit ideologisch-politische Bestrebungen von wirtschaftlichen Interessen unterstützt oder behindert wurden. Auf diesem Felde waren es

die Vertreter der Frankfurter Regierung, die konsequenter vorgingen. Während sie einen deutsch-amerikanischen Handelsvertrag so bald wie möglich abschließen wollten, um auch die eigene Legitimation international abzustützen, behandelte Washington dieses Projekt eher dilatorisch, weil es die vor 1848 zustande gekommenen Verträge mit den norddeutschen Küstenstaaten zunächst für vorteilhafter hielt. Insgesamt kann man allerdings nicht behaupten, daß die Sympathien der amerikanischen Vertreter für die deutschen Liberalen von deren Entscheidungen auf dem Feld der Wirtschaft und der Handelspolitik abhingen (S. 205).

Im 6. Kapitel arbeitet Moltmann heraus (wobei er eigene frühere Arbeiten aufnimmt), daß insgesamt das Vorbild der amerikanischen Verfassung größeres Gewicht in der deutschen Verfassungsdiskussion erlangte als das französische bzw. englische Modell. Er illustriert dies an mehreren direkten amerikanischen Beiträgen zur deutschen Verfassungsdiskussion, die bisher wenig beachtet wurden.

Im 7. Kapitel werden die innenpolitischen Voraussetzungen des transatlantischen Kooperationsversuches und deren Wandel nach dem Wahlsieg der Whigs dargestellt, der im März 1849 die Administration Zachary Taylors an die Schaltstellen der Macht brachte. Mit deren Amtsantritt vollzog sich eine Abkühlung des Verhältnisses zur Frankfurter Zentralgewalt. Taylor und sein Außenminister Clayton legten die seit 1793 und 1818 bestehenden Neutralitätsgesetze sehr viel restriktiver aus als die von ihr abgelöste Administration unter Präsident Polk. Moltmann untersucht dann, inwieweit die Demokraten den Brückenschlag zum europäischen Liberalismus stärker gefördert haben als die Whigs (Kap. 8). Dabei gerät der seit Mitte der 1840er Jahre stärker werdende Wandel des amerikanischen Parteiensystems ins Blickfeld. Die aus abolitionistischen Whigs und Demokraten der Nordstaaten sich zusammensetzende Free-Soil-Party stellte den Zusammenhang zwischen liberaler Bewegung in Europa und Antisklavereibewegung in den USA besonders heraus (S. 278 ff.). Die Hinwendung vieler Einwanderer zu dieser neuen Partei hat die Niederlage der Demokraten in den Wahlen 1848 mitverursacht. Besonders beim Sklavereiproblem wird die Umkehrung des sonst geläufigen transatlantischen Bezugssystems deutlich: »während sich viele europäische liberale Modelle an Amerika orientierten und viele Amerikaner dies mit Stolz registrierten, war für die Sklavereiegegner die Französische Republik das Modell, und das eigene Land wurde wegen Unfreiheit verfehmt« (S. 296).

Bei der Analyse einzelner Konzepte amerikanischer Gruppen (Abolitionisten und Sklavereiverteidiger; Sozialreformer und konservative Geschäftswelt; Bindestrichamerikaner und Nativisten; Protestanten und Katholiken) wie bei der Darlegung des Prinzipienkonflikts der amerikanischen Europapolitik 1848–1852 (»Non-Entanglement« oder »Manifest Destiny«) gelingt es Moltmann zu zeigen, wie differenziert insgesamt das Problem ideologischer Übereinstimmung zwischen den USA und den liberalen bzw. demokratischen revolutionären Bewegungen in Europa betrachtet werden muß und wie heterogen die Programmatik einer Gruppe wie die des »Young America« war, in der sich die schärfsten Anhänger einer amerikanischen Intervention zugunsten der Revolution in Europa zusammengefunden hatten. Dort verbanden sich die Forderungen nach konsequenter Demokratie mit sozialistischen und agrarischen Reformvorstellungen. Die Bestrebungen für eine amerikanische Expansion nach Westen verknüpften sich mit Annexionswünschen im Süden (Kuba) und Norden (Kanada), konvergierten zugleich dem Streben nach universaler Verbreitung des Republikanismus und auf diese Weise mit militanten Interventionsideen. Auf deutscher Seite waren die Widersprüche und insbesondere das Mißverstehen des amerikanischen Musters nicht minder groß: Obwohl sich die radikalen Demokraten zur Neuen Welt bekannten, verfolgten sie ihre politisch-sozialen Ziele dogmatisch, intolerant und teilweise mit Gewalt, d. h. in einer Weise, die von den amerikanischen Liberalen abgelehnt wurde; die bürgerlichen Liberalen priesen die amerikanische Staats- und Gesellschaftsordnung, flüchteten sich aber aus Angst vor der Freiheit in die Autorität des tradier-

ten Obrigkeitsstaates, was dem amerikanischen demokratischen System noch viel weniger entsprach (S. 361).

Obwohl es Moltmann gelungen ist, Ansätze einer breit gefächerten »Systemunterstützung auf ideologischem Hintergrund« (S. 361) herauszupräparieren, wird man fragen müssen, ob der Begriff der »Blockpolitik« nicht doch zu weitgehend ist (es spricht für Moltmann, daß er diese Frage selbst mehrfach stellt). Von Blockpolitik kann erst die Rede sein, wenn politisch-ökonomische Interessenkonflikte und durch räumliche Nähe mitbeeinflusste Machtrivalitäten von ideologischer Blockbildung (zumindest zeitweise) überlagert und dadurch geprägt werden. Das, was Moltmann an Beispielen versuchter Zusammenarbeit bringt, ist eher kontraindikativ (etwa die seit März 1849 betriebene Politik der strikten Neutralität in der Flottenfrage). Gleichwohl liegt das Verdienst dieser Studie darin, Reichweite und Grenzen transatlantischer »ideologischer« Affinität und damit Vorformen »transnationaler« Beziehungen herausgearbeitet zu haben, deren zunehmende historische und politische Bedeutung sich in unserem Jahrhundert von Jahrzehnt zu Jahrzehnt stärker erwiesen hat. Ein Dutzend Dokumente zum Untersuchungsthema sowie ein ausführliches Literaturverzeichnis und ein Register ergänzen diese beachtenswerte Darstellung.

Hartmut Soell

Hartwig Gebhardt, *Revolution und liberale Bewegung. Die nationale Organisation der konstitutionellen Partei in Deutschland 1848/49*, Schünemann Universitätsverlag, Bremen 1974, 207 S., kart., 26 DM.

In Verbindung historisch-politologischer und soziologischer Fragestellungen geht Gebhardt mit dieser leicht abgeänderten Fassung einer Hamburger Dissertation den als Reaktion besonders auf die demokratischen Aktivitäten erfolgten lokalen, regionalen und nationalen Organisationsbestrebungen der vom Frühjahr 1848 bis Anfang 1850 wirkenden, überwiegend vom Besitz- und Bildungsbürgertum getragenen Vereine mit konstitutioneller Richtung und nationaler Organisation als Zielvorstellung nach. Dabei wird insgesamt zu sehr das Schwergewicht auf die Behandlung rein organisatorischer Probleme gelegt (Organisationsstruktur, -dichte, -finanzierung, Funktion der Leitungsinstanzen, der Kommunikationsmittel, der Vereins- und Verbandspresse) und nicht nur die Einordnung in die allgemeine politische Entwicklung besonders der Revolutionszeit vernachlässigt, sondern ebenfalls eine Klärung inhaltlicher Fragen zur Ideologie der Konstitutionellen (mit Ausnahme des letzten Kapitels) meist nur global und recht plakativ versucht. Dadurch werden die neben Vereins- und Verbandsegoismen und liberalem Selbständigkeitsgestus herrschenden politischen Differenzen, die den nationalen Zentralisierungsbestrebungen entgegenstanden, in den ersten beiden Kapiteln zu wenig deutlich. Eine definitorische Passage in der Einleitung hätte hier manche der (auch zeitgenössisch schlagwortartigen) politischen Standortbegriffe für den modernen Leser stärker eingrenzen können. Was ist hier »liberal« im Gegensatz zu »demokratisch«? Der »linke« Flügel eines Vereins wird einmal mit dem einen, dann wiederum mit dem anderen Begriff umschrieben. Ist »demokratisch-konstitutionell« (Name des Landesvereins Braunschweig) gleich »konstitutionell-monarchisch« (vgl. S. 53) gleich »liberal«? Und welche Bedeutung hat letzterer Begriff, wenn auf S. 60 gesagt wird, »linksliberale« und »konservative« Gruppen seien »nicht unwesentliche Schattierungen« »derselben politischen Richtung«? Das Dilemma einer Definition der politischen Mitte wird hier offenbar.

Was den organisatorischen Bereich betrifft, so breitet der Autor eine Fülle von Details aus. Im ersten Kapitel (S. 20–70) verfolgt er die nationalen und regionalen Organisationskerne der konstitutionellen Vereine von April bis November 1848: die von Leipzig aus ins Leben gerufenen Deutschen Vereine, die »verbrüdereten demokratisch-konstitutionellen Vereine Deutschlands« um den Berliner Konstitutionellen Klub, den Demokratisch-Konstitutio-

ten Obrigkeitsstaates, was dem amerikanischen demokratischen System noch viel weniger entsprach (S. 361).

Obwohl es Moltmann gelungen ist, Ansätze einer breit gefächerten »Systemunterstützung auf ideologischem Hintergrund« (S. 361) herauszupräparieren, wird man fragen müssen, ob der Begriff der »Blockpolitik« nicht doch zu weitgehend ist (es spricht für Moltmann, daß er diese Frage selbst mehrfach stellt). Von Blockpolitik kann erst die Rede sein, wenn politisch-ökonomische Interessenkonflikte und durch räumliche Nähe mitbeeinflusste Machtrivalitäten von ideologischer Blockbildung (zumindest zeitweise) überlagert und dadurch geprägt werden. Das, was Moltmann an Beispielen versuchter Zusammenarbeit bringt, ist eher kontraindikativ (etwa die seit März 1849 betriebene Politik der strikten Neutralität in der Flottenfrage). Gleichwohl liegt das Verdienst dieser Studie darin, Reichweite und Grenzen transatlantischer »ideologischer« Affinität und damit Vorformen »transnationaler« Beziehungen herausgearbeitet zu haben, deren zunehmende historische und politische Bedeutung sich in unserem Jahrhundert von Jahrzehnt zu Jahrzehnt stärker erwiesen hat. Ein Dutzend Dokumente zum Untersuchungsthema sowie ein ausführliches Literaturverzeichnis und ein Register ergänzen diese beachtenswerte Darstellung.

Hartmut Soell

Hartwig Gebhardt, Revolution und liberale Bewegung. Die nationale Organisation der konstitutionellen Partei in Deutschland 1848/49, Schünemann Universitätsverlag, Bremen 1974, 207 S., kart., 26 DM.

In Verbindung historisch-politologischer und soziologischer Fragestellungen geht Gebhardt mit dieser leicht abgeänderten Fassung einer Hamburger Dissertation den als Reaktion besonders auf die demokratischen Aktivitäten erfolgten lokalen, regionalen und nationalen Organisationsbestrebungen der vom Frühjahr 1848 bis Anfang 1850 wirkenden, überwiegend vom Besitz- und Bildungsbürgertum getragenen Vereine mit konstitutioneller Richtung und nationaler Organisation als Zielvorstellung nach. Dabei wird insgesamt zu sehr das Schwergewicht auf die Behandlung rein organisatorischer Probleme gelegt (Organisationsstruktur, -dichte, -finanzierung, Funktion der Leitungsinstanzen, der Kommunikationsmittel, der Vereins- und Verbandspresse) und nicht nur die Einordnung in die allgemeine politische Entwicklung besonders der Revolutionszeit vernachlässigt, sondern ebenfalls eine Klärung inhaltlicher Fragen zur Ideologie der Konstitutionellen (mit Ausnahme des letzten Kapitels) meist nur global und recht plakativ versucht. Dadurch werden die neben Vereins- und Verbandsegoismen und liberalem Selbständigkeitsgestus herrschenden politischen Differenzen, die den nationalen Zentralisierungsbestrebungen entgegenstanden, in den ersten beiden Kapiteln zu wenig deutlich. Eine definitorische Passage in der Einleitung hätte hier manche der (auch zeitgenössisch schlagwortartigen) politischen Standortbegriffe für den modernen Leser stärker eingrenzen können. Was ist hier »liberal« im Gegensatz zu »demokratisch«? Der »linke« Flügel eines Vereins wird einmal mit dem einen, dann wiederum mit dem anderen Begriff umschrieben. Ist »demokratisch-konstitutionell« (Name des Landesvereins Braunschweig) gleich »konstitutionell-monarchisch« (vgl. S. 53) gleich »liberal«? Und welche Bedeutung hat letzterer Begriff, wenn auf S. 60 gesagt wird, »linksliberale« und »konservative« Gruppen seien »nicht unwesentliche Schattierungen« »derselben politischen Richtung«? Das Dilemma einer Definition der politischen Mitte wird hier offenbar.

Was den organisatorischen Bereich betrifft, so breitet der Autor eine Fülle von Details aus. Im ersten Kapitel (S. 20–70) verfolgt er die nationalen und regionalen Organisationskerne der konstitutionellen Vereine von April bis November 1848: die von Leipzig aus ins Leben gerufenen Deutschen Vereine, die »verbrüdereten demokratisch-konstitutionellen Vereine Deutschlands« um den Berliner Konstitutionellen Klub, den Demokratisch-Konstitutio-

nellen Landesverein Braunschweig und die Zusammenschlüsse konstitutioneller Vereine in Südwestdeutschland – Organisationskerne, deren nationale Zentralisationsbemühungen letztlich scheiterten. Das zweite Kapitel (S. 71–130) ist dem im November 1848 in Kassel gegründeten Nationalen Verein gewidmet, der zu Zeiten seiner größten Ausdehnung, im April 1849, etwa 160 Mitgliedsvereine hauptsächlich aus nord-, mittel- und südwestdeutschen Klein- und Mittelstaaten, jedoch kaum aus den größeren deutschen Staaten (Österreich, Preußen, Bayern, Württemberg) zählte und von einer führenden Position in der konstitutionellen Bewegung weit entfernt war. Ähnlich den soeben erwähnten Vereinsverbänden beruhte die beabsichtigte Zusammenarbeit bei dem Nationalen Verein hauptsächlich auf der gegenseitigen Information der Mitgliedsvereine, die streng auf ihre Unabhängigkeit und Selbständigkeit achteten, wenn sich auch einzelne Ansätze einer zentralistischen Tendenz im Verband andeuteten, zumal der Vorort (Kassel) durchaus ein politisches, nicht nur ein technisch-administratives Mandat beanspruchte, damit aber immer wieder aneckte. Ursprünglich im Gegensatz zur demokratischen Bewegung gegründet und in scharfem Konkurrenzkampf mit dem demokratischen Märzverein stehend, sahen sich die Konstitutionellen des Nationalen Vereins im Mai 1849 zur Rettung der bedrohten Reichsverfassung gezwungen, mit dem Märzverein zumindest auf nationaler und regionaler Ebene zu kooperieren und dessen zunächst als unparlamentarisch und antikonstitutionell verschrieenes Organisationsprinzip, die Verbindung von führenden Parlamentsmitgliedern mit außerparlamentarischen Vereinsorganisationen, zu kooptieren, um so die dann doch unaufhaltsamen Rückwirkungen des fortschreitenden Verfalls des Frankfurter Parlaments auf den Nationalen Verein zu verhindern – ein Ziel, das seit Juni 1849 als gescheitert anzusehen ist.

Die Erkenntnis, daß der Bankrott der bürgerlich-liberalen Politik letztlich seinen Grund in der organisatorischen Schwäche der »Partei« hatte, führte jedoch nur vereinzelt (H. Baumgarten, Braunschweig) zu der Einsicht, daß die Konstitutionellen ein Organisationssystem anstreben mußten, in dem »die parlamentarische Führung, die Anhängerschaft in den Vereinen und die Parteipresse und -publizistik [...] arbeitsteilig integriert« sein mußten (S. 135). Die in Gotha tagende Konstitutionellenversammlung lehnte eine nach demokratischem Vorbild von den Ortsvereinen bis zur Parteispitze, also von unten nach oben, durchorganisierte konstitutionelle Partei ab und entschied sich für die Bildung eines leitenden Komitees als zukünftigem Mittelpunkt der »Partei«, das sich – ähnlich den preußischen Konservativen – auf einen relativ kleinen Kreis von Vertrauensleuten, nicht aber auf in Vereinen organisierte Anhänger stützen sollte, um nicht in den Geruch demokratischer Organisationsmethoden zu kommen, wodurch die ohnehin sich anbahnende Annäherung der Konstitutionellen an die Reaktion noch verstärkt wurde. Obgleich von Seiten der Vereine wiederholt der Versuch dazu gemacht wurde, gab es nach Gebhardt keinen einzigen Fall einer echten Kooperation zwischen dem neugebildeten Frankfurter Parteikomitee und den konstitutionellen Vereinen. Insgesamt bezeichnet der Autor die Organisationsentwicklung der konstitutionellen »Partei« – dieser Begriff hätte durchaus noch näher reflektiert werden können – vom Juni 1849 bis zum Frühjahr 1850 nur noch als »Nachspiel« der ersten Phase »organisierter bürgerlicher Parteibildung in Deutschland« (S. 155). In seiner konzisen Zusammenfassung (S. 156–162) tritt er der bislang in der Literatur vertretenen Ansicht entgegen, der zehn Jahre nach Gotha mit dem Nationalverein anhebende Neubeginn bürgerlicher Parteibildung habe seine »eigentümliche vereinslose Organisationsform« erzwungenermaßen wegen der vereinsrechtlichen Beschränkungen in den Einzelstaaten angenommen. Gebhardt vermutet hingegen aufgrund der von ihm dargelegten Tradition, »daß dem bürgerlich-konstitutionellen Teil der Mitglieder des Nationalvereins diese Beschränkungen nicht unwillkommen waren. [...] Die [1849 in Gotha beschlossene] Parteikonzeption, die massenorganisatorische Formen möglichst ausschloß, war bestimmend für die spätere bürgerliche Parteibildung« (S. 162).

Dieter Dowe

Aufstand der Bürger. Revolution 1849 im westdeutschen Industriezentrum, hrsg. von Klaus Goebel und Manfred Wichelhaus. Mit einem Vorwort von Gustav Walter Heinemann, Peter Hammer Verlag, Wuppertal 1974, 317 S., kart., 20 DM.

Diese von dem jüngst verstorbenen ehemaligen Bundespräsidenten Heinemann in dessen Vorwort warm empfohlene Publikation zu dem im Rahmen der sog. Reichsverfassungskampagne des Jahres 1849 stehenden Elberfelder Aufstand – die Herausgeber verwenden im Titel »Revolution« und »Aufstand« unproblematisiert nebeneinander – besteht aus mehreren recht unterschiedlich gewichteten Teilen. Den Kern bildet eine Dokumentation (S. 25–224), die in fünf Kapiteln (»Für Kaiser und Reichsverfassung«, »Soldaten und Barrikaden«, »Revolutionäres Stadtreiment«, »Triumph der Staatsgewalt«, »Sieger und Verlierer«) und zahlreichen Unterkapiteln die Maiereignisse in der bergischen Industriestadt samt Vorgeschichte und Nachspiel vor Augen führen. In dem Bestreben, den Kampf um die Durchsetzung der Reichsverfassung aus den verschiedenen politischen Perspektiven heraus zu beleuchten, geht die Dokumentation gelegentlich etwas allzu sehr ins Detail und wirkt ermüdend, zumal wenn eine Vielzahl von Spekulationen und Gerüchten vorgeführt und wieder zurückgenommen wird (wodurch allerdings die Mentalität der Akteure und die sozialpsychologische Situation erhellt werden). Fazit der abgedruckten Dokumente (Archivalien sowie Ausschnitte aus zeitgenössischen Zeitungen und Büchern) ist einmal mehr die Erkenntnis, daß der Elberfelder Aufstand ausschließlich politische Zielsetzungen (im engeren Sinne) verfolgte, nicht jedoch soziale Perspektiven hatte. Die von auswärts nach Elberfeld erst nach Ausbruch der Bewegung eingeströmten Freischärler waren zwar zum Teil von sozialistischer bzw. kommunistischer Gesinnung, hätten sich jedoch, wie besonders Friedrich Engels' Ausweisung durch den Elberfelder Sicherheitsausschuß am 14. Mai dokumentiert, kaum in dieser Richtung artikulieren können, was sie um der Einheit der Bewegung willen aber auch gar nicht versuchten.

Die Herausgeber drucken die Dokumente ohne jegliche erklärende Anmerkung ab, sie bieten dem nicht in die Materie eingeführten Leser aber als Hilfestellung zum besseren Verständnis jeweils ein mit knappen Erläuterungen vermisches Kurzregest, einen »Revolutions-Kalender« (S. 9–24), der die wichtigsten allgemeinen und lokalen Daten bis April und ab Juni 1849 gerafft, im Aufstandsmonat Mai jedoch detailliert, Tag für Tag, aufführt, sowie etwa 80 Kurzbiographien (S. 284–292). Der Illustration dienen knapp 20 Faksimilia, 30 Bilder (meist Porträts) sowie eine dem Buch beigelegte zeitgenössische Karte Elberfelds, auf der die etwa 35 Barrikaden eingezeichnet sind. Ein Personen-, Sach- und Ortsregister erleichtert die Arbeit mit dieser Veröffentlichung.

Nicht ohne Grund an den Schluß der Publikation gestellt (da in strengem Sinne keine Einleitung in die Probleme dieses Bandes) sind zwei ungleichgewichtige Aufsätze der Herausgeber. *Klaus Goebel* analysiert in seiner zu Unrecht »Politisierung und Industrialisierung« – gerade diesen Problemkomplex behandelt er nicht – überschriebenen Skizze (S. 225–246) kurz die revolutionäre Entwicklung in Elberfeld sowie die Motive und Methoden der verschiedenen aufständischen bzw. in den Aufstand verwickelten oder ihm entgegenarbeitenden Gruppen. *Manfred Wichelhaus* versucht in seiner weit ausgreifenden Studie »Konfession und Revolution« (S. 247–281) eine Darstellung der Geschichte der verschiedenen konfessionellen Gruppen des Wuppertals seit 1813 und will damit einen Einblick in die Geisteswelt der Träger des Aufstandes bieten, wenngleich der unmittelbare Bezug sich nicht durchgängig einleuchtend herstellen läßt. Auf »orthodox« protestantischer Seite unterstreicht Wichelhaus das Bestehen auf der überlieferten Kirchenverfassung und die Ablehnung des königlichen Kirchenregiments (bei ansonsten rückhaltloser Unterordnung unter die weltliche Obrigkeit). Vor allem ist aber wichtig die Betonung der emanzipatorischen religiösen Strömungen in oder besser neben den beiden großen Konfessionen und ihrer auch konkret greifbaren Bedeutung für den politischen Emanzipationsprozeß:

»[...] religiöse Gruppen eröffnen auf diesem Boden die Vorgeschichte der politischen Parteien. 15 Jahre nach der Revolution heißt Lassalle im Wuppertal der »neue Christus« und findet der [Allgemeine] Deutsche Arbeiterverein hier ein Viertel seiner gesamten Anhängerschaft« (S. 273).

Dieter Dowe

Karl Geisel, Die Hanauer Turnerwehr. Ihr Einsatz in der badischen Mairevolution von 1849 und der Turnerprozeß (= Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Hessen 32,1: Quellen und Darstellungen zur hessischen Geschichte des 19. Jahrhunderts), N. G. Elwert Verlag (Kommissionsbuchhandlung), Marburg 1974, XX, 383 S., kart., 66 DM; Ln., 75 DM.

Die Kampagne zur Durchsetzung der Reichsverfassung vom Mai 1849 bedeutete ein letztes großes Aufbäumen der demokratischen und republikanischen Kräfte gegen die bereits seit dem Frühherbst 1848 wieder erstarkte Reaktion, die Schritt für Schritt die im März 1848 gewonnenen Freiheiten wieder einschränkte. Die mit großer Begeisterung und euphorischen Hoffnungen begonnenen, von Kleinbürgertum und Arbeiterschaft getragenen Aufstände in der Rheinpfalz, in Baden, in der Rheinprovinz und in Sachsen konnten sich gegen die Übermacht der vor allem preußischen Truppen jedoch nur kurze Zeit halten, ihre Teilnehmer bestenfalls, sofern sie nicht gefallen, füsiliert oder verhaftet waren, in die politische Emigration gehen. Karl Geisel begleitet mit der vorliegenden Publikation Etappe für Etappe den Weg der zum »Elitecorps der provisorischen badischen Regierung« und Leibgarde des Generals Mieroslawski ernannten Hanauer Bürgerwehr unter ihrem Führer, dem Weinhändler August Schärttner: ihre Vorbereitungen zum Ausmarsch (S. 3–28) sowie ihren Einsatz in der badischen Mairevolution bis zu ihrem nach der Niederlage erfolgten Rückzug in die Schweiz (S. 29–90). Dieser Marsch wird mit einer Überfülle von militärischen und logistischen Einzelheiten unter Betonung des jeweiligen Lokalkolorits garniert und mit einer Unzahl in die Darstellung eingestreuter kompletter Aktenstücke illustriert. Anschließend bietet der Verfasser, Erster Staatsanwalt a. D., mit der minutiösen Darstellung des Hanauer Turnerprozesses einen ausgezeichneten, wenn auch etwas zu langatmigen Einblick in Anschauungen und Vorgehen der Strafverfolgungsbehörden und das juristische Procedere der wieder erstarkten Reaktion (S. 91–133). Den weitaus größten Teil des vorliegenden Bandes beansprucht jedoch die äußerst detaillierte Auflistung (S. 135–364) der z. T. vollständigen Lebensläufe von 550 Teilnehmern am Hanauer Turnerzug, die in einer Anlage nach Beruf und Alter ausgezählt (S. 365 f.), aber nicht ausgewertet sind, sowie von weiteren 109 sonstigen an der badischen Mairevolution beteiligten Personen aus Kurhessen. Ein Personenregister und eine Karte schließen das Buch ab. Mit ihrem Übermaß an teilweise völlig überflüssigen Details, ihrer Verhaftung im rein lokalen Bereich bzw. ihrer fehlenden Einordnung in das politische und soziale Umfeld und in übergreifende Zusammenhänge (hierzu siehe: Christoph Kleßmann, Zur Sozialgeschichte der Reichsverfassungskampagne von 1849, HZ CCXVIII, 1974, S. 283–337) ist diese Publikation als historische *Darstellung* von geringem Wert, wohl aber bietet sie Material, das für systematische sozialgeschichtliche Untersuchungen heranzuziehen ist. Dieter Dowe

Eberhard Naujoks, Die parlamentarische Entstehung des Reichspressegesetzes in der Bismarckzeit (1848/74) (= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 58), Droste Verlag, Düsseldorf 1975, 247 S., Linson, 58 DM.

Der Aufstieg der bürgerlichen Gesellschaft war untrennbar verbunden mit der Entstehung einer politischen Presse, die zu den wichtigsten Kampfmitteln um politischen Einfluß in Staat und Gesellschaft gehörte. Deshalb zählte der Ruf nach Pressefreiheit zu den liberalen Kernforderungen. Sie wurde in den Revolutionsjahren 1848/49 in Deutschland schon ein-

»[...] religiöse Gruppen eröffnen auf diesem Boden die Vorgeschichte der politischen Parteien. 15 Jahre nach der Revolution heißt Lassalle im Wuppertal der »neue Christus« und findet der [Allgemeine] Deutsche Arbeiterverein hier ein Viertel seiner gesamten Anhängerschaft« (S. 273).

Dieter Dowe

Karl Geisel, Die Hanauer Turnerwehr. Ihr Einsatz in der badischen Mairevolution von 1849 und der Turnerprozeß (= Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Hessen 32,1: Quellen und Darstellungen zur hessischen Geschichte des 19. Jahrhunderts), N. G. Elwert Verlag (Kommissionsbuchhandlung), Marburg 1974, XX, 383 S., kart., 66 DM; Ln., 75 DM.

Die Kampagne zur Durchsetzung der Reichsverfassung vom Mai 1849 bedeutete ein letztes großes Aufbäumen der demokratischen und republikanischen Kräfte gegen die bereits seit dem Frühherbst 1848 wieder erstarkte Reaktion, die Schritt für Schritt die im März 1848 gewonnenen Freiheiten wieder einschränkte. Die mit großer Begeisterung und euphorischen Hoffnungen begonnenen, von Kleinbürgertum und Arbeiterschaft getragenen Aufstände in der Rheinpfalz, in Baden, in der Rheinprovinz und in Sachsen konnten sich gegen die Übermacht der vor allem preußischen Truppen jedoch nur kurze Zeit halten, ihre Teilnehmer bestenfalls, sofern sie nicht gefallen, füsiliert oder verhaftet waren, in die politische Emigration gehen. Karl Geisel begleitet mit der vorliegenden Publikation Etappe für Etappe den Weg der zum »Elitecorps der provisorischen badischen Regierung« und Leibgarde des Generals Mieroslawski ernannten Hanauer Bürgerwehr unter ihrem Führer, dem Weinhändler August Schärttner: ihre Vorbereitungen zum Ausmarsch (S. 3–28) sowie ihren Einsatz in der badischen Mairevolution bis zu ihrem nach der Niederlage erfolgten Rückzug in die Schweiz (S. 29–90). Dieser Marsch wird mit einer Überfülle von militärischen und logistischen Einzelheiten unter Betonung des jeweiligen Lokalkolorits garniert und mit einer Unzahl in die Darstellung eingestreuter kompletter Aktenstücke illustriert. Anschließend bietet der Verfasser, Erster Staatsanwalt a. D., mit der minutiösen Darstellung des Hanauer Turnerprozesses einen ausgezeichneten, wenn auch etwas zu langatmigen Einblick in Anschauungen und Vorgehen der Strafverfolgungsbehörden und das juristische Procedere der wieder erstarkten Reaktion (S. 91–133). Den weitaus größten Teil des vorliegenden Bandes beansprucht jedoch die äußerst detaillierte Auflistung (S. 135–364) der z. T. vollständigen Lebensläufe von 550 Teilnehmern am Hanauer Turnerzug, die in einer Anlage nach Beruf und Alter ausgezählt (S. 365 f.), aber nicht ausgewertet sind, sowie von weiteren 109 sonstigen an der badischen Mairevolution beteiligten Personen aus Kurhessen. Ein Personenregister und eine Karte schließen das Buch ab. Mit ihrem Übermaß an teilweise völlig überflüssigen Details, ihrer Verhaftung im rein lokalen Bereich bzw. ihrer fehlenden Einordnung in das politische und soziale Umfeld und in übergreifende Zusammenhänge (hierzu siehe: Christoph Kleßmann, Zur Sozialgeschichte der Reichsverfassungskampagne von 1849, HZ CCXVIII, 1974, S. 283–337) ist diese Publikation als historische *Darstellung* von geringem Wert, wohl aber bietet sie Material, das für systematische sozialgeschichtliche Untersuchungen heranzuziehen ist. Dieter Dowe

Eberhard Naujoks, Die parlamentarische Entstehung des Reichspressegesetzes in der Bismarckzeit (1848/74) (= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 58), Droste Verlag, Düsseldorf 1975, 247 S., Linson, 58 DM.

Der Aufstieg der bürgerlichen Gesellschaft war untrennbar verbunden mit der Entstehung einer politischen Presse, die zu den wichtigsten Kampfmitteln um politischen Einfluß in Staat und Gesellschaft gehörte. Deshalb zählte der Ruf nach Pressefreiheit zu den liberalen Kernforderungen. Sie wurde in den Revolutionsjahren 1848/49 in Deutschland schon ein-

mal verwirklicht, fiel dann jedoch der Reaktion zum Opfer, ohne daß aber die vormärzliche Unterdrückung bzw. Kontrolle der Presse in vollem Umfang wiederholt werden konnte. Im Reichsgründungs Jahrzehnt, insbesondere nach 1866, erweiterte sich dann der Freiheitsraum der Presse trotz aller staatlichen Eingriffe erheblich. Die Presse profitierte von der Nationalbewegung, dem dominierenden Thema der deutschen Politik der 1860er Jahre, denn ganz gleich welche der konkurrierenden Nationalstaatskonzeptionen die einzelnen Regierungen auch vertraten – innenpolitische Liberalisierung wurde überall als ein Mittel eingesetzt, der eigenen Konzeption größere Attraktivität in der Öffentlichkeit zu verschaffen. Die gesteigerte Bedeutung der politischen Öffentlichkeit steigerte zwangsläufig die Bedeutung der Presse. Als seit der Reichsgründung der Ausbau des bürgerlich-liberalen Rechtsstaats und die Vereinheitlichung der Rechtsnormen im gesamten Kaiserreich in Angriff genommen wurden, gehörte das Verlangen nach Schutz der Presse vor staatlichen Pressionen erneut zu den Hauptforderungen.

Das mühsame Ringen um ein einheitliches Presserecht, die Verschleppungstaktik der preußischen Regierung, die Intentionen auf seiten der parlamentarischen Fraktionen, der einzelstaatlichen Regierungen und Bismarcks, die langwierigen Verhandlungen um jeden einzelnen Paragraphen in den Reichstagsausschüssen, bis schließlich das Kompromißgesetz von 1874 zustande kam – all dies schildert Naujoks unter intensiver Auswertung insbesondere der verstreuten archivalischen Quellen und der Reichstagsprotokolle in minutiöser Weise. Der ermüdende Gang der Verhandlungen – er ist auch der Darstellung durch den Autor noch anzumerken – kann hier unberücksichtigt bleiben zugunsten der Frage nach dem Charakter und der Bedeutung des Reichspressegesetzes von 1874.

Naujoks läßt keinen Zweifel daran, daß es sich um ein Kompromißgesetz handelt, das die Zielvorstellungen der liberalen Reichstagsmehrheit in keiner Weise erfüllte. Äußerungen von Liberalen, die das Gesetz als hoffnungsvollen Auftakt für Verbesserungen in der Zukunft werteten, deutet er als »nationalliberale Beschönigungsversuche« (S. 191), die nicht darüber hinwegtäuschen können, daß »in der Sache selbst in konservativer Richtung so viel erreicht worden [sei], als irgend zu erwarten gewesen« (so der Vizepräsident des preußischen Staatsministeriums, Camphausen, S. 240, Anlage 8). Die preußische Regierung wollte keine weitreichende Liberalisierung, sondern nur eine Milderung des Pressegesetzes von 1851 zulassen, um sich Möglichkeiten zu staatlichen Eingriffen offenzuhalten. Als dominierende Ursache für diese Haltung, der sich trotz aller Unterschiede in Detailfragen die übrigen Bundesstaaten anschlossen, sieht Naujoks die Revolutionsfurcht der Regierungen an. Furcht vor den revolutionären Zielen der Sozialisten und Sorge um eine nationalstaatsfeindliche Opposition der »Ultramontanen« hätten die Mindestanforderungen der Regierungsseite an ein neues Pressegesetz bestimmt.

Ähnliche Befürchtungen sind auch von einzelnen liberalen Abgeordneten geäußert worden, besonders deutlich durch Heinrich von Treitschke, der zwar im Reichstag ein Bekenntnis zur freien Presse ablegte, gleichzeitig aber im Blick auf »die ›unheimliche soziale Gärung‹ der Zeit seit der Pariser Kommune« (S. 171) nach staatlichen Präventivmitteln gegen eine Presse verlangte, die sich in den Dienst von Umsturzbewegungen stellte. Es bleibt jedoch zu fragen, ob derartige Ängste und Forderungen wirklich die politischen Grundpositionen der liberalen Fraktionen bereits in so starkem Maße prägten, daß liberale Einwände gegen die Regierungsvorlage nur noch als »Scheingefecht[e]«, nur noch als »Alibi und Beweis freiheitlicher Gesinnung« dienten, wie es Michael Stürmer jüngst formulierte (Regierung und Reichstag im Bismarckstaat 1871–1880. Cäsarismus oder Parlamentarismus, Düsseldorf 1974, S. 65). Nach Stürmer, mit dessen Deutung des Pressegesetzes sich Naujoks leider nicht mehr auseinandersetzen konnte, lief die preußische Gesetzesvorlage, die zwar entschärft, nicht aber durchgreifend liberalisiert werden konnte, »auf einen Handel mit den Liberalen hinaus, abgeschlossen auf der Basis der Abwehr des Proletariats« (Stürmer, S. 64): »Die beabsichtigte Gängelung der Zeitungen konnte als ein erster Versuch gelten,

die Revolutionsfurcht der Mittelschichten, das Interesse der Industrie und das Beharrungsvermögen des Obrigkeitsstaats in einer Allianz der starken Hand zu verbinden« (Stürmer, S. 62). Dadurch, daß die Liberalen auf den von der Regierung vorgeschlagenen Handel eingingen – Beseitigung wirtschaftlicher Druckmittel (Zeitungsstempel, Kaution), aber Aufrechterhaltung politischer Pressionsmöglichkeiten –, habe sich die Spaltung des deutschen Liberalismus von 1878/79 bereits angekündigt (Stürmer, S. 63).

Diese Deutung des Pressegesetzes und seiner Entstehung wird zwar durch die Untersuchungsergebnisse von Naujoks nicht völlig widerlegt, aber es scheint doch, daß die liberalen Bemühungen um eine Verbesserung des Pressegesetzentwurfs aufrichtiger und nachhaltiger waren, als es Stürmers Interpretation nahelegt. Auch die Fortschrittspartei und das Zentrum akzeptierten schließlich die modifizierte Gesetzesvorlage, um überhaupt ein einheitliches Pressegesetz für das gesamte Reich und Detailverbesserungen zu realisieren. Denn der Bundesrat hatte den Abgeordneten unmißverständlich zu verstehen gegeben, daß er eher generell auf eine gesetzliche Regelung verzichten würde, als noch weitere Entschärfungen der Vorlage hinzunehmen. Die Schlußabstimmung im Reichstag war kein Symptom für eine baldige Spaltung des deutschen Liberalismus, sondern eher ein Zeichen dafür, welche erstaunlich breite Übereinstimmung trotz aller politischen Gegensätze unter den bürgerlichen Fraktionen des deutschen Reichstags immer noch möglich war. Denn gegen das Gesetz stimmten nur die Sozialisten, Sonnemann (der einzige Abgeordnete, über den die Deutsche Volkspartei verfügte), ein Welfe und die Abgeordneten der nationalen Minderheiten, die sich durch die Strafbestimmungen des Gesetzes ebenfalls bedroht fühlten.

Welche Folgen, so bleibt zu fragen, hatte dieses Gesetz, das trotz des »lauten Bekenntnis[s] zur freien Presse« im Reichstag »keine Dokumentation der Preßfreiheit im neuen Reich« (S. 198) geworden war? Naujoks beantwortet die Frage vorsichtig abwägend: Das Pressegesetz wurde nicht die »versprochene ›Konstitution‹ der deutschen Presse«, aber er sieht in ihm doch ein »Signal für die Entfaltung einer großzügigeren Tagespresse« (S. 199). Gewiß hat der Fortfall von finanziellen Sonderbelastungen die Gründung neuer Zeitungen erleichtert, doch ein wirksames Druckmittel gegen die Entstehung und Verbreitung oppositioneller Organe sind die 1874 abgeschafften Abgaben in den 1860er Jahren schon nicht mehr gewesen. Die politischen Wirkungen des neuen Pressegesetzes waren noch bescheidener als die wirtschaftlichen, denn die staatliche Pressepolitik lief an dem Pressegesetz von 1874 gewissermaßen vorbei. Es schützte nicht vor staatlichen Schikanen, aber es diente auch nur in sehr beschränktem Maße zu deren Legitimierung. Denn die große Mehrzahl aller staatlichen Pressionen gegen Zeitungen erfolgte nicht nach den Paragraphen des Pressegesetzes, sondern nach strafgesetzlichen Bestimmungen (s. dazu detailliert W. Wetzels, *Presseinnenpolitik im Bismarckreich [1874–1890]*. Frankfurt a. M. 1975). Man sollte deshalb weder die positiven noch die negativen Folgen des unzureichenden Pressegesetzes überbewerten. Für die weitere Entwicklung des deutschen Pressewesens kam ihm nur eine marginale Bedeutung zu. Die starke Ausdehnung der deutschen Presse im Kaiserreich hatte andere Ursachen. Zu denken ist vor allem an die Politisierung neuer Bevölkerungsschichten, an die wirtschaftlich-sozialen und kulturellen Fortschritte. Erst dadurch entstand ein politisch interessiertes, zahlungs- und auch lesefähiges Massenpublikum über das Bürgertum hinaus.

Dieter Langewiesche

Horst Dräger, *Die Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung. Eine historisch-problemgeschichtliche Darstellung von 1871–1914*, E. Klett Verlag, Stuttgart 1975, 325 S., kart., 20 DM.

Die 1871 gegründete Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung war vor dem 1. Weltkrieg dem Umfange nach die bedeutendste Institution der freien Volksbildung. Auf ihrem Höhepunkt 1913 waren ihr 8400 korporative Mitglieder angeschlossen, deren Kontakt mit der Zentrale allerdings unterschiedlich intensiv war. An ihrem Wirken entzündete sich da-

»[...] religiöse Gruppen eröffnen auf diesem Boden die Vorgeschichte der politischen Parteien. 15 Jahre nach der Revolution heißt Lassalle im Wuppertal der »neue Christus« und findet der [Allgemeine] Deutsche Arbeiterverein hier ein Viertel seiner gesamten Anhängerschaft« (S. 273).

Dieter Dowe

Karl Geisel, Die Hanauer Turnerwehr. Ihr Einsatz in der badischen Mairevolution von 1849 und der Turnerprozeß (= Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Hessen 32,1: Quellen und Darstellungen zur hessischen Geschichte des 19. Jahrhunderts), N. G. Elwert Verlag (Kommissionsbuchhandlung), Marburg 1974, XX, 383 S., kart., 66 DM; Ln., 75 DM.

Die Kampagne zur Durchsetzung der Reichsverfassung vom Mai 1849 bedeutete ein letztes großes Aufbäumen der demokratischen und republikanischen Kräfte gegen die bereits seit dem Frühherbst 1848 wieder erstarkte Reaktion, die Schritt für Schritt die im März 1848 gewonnenen Freiheiten wieder einschränkte. Die mit großer Begeisterung und euphorischen Hoffnungen begonnenen, von Kleinbürgertum und Arbeiterschaft getragenen Aufstände in der Rheinpfalz, in Baden, in der Rheinprovinz und in Sachsen konnten sich gegen die Übermacht der vor allem preußischen Truppen jedoch nur kurze Zeit halten, ihre Teilnehmer bestenfalls, sofern sie nicht gefallen, füsiliert oder verhaftet waren, in die politische Emigration gehen. Karl Geisel begleitet mit der vorliegenden Publikation Etappe für Etappe den Weg der zum »Elitecorps der provisorischen badischen Regierung« und Leibgarde des Generals Mieroslawski ernannten Hanauer Bürgerwehr unter ihrem Führer, dem Weinhändler August Schärttner: ihre Vorbereitungen zum Ausmarsch (S. 3–28) sowie ihren Einsatz in der badischen Mairevolution bis zu ihrem nach der Niederlage erfolgten Rückzug in die Schweiz (S. 29–90). Dieser Marsch wird mit einer Überfülle von militärischen und logistischen Einzelheiten unter Betonung des jeweiligen Lokalkolorits garniert und mit einer Unzahl in die Darstellung eingestreuter kompletter Aktenstücke illustriert. Anschließend bietet der Verfasser, Erster Staatsanwalt a. D., mit der minutiösen Darstellung des Hanauer Turnerprozesses einen ausgezeichneten, wenn auch etwas zu langatmigen Einblick in Anschauungen und Vorgehen der Strafverfolgungsbehörden und das juristische Procedere der wieder erstarkten Reaktion (S. 91–133). Den weitaus größten Teil des vorliegenden Bandes beansprucht jedoch die äußerst detaillierte Auflistung (S. 135–364) der z. T. vollständigen Lebensläufe von 550 Teilnehmern am Hanauer Turnerzug, die in einer Anlage nach Beruf und Alter ausgezählt (S. 365 f.), aber nicht ausgewertet sind, sowie von weiteren 109 sonstigen an der badischen Mairevolution beteiligten Personen aus Kurhessen. Ein Personenregister und eine Karte schließen das Buch ab. Mit ihrem Übermaß an teilweise völlig überflüssigen Details, ihrer Verhaftung im rein lokalen Bereich bzw. ihrer fehlenden Einordnung in das politische und soziale Umfeld und in übergreifende Zusammenhänge (hierzu siehe: Christoph Kleßmann, Zur Sozialgeschichte der Reichsverfassungskampagne von 1849, HZ CCXVIII, 1974, S. 283–337) ist diese Publikation als historische *Darstellung* von geringem Wert, wohl aber bietet sie Material, das für systematische sozialgeschichtliche Untersuchungen heranzuziehen ist. Dieter Dowe

Eberhard Naujoks, Die parlamentarische Entstehung des Reichspressegesetzes in der Bismarckzeit (1848/74) (= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 58), Droste Verlag, Düsseldorf 1975, 247 S., Linson, 58 DM.

Der Aufstieg der bürgerlichen Gesellschaft war untrennbar verbunden mit der Entstehung einer politischen Presse, die zu den wichtigsten Kampfmitteln um politischen Einfluß in Staat und Gesellschaft gehörte. Deshalb zählte der Ruf nach Pressefreiheit zu den liberalen Kernforderungen. Sie wurde in den Revolutionsjahren 1848/49 in Deutschland schon ein-

mal verwirklicht, fiel dann jedoch der Reaktion zum Opfer, ohne daß aber die vormärzliche Unterdrückung bzw. Kontrolle der Presse in vollem Umfang wiederholt werden konnte. Im Reichsgründungs Jahrzehnt, insbesondere nach 1866, erweiterte sich dann der Freiheitsraum der Presse trotz aller staatlichen Eingriffe erheblich. Die Presse profitierte von der Nationalbewegung, dem dominierenden Thema der deutschen Politik der 1860er Jahre, denn ganz gleich welche der konkurrierenden Nationalstaatskonzeptionen die einzelnen Regierungen auch vertraten – innenpolitische Liberalisierung wurde überall als ein Mittel eingesetzt, der eigenen Konzeption größere Attraktivität in der Öffentlichkeit zu verschaffen. Die gesteigerte Bedeutung der politischen Öffentlichkeit steigerte zwangsläufig die Bedeutung der Presse. Als seit der Reichsgründung der Ausbau des bürgerlich-liberalen Rechtsstaats und die Vereinheitlichung der Rechtsnormen im gesamten Kaiserreich in Angriff genommen wurden, gehörte das Verlangen nach Schutz der Presse vor staatlichen Pressionen erneut zu den Hauptforderungen.

Das mühsame Ringen um ein einheitliches Presserecht, die Verschleppungstaktik der preußischen Regierung, die Intentionen auf seiten der parlamentarischen Fraktionen, der einzelstaatlichen Regierungen und Bismarcks, die langwierigen Verhandlungen um jeden einzelnen Paragraphen in den Reichstagsausschüssen, bis schließlich das Kompromißgesetz von 1874 zustande kam – all dies schildert Naujoks unter intensiver Auswertung insbesondere der verstreuten archivalischen Quellen und der Reichstagsprotokolle in minutiöser Weise. Der ermüdende Gang der Verhandlungen – er ist auch der Darstellung durch den Autor noch anzumerken – kann hier unberücksichtigt bleiben zugunsten der Frage nach dem Charakter und der Bedeutung des Reichspressegesetzes von 1874.

Naujoks läßt keinen Zweifel daran, daß es sich um ein Kompromißgesetz handelt, das die Zielvorstellungen der liberalen Reichstagsmehrheit in keiner Weise erfüllte. Äußerungen von Liberalen, die das Gesetz als hoffnungsvollen Auftakt für Verbesserungen in der Zukunft werteten, deutet er als »nationalliberale Beschönigungsversuche« (S. 191), die nicht darüber hinwegtäuschen können, daß »in der Sache selbst in konservativer Richtung so viel erreicht worden [sei], als irgend zu erwarten gewesen« (so der Vizepräsident des preußischen Staatsministeriums, Camphausen, S. 240, Anlage 8). Die preußische Regierung wollte keine weitreichende Liberalisierung, sondern nur eine Milderung des Pressegesetzes von 1851 zulassen, um sich Möglichkeiten zu staatlichen Eingriffen offenzuhalten. Als dominierende Ursache für diese Haltung, der sich trotz aller Unterschiede in Detailfragen die übrigen Bundesstaaten anschlossen, sieht Naujoks die Revolutionsfurcht der Regierungen an. Furcht vor den revolutionären Zielen der Sozialisten und Sorge um eine nationalstaatsfeindliche Opposition der »Ultramontanen« hätten die Mindestanforderungen der Regierungsseite an ein neues Pressegesetz bestimmt.

Ähnliche Befürchtungen sind auch von einzelnen liberalen Abgeordneten geäußert worden, besonders deutlich durch Heinrich von Treitschke, der zwar im Reichstag ein Bekenntnis zur freien Presse ablegte, gleichzeitig aber im Blick auf »die ›unheimliche soziale Gärung‹ der Zeit seit der Pariser Kommune« (S. 171) nach staatlichen Präventivmitteln gegen eine Presse verlangte, die sich in den Dienst von Umsturzbewegungen stellte. Es bleibt jedoch zu fragen, ob derartige Ängste und Forderungen wirklich die politischen Grundpositionen der liberalen Fraktionen bereits in so starkem Maße prägten, daß liberale Einwände gegen die Regierungsvorlage nur noch als »Scheingefecht[e]«, nur noch als »Alibi und Beweis freiheitlicher Gesinnung« dienten, wie es Michael Stürmer jüngst formulierte (Regierung und Reichstag im Bismarckstaat 1871–1880. Cäsarismus oder Parlamentarismus, Düsseldorf 1974, S. 65). Nach Stürmer, mit dessen Deutung des Pressegesetzes sich Naujoks leider nicht mehr auseinandersetzen konnte, lief die preußische Gesetzesvorlage, die zwar entschärft, nicht aber durchgreifend liberalisiert werden konnte, »auf einen Handel mit den Liberalen hinaus, abgeschlossen auf der Basis der Abwehr des Proletariats« (Stürmer, S. 64): »Die beabsichtigte Gängelung der Zeitungen konnte als ein erster Versuch gelten,

die Revolutionsfurcht der Mittelschichten, das Interesse der Industrie und das Beharrungsvermögen des Obrigkeitsstaats in einer Allianz der starken Hand zu verbinden« (Stürmer, S. 62). Dadurch, daß die Liberalen auf den von der Regierung vorgeschlagenen Handel eingingen – Beseitigung wirtschaftlicher Druckmittel (Zeitungsstempel, Kautions), aber Aufrechterhaltung politischer Pressionsmöglichkeiten –, habe sich die Spaltung des deutschen Liberalismus von 1878/79 bereits angekündigt (Stürmer, S. 63).

Diese Deutung des Pressegesetzes und seiner Entstehung wird zwar durch die Untersuchungsergebnisse von Naujoks nicht völlig widerlegt, aber es scheint doch, daß die liberalen Bemühungen um eine Verbesserung des Pressegesetzentwurfs aufrichtiger und nachhaltiger waren, als es Stürmers Interpretation nahelegt. Auch die Fortschrittspartei und das Zentrum akzeptierten schließlich die modifizierte Gesetzesvorlage, um überhaupt ein einheitliches Pressegesetz für das gesamte Reich und Detailverbesserungen zu realisieren. Denn der Bundesrat hatte den Abgeordneten unmißverständlich zu verstehen gegeben, daß er eher generell auf eine gesetzliche Regelung verzichten würde, als noch weitere Entschärfungen der Vorlage hinzunehmen. Die Schlußabstimmung im Reichstag war kein Symptom für eine baldige Spaltung des deutschen Liberalismus, sondern eher ein Zeichen dafür, welche erstaunlich breite Übereinstimmung trotz aller politischen Gegensätze unter den bürgerlichen Fraktionen des deutschen Reichstags immer noch möglich war. Denn gegen das Gesetz stimmten nur die Sozialisten, Sonnemann (der einzige Abgeordnete, über den die Deutsche Volkspartei verfügte), ein Welfe und die Abgeordneten der nationalen Minderheiten, die sich durch die Strafbestimmungen des Gesetzes ebenfalls bedroht fühlten.

Welche Folgen, so bleibt zu fragen, hatte dieses Gesetz, das trotz des »lauten Bekenntnis[s] zur freien Presse« im Reichstag »keine Dokumentation der Preßfreiheit im neuen Reich« (S. 198) geworden war? Naujoks beantwortet die Frage vorsichtig abwägend: Das Pressegesetz wurde nicht die »versprochene ›Konstitution‹ der deutschen Presse«, aber er sieht in ihm doch ein »Signal für die Entfaltung einer großzügigeren Tagespresse« (S. 199). Gewiß hat der Fortfall von finanziellen Sonderbelastungen die Gründung neuer Zeitungen erleichtert, doch ein wirksames Druckmittel gegen die Entstehung und Verbreitung oppositioneller Organe sind die 1874 abgeschafften Abgaben in den 1860er Jahren schon nicht mehr gewesen. Die politischen Wirkungen des neuen Pressegesetzes waren noch bescheidener als die wirtschaftlichen, denn die staatliche Pressepolitik lief an dem Pressegesetz von 1874 gewissermaßen vorbei. Es schützte nicht vor staatlichen Schikanen, aber es diente auch nur in sehr beschränktem Maße zu deren Legitimierung. Denn die große Mehrzahl aller staatlichen Pressionen gegen Zeitungen erfolgte nicht nach den Paragraphen des Pressegesetzes, sondern nach strafgesetzlichen Bestimmungen (s. dazu detailliert W. Wetzels, *Presseinnenpolitik im Bismarckreich [1874–1890]*. Frankfurt a. M. 1975). Man sollte deshalb weder die positiven noch die negativen Folgen des unzureichenden Pressegesetzes überbewerten. Für die weitere Entwicklung des deutschen Pressewesens kam ihm nur eine marginale Bedeutung zu. Die starke Ausdehnung der deutschen Presse im Kaiserreich hatte andere Ursachen. Zu denken ist vor allem an die Politisierung neuer Bevölkerungsschichten, an die wirtschaftlich-sozialen und kulturellen Fortschritte. Erst dadurch entstand ein politisch interessiertes, zahlungs- und auch lesefähiges Massenpublikum über das Bürgertum hinaus.

Dieter Langewiesche

Horst Dräger, *Die Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung. Eine historisch-problemgeschichtliche Darstellung von 1871–1914*, E. Klett Verlag, Stuttgart 1975, 325 S., kart., 20 DM.

Die 1871 gegründete Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung war vor dem 1. Weltkrieg dem Umfange nach die bedeutendste Institution der freien Volksbildung. Auf ihrem Höhepunkt 1913 waren ihr 8400 korporative Mitglieder angeschlossen, deren Kontakt mit der Zentrale allerdings unterschiedlich intensiv war. An ihrem Wirken entzündete sich da-

die Revolutionsfurcht der Mittelschichten, das Interesse der Industrie und das Beharrungsvermögen des Obrigkeitsstaats in einer Allianz der starken Hand zu verbinden« (Stürmer, S. 62). Dadurch, daß die Liberalen auf den von der Regierung vorgeschlagenen Handel eingingen – Beseitigung wirtschaftlicher Druckmittel (Zeitungsstempel, Kaution), aber Aufrechterhaltung politischer Pressionsmöglichkeiten –, habe sich die Spaltung des deutschen Liberalismus von 1878/79 bereits angekündigt (Stürmer, S. 63).

Diese Deutung des Pressegesetzes und seiner Entstehung wird zwar durch die Untersuchungsergebnisse von Naujoks nicht völlig widerlegt, aber es scheint doch, daß die liberalen Bemühungen um eine Verbesserung des Pressegesetzentwurfs aufrichtiger und nachhaltiger waren, als es Stürmers Interpretation nahelegt. Auch die Fortschrittspartei und das Zentrum akzeptierten schließlich die modifizierte Gesetzesvorlage, um überhaupt ein einheitliches Pressegesetz für das gesamte Reich und Detailverbesserungen zu realisieren. Denn der Bundesrat hatte den Abgeordneten unmißverständlich zu verstehen gegeben, daß er eher generell auf eine gesetzliche Regelung verzichten würde, als noch weitere Entschärfungen der Vorlage hinzunehmen. Die Schlußabstimmung im Reichstag war kein Symptom für eine baldige Spaltung des deutschen Liberalismus, sondern eher ein Zeichen dafür, welche erstaunlich breite Übereinstimmung trotz aller politischen Gegensätze unter den bürgerlichen Fraktionen des deutschen Reichstags immer noch möglich war. Denn gegen das Gesetz stimmten nur die Sozialisten, Sonnemann (der einzige Abgeordnete, über den die Deutsche Volkspartei verfügte), ein Welfe und die Abgeordneten der nationalen Minderheiten, die sich durch die Strafbestimmungen des Gesetzes ebenfalls bedroht fühlten.

Welche Folgen, so bleibt zu fragen, hatte dieses Gesetz, das trotz des »lauten Bekenntnis[s] zur freien Presse« im Reichstag »keine Dokumentation der Preßfreiheit im neuen Reich« (S. 198) geworden war? Naujoks beantwortet die Frage vorsichtig abwägend: Das Pressegesetz wurde nicht die »versprochene ›Konstitution‹ der deutschen Presse«, aber er sieht in ihm doch ein »Signal für die Entfaltung einer großzügigeren Tagespresse« (S. 199). Gewiß hat der Fortfall von finanziellen Sonderbelastungen die Gründung neuer Zeitungen erleichtert, doch ein wirksames Druckmittel gegen die Entstehung und Verbreitung oppositioneller Organe sind die 1874 abgeschafften Abgaben in den 1860er Jahren schon nicht mehr gewesen. Die politischen Wirkungen des neuen Pressegesetzes waren noch bescheidener als die wirtschaftlichen, denn die staatliche Pressepolitik lief an dem Pressegesetz von 1874 gewissermaßen vorbei. Es schützte nicht vor staatlichen Schikanen, aber es diente auch nur in sehr beschränktem Maße zu deren Legitimierung. Denn die große Mehrzahl aller staatlichen Pressionen gegen Zeitungen erfolgte nicht nach den Paragraphen des Pressegesetzes, sondern nach strafgesetzlichen Bestimmungen (s. dazu detailliert W. Wetzels, *Presseinnenpolitik im Bismarckreich [1874–1890]*. Frankfurt a. M. 1975). Man sollte deshalb weder die positiven noch die negativen Folgen des unzureichenden Pressegesetzes überbewerten. Für die weitere Entwicklung des deutschen Pressewesens kam ihm nur eine marginale Bedeutung zu. Die starke Ausdehnung der deutschen Presse im Kaiserreich hatte andere Ursachen. Zu denken ist vor allem an die Politisierung neuer Bevölkerungsschichten, an die wirtschaftlich-sozialen und kulturellen Fortschritte. Erst dadurch entstand ein politisch interessiertes, zahlungs- und auch lesefähiges Massenpublikum über das Bürgertum hinaus.

Dieter Langewiesche

Horst Dräger, *Die Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung. Eine historisch-problemgeschichtliche Darstellung von 1871–1914*, E. Klett Verlag, Stuttgart 1975, 325 S., kart., 20 DM.

Die 1871 gegründete Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung war vor dem 1. Weltkrieg dem Umfange nach die bedeutendste Institution der freien Volksbildung. Auf ihrem Höhepunkt 1913 waren ihr 8400 korporative Mitglieder angeschlossen, deren Kontakt mit der Zentrale allerdings unterschiedlich intensiv war. An ihrem Wirken entzündete sich da-

her die Kritik der »neuen Richtung«, die im Gegensatz zur extensiven Kulturvermittlung der Gesellschaft eine intensive Volksbildungsarbeit vertrat¹. Neben diesen negativ-kritischen und pauschalen Beurteilungen gab es als zusammenfassende Darstellungen des Wirkens und des Umfanges ihrer Arbeit lediglich die vom langjährigen Geschäftsführer der Gesellschaft, Johannes Tews, verfaßten Festschriften zum 40., 50. (diese ist im wesentlichen heranzuziehen²) und 60. Jahrestag der Gründung.

So ist es erfreulich, daß Horst Dräger eine stark problemgeschichtlich orientierte Darstellung der Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung vorlegt. Sie läßt erkennen, daß die Leistung der Gesellschaft doch differenzierter gesehen werden muß, als es ihre Gegner vielfach wahrhaben wollten. Der Verfasser legt den Schwerpunkt auf den Zeitraum vor dem 1. Weltkrieg und unterteilt ihn überzeugend in zwei große Abschnitte, die durch die Aufhebung des Sozialistengesetzes 1890 und die Übernahme der Geschäftsführertätigkeit durch Johannes Tews 1891 getrennt sind. Der Verfasser beschränkt sich hierbei im wesentlichen auf die Konzeption der Berliner Zentrale, wie sie in der Verbandszeitschrift »Der Bildungs-Verein« (später: »Volksbildung«) und in anderen theoretischen Schriften der die Arbeit der Gesellschaft bestimmenden Männer deutlich wird.

In einem weiteren Kapitel werden die »volksbildnerischen Aktivitäten« der Gesellschaft eingehend untersucht. Hier sind insbesondere das Vortragswesen und die Volksbibliotheken zu nennen, denn auf diesen Gebieten hat die Gesellschaft ganz unbestreitbare Verdienste erworben. Um die Jahrhundertwende kamen noch sogenannte Volksunterhaltungsabende, das Märkische Wandertheater sowie erste Versuche mit Lichtbild und Film hinzu. In diesem ganzen Kapitel scheint uns der Hauptwert des Buches zu liegen, weil hier detailliert und problemorientiert vielfache Informationen geliefert werden.

Der Verfasser arbeitet überzeugend die »praktizistische Haltung« der Gesellschaft heraus, die vor allem nach 1890 auf immer differenzierter werdende Anforderungen an die Volksbildung »nur mit dem Bemühen um organisatorische Vereinheitlichung antwortet«.

»Die Volksbildung, wie die Gesellschaft sie betrieb, war eine Einübung in das System der Gegenwart [. . .], weil die Männer, die die Gesellschaft trugen, leiteten und förderten, im Konsens mit dem Zeitgeist der wilhelminischen Ära lebten: Der Staat erschien ihnen als sicher, und die Leistungen in Wirtschaft und Kultur ließen hoffen, daß beide Bereiche zu weiteren Fortschritten fähig waren. Das Volk und jeden einzelnen Bürger für diesen Fortschritt zu befähigen, sollte die Aufgabe der Volksbildung sein. Von diesem Anspruch her wurde nochmals deutlich, warum die Gesellschaft in ihren zunehmend expansiven quantitativen Leistungen einen Maßstab ihres eigenen Wertes sah. Aus den wachsenden Leistungsquoten entnahm sie, daß sie mit ihren Bildungsmitteln immer mehr Menschen erfaßte und somit der Erfüllung ihrer nationalen Aufgabe, das ganze Volk zu bilden, immer näher kam« (S. 239).

Die Gesellschaft, die sich 1915 in »Gesellschaft für Volksbildung« umbenannte, hatte es infolge ihrer vermeintlich neutralen Bildungsarbeit und der Konzentration auf das Organisatorische innerlich nicht schwer, sich nach dem Weltkrieg an die neuen politischen Verhältnisse anzupassen. Gerade wegen dieser Haltung verlor sie aber doch erheblich an Bedeutung, da in der Volksbildung allgemein die Tendenz vorherrschend wurde, von der konkreten Situation, also auch von der sozialen Lage des Adressaten auszugehen, und die Volksbildungsarbeit in erheblich stärkerem Maße als im Kaiserreich theoretisch fundiert wurde. Zudem erlitt der aufgebaute »Kulturapparat« Verluste durch Krieg und Inflation, die nicht mehr auszugleichen waren. Dennoch versuchte man, die alte Tradition aufrechtzuerhalten; die Gesellschaft wurde erst durch den Nationalsozialismus aufgelöst.

Ohne Zweifel vertieft das Buch unsere Kenntnis von der Gesellschaft und damit von der

¹ Vgl. Werner Picht, *Das Schicksal der Volksbildung in Deutschland*, Braunschweig 1950, der insbesondere das Wirken Robert von Erdbergs herausstellt.

² *Johannes Tews, 50 Jahre deutscher Volksbildungsarbeit*, Berlin 1921.

Volksbildungsarbeit im 19. Jahrhundert überhaupt. Die im einleitenden Kapitel über die Entwicklung der Volksbildung in Deutschland vor 1871 aufgezeigten Zusammenhänge zwischen Volksbildung und sozialer Frage werden jedoch in der Darstellung der Geschichte der Gesellschaft selber nicht recht deutlich. Die Traditionen, auf denen die Gesellschaft aufbaute, und die konkrete Situation der Reichsgründung, die zu vordergründig nur als politische Veränderung interpretiert wird, werden nur gestreift.

Die Quelle, auf die sich der Verfasser im wesentlichen stützt (neben einer umfangreichen Aufbereitung der Sekundärliteratur, auch der zeitgenössischen), ist die Zeitschrift der Gesellschaft, die von Anfang an deren Arbeit begleitete. Hier wäre ein erläuterndes Wort, etwa über die Rolle innerhalb des Vereinslebens oder über die Zusammensetzung der Redaktion, nützlich gewesen. So wird die Bedeutung der einzelnen vom Verfasser interpretierten Beiträge nicht gewichtet, an einer wichtigen Stelle (S. 95) sogar ihre chronologische Reihenfolge unberücksichtigt gelassen. Es fehlt auch ein Hinweis darauf, daß die Zeitschrift im Laufe der Zeit ihren Namen in »Volksbildung« änderte; sie wird bis zum Schluß als »BV« zitiert. Das erschwert für einen Nichtspezialisten die Orientierung. Angemerkt sei in diesem Zusammenhang, daß eine stärkere Gliederung des Buches und ein Register die Lektüre erleichtert hätten.

Bei dem methodischen Ansatz des Buches ist es kein Wunder, daß das Bild der die Gesellschaft tragenden Männer blaß bleibt; kein Wort findet sich über den frühen Tod des spiritus rector der Gründungszeit, Franz Leibing.

Der Wert der Arbeit liegt zweifellos im Aufzeigen von problemgeschichtlichen Zusammenhängen in der liberalen Volksbildungskonzeption. Eine Institutionengeschichte, wie sie Hans Tietgens im Vorwort vorschwebte, ist jedoch nur unvollkommen erreicht worden.

Karl Birker

Amine Haase, Katholische Presse und die Judenfrage. Inhaltsanalyse katholischer Periodika am Ende des 19. Jahrhunderts (= Dortmunder Beiträge zur Zeitungsforschung, Bd. 20), Verlag Dokumentation, Pullach bei München 1975, 262 S., brosch., 28 DM.

Obwohl das Erscheinungsbild des Antisemitismus im Kaiserreich (besonders von H. P. Bahrdt, I. Fetscher, S. Lehr, P. W. Massing, W. Mohrmann, P. G. J. Pulzer, E. G. Reichmann, H. Rosenberg, R. Rürup) schon unter den verschiedensten Gesichtspunkten ausgeleuchtet wurde, obwohl schon mehrere Autoren die Position der wichtigen politischen, religiösen und sozialen Gruppierungen zu Judenfrage und Antisemitismus aufgezeigt haben (etwa E. Silberner, R. S. Wistrich, S. Zucker, H. J. Puhle, I. Hamel, L. Werner, W. Frank), fehlt bislang eine entsprechend detaillierte Monographie, die die Stellungnahme des katholischen Bevölkerungsteils und des Zentrums als seiner politischen Vertretung problematisiert, um das Mosaik vervollständigen zu können.

Einen Beitrag zur Erforschung dieses Anliegens liefert die vorliegende Studie von Amine Haase. Sie untersucht vier dem Zentrum nahestehende katholische Organe unter der Fragestellung, »welche Zeitungen [...] sich wann dem Judentum – beziehungsweise dem Antisemitismus – gegenüber positiv, negativ oder neutral verhalten« haben (S. 10), und berücksichtigt in der Analyse ferner, »warum gerade zu dem Zeitpunkt gerade jenes Untersuchungsorgan gerade dieses Vorurteil benutzte« (S. 11). Mit der Absicht, »einen Beitrag zur Erforschung des Antisemitismus in Deutschland« zu leisten (S. 9), ordnet die Verfasserin ihre Antisemitismusforschung konzeptionell und methodisch dem umfassenderen Gebiet der allgemeinen Vorurteilsforschung zu – eine Voraussetzung, die sich für Darstellung und Ergebnisse als prägend, wenn auch nicht unproblematisch erweisen soll.

Die Studie behandelt den Zeitraum der letzten zwanzig Jahre des 19. Jahrhunderts, aus dem vier verschiedene, in sich vollständige Jahrgänge der Untersuchungsorgane herausgegriffen und analysiert werden.

Volksbildungsarbeit im 19. Jahrhundert überhaupt. Die im einleitenden Kapitel über die Entwicklung der Volksbildung in Deutschland vor 1871 aufgezeigten Zusammenhänge zwischen Volksbildung und sozialer Frage werden jedoch in der Darstellung der Geschichte der Gesellschaft selber nicht recht deutlich. Die Traditionen, auf denen die Gesellschaft aufbaute, und die konkrete Situation der Reichsgründung, die zu vordergründig nur als politische Veränderung interpretiert wird, werden nur gestreift.

Die Quelle, auf die sich der Verfasser im wesentlichen stützt (neben einer umfangreichen Aufbereitung der Sekundärliteratur, auch der zeitgenössischen), ist die Zeitschrift der Gesellschaft, die von Anfang an deren Arbeit begleitete. Hier wäre ein erläuterndes Wort, etwa über die Rolle innerhalb des Vereinslebens oder über die Zusammensetzung der Redaktion, nützlich gewesen. So wird die Bedeutung der einzelnen vom Verfasser interpretierten Beiträge nicht gewichtet, an einer wichtigen Stelle (S. 95) sogar ihre chronologische Reihenfolge unberücksichtigt gelassen. Es fehlt auch ein Hinweis darauf, daß die Zeitschrift im Laufe der Zeit ihren Namen in »Volksbildung« änderte; sie wird bis zum Schluß als »BV« zitiert. Das erschwert für einen Nichtspezialisten die Orientierung. Angemerkt sei in diesem Zusammenhang, daß eine stärkere Gliederung des Buches und ein Register die Lektüre erleichtert hätten.

Bei dem methodischen Ansatz des Buches ist es kein Wunder, daß das Bild der die Gesellschaft tragenden Männer blaß bleibt; kein Wort findet sich über den frühen Tod des spiritus rector der Gründungszeit, Franz Leibing.

Der Wert der Arbeit liegt zweifellos im Aufzeigen von problemgeschichtlichen Zusammenhängen in der liberalen Volksbildungskonzeption. Eine Institutionengeschichte, wie sie Hans Tietgens im Vorwort vorschwebte, ist jedoch nur unvollkommen erreicht worden.

Karl Birker

Amine Haase, Katholische Presse und die Judenfrage. Inhaltsanalyse katholischer Periodika am Ende des 19. Jahrhunderts (= Dortmunder Beiträge zur Zeitungsforschung, Bd. 20), Verlag Dokumentation, Pullach bei München 1975, 262 S., brosch., 28 DM.

Obwohl das Erscheinungsbild des Antisemitismus im Kaiserreich (besonders von H. P. Bahrdt, I. Fetscher, S. Lehr, P. W. Massing, W. Mohrmann, P. G. J. Pulzer, E. G. Reichmann, H. Rosenberg, R. Rürup) schon unter den verschiedensten Gesichtspunkten ausgeleuchtet wurde, obwohl schon mehrere Autoren die Position der wichtigen politischen, religiösen und sozialen Gruppierungen zu Judenfrage und Antisemitismus aufgezeigt haben (etwa E. Silberner, R. S. Wistrich, S. Zucker, H. J. Puhle, I. Hamel, L. Werner, W. Frank), fehlt bislang eine entsprechend detaillierte Monographie, die die Stellungnahme des katholischen Bevölkerungsteils und des Zentrums als seiner politischen Vertretung problematisiert, um das Mosaik vervollständigen zu können.

Einen Beitrag zur Erforschung dieses Anliegens liefert die vorliegende Studie von Amine Haase. Sie untersucht vier dem Zentrum nahestehende katholische Organe unter der Fragestellung, »welche Zeitungen [...] sich wann dem Judentum – beziehungsweise dem Antisemitismus – gegenüber positiv, negativ oder neutral verhalten« haben (S. 10), und berücksichtigt in der Analyse ferner, »warum gerade zu dem Zeitpunkt gerade jenes Untersuchungsorgan gerade dieses Vorurteil benutzte« (S. 11). Mit der Absicht, »einen Beitrag zur Erforschung des Antisemitismus in Deutschland« zu leisten (S. 9), ordnet die Verfasserin ihre Antisemitismusforschung konzeptionell und methodisch dem umfassenderen Gebiet der allgemeinen Vorurteilsforschung zu – eine Voraussetzung, die sich für Darstellung und Ergebnisse als prägend, wenn auch nicht unproblematisch erweisen soll.

Die Studie behandelt den Zeitraum der letzten zwanzig Jahre des 19. Jahrhunderts, aus dem vier verschiedene, in sich vollständige Jahrgänge der Untersuchungsorgane herausgegriffen und analysiert werden.

Themenwahl und Methodik sind vielversprechend, und daß die Verfasserin der Problematik mit einem möglichst breiten Zugriff gerecht zu werden sowie den zeitungswissenschaftlichen mit dem historischen Ansatz ihrer Studie zu vermitteln sucht, bezeugen 1. die Auswahl der Zeitungen unter regionalen und inhaltlichen Gesichtspunkten (S. 59–66): *Augsburger Postzeitung*, *Germania* (Berlin), *Kölnische Volkszeitung* und die *Historisch Politischen Blätter für das katholische Deutschland* (München). 2. die Voranstellung des geschichtlichen Rahmens und der Situation der Presse im Kaiserreich (S. 13–58). Dieser Abriss berührt alle für die Themenstellung wesentlichen Probleme und wird im Verlauf der eigentlichen Zeitungsanalyse als inhaltliches Korrektiv eingesetzt (S. 12, bes. S. 116–124). 3. die Auswahl der Jahrgänge unter einem innen-, einem außenpolitischen und soziologischen Aspekt (S. 66–75): Sie sind jeweils durch ein das Judentum unmittelbar betreffendes Ereignis (1880/1881 *Antisemitenpetition*; 1894 *Dreyfus-Affäre*; 1900 »*Jüdischer Ritualmord*« in Konitz) gekennzeichnet sowie durch Zwischenphasen, die keinen direkten Anlaß zu Emotionen boten. Dadurch ermöglichten sie die Feststellung, ob und ggf. welche Einflüsse »von außen« die Diskussion der Judenfrage in der katholischen Presse stimulierten und prägten. 4. die Verwendung der quantitativ-qualitativen Inhaltsanalyse als Untersuchungsmethode (S. 78 ff.): Die mit Hilfe von Schlüsselsymbolen und Reizwörtern (S. 76, S. 83 f.) aus den Artikeln herauskristallisierten Vorurteile werden nach einem inhaltlich definierten »Katalog der Vorurteile« (S. 78) aufgelistet und einer Intensitätsskala zugeordnet, die als Gradmesser der Intoleranz dient: Die Skala trifft folgende Wertungen: »am schwerwiegendsten« (völkisch-rassisches Vorurteil), »schwerwiegend« (volkstümliches, physiognomisches, charakterologisches, berufliches Vorurteil), »traditionell« (religiöses, kulturelles, ökonomisches Vorurteil), »neu« (politisches Vorurteil). Da letzteres aber vermutlich andere Motive kaschierte, wird es auch der Kategorie »schwerwiegend« zugeordnet (S. 78 f.).

Im Verlauf der Lektüre stellt man fest, daß der Autorin die angestrebte Vermittlung nicht immer geglückt ist; aber diesem Mangel stehen einige interessante Anregungen und Ergebnisse für die Antisemitismusforschung im Kaiserreich gegenüber.

Denn unter Berücksichtigung der Tatsache, daß die katholische Presse im 19. Jahrhundert gruppenspezifische Merkmale aufweise (S. 46–53), ist es der Verfasserin gelungen, ein nuanciertes Bild von der Meinungsbreite der katholischen Bevölkerung zu skizzieren, indem sie die – je nach Erscheinungsort, Rezipientenkreis, inhaltlicher Ausrichtung und Aufbau – unterschiedlichen Sprachrohre miteinander vergleicht (S. 92–115) und daraus Rückschlüsse auf den Einfluß der regionalen Bedingungen und politischen Ereignisse, der Kirche und Zentrumspartei, der Kommunikatoren und Rezipienten sowie der Stimmung in der Gesellschaft zieht (S. 116–138). So bestätigt sich die Annahme, daß das Dilemma der katholischen Presse – gleichzeitig den Prinzipien der Glaubenslehre und der Kirche, den Richtlinien der Zentrumspolitik und der Lesererwartung Rechnung tragen zu müssen (S. 50) – auch in der »uneinheitlichen und nicht eindeutigen Stellung katholischer Zeitungen zum Judentum« (S. 53) Niederschlag fand.

Indem A. Haase nach der Meinung von Kommunikatoren und Rezipienten fragt, geht sie über die häufig anzutreffenden Ansätze in der einschlägigen Forschung hinaus, entweder die persönliche Einstellung der prominenten Parteitheoretiker und -führer – allenfalls der Multiplikatoren – zu Judenfrage und Antisemitismus zu skizzieren (Silberner, Zucker, Wistrich) oder die ideologische Ausrichtung der Mitglieder und Anhängerschaft nach schichtenspezifischen Kriterien zu untersuchen (Massing, Puhle, Pulzer, Rosenberg, Zmarzlik, Rürup). Sie reflektiert also nicht nur die jeweilige Position von Kirche und Zentrum, sondern die Haltung der deutschen Katholiken selbst. Da sie deren Haltung zum Judentum als die »Haltung einer großen Minderheit im Deutschen Reich gegenüber einer kleinen Minderheit« (S. 57, 135) kennzeichnet, eröffnet sie die Perspektive einer sozialpsychologischen Betrachtungsweise der Antisemitismusforschung im Kaiserreich, die schon mehrfach

als Desiderat formuliert (Wehler, Zmarzlik), jedoch bislang kaum beherzigt wurde (mit Ausnahme von Lehr und Rürup).

Ihre Bemerkungen zur Anfälligkeit des Zentrums für antisemitische Parolen (S. 55 f., 124) bringen in diesem Zusammenhang keine neuen Erkenntnisse und sind bedeutungsschwach gegenüber den Betrachtungen, warum die katholische Bevölkerung insgesamt – nicht nur der katholische Mittelstand – dahin tendiert haben könnte, antisemitische Argumente aufzugreifen: Die deutschen Katholiken hätten auf die tiefgreifenden religiösen, sozialen und politischen Veränderungen im 19. Jahrhundert und die subjektiv als Krisen erlebten Ereignisse – z. B. Trennung von Österreich, Kulturkampf – mit Verunsicherung und Verlust an Selbstvertrauen reagiert (S. 47 f., 142). Die psychologische Konstitution der Unsicherheit im sozialen Gefüge aber sei – in Anlehnung an die moderne Vorurteilsforschung – am ehesten geeignet, »ethnische Intoleranz« hervorzurufen (S. 139). Die These, daß die Kompensation von Inferioritätsgefühlen mittels des Antisemitismus eher von der »Bewegung innerhalb des sozialen Gefüges« abhängt, statt von der »wirtschaftlichen Situation einer Gruppe oder eines Individuums, dem politischen oder religiösen Standpunkt irgendeiner Zeit« (S. 139), könnte die sozio-ökonomisch orientierte Betrachtungsweise relativieren, die sich in der diesbezüglichen Forschung seit den Studien von Hans Rosenberg zur Großen Depression weitgehend durchgesetzt hat. Zumindest aber bestätigt sie am Beispiel der katholischen Bevölkerung die von R. Rürup vorgetragene Beobachtung, daß der »Antisemitismus in seiner Entstehung ein Produkt der Krise [der bürgerlichen Gesellschaft] war« (Emanzipation und Antisemitismus, Göttingen 1975, S. 123; vgl. auch S. 91 ff.).

Relevant ist die Feststellung, daß der Einfluß von Kirche und Zentrum auf die Grundhaltung der Zeitungen relativ hoch zu veranschlagen sei (S. 123). Die Einstellung der Kirche und Partei habe nämlich die Wende zum radikalen Antisemitismus völkisch-rassistischer Prägung verhindert, die Benutzung der traditionellen Vorurteile gegen die Juden (religiöser, kultureller, ökonomischer Art) jedoch toleriert (S. 123, 139): Die Grundstimmung der Katholiken im Untersuchungszeitraum habe ihre Intoleranz und Anfälligkeit für den Antisemitismus zwar verstärkt – zumal sich einige »Elemente im Antisemitismus [. . .] mit Tendenzen im Katholizismus überschneiden konnten« (S. 140); doch die Stabilität der religiösen Überzeugung – nicht ihr Vorhandensein schlechthin – habe als Gegengewicht zur subjektiven Unsicherheit in der Gesellschaft die Radikalisierung des Antisemitismus innerhalb dieser Bevölkerungsgruppe aufzuhalten vermocht (S. 139). Allerdings habe die Duldung traditioneller antisemitischer Argumente in der katholischen bzw. Zentrums-*Presse* dazu beigetragen, daß sie in das »Denkgefüge« der katholischen Bevölkerung eingehen konnten (S. 138 f.).

Die Aussagen über den Niederschlag der allgemeinen politischen und wirtschaftlichen Situation (S. 120 ff.) sowie über den Einfluß von Kommunikatoren und Rezipienten fallen dagegen ab. Daß sie jedoch eine Rolle spielten, belege die Tendenz der katholischen *Presse*, antisemitische Vorurteile zu politisieren (S. 124, 137): Denn alle Organe hätten am häufigsten von allen Vorurteilen überhaupt die politischen genannt (S. 143).

Die Ergebnisse mögen für sich sprechen. Gleichwohl müssen einige Bedenken gegen die Auswahl der Jahrgänge und die Untersuchungsmethode angemeldet werden. Der Verfasserin gelingt es nämlich nicht immer, die Ergebnisse der einschlägigen Forschung sinnvoll bei der Zeitungsanalyse zu verwerten. Scheint die Auswahl der analysierten Jahrgänge auf den ersten Blick sachdienlich, gilt es doch zu bedenken, ob sie sich tatsächlich eignet, signifikante Ergebnisse für die Behandlung der Judenfrage in der katholischen *Presse* zu liefern. Jedenfalls bleiben dem Leser einige interessante Fragen offen, und er hätte sicherlich Abstriche an dem Umfang des Untersuchungsmaterials in Kauf genommen, wenn ihm an einigen Fallbeispielen die so gut skizzierte Problematik des Themas intensiver vor Augen geführt worden wäre.

Es bleibt unverständlich, warum der gesamte Zeitraum der 1870er Jahre in der Zeitungs-

analyse völlig ausgespart wird. Die Verfasserin stellt zwar zusammenfassend fest, daß »religiös oder (zentrums)politisch bedingte Notlagen« die Haltung der Organe beeinflussten (S. 123), klammert aber die schwere Konfliktsituation der 1870er Jahre (Kulturkampf, Zentrum in der Opposition, Anti-Kanzler-Liga) in der Zeitungsanalyse aus. In dieser Zeit zogen die katholischen Zeitungen gegen Liberalismus und Judentum zu Felde und scheuten sich nicht, Boykottaufrufe gegen jüdische Geschäftsleute sowie antisemitische Pamphlete zu publizieren. Die Einbeziehung dieses Zeitraums hätte die These von der Korrelation zwischen Unsicherheit im sozialen Gefüge und Grad der Intoleranz am treffendsten erläutern und gleichzeitig die Frage aufwerfen können, ob dieser aggressive Antisemitismus situativ für die 1870er Jahre bedingt war oder gleichsam ein handlungsweisendes Modell zur Bewältigung und Verarbeitung extremer Konfliktsituationen von Kirche und Zentrum darstellte. Sicherlich sprengte dieser Ansatz den von A. Haase gewählten zeitlichen Rahmen; aber zumindest hätte ein Seitenblick auf die Sozialdemokraten gezeigt, daß die Auseinandersetzung einer großen Minderheit mit einer kleinen Minderheit im Kaiserreich auch anders verlaufen konnte: Während Zentrum und katholische Bevölkerung in einer Notlage geneigt waren, den aggressiven Antisemitismus als Kompensationsmittel einzusetzen und ihn mit zunehmender gesellschaftlicher und politischer Integration abzuschwächen, verlief bei der Sozialdemokratie der Prozeß eher umgekehrt. Unter dem Sozialistengesetz zu spontaner Abwehr des Antisemitismus und Werben um Verständnis für die jüdische Bevölkerung bereit, setzte sich später eine eher gleichgültige Haltung gegenüber Judenfrage und Antisemitismus durch. Dieser Seitenblick müßte allerdings die religiöse Überzeugung als Stabilisierungsfaktor gegen die Radikalisierung der Judenfeindschaft in Frage stellen.

Ein gelegentlicher Vergleich mit den Organen anderer religiöser oder politischer Gruppen, dessen Notwendigkeit A. Haase selbst anspricht (S. 12), wäre auch ohne Teamarbeit möglich gewesen. Denn ein gezieltes Einsetzen der wissenschaftlichen Literatur bei Interpretation von Analyseergebnissen und Zusammenfassung (S. 116–148) hätte es dem Leser erleichtert, die Aussagen der Verfasserin in den historischen Kontext zu stellen, vor allem wenn sie mit Wertungen verbunden sind. So aber bleibt zum Beispiel die Aussage, »daß sich die katholische bzw. Zentrumspresse im Vergleich zu den Sprachrohren anderer Gruppen von Radikalisierungen des Antisemitismus fernhielten« (S. 143), unvermittelt im Raum stehen. Der Leser muß in der Lage sein, sich selbständig das breite Spektrum der anderen Gruppen und Sprachrohre vor Augen zu führen, um die Aussage einordnen zu können. Daß die Forschungsdiskussion der Verfasserin jedoch bekannt ist, bezeugen historische Rahmen und Literaturverzeichnis.

A. Haase versucht, die gelegentliche Begrenzung ihrer Studie durch einen Anhang von Zitaten aus den untersuchten Zeitungen zu kompensieren (S. 148–172). So illustrativ die Zusammenstellung ist, macht sich wiederum die Beschränkung auf Beispiele aus der katholischen Presse negativ bemerkbar, und das System der Anordnung (nach Zeitungstitel und Jahrgang) erschwert einen synoptischen Vergleich der jeweiligen Berichterstattung. Im übrigen trägt dieser Anhang nicht dazu bei, offengelassene Fragen zu erläutern. Es wäre interessant, statt der informationsreichen, aber weitgehend quantitativen Aufarbeitung des Materials (S. 92–116 und tabellarischer Anhang S. 221–262) zumindest an einem Beispiel konkret erläutern zu sehen, wie das Ineinander- bzw. Gegeneinanderspielen der verschiedenen Interessengruppen (Kirche, Zentrum, katholische Bevölkerung) im Falle der katholischen Gruppenpresse ablief.

Zur Vertiefung dieses Problems hätte sich eher die Berichterstattung über den »Ritualmord« von Xanten (1891) als das vorgestellte Beispiel angeboten. Die Verfasserin beschreibt selbst, daß der unaufgeklärte Mord von Xanten eine »Hetzkampagne gegen die Juden auslöste« (S. 74). Ob sich die katholischen Sprachrohre daran beteiligten, bleibt offen. Das vergleichbare Textbeispiel zur Berichterstattung der »Germania« über den

Konitzer Ritualmord (S. 168 f.) legt die Vermutung jedoch nahe. Im Fall von Xanten jedenfalls hat ein Aufruf des Kölner Erzbischofs »zur Beschwichtigung der überwiegend katholischen Bevölkerung« beigetragen (S. 174). Man hätte hier gern die Diskussion der katholischen Presse verfolgt. Denn der Bruch in der Berichterstattung der »Germania« zur analogen Mordaffäre in Konitz zwischen dem 6. und 12. Juni 1900 (S. 168 f.) läßt vermuten, daß möglicherweise Beschwichtigungen seitens Kirche oder Zentrum im Spiel waren. Welche Kräfte aber von außen oder welche Absichten des Blattes selbst diese auffällige Wendung zur Beruhigung der Leser herbeigeführt haben könnten, vermag der bloße Abdruck der Artikel natürlich nicht anzudeuten.

Da die Zeitungsanalyse an keinem Beispiel die Berichterstattung über Ritualmordaffären in den Jahren zwischen 1881 und 1893 vorstellt, verliert die Aussage der Verfasserin an Bedeutung, daß die zeitweiligen judenfeindlichen Äußerungen aus Rom und der »scharfe antisemitische Ton«, den das offizielle Jesuitenorgan »Civiltà Cattolica« zwischen 1881 und 1893 angeschlagen habe (S. 121), keine unmittelbaren – d. h. in den Untersuchungsorganen ablesbaren – Folgen zeitigten (S. 123). Auch hier hätte möglicherweise eine Analyse der katholischen Zeitungen über den Xantener Ritualmord von 1891 andere Ergebnisse gebracht, zumal die Polemik der »Civiltà Cattolica« 1890 in einer Artikelserie über den Ritualmord den Höhepunkt ihrer antisemitischen Ausfälle erreicht haben soll (vgl. Anmerkungsteil S. 207 f.).

Bedenken sind schließlich gegen das methodische Vorgehen bei der Zusammenstellung des Katalogs der Vorurteile (S. 78 f.) und der sich daraus ergebenden Bewertung in den Endergebnissen zu erheben.

Die Verfasserin – ansonsten auf die Berücksichtigung des historischen Kontextes bedacht – verfährt bei Antisemitismusdefinition (S. 10) und Katalogisierung der Vorurteile eher anachronistisch. Der Antisemitismusbegriff ist für den Untersuchungszeitraum gleichermaßen zu eng und zu weit: Es wird weder als selbstverständlich vorausgesetzt, daß die rassistische Komponente spätestens seit den 1890er Jahren aufgrund der Rezeption von Rassentheorien in Deutschland als Bestandteil zur antisemitischen Ideologie gehörte, noch findet die Tatsache Berücksichtigung, daß die Zeitgenossen den Begriff »Antisemitismus« in erster Linie politisch benutzten, wie etwa die zeitgenössischen Konversationslexika zeigen.

Hätte die Verfasserin die Vorurteile ferner nicht durchgängig nach ihren verschiedenen Wurzeln (z. B. religiöser, ökonomischer, politischer Art) behandelt, sondern in einigen Fällen auch als Syndrom vorgeführt, wäre die Funktion des Antisemitismus – auch innerhalb der katholischen Presse – noch deutlicher herausgearbeitet worden, und einige Rubriken hätten sich möglicherweise erübrigt: So beinhaltete das rassistisch-völkische Vorurteil im Untersuchungszeitraum zumindest das physiognomische, oft das charakterologische und kulturelle Vorurteil; das politische Vorurteil möglicherweise das ökonomische, religiöse und berufliche. A. Haase verweist zwar selbst auf die »Mischung der Anti-Einstellungen« (S. 67), macht sie sich jedoch nicht zunutze.

Bedenklicher jedoch ist die Bewertung der Vorurteile einzuschätzen, die nach dem uneinheitlichen Maßstab »schwerwiegend«/»traditionell« vorgenommen wird. Denn dieser könnte nahelegen, daß es »gefährliche und weniger gefährliche Arten des Antisemitismus [resp. der Vorurteile] gäbe«. (S. Lehr, *Der Antisemitismus als religiös bedingtes soziales Vorurteil. 1870–1914*, München 1974, S. 235).
Rosemarie Leuschen-Seppel

Helen E. Meller, *Leisure and the Changing City, 1870 – 1914*, Routledge and Kegan Paul, London/Henley/Boston 1976, pp. X, 308, cloth, £ 7.50.

It might be supposed from its title that this volume discusses the leisure activities of townsmen between 1870 and 1914. But the author deals only with Bristol, a city which she

Konitzer Ritualmord (S. 168 f.) legt die Vermutung jedoch nahe. Im Fall von Xanten jedenfalls hat ein Aufruf des Kölner Erzbischofs »zur Beschwichtigung der überwiegend katholischen Bevölkerung« beigetragen (S. 174). Man hätte hier gern die Diskussion der katholischen Presse verfolgt. Denn der Bruch in der Berichterstattung der »Germania« zur analogen Mordaffäre in Konitz zwischen dem 6. und 12. Juni 1900 (S. 168 f.) läßt vermuten, daß möglicherweise Beschwichtigungen seitens Kirche oder Zentrum im Spiel waren. Welche Kräfte aber von außen oder welche Absichten des Blattes selbst diese auffällige Wendung zur Beruhigung der Leser herbeigeführt haben könnten, vermag der bloße Abdruck der Artikel natürlich nicht anzudeuten.

Da die Zeitungsanalyse an keinem Beispiel die Berichterstattung über Ritualmordaffären in den Jahren zwischen 1881 und 1893 vorstellt, verliert die Aussage der Verfasserin an Bedeutung, daß die zeitweiligen judenfeindlichen Äußerungen aus Rom und der »scharfe antisemitische Ton«, den das offizielle Jesuitenorgan »Civiltà Cattolica« zwischen 1881 und 1893 angeschlagen habe (S. 121), keine unmittelbaren – d. h. in den Untersuchungsorganen ablesbaren – Folgen zeitigten (S. 123). Auch hier hätte möglicherweise eine Analyse der katholischen Zeitungen über den Xantener Ritualmord von 1891 andere Ergebnisse gebracht, zumal die Polemik der »Civiltà Cattolica« 1890 in einer Artikelserie über den Ritualmord den Höhepunkt ihrer antisemitischen Ausfälle erreicht haben soll (vgl. Anmerkungsteil S. 207 f.).

Bedenken sind schließlich gegen das methodische Vorgehen bei der Zusammenstellung des Katalogs der Vorurteile (S. 78 f.) und der sich daraus ergebenden Bewertung in den Endergebnissen zu erheben.

Die Verfasserin – ansonsten auf die Berücksichtigung des historischen Kontextes bedacht – verfährt bei Antisemitismusdefinition (S. 10) und Katalogisierung der Vorurteile eher anachronistisch. Der Antisemitismusbegriff ist für den Untersuchungszeitraum gleichermaßen zu eng und zu weit: Es wird weder als selbstverständlich vorausgesetzt, daß die rassistische Komponente spätestens seit den 1890er Jahren aufgrund der Rezeption von Rassentheorien in Deutschland als Bestandteil zur antisemitischen Ideologie gehörte, noch findet die Tatsache Berücksichtigung, daß die Zeitgenossen den Begriff »Antisemitismus« in erster Linie politisch benutzten, wie etwa die zeitgenössischen Konversationslexika zeigen.

Hätte die Verfasserin die Vorurteile ferner nicht durchgängig nach ihren verschiedenen Wurzeln (z. B. religiöser, ökonomischer, politischer Art) behandelt, sondern in einigen Fällen auch als Syndrom vorgeführt, wäre die Funktion des Antisemitismus – auch innerhalb der katholischen Presse – noch deutlicher herausgearbeitet worden, und einige Rubriken hätten sich möglicherweise erübrigt: So beinhaltete das rassistisch-völkische Vorurteil im Untersuchungszeitraum zumindest das physiognomische, oft das charakterologische und kulturelle Vorurteil; das politische Vorurteil möglicherweise das ökonomische, religiöse und berufliche. A. Haase verweist zwar selbst auf die »Mischung der Anti-Einstellungen« (S. 67), macht sie sich jedoch nicht zunutze.

Bedenklicher jedoch ist die Bewertung der Vorurteile einzuschätzen, die nach dem uneinheitlichen Maßstab »schwerwiegend«/»traditionell« vorgenommen wird. Denn dieser könnte nahelegen, daß es »gefährliche und weniger gefährliche Arten des Antisemitismus [resp. der Vorurteile] gäbe«. (S. Lehr, *Der Antisemitismus als religiös bedingtes soziales Vorurteil. 1870–1914*, München 1974, S. 235).
Rosemarie Leuschen-Seppel

Helen E. Meller, *Leisure and the Changing City, 1870 – 1914*, Routledge and Kegan Paul, London/Henley/Boston 1976, pp. X, 308, cloth, £ 7.50.

It might be supposed from its title that this volume discusses the leisure activities of townsmen between 1870 and 1914. But the author deals only with Bristol, a city which she

admits »was not a typical product of the industrial revolution«. It is unfortunate that a scholarly monograph on local history should have so misleading a title. And the title may lead the reader astray in another way since the author examines a wider range of topics than leisure activities. There are discussions on the growth of Bristol in the nineteenth century, the cultural institutions of the city, the great families which dominated Bristol, and the problem of urban poverty. There are only three chapters which deal specifically with the provision of new facilities for cultural and recreational pursuits. In fact this is an account of some of the social changes that took place in Bristol between the middle of the nineteenth century and the outbreak of the first World War.

Dr Meller explains that Bristol grew more slowly than many other English industrial towns. The commerce handled by its harbour – imports of foodstuffs but few exports – did not expand as quickly as that of rival ports such as Liverpool. The prosperity of the city was based not upon heavy industries but upon the manufacture of consumer goods such as cocoa, tobacco, stationary, and a variety of household products. Population growth was due to natural causes rather than to the arrival of migrants from adjacent agricultural regions or from Ireland. The social structure of the city, too, was unusual inasmuch as a higher proportion of the inhabitants were members of the middle class than was usual in other towns of the same size. Bristol had more domestic servants, in relation to total population, than many other cities – evidence of the existence of a large number of middle class households.

The upper middle classes, living in desirable residential districts such as Clifton, dominated the commercial, industrial, political, and social life of the community. Wealthy families (such as the Frys and the Wills) and public spirited professional men (such as the Rev. J. Percival, headmaster of Clifton College) ran the city council, the chamber of commerce, and a host of committees concerned with religious, philanthropic, educational, and recreational pursuits. It was their enthusiasm and their money that provided Bristol with a museum, a public library, and an art gallery, later to be taken over by the municipal authorities. As city councillors they might hesitate to burden the ratepayers with schemes to improve civic amenities, but as private individuals they were often prepared to put their hands in their pockets to pay for such amenities themselves.

A feature of Bristol life was the leading role played by the churches in many of these activities. Anglicans and nonconformists were evenly balanced in Bristol and they worked together more harmoniously than in some other towns. Dr Meller describes in some detail the various religious and secular organisations which were set up to provide opportunities for leisure pursuits, both cultural and recreational. Some were branches of national associations (such as the Young Mens Christian Association, the Salvation Army, and the Boy Scouts) while others were purely local in character.

It is difficult to assess the results of all these well meaning efforts to improve the lot of the citizens of Bristol. Many of the workers probably took little advantage of the cultural and recreational facilities made available by organisations run largely by middle class philanthropists. They enjoyed their free time in public houses, billiard saloons, boxing booths, and music halls rather than in church halls or adult schools.

A final criticism may be made of Dr Meller's book. The author has from time to time compared Bristol with some other English manufacturing towns. But she has ignored the cities on the Continent. If, for example, she had studied Wolfgang Nahrstedt's *Die Entstehung der Freizeit* (1972) she might have examined the different ways in which the coming of the industrial age brought about changes in the use of leisure time in Hamburg and Bristol.

W. O. Henderson

Luigi De Rosa, *La rivoluzione industriale in Italia e il Mezzogiorno* (= *Libri del Tempo*), 2. Aufl., Editori Laterza, Roma/Bari 1974, 206 S., kart., 2000 Lire.

Der bekannte Wirtschaftshistoriker und Süditalienspezialist De Rosa hat in diesem Band sieben Aufsätze vereinigt, die allesamt Probleme der italienischen Industrialisierung unter besonderer Berücksichtigung der »questione del Mezzogiorno« behandeln. Schon aus dem ersten Beitrag, der die hauptsächlichen Entwicklungslinien und Etappen der industriellen Entwicklung anhand der neueren Literatur nachzeichnet, wird deutlich, daß De Rosa die »Industrielle Revolution« als einen säkularen Prozeß auffaßt, der in den Jahrzehnten nach der Einigung des Königreichs zwar schon eingeleitet wurde, aber erst in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg aus Italien ein wirkliches Industrieland machte. Die fünf folgenden Beiträge sind speziellen Aspekten dieses Prozesses gewidmet. Es wird darauf eingegangen, wie in den Jahren unmittelbar nach der Einigung führende Persönlichkeiten des Südens versuchten, wirtschaftlich einen Mittelweg zwischen Prohibitionismus und unbeschränktem Freihändlertum einzuschlagen; wie auch Neapel zu Beginn der 1880er Jahre von den Agitationen zum »Schutz der nationalen Arbeit« erfaßt wurde; wie das Kreditwesen in den ersten drei Jahrzehnten nach der Einigung hinter der Entwicklung im Norden zurückblieb (und zwar als Folge fehlender Investitionsneigung); wie die staatlichen Rüstungsausgaben die Schaffung und Konsolidierung einer Schwerindustrie gefördert haben, aber dem Süden kaum zugute kamen; wie im Ersten Weltkrieg die hohe (freiwillige und erzwungene) Sparrate im Süden wesentlich zum Aufbau der norditalienischen Rüstungsindustrie beigetragen hat und der Süden dann das hauptsächliche Opfer der Nachkriegsinflation wurde. Der letzte Essay (»Italia squilibrata«) zeigt schließlich, daß die Kluft zwischen Nord und Süd sich auf dramatische Weise erst mit dem »Wirtschaftswunder« der 50er Jahre aufgetan hat, als der Mezzogiorno endgültig auf die Rolle eines Fabrikanten und Reservoirs menschlicher Energien zurückgedrängt wurde. Als Lektüre, die in die sog. »Südfrage« einführt, ist das Buch durchaus nützlich; doch ist hinzuzufügen, daß es – vor allem in theoretischer Hinsicht – hinter der gegenwärtigen Diskussion über das Problem »Entwicklung–Unterentwicklung« zurückbleibt.

Volker Hunecke

Robert Gellately, *The Politics of Economic Despair. Shopkeepers and German Politics 1890 – 1914* (= *Sage Studies in 20th Century History*, Vol. I), Sage Publications Ltd., London / Beverly Hills 1974, XVI, 317 S., Ln., £ 5.00.

Daß die Kategorie »Mittelstand«, auch in der nach Schmoller (1897) üblichen Auffächerung in »alten« und »neuen« Mittelstand, nicht ohne definitorische Fallstricke ist, durchzieht als mehr oder minder resignatives Leitmotiv die gesamte ältere und neuere Literatur. Spätestens seit dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts, als sich die historische Schule der Nationalökonomie dieses Gegenstandes mit Ausdauer und Leidenschaft zu bemächtigen begann, ist bekannt, daß sich hinter jener Sammelbezeichnung eine bunte Zahl sozialer Gruppen mit den unterschiedlichsten Bewußtseins- und Interessenlagen verbirgt, durch Ressentiments und politisch zweckgerichtete Hilfskonstruktionen notdürftig zusammengehalten, wie die von der ordnungsstiftenden Pufferfunktion, um die Polarisierungen zwischen dem großen Kapital und der Arbeiterschaft abzumildern, oder durch die Utopie einer allumfassenden »Mittelstandsgesellschaft«, in der sich klassenspezifische Antagonismen bereits gänzlich verflüchtigt haben. Trotz offenkundiger terminologischer Unzulänglichkeiten, die sich nicht zuletzt in den Schwierigkeiten spiegeln, die »Mittelschichten« datenmäßig exakt zu erfassen, hat sich dieser Begriff nicht nur hartnäckig und ohne wesentliche Abstriche behaupten können, sondern in jüngster Zeit dadurch eine Aufwertung erfahren, daß sich am Beispiel »Mittelstand« besonders eindringlich »vorindustrielle Mentalitäten« aufzeigen lassen, denen – so jedenfalls ein mittlerweile gängiges Interpretationsmuster –

Luigi De Rosa, *La rivoluzione industriale in Italia e il Mezzogiorno* (= *Libri del Tempo*), 2. Aufl., Editori Laterza, Roma/Bari 1974, 206 S., kart., 2000 Lire.

Der bekannte Wirtschaftshistoriker und Süditalienspezialist De Rosa hat in diesem Band sieben Aufsätze vereinigt, die allesamt Probleme der italienischen Industrialisierung unter besonderer Berücksichtigung der »questione del Mezzogiorno« behandeln. Schon aus dem ersten Beitrag, der die hauptsächlichen Entwicklungslinien und Etappen der industriellen Entwicklung anhand der neueren Literatur nachzeichnet, wird deutlich, daß De Rosa die »Industrielle Revolution« als einen säkularen Prozeß auffaßt, der in den Jahrzehnten nach der Einigung des Königreichs zwar schon eingeleitet wurde, aber erst in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg aus Italien ein wirkliches Industrieland machte. Die fünf folgenden Beiträge sind speziellen Aspekten dieses Prozesses gewidmet. Es wird darauf eingegangen, wie in den Jahren unmittelbar nach der Einigung führende Persönlichkeiten des Südens versuchten, wirtschaftlich einen Mittelweg zwischen Prohibitionismus und unbeschränktem Freihändlertum einzuschlagen; wie auch Neapel zu Beginn der 1880er Jahre von den Agitationen zum »Schutz der nationalen Arbeit« erfaßt wurde; wie das Kreditwesen in den ersten drei Jahrzehnten nach der Einigung hinter der Entwicklung im Norden zurückblieb (und zwar als Folge fehlender Investitionsneigung); wie die staatlichen Rüstungsausgaben die Schaffung und Konsolidierung einer Schwerindustrie gefördert haben, aber dem Süden kaum zugute kamen; wie im Ersten Weltkrieg die hohe (freiwillige und erzwungene) Sparrate im Süden wesentlich zum Aufbau der norditalienischen Rüstungsindustrie beigetragen hat und der Süden dann das hauptsächliche Opfer der Nachkriegsinflation wurde. Der letzte Essay (»Italia squilibrata«) zeigt schließlich, daß die Kluft zwischen Nord und Süd sich auf dramatische Weise erst mit dem »Wirtschaftswunder« der 50er Jahre aufgetan hat, als der Mezzogiorno endgültig auf die Rolle eines Fabrikanten und Reservoirs menschlicher Energien zurückgedrängt wurde. Als Lektüre, die in die sog. »Südfrage« einführt, ist das Buch durchaus nützlich; doch ist hinzuzufügen, daß es – vor allem in theoretischer Hinsicht – hinter der gegenwärtigen Diskussion über das Problem »Entwicklung–Unterentwicklung« zurückbleibt.

Volker Hunecke

Robert Gellately, *The Politics of Economic Despair. Shopkeepers and German Politics 1890 – 1914* (= *Sage Studies in 20th Century History*, Vol. I), Sage Publications Ltd., London / Beverly Hills 1974, XVI, 317 S., Ln., £ 5.00.

Daß die Kategorie »Mittelstand«, auch in der nach Schmoller (1897) üblichen Auffächerung in »alten« und »neuen« Mittelstand, nicht ohne definitorische Fallstricke ist, durchzieht als mehr oder minder resignatives Leitmotiv die gesamte ältere und neuere Literatur. Spätestens seit dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts, als sich die historische Schule der Nationalökonomie dieses Gegenstandes mit Ausdauer und Leidenschaft zu bemächtigen begann, ist bekannt, daß sich hinter jener Sammelbezeichnung eine bunte Zahl sozialer Gruppen mit den unterschiedlichsten Bewußtseins- und Interessenlagen verbirgt, durch Ressentiments und politisch zweckgerichtete Hilfskonstruktionen notdürftig zusammengehalten, wie die von der ordnungsstiftenden Pufferfunktion, um die Polarisierungen zwischen dem großen Kapital und der Arbeiterschaft abzumildern, oder durch die Utopie einer allumfassenden »Mittelstandsgesellschaft«, in der sich klassenspezifische Antagonismen bereits gänzlich verflüchtigt haben. Trotz offenkundiger terminologischer Unzulänglichkeiten, die sich nicht zuletzt in den Schwierigkeiten spiegeln, die »Mittelschichten« datenmäßig exakt zu erfassen, hat sich dieser Begriff nicht nur hartnäckig und ohne wesentliche Abstriche behaupten können, sondern in jüngster Zeit dadurch eine Aufwertung erfahren, daß sich am Beispiel »Mittelstand« besonders eindringlich »vorindustrielle Mentalitäten« aufzeigen lassen, denen – so jedenfalls ein mittlerweile gängiges Interpretationsmuster –

der deutsche Weg in die Industriegesellschaft seine eigentümliche Prägung verdankt. So unstrittig es ist, daß Handwerker, Gewerbetreibende, Beamte und Angestellte in hohem Maße anfällig für konservativ-reaktionäre, später dann nationalsozialistische Ideologien und Bestrebungen waren, so sehr fällt auf, wie wenig intensiv sich die historische Sozialwissenschaft bisher dieser Thematik auf der Mikro-Ebene angenommen hat, wie wenig konkret die wirtschaftlichen und sozialen Probleme, die Statuserwartungen und Ängste, aber auch die Anpassungsleistungen dieser Schichten in sektoraler und regionaler Perspektive erforscht worden sind.

Es ist Gellatelys Verdienst, die Dringlichkeit solcher Arbeiten in Erinnerung gerufen und mit seiner Fallstudie zur Rolle des Detailhandels im Wilhelminischen Deutschland einen ersten Markierungspunkt abgesteckt zu haben. Nach einem Abriss der wichtigsten sozialökonomischen Entwicklungstendenzen, die seit dem konjunkturellen Aufschwung Mitte der 90er Jahre den Einzelhandelsmarkt bestimmten, gilt das Augenmerk vorrangig den Bedingungen, der Intensität und den Formen politischer Mobilisierung von Kleinkaufleuten. Ähnlich wie bei anderen Gruppen des »alten Mittelstandes« lieferten dafür Industrialisierung und Urbanisierung die entscheidenden Impulse, ein Prozeß, der für die Betroffenen einen durchaus janusköpfigen Charakter hatte. Zum einen brachte er mit der allmählichen Konstituierung einer »Massenkonsumgesellschaft«¹ eine enorme Ausweitung von Absatz- und Profitchancen, zum andern legte er aber auch den Grundstein für die Strukturschwächen dieses Gewerbezweiges, für eine beträchtliche Übersetzung und ein proportional zur Vermehrung selbständiger Existenzen abnehmendes berufliches Qualifikationsniveau. Die Folgen dieser Erscheinungen waren unmittelbar abzulesen an hoher Fluktuation und häufigen Konkursen. Parallel dazu entstand dem Einzelhandel durch Verbrauchergenossenschaften, Versand- und Warenhäuser eine Konkurrenz, die einem diffusen Gefühl existentieller Bedrohung durch anonyme Mächte Nahrung gab. Hinzu kam, daß die Aktivitäten der organisierten Handlungsgehilfen eine weitere Front auf-rissen und die Bündnismöglichkeiten zwischen »altem« und »neuem Mittelstand« einschränkten. Gellately beschreibt dieses spannungsgeladene Verhältnis recht prägnant als einen Schwebestand zwischen politischer Kooperation, bedingt durch ein gemeinsames »berufständisches« Selbstverständnis, und sozialpolitischer Konfrontation, die sich an Divergenzen in Fragen der Gehalts-, der Arbeitsplatz- und Arbeitszeitregelungen entzündete und mit anhaltender »gewerkschaftlicher« Orientierung der Angestellten an prinzipieller Schärfe gewann.

All dies waren auslösende Momente für eine kaum überschaubare Vielfalt von Verbandsbildungen, entweder vom Typus »unpolitischer« Selbsthilfeorganisationen (etwa Rabattsparvereine) oder branchenspezifischer und branchenübergreifender Interessenverbände, die auf Parteien und Behörden einzuwirken suchten und immer ungenierter nach der schützenden Hand des Staates riefen, vom Gesetzgeber die Ausschaltung vermeintlicher Wettbewerbsverzerrungen und eine eigene öffentlich-rechtliche Berufsvertretung nach Art der Handwerks- und Handelskammern verlangten. Gellately analysiert diesen Akt standespolitischer Bewußtwerdung als einen schrittweisen Vorgang, der von unten nach oben verlief, von den Kommunen seinen Ausgang nahm und in regionale, schließlich reichsweite Verbindungen einmündete. Von zentraler Bedeutung aber waren und blieben die alltäglichen Erfahrungen, die die Geschäftsleute vor Ort sammelten, weswegen man sich die Stufen und die Konsequenz dieser Mobilisierung nicht zu schematisch vorstellen darf. Denn die überregionalen Vereinigungen waren in der Regel nur locker gefügte Dachverbände, in denen die einzelnen Korporationen über ein erhebliches Maß an Autonomie verfügten.

1 Gellately hat diesem Problem noch einen gesonderten Aufsatz gewidmet: Zur Entstehung der Massenkonsumgesellschaft Deutschlands: der Kleinhandelsmarkt, 1871 - 1914, in: *Jochim Hütter u. a.* (Hrsg.), *Tradition und Neubeginn*, Köln 1975, S. 467 - 480.

Lokale Sonderinteressen schoben sich nicht selten in den Vordergrund, überlagerten die Bemühungen um Zentralisierung und beeinträchtigten nicht nur die Ansätze zu verbandspolitischer Homogenisierung, sondern auch die Bündnisfähigkeit und die Schlagkraft der organisierten Kleinhandelslobby überhaupt. Nach der Jahrhundertwende avancierten die verschiedenen Detaillistenorganisationen zu einem festen Bestandteil der politischen, nach einem kurzen Zwischenspiel im liberalen Hansabund mehr und mehr in agrarisch-konservatives Fahrwasser einschwenkenden »Mittelstandsbewegung«, die 1913 im »Kartell der schaffenden Stände« endgültig den langersehnten Anschluß an die übrigen »produktiven«, »staatstragenden« Erwerbsklassen in Industrie und Landwirtschaft fand.

Trotz vieler aufschlußreicher Einzelinformationen, die Gellately aus verstreuten archivalischen und publizistischen Quellen zusammengetragen hat, sind Versäumnisse zu beklagen, die nicht in jedem Fall durch das Fehlen von Vorarbeiten zu entschuldigen sind, zumal eine mehr als reichhaltige zeitgenössische Literatur zur Verfügung stand. Obwohl einleitend eine Untersuchung angekündigt wird, die ihren Schwerpunkt auf das gesellschaftspolitische Selbstverständnis der Kleinkaufleute und deren Perzeption einer sich in rasantem Tempo industrialisierenden Umwelt zu legen verspricht, bescheiden sich die nachfolgenden Abschnitte über weite Strecken auf eine Form der Verbandsgeschichte, die traditionelle Bahnen nicht überschreitet und zudem in etlichen Punkten nicht sonderlich originelle Ergebnisse zutage fördert: Das, was Gellately über die »politische Mittelstandsbewegung« zu bieten hat, ist seit Stegmans Forschungen zur Sammlungspolitik hinreichend geläufig. Es wäre vermutlich anregender gewesen, hätte sich der Verfasser noch stärker auf lokale Entwicklungslinien konzentriert und sich nicht nur mit den – in mancher Hinsicht doch recht untypischen – Hamburger Verhältnissen zufrieden gegeben. Dadurch wäre zwar das in der Tat schwer zu bewältigende Problem der Repräsentativität (S. XII) nicht aus der Welt geschafft, die Darstellung hätte aber insgesamt konkretere sozialgeschichtliche Konturen erhalten und an Dichte wie Differenzierung gewinnen können. Als Fazit bleibt daher zu konstatieren, daß Gellately in eine vielversprechende Richtung gewiesen hat, auch wenn er deren Möglichkeiten nicht immer voll auszuschöpfen vermochte. Jens Flemming

Charles S. Maier, *Recasting Bourgeois Europe. Stabilization in France, Germany and Italy in the Decade after World War I*, Princeton University Press, Princeton, N. J., 1975, XIV, 650 S., Ln., \$ 34.50.

Charles S. Maier's massive work is a history of all matters of high policy in Germany, Italy and France relating to the post-war settlement in western Europe after 1918. It is a resolute attempt to show how the major issues in foreign as well as domestic policy were not merely affected by fundamental divisions of opinion over the nature of society but also in their turn caused such divisions. The section in Chapter 3 on »The Coal Crisis« deserves to be singled out as an example of how the thorough and detailed mastery of a complicated and not vitally important set of issues in domestic economic policy may provide fresh insights into a much more important issue of international policy; it is the best account in print of the role of coal shipments in reparations. Indeed, the central theme of the book is that the major issues of policy were inextricably entangled with the attempt to »stabilize« the three countries concerned on the basis of a different socio-economic system. Stabilization could only be achieved by a transition to a more »corporatist« form of society and government. The reimposition of a social order based on »bourgeois criteria« was eventually achieved, he argues, only by a significant transformation of political institutions and of the way in which political power was wielded. Power, in effect, had to pass from legislatures and bureaucrats to the great organised vested interests in the economy and issues to be settled either by direct bargaining between these interests or by the influence which they exerted on government.

Lokale Sonderinteressen schoben sich nicht selten in den Vordergrund, überlagerten die Bemühungen um Zentralisierung und beeinträchtigten nicht nur die Ansätze zu verbandspolitischer Homogenisierung, sondern auch die Bündnisfähigkeit und die Schlagkraft der organisierten Kleinhandelslobby überhaupt. Nach der Jahrhundertwende avancierten die verschiedenen Detaillistenorganisationen zu einem festen Bestandteil der politischen, nach einem kurzen Zwischenspiel im liberalen Hansabund mehr und mehr in agrarisch-konservatives Fahrwasser einschwenkenden »Mittelstandsbewegung«, die 1913 im »Kartell der schaffenden Stände« endgültig den langersehnten Anschluß an die übrigen »produktiven«, »staatstragenden« Erwerbsklassen in Industrie und Landwirtschaft fand.

Trotz vieler aufschlußreicher Einzelinformationen, die Gellately aus verstreuten archivalischen und publizistischen Quellen zusammengetragen hat, sind Versäumnisse zu beklagen, die nicht in jedem Fall durch das Fehlen von Vorarbeiten zu entschuldigen sind, zumal eine mehr als reichhaltige zeitgenössische Literatur zur Verfügung stand. Obwohl einleitend eine Untersuchung angekündigt wird, die ihren Schwerpunkt auf das gesellschaftspolitische Selbstverständnis der Kleinkaufleute und deren Perzeption einer sich in rasantem Tempo industrialisierenden Umwelt zu legen verspricht, bescheiden sich die nachfolgenden Abschnitte über weite Strecken auf eine Form der Verbandsgeschichte, die traditionelle Bahnen nicht überschreitet und zudem in etlichen Punkten nicht sonderlich originelle Ergebnisse zutage fördert: Das, was Gellately über die »politische Mittelstandsbewegung« zu bieten hat, ist seit Stegmans Forschungen zur Sammlungspolitik hinreichend geläufig. Es wäre vermutlich anregender gewesen, hätte sich der Verfasser noch stärker auf lokale Entwicklungslinien konzentriert und sich nicht nur mit den – in mancher Hinsicht doch recht untypischen – Hamburger Verhältnissen zufrieden gegeben. Dadurch wäre zwar das in der Tat schwer zu bewältigende Problem der Repräsentativität (S. XII) nicht aus der Welt geschafft, die Darstellung hätte aber insgesamt konkretere sozialgeschichtliche Konturen erhalten und an Dichte wie Differenzierung gewinnen können. Als Fazit bleibt daher zu konstatieren, daß Gellately in eine vielversprechende Richtung gewiesen hat, auch wenn er deren Möglichkeiten nicht immer voll auszuschöpfen vermochte. Jens Flemming

Charles S. Maier, *Recasting Bourgeois Europe. Stabilization in France, Germany and Italy in the Decade after World War I*, Princeton University Press, Princeton, N. J., 1975, XIV, 650 S., Ln., \$ 34.50.

Charles S. Maier's massive work is a history of all matters of high policy in Germany, Italy and France relating to the post-war settlement in western Europe after 1918. It is a resolute attempt to show how the major issues in foreign as well as domestic policy were not merely affected by fundamental divisions of opinion over the nature of society but also in their turn caused such divisions. The section in Chapter 3 on »The Coal Crisis« deserves to be singled out as an example of how the thorough and detailed mastery of a complicated and not vitally important set of issues in domestic economic policy may provide fresh insights into a much more important issue of international policy; it is the best account in print of the role of coal shipments in reparations. Indeed, the central theme of the book is that the major issues of policy were inextricably entangled with the attempt to »stabilize« the three countries concerned on the basis of a different socio-economic system. Stabilization could only be achieved by a transition to a more »corporatist« form of society and government. The reimposition of a social order based on »bourgeois criteria« was eventually achieved, he argues, only by a significant transformation of political institutions and of the way in which political power was wielded. Power, in effect, had to pass from legislatures and bureaucrats to the great organised vested interests in the economy and issues to be settled either by direct bargaining between these interests or by the influence which they exerted on government.

Corporate influence was often most powerful when exerted negatively because government, Maier argues, had to avoid the costs of prolonged struggle against it. The resolution of policy questions by trying to attain as nearly as possible the general good resulted after 1918 in divisions of economic and social opinion too fierce for liberal democracies to resolve. The fall from office in 1921/22 of Briand, Wirth and Giolitti marked, the author suggests, the clear failure of the parliamentary order built on the aggregation of individual preferences to solve the problems of the post-war world. The stabilization of western Europe after the First World War was thus not a re-creation of the world before 1914 but the ratification in power of a form of polity peculiarly identified with the twentieth century and foreshadowing the more successful stabilization after 1948. In this interpretation the First World War looms large, it is a constant theme that the shared central direction of the economy by government and corporate interests during that struggle did not come to an end in 1918 but had a pervasive influence in shaping post-war society and government.

The book does not minimise the differences which existed in the three countries; much of its immense detail arises from the attempt to illustrate them. Whereas, argues Maier, corporate interests operated comfortably behind the screen of parliamentary institutions in France they publicly dominated the Weimar legislatures, and in Italy the whole apparatus of government had to be changed to accommodate them. It is at this point that the further implications of the argument lead into deeper waters where navigation becomes more difficult. If Italian fascism was the corporate state one degree more triumphant than the Weimar Republic, what was the National Socialist state? Maier implies that it was in essence a populist revolt against over-mighty corporate power. Such an argument would explain the fundamental differences of economic policy which sometimes appeared between the National Socialist régime in Germany and the fascist régime in Italy, but in doing so it would at the same time demolish the whole concept of ›fascism‹ as an ideology with certain common political and economic ideas setting it apart from other systems of government. It would not merely refute theorists such as Kühnl, Clemenz or Hennig but also, at the other extreme, less ardent exponents of ›Faschismustheorien‹ like Nolte because even the few similarities between the régimes which he insists on would hardly be historically significant if those régimes sprang from utterly opposed motives and groups. Maier's characterisation of the two régimes might well be correct and, certainly, the tendency of historical research is to confirm his view of National Socialism. But do we yet know enough about the economic history of these countries, and the impact of economic policy within them, to accept so sweeping a characterization? One part of the Italian fascist party, represented by Farinacci, was every bit as ›populist‹ as the most vehement Nazi inveighers against the corporate state and in its social and economic decrees the Republic of Salò returned to the elements of radical populism in the first fascist manifesto. Whatever the Italian fascist party did in power some of its intellectual and ideological origins were strikingly close to those of the NSDAP. And, of course, many corporate vested interests eventually found a satisfactory home within the Third Reich.

That much caution is needed in the use of the word ›corporatism‹ is a point the author willingly concedes; he is himself unhappy with the word. But the point at stake, I would suggest, is a more important one than the unsatisfactory nature of our vocabulary for an accurate description of historical processes. It is this. Is it possible properly to characterize the nature and policy of any régime, and, furthermore, is it possible to write adequate social history, before the basic economic history of the period has been written? In trying to do so the author is following the current American and German fashion of utilising as far as possible business archives to amplify what was previously discovered from government records. There is a natural tendency that, the more evidence is gathered from its records, the world of business will seem to have had a greater influence on government,

and the same is true for trade union records also. But that is not a reproach that can fairly be levelled at Maier's work, for it is a work based on what must have been a long and exhausting period of comprehensive archival research. The question is whether even the most comprehensive effort of archival research can by itself establish the sort of argument which the author is trying to make. Before Maier's characterization either of the similar socio-economic foundations of the governments of Italy, Germany and France after 1922 or of the sharp distinction in the socio-economic bases of the governments of fascist Italy and Nazi Germany can be entirely accepted far more knowledge is needed of the impact of economic policy and of the economic events. What were the relative movements of prices and wages? What were the changes in the pattern of income and wealth distribution? How were they affected by economic policy? What were the relative changes in the composition of the national product? Only by the answers to a long series of such related questions can the sort of characterization of government into the categories used here be properly and convincingly founded on historical evidence. Otherwise the attempt remains a matter of verbal impressionism no matter how huge the archival resources deployed. Can we really accept on the basis of documentary research alone that Poincaré and Stresemann before 1913 represented all the ›nonproletarian elements comprising the bourgeois nation‹, whereas after 1923 the nationalism which they represented enhanced ›only the power of business and industry‹ and thus fragmented ›the bourgeoisie‹ and rewarded ›organized capital‹ (p. 414). We may suspect that this was indeed so; but we do not know and it is possible to get nearer to the truth. The same point might be made about the effects of inflation on German society, even though in judging them the author achieves his happiest literary conceit.

The danger is, that not being tied down to systematically-ordered economic data social history takes off with spasms of verbal joy into soaring flights of social interpretation which are then used by others to rearrange the data to substantiate arguments over interpretations which need never have been formulated in the first place. It is only necessary to think how large a superstructure of interpretation of the social and political history of Germany is based on the concept of a ›Great Depression‹ after 1873, a concept which has no worthwhile foundations in economic history, to see how great the danger is. The historiographical tradition to which this book belongs has already had a most valuable result in bringing the history of high policy down into the arena of social evolution and conflict. But there are distinct limits to what can be achieved in this way. Important historical judgments will remain nebulous and unconvincing if social history is built downwards from the evidence of policy discussions and decisions rather than upwards from its macro- and micro-economic foundations.

These foundations are still partly lacking. As far as Germany is concerned the situation is slightly better than in the other countries although Hoffmann's tables of data are liberally speckled with blanks for the early 1920s. There are, however, excellent recent macro-economic syntheses by Petzina and Borchardt. For France, everything still depends on the valuable but idiosyncratic volumes of Sauvy and his collaborators. As for Italy, its economic history in the inter-war period remains virtually virgin territory. There are occasions when Maier descends into the economic field to settle detailed questions of fact and it is impossible not to feel that the book would have benefitted if he had done so more often because the sheer mass of documentary evidence tends often to bury the argument rather than illuminate it. Because there is so little recourse to the basic economic information the withdrawal of the United States from the scene as a major political actor means that it gets relatively little consideration even though as an economic actor its role was decisive. It was on the unstable pillars of the American economy and its even more unstable connections with the developed western European economies that the so-called ›stabilization‹ of bourgeois Europe was erected.

The paucity of economic history of the period must often have meant that the author was making bricks without straw and it would be grudging indeed not to compliment him on the industry and intelligence which he has used to illuminate his chosen period. I hope he will take these comments not as a criticism but as an exhortation. The business archives which he has used to illustrate attitudes and policy in the violently-shifting circumstances between 1918 and 1924 must also contain much economic information which could be used to help in the assessment of how wellfounded these attitudes and policies were. It is only a matter of shifting the focus of inquiry and a man with the determination to write such a big book would surely not be deterred by that. It would be by such enterprise that a more genuine social history might emerge, one more nearly approximating to a true history of society, and one which would replace more adequately the older, limited concept of 'political history'. And it is only when a social history of that kind has developed that the characterization of government and society attempted here, a characterization which is important to Maier's argument and important also to any history of the inter-war period, can be accepted. To your tasks, social historians!

A. S. Milward

Henning Grund, »Preußenschlag« und Staatsgerichtshof im Jahre 1932 (= Studien und Materialien zur Verfassungsgerichtsbarkeit, Bd. 5), Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 1976, 167 S., kart., 36 DM.

Ein Desiderat, möchte man meinen: Eine fundierte Würdigung des Urteils des Staatsgerichtshofs vom 25. Oktober 1932 in der Streitsache Preußen kontra Reich wegen des Papenputschs vom 20. Juli 1932 fehlt bisher. Immerhin ging es, so Bracher, um den »größten Verfassungstreit der neueren deutschen Geschichte«¹, und dem Verfasser der angezeigten Göttinger juristischen Dissertation ist zuzustimmen, wenn er in der bisherigen Literatur, namentlich auch bei Bracher, überwiegend eine »allzu pauschale Verwerfung« des Urteils (S. 12) konstatiert. Auch das Inhaltsverzeichnis erweckt Erwartungen: Es verspricht nicht nur eine eingehende Diskussion der StGH-Entscheidung, die die Macht in Preußen salomonisch zwischen den Reichskommissaren und der legalen Regierung Braun aufteilte, sondern darüber hinaus eine Darstellung der Vorgeschichte des Putschs vom 20. Juli 1932 und der weiteren Entwicklung bis zum Urteil.

Das Vorhaben ist also gut, aber das ist auch das Beste, was über diese Arbeit mitzuteilen ist. Um mit dem historischen Teil zu beginnen: Wie ist es möglich, eine Darstellung der innenpolitischen Entwicklung im Reich seit dem Amtsantritt Brüning und darüber hinaus der Beziehungen Preußen-Reich in der gesamten Weimarer Zeit anzubieten, ohne auch nur einen Blick in die einschlägigen Archivalien getan zu haben? Dem Quellenverzeichnis sind ganze zwei Bestände zu entnehmen, die der Verfasser benutzt oder auch nicht benutzt hat; Zweifel sind angesichts der gravierend falschen Zitierweise angebracht. Um die Sammlung Brammer und die Handakten Arian einzusehen, hätte der Verfasser das Bundesarchiv aufsuchen müssen; wie ist es dann möglich, daß er nicht einmal einen Blick in die Akten der Reichskanzlei geworfen hat? Ohne die Kabinettsprotokolle, ohne die umfangreichen Sachakten zum Papenputsch und zur Entscheidung des Staatsgerichtshofs in diesem Bestand sind fundierte Aussagen zu diesem Thema ausgeschlossen. Auf alle Fälle hat sich der Verfasser den Weg in das Geheime Staatsarchiv in Berlin erspart; die Akten des Preußischen Staatsministeriums und des Finanzministeriums sind ebensowenig genutzt wie die einschlägigen Nachlässe in Koblenz, Bonn, Berlin und Amsterdam.

Da die historische Darstellung also ausschließlich auf der längst bekannten Primär- und Sekundärliteratur beruht, steht hier schlechterdings nichts Neues, dafür aber viel Falsches. Die Beurteilung des Falls Abegg zum Beispiel (S. 33 f.) – der Staatssekretär im Preußischen Innenministerium Wilhelm Abegg hatte Anfang Juni 1932 mit zwei kommunistischen

¹ Karl-Dietrich Bracher, Die Auflösung der Weimarer Republik, 5. Aufl., Villingen 1971, S. 557.

The paucity of economic history of the period must often have meant that the author was making bricks without straw and it would be grudging indeed not to compliment him on the industry and intelligence which he has used to illuminate his chosen period. I hope he will take these comments not as a criticism but as an exhortation. The business archives which he has used to illustrate attitudes and policy in the violently-shifting circumstances between 1918 and 1924 must also contain much economic information which could be used to help in the assessment of how wellfounded these attitudes and policies were. It is only a matter of shifting the focus of inquiry and a man with the determination to write such a big book would surely not be deterred by that. It would be by such enterprise that a more genuine social history might emerge, one more nearly approximating to a true history of society, and one which would replace more adequately the older, limited concept of 'political history'. And it is only when a social history of that kind has developed that the characterization of government and society attempted here, a characterization which is important to Maier's argument and important also to any history of the inter-war period, can be accepted. To your tasks, social historians!

A. S. Milward

Henning Grund, »Preußenschlag« und Staatsgerichtshof im Jahre 1932 (= Studien und Materialien zur Verfassungsgerichtsbarkeit, Bd. 5), Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 1976, 167 S., kart., 36 DM.

Ein Desiderat, möchte man meinen: Eine fundierte Würdigung des Urteils des Staatsgerichtshofs vom 25. Oktober 1932 in der Streitsache Preußen kontra Reich wegen des Papenputschs vom 20. Juli 1932 fehlt bisher. Immerhin ging es, so Bracher, um den »größten Verfassungstreit der neueren deutschen Geschichte«¹, und dem Verfasser der angezeigten Göttinger juristischen Dissertation ist zuzustimmen, wenn er in der bisherigen Literatur, namentlich auch bei Bracher, überwiegend eine »allzu pauschale Verwerfung« des Urteils (S. 12) konstatiert. Auch das Inhaltsverzeichnis erweckt Erwartungen: Es verspricht nicht nur eine eingehende Diskussion der StGH-Entscheidung, die die Macht in Preußen salomonisch zwischen den Reichskommissaren und der legalen Regierung Braun aufteilte, sondern darüber hinaus eine Darstellung der Vorgeschichte des Putschs vom 20. Juli 1932 und der weiteren Entwicklung bis zum Urteil.

Das Vorhaben ist also gut, aber das ist auch das Beste, was über diese Arbeit mitzuteilen ist. Um mit dem historischen Teil zu beginnen: Wie ist es möglich, eine Darstellung der innenpolitischen Entwicklung im Reich seit dem Amtsantritt Brünings und darüber hinaus der Beziehungen Preußen-Reich in der gesamten Weimarer Zeit anzubieten, ohne auch nur einen Blick in die einschlägigen Archivalien getan zu haben? Dem Quellenverzeichnis sind ganze zwei Bestände zu entnehmen, die der Verfasser benutzt oder auch nicht benutzt hat; Zweifel sind angesichts der gravierend falschen Zitierweise angebracht. Um die Sammlung Brammer und die Handakten Arian einzusehen, hätte der Verfasser das Bundesarchiv aufsuchen müssen; wie ist es dann möglich, daß er nicht einmal einen Blick in die Akten der Reichskanzlei geworfen hat? Ohne die Kabinettsprotokolle, ohne die umfangreichen Sachakten zum Papenputsch und zur Entscheidung des Staatsgerichtshofs in diesem Bestand sind fundierte Aussagen zu diesem Thema ausgeschlossen. Auf alle Fälle hat sich der Verfasser den Weg in das Geheime Staatsarchiv in Berlin erspart; die Akten des Preußischen Staatsministeriums und des Finanzministeriums sind ebensowenig genutzt wie die einschlägigen Nachlässe in Koblenz, Bonn, Berlin und Amsterdam.

Da die historische Darstellung also ausschließlich auf der längst bekannten Primär- und Sekundärliteratur beruht, steht hier schlechterdings nichts Neues, dafür aber viel Falsches. Die Beurteilung des Falls Abegg zum Beispiel (S. 33 f.) – der Staatssekretär im Preußischen Innenministerium Wilhelm Abegg hatte Anfang Juni 1932 mit zwei kommunistischen

¹ Karl-Dietrich Bracher, Die Auflösung der Weimarer Republik, 5. Aufl., Villingen 1971, S. 557.

Abgeordneten verhandelt, was Papen eine Begründung für sein Eingreifen in Preußen gab – geht notwendigerweise völlig fehl, da sie lediglich auf dem Prozeßmaterial der beiden Parteien basiert. Hätte der Verfasser den Nachlaß Braun in Amsterdam eingesehen, so hätte er eine Aussage des Denunzianten Diels gefunden, die Abegg weitgehend entlastet².

Die mangelnde Quellenkenntnis führt zu teilweise grotesken Fehldeutungen, so zu der unhaltbaren Unterstellung, der preußische Ministerpräsident Braun sei wegen seines »engstirnigen preußischen Partikularismus« an einer Reichsreform uninteressiert gewesen, seine konstruktiven Vorschläge seien lediglich »scheinbar« gewesen (S. 51). Hier wie an anderen Stellen wird deutlich, daß es dem Verfasser u. a. um eine Entlastung Papens geht. Den Höhepunkt in dieser Hinsicht erreicht er, wenn er feststellt: »Man wird in der Rückschau nicht in der Lage sein, darüber zu befinden, worauf es der Reichsregierung am 20. Juli 1932 vorrangig ankam« (S. 138). Daß in den Augen der Putschisten in erster Linie die falschen Parteien am unbequemen Machthebel saßen, daß es ihnen darum ging, das demokratisch-republikanische Machtpotential Preußen seinen rechtmäßigen Inhabern zu entwenden und den eigenen Zielen einer restaurativen Verfassungsänderung dienstbar zu machen, haben Papen, Schleicher, Gayl so oft und so unverblümt ausgesprochen, daß man seinen Augen nicht trauen möchte, wenn man der stillen Einfalt dieses Satzes begegnet.

Die Tendenz setzt sich nahtlos in der Würdigung des StGH-Urteils fort. Die apologetische Absicht des Verfassers führt ihn dabei nicht einmal ganz fehl; daß die Leipziger Richter alles andere als ein Gefälligkeitsurteil für Papen fällten, ist richtig – Papen selbst fand die Entscheidung »im höchsten Maße unbequem«³. Auch konstatiert der Verfasser zu Recht, daß die auf das Urteil folgenden Reibungen zwischen den zwei Regierungsgewalten in Preußen nicht dem Staatsgerichtshof, sondern dem fehlenden guten Willen der Reichsseite anzulasten sind (S. 151 f.); die Annahme ist gestattet, daß Papen und Schleicher jedes Urteil, das ihnen unbequem gewesen wäre, kühl ignoriert hätten. Aber der Verfasser schießt weit über das Ziel hinaus, wenn er nach einer rein formaljuristischen Würdigung zu dem Schluß gelangt, die Richter hätten ohne Rücksicht auf die bestehenden machtpolitischen Verhältnisse ein rein an den staatlichen Rechtsnormen orientiertes Urteil gefällt. Hätte er sich mehr um die Quellen gekümmert, so wüßte er, welcher Diskussionen es hinter den Leipziger Kulissen bedurft hatte, um die Person des Reichspräsidenten zu schonen. Er wüßte vor allem, daß der Kompromißcharakter des Urteils tatsächlich einem von den Parteien ausgehandelten Vergleich entsprach, der von Arnold Brecht, Hermann Höpker-Aschoff und Konrad Adenauer mit dem Ziel angeregt worden war, die verfassungswidrige Maßnahme der Reichsregierung in eine verfassungskonforme und durchgreifende Reichsreform umzuwandeln – von diesem entscheidenden Gesichtspunkt hat der Verfasser offenbar keine Ahnung.

Es ist bedauerlich, daß durch die Veröffentlichung dieser unzureichenden Arbeit dieses wichtige Thema wohl für lange Zeit unbearbeitet bleiben wird; die Dissertation von Jürgen Bay, deren Niveau trotz ihres Alters weitaus höher liegt⁴, existiert leider nur im Manuskriptdruck. Es wäre aber unfair, die mangelhafte Qualität des angezeigten Buchs allein dem Verfasser anzulasten; es ist vielmehr ein Beispiel dafür, mit welcher Nachlässigkeit manche Doktorväter Dissertationsthemen vergeben, das Produkt schlecht geprüft durch das Promotionsverfahren schleusen und auch noch für seine Veröffentlichung sorgen. Die Verantwortung für einen solchen bedauerlichen Fehlschlag trägt der Doktorvater mindestens ebenso wie sein Schüler.

Hagen Schulze

2 Internationales Institut für Sozialgeschichte Amsterdam, Nachlaß Braun/626.

3 Bundesarchiv Koblenz, R 43 I/2281: Auszug aus dem Protokoll der Sitzung der Kommissarischen Preußischen Staatsregierung, 27. 10. 1932.

4 Jürgen Bay, Der Preußenkonflikt 1932/33. Ein Kapitel aus der Verfassungsgeschichte der Weimarer Republik, Jur. Diss. Erlangen 1965.

Ortwin Domröse, *Der NS-Staat in Bayern von der Machtergreifung bis zum Röhm-Putsch* (= *Miscellanea Bavarica Monacensia*, H. 47; Neue Schriftenreihe des Stadtarchivs München, Bd. 65), Kommissionsbuchhandlung R. Wölfle, München 1974, 398 S., kart., 19,80 DM.

Domröses Studie, eine regionalgeschichtliche Dissertation aus der Schule Karl Bosls, bemüht sich, am bayerischen Fall »Strukturmerkmale des NS-Staates« (S. 4) in der Umbruchphase zwischen Januar 1933 und Sommer 1934 deutlich werden zu lassen. Diesem Ziel dient zunächst ein Aufriß der landespolitischen Szenerie vom Ende der Weimarer Republik bis hin zur gewaltsamen Entfernung der Regierung Held und der Inthronisierung Epps als Reichsstatthalter am 9. März 1933, ein Kapitel, das in dieser Form besser nicht geschrieben worden wäre, da es über weite Strecken nicht mehr bietet als ein locker gefügtes Konglomerat aphoristischer, dürftig belegter Bemerkungen, gepaart mit fragwürdigen Behauptungen, die eine nur oberflächliche Kenntnis der deutschen Sozialgeschichte in den zwanziger und dreißiger Jahren verraten (als exemplarisch in dieser Hinsicht vgl. etwa die Ausführungen zur Deutschnationalen Volkspartei, S. 21–23). Sodann schildert der Verfasser Stationen aus dem unaufhaltsamen Aufstieg Heinrich Himmlers vom vergleichsweise farblosen Lokalpolitiker zu einem der einflußreichsten Männer an den Schalthebeln des »Dritten Reichs«. Dabei werden die Anfänge des SS-eigenen Konzentrationslagerwesens (Dachau) erörtert, außerdem das Eindringen der SS in die Sphäre staatlicher Machtausübung, Himmlers außerordentlich finnenreiches und instinktsicheres Taktieren im Geflecht wechselnder Bündiskonstellationen auf Reichs- und Landesebene sowie – in Gestalt eines längeren Exkurses – die »Vorgeschichte des 30. Juni 1934«. Letzterer versteht sich, auf der Grundlage des von der Forschung bisher eruierten Materials, als ein Versuch zur kritischen Re-Interpretation bereits bekannter Vorgänge, der freilich über das Stadium von Spekulationen nicht hinausgelangt und das bisherige Bild vom sogenannten »Röhm-Putsch« nicht wesentlich bereichert.

Der dritte und insgesamt gelungenste Teil des Buches beschäftigt sich mit der Institution der SA-Sonderkommissare, die den einzelnen Verwaltungszügen als dynamisierende Elemente zur effektiveren Durchsetzung der »nationalsozialistischen Revolution« beigegeben wurden. An ihrem Schicksal kann Domröse einleuchtend den allmählich enger werdenden Radius der SA aufzeigen. Zunächst von den Repräsentanten der Partei zur Infiltration des Behördenapparats instrumentalisiert, trugen sie je länger desto nachhaltiger zu einer funktionshemmenden Entbürokratisierung der Exekutive bei und stellten in ihrer Radikalität zunehmend nicht nur die Ansprüche und Ambitionen der traditionellen, sondern auch die der aufstrebenden nationalsozialistischen Herrschaftseliten in Frage. Gegen den konzentrischen Zugriff von Reichswehr und SS, Partei und Staat vermochten sie sich nicht zu behaupten: Mit der politischen Entmachtung der SA nach dem Blutbad vom 30. Juni 1934 wurden sie wieder abgeschafft. Den letzten Abschnitt widmet Domröse schließlich einer Skizze von »Wirtschaft und Gesellschaft«. Unter diesem Titel werden noch einmal die offenkundigen, in der Literatur häufig thematisierten Diskrepanzen zwischen antikapitalistischen Slogans und der tatsächlichen Begünstigung privatkapitalistischer Strukturen beschworen. Daneben wird die wichtige Frage nach der Kontinuität der Beamtenschaft angeschnitten, ohne sie jedoch einer befriedigenden Lösung zuführen zu können. Domröse behauptet zwar einen Prozeß der Assimilation von »alter Elite und nationalsozialistischen Parvenüs«, versäumt es aber, diese zu einem Teil sicher plausible These mit beweiskräftigen, systematisierten Daten zu untermauern, die zudem schärfer zwischen den verschiedenen Ebenen und Kategorien der Bürokratie differenzieren müßten. So bleibt es auch an diesem Punkt leider nur bei rhapsodischen Beobachtungen. Zu einer kompakten und überzeugenden Analyse dringt der Autor nur selten vor. Darüber sollte auch der exzessive, scheinanalytische Gebrauch von Vokabeln wie »virtuell«, »habituell«, »rituell«, »heterokephal« etc. nicht hinwegtäuschen.

Jens Flemming

Jost Dülffer, Weimar, Hitler und die Marine. Reichspolitik und Flottenbau 1920 – 1939. Mit einem Anhang von Jürgen Rohwer, Droste Verlag, Düsseldorf 1973, 615 S., Ln., 78 DM.

»Die tiefere Ursache unseres politischen Siechtums liegt meines Erachtens in dem Fehlen der inneren seelischen Einheit unseres Volkes. Trotz Bismarcks, trotz Aufstiegs zur Weltmacht, trotz Weltkriegs und schließlich auch trotz Abstiegs von stolzer Höhe ist eine wahre Schicksalsgemeinschaft bei uns nicht hergestellt«. Als er das schrieb, im März 1928 an den Vorsitzenden der Deutschnationalen Volkspartei Graf Westarp, war er schon ein Denkmal geworden: Alfred von Tirpitz. Er hatte von 1897 bis zum Ende des Kaiserreichs die Weichen der Flottenpolitik gestellt. Der »Tirpitz-Plan«, vor einigen Jahren Gegenstand einer umfangreichen Studie von Volker R. Berghahn, erwies sich als hervorragendes Mittel zur außenpolitischen Mobilisierung und zur innenpolitischen Integration der auseinandertreibenden Gruppen und Schichten. Das Bürgertum war, weit über seine unmittelbaren ökonomischen Interessen hinaus, bereit, den Anspruch auf Weltgeltung zu unterstützen, der mit der Verwirklichung des Tirpitz-Plans eingelöst werden sollte. »Weitverbreitet war hier die Überzeugung von einer deutschen Mission in der Welt, die die Wirkung einer Kompensation für nur geringes innenpolitisches Gewicht erlangen konnte. Die politisch nur schwach im Reichstag repräsentierte Arbeiterschaft konnte man langfristig mit der Aussicht zu gewinnen suchen, durch den Gewinn neuer Absatzmärkte, den der Flottenbau mit sich bringen werde, auch ihre materiellen Interessen besser zu befriedigen« (S. 19 f.). Tirpitz' strategische Vorstellungen erwiesen sich im Ersten Weltkrieg als »geradezu katastrophale Fehlspekulationen« (Michael Salewski). Als der Untergang schon besiegelt war, erklärte der Chef des Stabes des Hochseekommandos, die Flotte solle, auch wenn dies militärisch keine Veränderungen mehr bewirken könne, zu einem letzten ehrenvollen Gefecht antreten – aus moralischen Gründen sei ein solcher Untergang einem schmachvollen Frieden vorzuziehen.

Angesichts solcher gespenstischen Formeln und vor dem Hintergrund der politischen Umgestaltung Deutschlands 1918 wirkt es auf den ersten Blick überraschend, daß die Grundzüge der Tirpitzschen Marinerüstungs-Vorstellungen ungebrochen durch die »Systemzeit« der Weimarer Republik konserviert werden konnten, um dann, in einen neuen Rahmen gestellt, im Dritten Reich erneut und dynamischer denn je zur Verwirklichung anzustehen. Die Kontinuität von Sozialstruktur und Ideologien, von Partialinteressen und »Sachzwängen«, die vom Kaiserreich zum Nationalsozialismus erkennbar ist, spottet aller »Brüche« in der Geschichte jener Jahre. Und doch schloß sie Entwicklungen keineswegs aus: Der Nationalsozialismus fungierte, wie Karl Dietrich Bracher kürzlich noch einmal gegenüber Dahrendorf und anderen feststellte, *zugleich* als Konservierungs- und als Modernisierungsdiktatur.

Jost Dülffer versucht mit seiner auf Unmengen von großenteils bislang unerschlossenem Material beruhenden Arbeit, einen Beitrag zur Aufhellung der unter den Fachhistorikern und Sozialwissenschaftlern nach wie vor umstrittenen Kontinuitäts-These deutscher Politik, zumal Außenpolitik, und ihren Grenzen zu liefern. Sein Ziel ist, gestützt auf die Arbeiten von Hillgruber, Hildebrand und Mason, die Bedeutung des Neuaufbaus der Marine für die Innenpolitik der Weimarer Republik zu zeigen und im Anschluß daran die Kongruenz der Vorstellungen Hitlers und der Marine (deren Führung recht homogen war), aber auch deren Diskrepanzen sichtbar zu machen. Er verläßt dabei häufig den Bereich reiner Diplomatie- oder Institutionengeschichte und konzentriert sich auf die Mechanismen der Verflechtung von Innen- und Außenpolitik. Die zwar kurz geratenen, aber höchst instruktiven Seitenblicke auf die Sozialgeschichte des Dritten Reiches dokumentieren zusätzlich, daß der Autor ohne die Scheuklappen der herkömmlichen Marine-Historiographie auskommt, die er im übrigen in zahlreichen seiner Fußnoten und Anmerkungen ob ihrer oft apologetischen Perspektiven kräftig beutelt.

Das Buch gliedert sich in vier Hauptkapitel. Zunächst wird die Zeit von 1918 bis 1928, von Tirpitz bis zum Amtsantritt Raeders, in den Blick genommen. Nach einer knappen Skizze der Wilhelminischen Anläufe zu einer Weltmachtflotte geht Dülffer auf die Haltung der nach 1918 drastisch verringerten Marine im Kapp-Putsch und auf die seinerzeit berühmte »Lohmann-Affäre« ein, schildert die Entwicklung der Reichsmarine unter den Admirälen Behncke und Zenker und wendet sich dann ausführlicher den teils geheimen Schiffbauplänen und der Panzerschiff-Diskussion 1927 zu.

Im zweiten Hauptkapitel, »Marinerüstung als Faktor der Innenpolitik und Loslösungsversuche vom Versailler Vertrag 1928–1932« überschrieben, beschreibt Dülffer das politische Profil des dann bis 1943 die Entwicklung der Marine als ihr oberster Repräsentant militärisch prägenden Admirals Raeder, ferner die innenpolitischen Aspekte der Schiffbauprogramme am Ende der Weimarer Republik. Er beschäftigt sich jedoch auch recht ausführlich mit der Entwicklung der internationalen Beziehungen jener Jahre unter dem Gesichtspunkt deutscher maritimer Interessen. Die Seeabrüstungsverhandlungen nach 1918 und insbesondere die Seemächteverhandlungen 1930 und die Genfer Abrüstungskonferenz 1931 werden untersucht, wobei neben anderem auch eine Reihe skeptisch stimmender Einsichten über den Nutzen solcher Rüstungskontroll-Verhandlungen überhaupt vermittelt werden.

Am Schluß dieser ersten beiden Hauptkapitel steht ein »Zwischenergebnis«. Nach dem Zusammenbruch 1918 wurde eine der Zahl, der Spitzenorganisation und der dem bürokratischen Aufbau nach »neue Marine« aufgebaut, wobei allerdings die personelle Kontinuität Kaiserreich-Republik im Offizierkorps solche Umgestaltung weitgehend leerlaufen ließ. Dülffer schreibt dazu: »Die innere Konsolidierung der Marine zwischen den beiden Extremen Freikorps und Soldatenräten gelang weitgehend. Man distanzierte sich scharf von den Räten und knüpfte personell an die Freikorps an« (S. 200). Innenpolitische Erfolge konnte die Marine in der Weimarer Republik selten verbuchen. Nur: darum ging es angesichts der innen- und außenpolitischen Situation auch gar nicht. Denn sie zählte sich, deutlicher noch als die Reichswehr, zur »System-Opposition«. 1920 verstand es sich für die Marineleitung in Berlin von selbst, die Putschisten Kapp und Lüttwitz zu unterstützen. Die Erziehung der Marine in der Weimarer Republik war geprägt von einer zwischen deutschnationalen und genuin-nationalsozialistischen Vorstellungen pendelnden Geisteshaltung. »Aus diesem Grunde hatten wir uns nicht zu ändern, sondern konnten von vornherein aufrichtigen Herzens Anhänger des Führers werden«, sagte Raeder 1943 bei seinem Abschied als Oberbefehlshaber der Marine.

Diese herzliche Aufrichtigkeit und ihre Wurzeln unterhalb aller subjektiven Empfindungen einzelner oder auch aller Marine-Angehöriger werden in dem dritten Hauptkapitel untersucht, in dem der Leser nach einer Analyse von Hitlers außenpolitischem »Programm« bis 1933 sowie längeren Ausführungen über das Verhältnis von (taktischer) Abrüstungspolitik und vehement vorangetriebenen Aufrüstungsplänen in den Jahren 1932 bis 1934 eine brillant geschriebene diplomatiegeschichtliche Studie über den »Weg zum Flottenabkommen« 1935 mit England findet. Entscheidend bei diesem Abkommen war, daß es für die nächste Zukunft eine die Kapazitäten voll auslastende Marine-Aufrüstung erlaubte. Diesem Vorteil gegenüber wog alles andere leichter. Hitler und die Marineleitung gingen zu diesem Zeitpunkt auch völlig konform in der Einschätzung der innenpolitischen Bedeutung von Flottenpropaganda: Ihre Lautstärke sollte gedämpft werden. »Mund halten und Schiffe bauen« war das Motto, das man für klüger hielt.

Im vierten Kapitel beschreibt Dülffer den Versuch zum Aufbau einer Weltmachtflotte zwischen 1935 und 1939. In diesem Kapitel wird an angemessener Stelle deutlich, daß die ideologische Kongruenz Hitler-Marineleitung doch nicht vollkommen war. Die Hektik der von Hitler forcierten, von den Marine-Fachleuten sozusagen mit gemischten Gefühlen verwirklichten Aufrüstung gab zu Bedenken Anlaß. Raeder betrachtete sich jedoch in erster

Linie als »ausführendes Organ« des Führers und setzte sich ihm gegenüber niemals durch. Die Rivalitäten der Wehrmachtteile untereinander und zumal mit Göring, die Kämpfe um höhere Stahlkontingente und die Probleme mit dem Arbeitskräftemangel seit 1938 ließen in der Marine ein vopolitisch-borniertes Organisations-Bewußtsein entstehen, in dem die Weltgeltungs- und Hegemoniespekulationen Hitlers einen weitaus gewichtigeren Stellenwert besaßen als realistische Kalküls über die rüstungspolitischen und strategischen Möglichkeiten einer deutschen Marine.

Am Schluß seines Buches stellt Dülffer fest, der Nationalsozialismus als »diffuse Mischideologie« mit seinen Hauptkomponenten Antibolschewismus, Antisemitismus, Lebensraumexpansion, soziale Versprechungen und Führerkult habe sich als die bis dahin stärkste Integrationsklammer zur Erhaltung der Sozialstruktur erwiesen. Indes merkt er zugleich auch an, daß nicht unerhebliche Binnen-Konflikte des Nationalsozialismus von ihm selbst auch produziert worden seien. Gerade die mit irrationalem Nachdruck geförderte Marinerrüstung habe zu Spannungen in der Arbeiterschaft der Küstenorte erheblich beigetragen. Hinzuzufügen ist ferner, daß die Flottenrüstung sich als arge Belastung für die Wirtschaftspläne erwies. Obwohl Dülffer verschiedentlich darauf hinweist, daß Einzelentscheidungen im Rüstungsprozeß wirtschaftliche Gesichtspunkte einseitig zugunsten strategischer Überlegungen favorisierten (z. B. S. 389), widerspricht die Modalität der Aufrüstung insgesamt durchaus auch der Rationalität kapitalistischer Unternehmungen.

In diesem Zusammenhang ist auch die Frage von Interesse, wie sich das Verhältnis von politischer Führung (Hitler) zu militärischer Führung (Raeder) entwickelt hat. Als Teilstreitkraft ständig in Ressortauseinandersetzungen verwickelt und deshalb mit einem kräftigen Schuß Ressortegoismus versehen, verquickte die offizielle Marine-Ideologie Eigeninteresse und Gesamtinteresse auf das engste. Für ihre Offiziere, auch für Raeder, stand außer Frage, daß die politische Geltung eines Landes in erster Linie von seinem Rang als Seemacht abhängt. Diese Identifikation mag es der Marineleitung unmöglich gemacht haben, eine Politik als verhängnisvoll zu durchschauen, in deren Programm der Flottenbau eine hohe Priorität genoß. Raeder selbst wird von Dülffer eine »unpolitische Haltung« zugeschrieben, wobei er das Adjektiv in Anführungsstriche setzt (S. 542). Damit kann also nur gemeint sein eine moralische Indifferenz gegenüber den Mitteln der eingeschlagenen Politik und eine Identifizierung mit ihren Zielen. Technokratische Bedenken (etwa bezüglich des Tempos der Rüstung) wurden zusätzlich hintangestellt, so daß diese Art von »unpolitischer Haltung« im höchsten Grade fragwürdig wird.

Dülffers Arbeit, hervorgegangen aus einer Dissertation, kann durchaus mit Recht beanspruchen, als eine Art Fortsetzung von Berghahns »Tirpitz-Plan« angesehen zu werden. Sie vermag nicht nur den Historiker mit einer Fülle neuer Erkenntnisse über bestimmte Ereignisse in der Geschichte der deutschen Marine zu versorgen, sondern wird auch dem Sozialwissenschaftler, der sich mit militär-soziologischen oder auch die Entwicklung ganzer Gesellschaften thematisierenden Fragestellungen beschäftigt, viel zu bieten haben. Sie verdient großes Lob.

Wilfried von Bredow

Wirtschaft und Rüstung am Vorabend des Zweiten Weltkrieges. Für das Militärgeschichtliche Forschungsamt hrsg. von Friedrich Forstmeier und Hans-Erich Volkmann, Droste Verlag, Düsseldorf 1975, 415 S., kart., 30 DM.

Rüstungsgeschichte ist, sofern sie als wissenschaftliche Spezialdisziplin betrieben wurde, von den aufgeschlosseneren Militärhistorikern als rüstungspolitisches und rüstungstechnisches, nicht oder nur in geringem Maße aber als rüstungsökonomisches Thema verstanden worden. Die Militärs selbst hielten sich bis in die Gegenwart in ihrer Mehrzahl völlig abseits und pflegten ihre rüstungswirtschaftlichen Forderungen mit organisatorischen und strategischen Sachzwängen zu legitimieren. Eine Tagung des Militärgeschichtlichen For-

Linie als »ausführendes Organ« des Führers und setzte sich ihm gegenüber niemals durch. Die Rivalitäten der Wehrmachtteile untereinander und zumal mit Göring, die Kämpfe um höhere Stahlkontingente und die Probleme mit dem Arbeitskräftemangel seit 1938 ließen in der Marine ein vopolitisch-borniertes Organisations-Bewußtsein entstehen, in dem die Weltgeltungs- und Hegemoniespekulationen Hitlers einen weitaus gewichtigeren Stellenwert besaßen als realistische Kalküls über die rüstungspolitischen und strategischen Möglichkeiten einer deutschen Marine.

Am Schluß seines Buches stellt Dülffer fest, der Nationalsozialismus als »diffuse Mischideologie« mit seinen Hauptkomponenten Antibolschewismus, Antisemitismus, Lebensraumexpansion, soziale Versprechungen und Führerkult habe sich als die bis dahin stärkste Integrationsklammer zur Erhaltung der Sozialstruktur erwiesen. Indes merkt er zugleich auch an, daß nicht unerhebliche Binnen-Konflikte des Nationalsozialismus von ihm selbst auch produziert worden seien. Gerade die mit irrationalem Nachdruck geförderte Marinerrüstung habe zu Spannungen in der Arbeiterschaft der Küstenorte erheblich beigetragen. Hinzuzufügen ist ferner, daß die Flottenrüstung sich als arge Belastung für die Wirtschaftspläne erwies. Obwohl Dülffer verschiedentlich darauf hinweist, daß Einzelentscheidungen im Rüstungsprozeß wirtschaftliche Gesichtspunkte einseitig zugunsten strategischer Überlegungen favorisierten (z. B. S. 389), widerspricht die Modalität der Aufrüstung insgesamt durchaus auch der Rationalität kapitalistischer Unternehmungen.

In diesem Zusammenhang ist auch die Frage von Interesse, wie sich das Verhältnis von politischer Führung (Hitler) zu militärischer Führung (Raeder) entwickelt hat. Als Teilstreitkraft ständig in Ressortauseinandersetzungen verwickelt und deshalb mit einem kräftigen Schuß Ressortegoismus versehen, verquickte die offizielle Marine-Ideologie Eigeninteresse und Gesamtinteresse auf das engste. Für ihre Offiziere, auch für Raeder, stand außer Frage, daß die politische Geltung eines Landes in erster Linie von seinem Rang als Seemacht abhängt. Diese Identifikation mag es der Marineleitung unmöglich gemacht haben, eine Politik als verhängnisvoll zu durchschauen, in deren Programm der Flottenbau eine hohe Priorität genoß. Raeder selbst wird von Dülffer eine »unpolitische Haltung« zugeschrieben, wobei er das Adjektiv in Anführungsstriche setzt (S. 542). Damit kann also nur gemeint sein eine moralische Indifferenz gegenüber den Mitteln der eingeschlagenen Politik und eine Identifizierung mit ihren Zielen. Technokratische Bedenken (etwa bezüglich des Tempos der Rüstung) wurden zusätzlich hintangestellt, so daß diese Art von »unpolitischer Haltung« im höchsten Grade fragwürdig wird.

Dülffers Arbeit, hervorgegangen aus einer Dissertation, kann durchaus mit Recht beanspruchen, als eine Art Fortsetzung von Berghahns »Tirpitz-Plan« angesehen zu werden. Sie vermag nicht nur den Historiker mit einer Fülle neuer Erkenntnisse über bestimmte Ereignisse in der Geschichte der deutschen Marine zu versorgen, sondern wird auch dem Sozialwissenschaftler, der sich mit militär-soziologischen oder auch die Entwicklung ganzer Gesellschaften thematisierenden Fragestellungen beschäftigt, viel zu bieten haben. Sie verdient großes Lob.

Wilfried von Bredow

Wirtschaft und Rüstung am Vorabend des Zweiten Weltkrieges. Für das Militärgeschichtliche Forschungsamt hrsg. von Friedrich Forstmeier und Hans-Erich Volkmann, Droste Verlag, Düsseldorf 1975, 415 S., kart., 30 DM.

Rüstungsgeschichte ist, sofern sie als wissenschaftliche Spezialdisziplin betrieben wurde, von den aufgeschlosseneren Militärhistorikern als rüstungspolitisches und rüstungstechnisches, nicht oder nur in geringem Maße aber als rüstungsökonomisches Thema verstanden worden. Die Militärs selbst hielten sich bis in die Gegenwart in ihrer Mehrzahl völlig abseits und pflegten ihre rüstungswirtschaftlichen Forderungen mit organisatorischen und strategischen Sachzwängen zu legitimieren. Eine Tagung des Militärgeschichtlichen For-

schungsamtes sollte diesem Notstand abhelfen und zugleich in- und ausländischen Wissenschaftlern aus verschiedenen Disziplinen die Gelegenheit geben, die Verzahnung von Wirtschaft und Rüstung in einer Reihe von Ländern zu untersuchen.

Für die Militär- und Rüstungsgeschichte ist der vorliegende Tagungsband ein neuer Anstoß, wie dies *E. Hennig* in seinen ›Anmerkungen zum Stand der Faschismuskussion‹ darlegt. Für die Sozial- und Wirtschaftsgeschichte war die Tagung eine Gelegenheit, ihre Thesen an dem besonderen und gleichzeitig zentralen Objekt der Rüstung erneut zu prüfen, bestehende Kontroversen auszutragen und voranzutreiben. *W. Fischer* hat dies etwa in einem knapp vierseitigen Korreferat (›Probleme von Außenhandel und Aufrüstung‹) getan, als er nach möglichen Alternativen der Aufrüstungspolitik und nach »den Gründen für ihr Nichtzustandekommen« fragte (S. 133).

Thematisch wird das Problem der Interdependenz von Rüstung und Wirtschaft von verschiedenen Seiten angegangen. *W. Boelke* untersucht im wesentlichen auf der Basis von bekannten (aber immer noch unsicheren) Datengrundlagen Probleme der Finanzierung von Militärausgaben im internationalen Vergleich. *K.-H. Ludwig* analysiert die ›Strukturmerkmale nationalsozialistischer Aufrüstung bis 1935‹. *D. Petzina* referiert über den Vierjahresplan und die Rüstungspolitik. *W. Treue* schließlich wendet sich am Beispiel der RWE dem Spezialgebiet der Elektrizitätswirtschaft im Rahmen der Rüstungsindustrie zu. Diese mehr oder minder weit gefaßten Einzelthemen machen sehr deutlich, daß auch in scheinbar bekannten Gebieten (etwa Vierjahresplan oder Rüstungsfinanzierung) nach wie vor wichtige empirische Unterlagen fehlen und daß zudem ganz offensichtlich die Frageraster und die Untersuchungskategorien unter dem Gesichtspunkt der übergreifenden Analyse des Faschismus an der Macht neu überdacht werden müssen.

Diesen Versuch unternahmen *A. Milward* und *T. Mason* auf je eigene Weise. Während *Milward* auf sehr allgemeiner, ›Clausewitzscher‹ Ebene Ansätze zu einer Theorie der Rüstungs- und Kriegswirtschaft entwickelte, stellte *Mason* erneut seine spektakuläre These von dem kausalen Zusammenhang der Krise des nationalsozialistischen Wirtschafts- und Sozialsystems, der Aufrüstung und den Angriffskriegen 1938/39 vor. Auf die inhaltlichen Einzelheiten dieser These braucht hier nicht näher eingegangen zu werden, da sie inzwischen in *Masons* Dokumentation (Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft) sehr viel genauer und sehr viel differenzierter ausgearbeitet wurden. Ihr zentraler Kern ist die durch viele aussagekräftige Dokumente bestätigte Auffassung, daß die wirtschaftliche und soziale Doppelkrise auf Grund der beschleunigten Aufrüstung in dem inflexiblen NS-Herrschaftssystem den Anstoß für die ›krisenbehebenden‹ (durch die erwartete Ausplünderung, aber auch durch die neu gewonnene Möglichkeit zu ›symbolischer‹ Politik) Angriffskriege gegeben hat.

Unbehagen bereitet an dieser These weniger ein fehlendes Dokument, das dies alles bestätigen würde, sondern die geradezu unheimliche Geschlossenheit des Systems, von dem man nicht weiß, ob es ein Ideal- oder ein Realkonstrukt ist. *Mason* hält es lediglich dahingehend offen, daß er strikte Kausalitäten aus geschichtstheoretischen Gründen ablehnt und statt dessen von eingeschränkten Möglichkeiten spricht. Im Grunde liegt die Ursache für solche etwas vage Stellen in dem nur faktisch gewonnenen Bild der Krise, über die selbst es auf Grund der Recherchen keine Zweifel mehr geben kann. Symptome wurden von *Mason* eindrucksvoll zusammengesetzt, aber die ›Krankheit‹ – wenn man die Metapher verwenden will – nur ansatzweise diagnostiziert.

Eine Einsicht im Rahmen des komplizierten Gesamtkomplexes der ›inneren Krise‹ verdient besondere Beachtung. Das Ende der Arbeitslosigkeit, die erhöhte Konsumtion (eine Ursache der ökonomischen Überhitzung), führte *nicht* zur sozialen Befriedigung oder gar Zufriedenheit, sondern ging nahtlos über in ein Ansteigen der sozialen Unruhe, die sich sowohl subpolitisch (Bummelei) als auch als Herrschaftskrise (Stichwort: NS-Funktionäre) und auch als politische Zielkrise (Ablehnung von Krieg und rassistischem Imperialismus)

ausdrückte. Gerade diese vielschichtigen und auf den ersten Blick widersprüchlichen Zusammenhänge bedürften noch einer eindringlicheren Interpretation.

Ein weiterer eindrucksvoller Aspekt dieses Bandes ist, daß knapp die Hälfte des zur Verfügung stehenden Raumes für die internationale Rüstungsgeschichte verwandt wird. Allerdings erreichen nicht alle Länderstudien – hauptsächlich aufgrund der etwas weitgefaßten Themenstellung – das Reflexionsniveau der Beiträge über das Dritte Reich. *A. Raspin* untersucht in großen Zügen den Verlauf der italienischen Aufrüstung. *B. Martin* bietet einen Überblick über die japanische Aufrüstung und das Problem des wirtschaftlichen und militärischen Imperialismus der japanischen Herrschaftseliten zwischen 1931 und 1941, während für Großbritannien *N. Gibbs* und *R. A. C. Parker* den außenpolitischen Einflüssen Deutschlands auf die britische Aufrüstung nachgehen. *W. Hummelberger* schließlich untersucht die tschechoslowakische Rüstungsindustrie vor allem unter militärtechnischen Gesichtspunkten.

Die wohl interessanteste und aufschlußreichste Kontroverse entwickelte sich am Beispiel Polens zwischen *M. Hauner* und *G. W. Strobel*. Es geht dabei vor allem um zwei Probleme: Welchen Anteil hatten dirigistische und staatsinterventionistische Eingriffe in der polnischen Wirtschaft der Zwischenkriegszeit im allgemeinen, und welche quantitative und qualitative Bedeutung kam den militärindustriellen bzw. den zivilen (oder nicht-militärischen) Investitionen insbesondere beim Aufbau des Zentral-Industrie-Bezirk (C. O. P., seit 1936) zu. Die Diskussion entspricht – mit dem einen wichtigen Unterschied der industriellen Entwicklungspolitik – der Auseinandersetzung um die Arbeitsbeschaffungspolitik in Deutschland. Hauner hebt in beiden Fragen das militärische Interesse und das militärische Durchsetzungsvermögen auf Grund der Herrschaftsverhältnisse hervor und sieht den polnischen Vierjahresplan (1936–1940) und das Projekt eines zentralen Industriebezirk als Resultat der Bemühungen um die Modernisierung der Streitkräfte und des Aufbaus einer nationalen militärischen Infrastruktur. Dagegen betont Strobel den relativ geringen Einfluß des Militärs und hebt vor allem auf entwicklungspolitische, sozialpazifizierende, unifizierende (Minderheiten) und konjunkturpolitische Elemente der Planung ab. Wie immer die Kontroverse ausgeht: Polen könnte nicht nur ein hervorragendes Vergleichsobjekt für die deutschen Verhältnisse abgeben, sondern sich auch als Beispiel für Industrialisierung unter militärischem Druck und militärischer Sicherung eignen. Dieser Typ der Industrialisierung wurde nicht nur wieder nach der Befreiung Polens aufgegriffen (allerdings dann stark modifiziert), sondern verschiedene Charakteristika lassen sich gerade in Ländern der Dritten Welt bei Industrialisierungsbestrebungen beobachten.

Ein weiteres wichtiges Thema wird zwar angesprochen, spielt aber insgesamt nur eine untergeordnete Rolle in diesem Band und darüber hinaus wohl generell in der Analyse der Rüstungspolitik des Dritten Reiches: Die Frage nach der »Funktion und Gewichtung ökonomischer (insbesondere auch rüstungswirtschaftlicher) und finanzieller Faktoren in den zwischenstaatlichen Beziehungen« (S. 296) wird in dem sehr materialreichen Beitrag von *H.-E. Volkmann*, dessen Kern eine Analyse des Rüstungsexportes ist, ganz der Leitfrage nach der Funktion des Rüstungsexportes in der »inneren Krise« untergeordnet. Ebenso bleibt *B.-J. Wendts* Zusammenfassung seiner These über die deutsch-britische Konkurrenz auf dem südosteuropäischen Markt in dem inzwischen geläufigen, wenn auch längst noch nicht allgemein anerkannten Zusammenhang von Innen- und Außenwirtschaftspolitik. Allein *A. Teichova* versteht es, diese Ebene um die internationale, private Machtagglomeration der Kartelle und Konzerne zu erweitern. Am Beispiel zweier zentraler Rüstungsbranchen, der Eisen- und Stahlindustrie und der chemischen Industrie, verwirft sie die These von einem ökonomischen München und verweist auf das Beharrungsvermögen privater Machtstrukturen in Südosteuropa, die erst durch offene Gewalt umgewälzt wurden.

Hier läge am ehesten der Ansatzpunkt für den Problembereich der Kriegszieldiskussion, der seltsamerweise in keinem der Beiträge angeschnitten wurde. Dies wirft noch einmal ein

Licht auf die eigentümliche Wendung, die die Faschismuskussion neuerdings – und gerade in diesem Band dokumentiert – genommen hat: Das Ergebnis von 6 Jahren Aufrüstung war eine tiefliegende, aber in sich sehr widersprüchliche Krise sozialpolitischer und wirtschaftlicher Art, so daß die Angriffskriege eine Art negative Krisenvermeidungsstrategie waren. Kriegsziele wurden dagegen von der relativ autonomen politischen Macht (die diese Autonomie erst in der Krise gewonnen hatte) als ›Krisenbekämpfung‹ (was den Zeitpunkt 1938/39 angeht) und als ideologisches Ziel (rassistisch-imperialistische Raumbherrschaft) formuliert und durchgesetzt. Dies ist sicherlich etwas überspitzt, doch verweist dieser Gedankengang auf eine stille Revision der seit 1945 zu diesem Thema vorgetragenen Behauptungen – und sei es nur aufgrund eines gewandelten Interesses. Diese Entwicklung kann nicht unkritisiert bleiben, da sie in die Nähe der (bisher apologetisch gebrauchten) Auffassung zu geraten droht, daß die konservativen Führungseliten allenfalls für die Aufrüstung, nicht aber für den Einsatz des militärischen Instruments (mit)verantwortlich seien.

Das Militärgeschichtliche Forschungsamt – eine militärische Behörde – hat mit der Herausgabe dieses Tagungsbandes, der ein ungewöhnlich breites Spektrum an Themen und Forschungsthesen enthält, einen wichtigen Beitrag zu der immer noch am Anfang stehenden Erforschung von Rüstung, Industrie und Politik in der Zwischenkriegszeit und zur Zeit des Nationalsozialismus geleistet. Es bleibt zu hoffen, daß die Bemühungen um dieses Thema von dieser Seite weitergeführt und daß die wiederholt zu beobachtenden Schwierigkeiten der Verständigung einzelner sozialwissenschaftlicher Branchen zügig abgebaut werden.

Michael Geyer

Widerstand und Verfolgung in Wien 1934 – 1945. Eine Dokumentation, hrsg. vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Bd. 1: 1934 – 1938, Bd. 2 und 3: 1938 – 1945, Österreichischer Bundesverlag / Jugend und Volk Verlagsgesellschaft, Wien 1975, 612, 504 und 572 S., Ln., 91 DM.

Die gemeinsame Verfolgung und der Widerstand von Angehörigen jener beiden großen politisch-sozialen Gruppen, »marxistische« Arbeiterbewegung und katholisch-konservatives Bürgertum, die in der Ersten Republik in Bürgerkriegssituationen einander gegenüberstanden hatten, gelten mit Recht als die eigentliche Geburtsstunde der österreichischen Zweiten Republik und ihres seither erstaunlich stabilen politischen Systems. Gemeinsame Gegnerschaft gegen ein verhaßtes Diktaturregime und gegen eine zunehmend drückender empfundene fremde Besatzung von 1938 bis 1945, aber auch die Einsicht in die vorangehende Fehlerhaftigkeit und Verwerflichkeit der halbfaschistischen Diktatur Dollfuß' und Schuschniggs beschleunigten im antinationalsozialistischen Widerstand den Prozeß nationaler Selbstfindung und demokratischer Konsensbildung in Österreich, der im 19. Jahrhundert und vor allem nach 1918 schwer erschüttert, wenn nicht überhaupt blockiert worden war. Aus diesen Gründen ist die Erforschung des antifaschistischen Widerstandes und der Verfolgung im Österreich des »christlichen Ständestaates« und des »Dritten Reiches« von doppelter staatspolitischer Bedeutung. Wenn auch das allgemeine politische Bewußtsein und der historische Schulunterricht in dieser zweifachen Hinsicht noch vieles zu wünschen übrig lassen, so gebührt ein Hauptverdienst an dem Erreichten dem Wiener »Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes« (DÖW), in dem sich 1963 Widerstandskämpfer verschiedener weltanschaulicher Überzeugungen, vor allem Angehörige der SPÖ, KPÖ und ÖVP, zu Zwecken politischer Pädagogik und wissenschaftlicher Forschung zusammengefunden haben. Sind daraus schon bisher eine Reihe zum Teil sehr beachtenswerter wissenschaftlicher Untersuchungen hervorgegangen, so hat nun das DÖW ein Projekt in Angriff genommen, das den Widerstand in allen österreichischen Bundesländern auf breiter Basis dokumentieren soll. Wien, das »am Widerstand verhältnismäßig großen

Licht auf die eigentümliche Wendung, die die Faschismuskussion neuerdings – und gerade in diesem Band dokumentiert – genommen hat: Das Ergebnis von 6 Jahren Aufrüstung war eine tiefliegende, aber in sich sehr widersprüchliche Krise sozialpolitischer und wirtschaftlicher Art, so daß die Angriffskriege eine Art negative Krisenvermeidungsstrategie waren. Kriegsziele wurden dagegen von der relativ autonomen politischen Macht (die diese Autonomie erst in der Krise gewonnen hatte) als ›Krisenbekämpfung‹ (was den Zeitpunkt 1938/39 angeht) und als ideologisches Ziel (rassistisch-imperialistische Raumbherrschaft) formuliert und durchgesetzt. Dies ist sicherlich etwas überspitzt, doch verweist dieser Gedankengang auf eine stille Revision der seit 1945 zu diesem Thema vorgetragenen Behauptungen – und sei es nur aufgrund eines gewandelten Interesses. Diese Entwicklung kann nicht unkritisiert bleiben, da sie in die Nähe der (bisher apologetisch gebrauchten) Auffassung zu geraten droht, daß die konservativen Führungseliten allenfalls für die Aufrüstung, nicht aber für den Einsatz des militärischen Instruments (mit)verantwortlich seien.

Das Militärgeschichtliche Forschungsamt – eine militärische Behörde – hat mit der Herausgabe dieses Tagungsbandes, der ein ungewöhnlich breites Spektrum an Themen und Forschungsthesen enthält, einen wichtigen Beitrag zu der immer noch am Anfang stehenden Erforschung von Rüstung, Industrie und Politik in der Zwischenkriegszeit und zur Zeit des Nationalsozialismus geleistet. Es bleibt zu hoffen, daß die Bemühungen um dieses Thema von dieser Seite weitergeführt und daß die wiederholt zu beobachtenden Schwierigkeiten der Verständigung einzelner sozialwissenschaftlicher Branchen zügig abgebaut werden.

Michael Geyer

Widerstand und Verfolgung in Wien 1934 – 1945. Eine Dokumentation, hrsg. vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Bd. 1: 1934 – 1938, Bd. 2 und 3: 1938 – 1945, Österreichischer Bundesverlag / Jugend und Volk Verlagsgesellschaft, Wien 1975, 612, 504 und 572 S., Ln., 91 DM.

Die gemeinsame Verfolgung und der Widerstand von Angehörigen jener beiden großen politisch-sozialen Gruppen, »marxistische« Arbeiterbewegung und katholisch-konservatives Bürgertum, die in der Ersten Republik in Bürgerkriegssituationen einander gegenüberstanden hatten, gelten mit Recht als die eigentliche Geburtsstunde der österreichischen Zweiten Republik und ihres seither erstaunlich stabilen politischen Systems. Gemeinsame Gegnerschaft gegen ein verhaßtes Diktaturregime und gegen eine zunehmend drückender empfundene fremde Besatzung von 1938 bis 1945, aber auch die Einsicht in die vorangehende Fehlerhaftigkeit und Verwerflichkeit der halbfaschistischen Diktatur Dollfuß' und Schuschniggs beschleunigten im antinationalsozialistischen Widerstand den Prozeß nationaler Selbstfindung und demokratischer Konsensbildung in Österreich, der im 19. Jahrhundert und vor allem nach 1918 schwer erschüttert, wenn nicht überhaupt blockiert worden war. Aus diesen Gründen ist die Erforschung des antifaschistischen Widerstandes und der Verfolgung im Österreich des »christlichen Ständestaates« und des »Dritten Reiches« von doppelter staatspolitischer Bedeutung. Wenn auch das allgemeine politische Bewußtsein und der historische Schulunterricht in dieser zweifachen Hinsicht noch vieles zu wünschen übrig lassen, so gebührt ein Hauptverdienst an dem Erreichten dem Wiener »Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes« (DÖW), in dem sich 1963 Widerstandskämpfer verschiedener weltanschaulicher Überzeugungen, vor allem Angehörige der SPÖ, KPÖ und ÖVP, zu Zwecken politischer Pädagogik und wissenschaftlicher Forschung zusammengefunden haben. Sind daraus schon bisher eine Reihe zum Teil sehr beachtenswerter wissenschaftlicher Untersuchungen hervorgegangen, so hat nun das DÖW ein Projekt in Angriff genommen, das den Widerstand in allen österreichischen Bundesländern auf breiter Basis dokumentieren soll. Wien, das »am Widerstand verhältnismäßig großen

Anteil hatte«, macht mit dem vorliegenden Werk den Anfang. Unter Mitarbeit zahlreicher wissenschaftlicher Fachleute hat Dr. Wolfgang Neugebauer die Auswahl, Bearbeitung und Zusammenstellung der mehr als 2300 veröffentlichten Dokumente übernommen. Die zum großen Teil erstmals veröffentlichten Dokumente stammen überwiegend aus dem DÖW (und aus anderen österreichischen Archiven).

Der erste, dem Widerstand gegen das Dollfuß-Schuschnigg-Regime seit 13. Februar 1934 gewidmete Band ist in Abschnitte über die Sozialisten, die Kommunisten, die Freien Gewerkschaften, den Schutzbund und trotzkistische und anarchistische »Splittergruppen der illegalen Arbeiterbewegung« gegliedert. Ein kurzer Abschnitt behandelt auch die Opposition innerhalb des christlichsozial-konservativen Lagers. Die dazu ausgewählten Dokumente belegen nicht nur umfassend die Untergrundarbeit der trotz des Diktaturregimes und der Niederlage des Februaraufstandes 1934 fast ungebrochenen österreichischen Arbeiterbewegung, sondern sie liefern auch wertvolle Aufschlüsse über ihre organisatorische Struktur, ihre Taktik und ihre Ideologie. Aber auch die gesellschaftliche Wirklichkeit des Diktaturregimes selbst, die bisher noch kaum erforscht ist, wird durch manche Dokumente erhellt. Kurze, aber informative Einleitungen, die die Geschichte der jeweiligen Widerstandsgruppen darstellen und die in Anbetracht des Gesamtumfanges der Dokumentation auch etwas ausführlicher sein könnten, vermitteln dem Benützer des Bandes die notwendigsten Grundkenntnisse. Ein Bildteil und ein ausführliches Namenregister sind dem Band angeschlossen, dazwischen (!) befindet sich das Inhaltsverzeichnis.

In ähnlicher Weise sind die beiden anderen, dem »Dritten Reich« gewidmeten Bände aufgebaut. Fast der gesamte Umfang des 2. Bandes befaßt sich mit dem Widerstand der Arbeiterbewegung, untergliedert nach Sozialisten, Kommunisten, sonstigen Gruppen und »Widerstand in den Betrieben«, in dem meist unter kommunistischer Führung stehende, ehemals sozialdemokratische Arbeiter eine Art Einheitsfront an der »Basis« praktizierten. Die Beschaffenheit dieser Widerstandstätigkeit bedingt es, daß in diesen Bänden weniger »spektakuläre« Aktionen, geheime Konferenzen, Proklamationen, ideologische Auseinandersetzungen etc. im Vordergrund stehen wie im 1. Band. Das bewundernswerte Ausmaß an Opfermut der Akteure kontrastiert hier mit einer oft bedrückenden Monotonie der Dokumente ihrer konspirativen Tätigkeit (Herstellung und Verbreitung von Flugschriften, geheime Zusammenkünfte, Spendensammlungen, Arbeitssabotage etc.) und ihrer brutalsten Verfolgung¹.

Gerade hier, bei einem der tragischsten Kapitel der Geschichte des Faschismus, zeigen sich auch die Grenzen einer Darstellungsart, die unausgesprochen von der Absicht getragen erscheint, die Quellen für sich sprechen zu lassen². Auf diese Weise bliebe zum Beispiel unklar, in welchem Verhältnis umfangmäßig die sozialistische und kommunistische Widerstandstätigkeit standen, würde nicht in der einleitenden Darstellung Wolfgang Neugebauers zum Widerstand der Kommunisten angeführt, daß sich mehr als 80 % der Verfahren der Besonderen Senate des Oberlandesgerichts Wien auf diese beziehen und 90 % der illegalen Druckwerke im DÖW kommunistischer Provenienz sind (S. 79)! Zur Klärung

1 So enthalten die Seiten 52 bis 54 eine Liste der Namen von 47 verhafteten »Revolutionären Sozialisten« mit Berufsangaben, Geburtsdatum und Wohnadressen, die, auch wenn sich darunter manche führende Persönlichkeit der Zweiten Republik befindet, von geringem Aussagewert ist. Dasselbe gilt auch von einer Liste von 46 zum Tod oder zu langen Freiheitsstrafen verurteilten kommunistischen Widerstandskämpfern (S. 315 f.). Dagegen wurde ein großer Teil gerade der erschütternden letzten Zeugnisse von Ermordeten des NS-Regimes in die Dokumentationsarchiv, herausgegebenen Büchern (Zum Tode verurteilt, Wien 1964 und: Gestorben für Österreich, Wien 1968) veröffentlicht wurden.

2 Vgl. dagegen eine kombinierende Methode, wie sie etwa von Karl R. Stadler, Österreich 1938 bis 1945 im Spiegel der NS-Akten, Wien 1966, mit Erfolg angewendet wurde.

des »Warum«³ bei diesem Sachverhalt kann eine bloße Dokumentation kaum etwas beitragen. Die letzten 25 Seiten des 2. Bandes befassen sich mit überparteilichen Widerstandsgruppen aus der letzten Phase der NS-Herrschaft, die unter Bezeichnungen wie »Freies Österreich«, »Österreichische Freiheitsfront« und »O 5« bekannt wurden, aber auch mit Fallschirmagenten, die von den Alliierten seit 1942 über Österreich abgesetzt wurden, und mit NSDAP-Absplitterungen.

Der 3. Band dokumentiert den konservativen Widerstand, vor allem Verfolgung und Opposition der Katholischen Kirche, den Widerstand von ehemaligen Angehörigen der christlichsozialen Partei, der Heimwehr und der »Vaterländischen Front« oder katholischer Organisationen und den Widerstand der Monarchisten. War dieser mindestens teilweise auch religiös motivierte Widerstand bisher schon in seinen Grundzügen bekannt⁴, so schließt die Dokumentation eine bisher in Österreich bestehende Lücke hinsichtlich des Widerstands der religiösen Minderheiten des Landes. Neben anderen religiösen Sekten haben vor allem die »Bibelforscher« mutigen Widerstand geleistet. Der Widerstand der österreichischen Protestanten, die eine wichtige Rolle im Deutschnationalismus und in der NSDAP spielten, erscheint dagegen als etwas überzeichnet. Die vielfältige und in Österreich mit einiger Resonanz seitens der Bevölkerung betriebene Judenverfolgung bildet schon vom Umfang her den Schwerpunkt dieses Bandes. Obwohl gerade hier manche wichtig erscheinenden Dokumente bezüglich der wirtschaftlichen Ausbeutung der Juden fehlen⁵ und die pogromartigen Vorgänge im März 1938 nur durch den Bericht eines englischen Journalisten dokumentiert sind⁶, illustrieren die ausgewählten Dokumente die schon vorhandene Literatur⁷ in recht eindrucksvoller Weise. Ebenso spart dieser Abschnitt den Aspekt des »Volksantisemitismus«, der vor allem in Wien recht verhängnisvoll war, nahezu vollständig aus, und fördert so ungewollt den Eindruck, die Judenverfolgung sei ausschließlich eine Sache der SS und der Gestapo gewesen. Die übrigen Abschnitte des 3. Bandes dokumentieren, meist ebenfalls erstmalig, den Widerstand und die Verfolgung ethnischer Minderheiten, von »Fremdarbeitern und Kriegsgefangenen«, den Widerstand im Heer (dieser Abschnitt stammt von Manfred Rauchensteiner) und Widerstandshandlungen politisch und religiös nicht organisierter Einzelner.

Wenn es auch bei der Gestaltung einer Dokumentation mehrere Möglichkeiten gibt, der hier beschrittene Weg, die ausgewählten Quellen nach politischen und sachlichen Gesichtspunkten anzuordnen, kann als zielführend gelten, auch wenn dadurch manches Mal Dokumente und sachliche Zusammenhänge auseinandergerissen werden. Auch gegen die vorgenommenen Kürzungen ist im allgemeinen nichts einzuwenden⁸.

3 Die häufig von den NS-Behörden vorgenommene Subsumierung der Sozialisten unter die Kommunisten und die prinzipiell konspirativ ausgerichtete Tätigkeit des sozialistischen Widerstands (im Gegensatz zu den Propaganda- und Partisanenaktionen der kommunistischen Widerstandskämpfer) reichen in ihrem Erklärungswert nicht aus (siehe dazu S. 8).

4 Siehe vor allem *Otto Molden*, *Der Ruf des Gewissens*, Wien 1958 und *Erika Weinzierl*, *Österreichs Katholiken und der Nationalsozialismus*, in: *Wort und Wahrheit*, Jg. 18, 1963.

5 Hierzu befinden sich in den Beständen des Bundesarchivs Koblenz, »Neue Reichskanzlei« und »Sammlung Schumacher«, und des Allgemeinen Verwaltungsarchivs Wien, Bestand »Bürckel-Akten«, interessante Dokumente, ganz abgesehen von dem ungeheuer umfangreichen Material der »Vermögensverkehrsstelle« über »Arisierungen«.

6 Diese Lücke hätte durch die Magistratsdirektionsakten des Archivs der Stadt Wien einigermaßen ausgefüllt werden können.

7 Siehe vor allem die Veröffentlichungen von *Jonny Moser* und *Herbert Rosenkranz* in den »Monographien zur Zeitgeschichte« des DÖW.

8 Nicht uninteressant wären die vollständigen Lebensläufe einiger ehemaliger und vom Dollfuß-Regime entlassener Schutzbündler in den Wiener Gaswerken gewesen, die im März 1938 von den Nationalsozialisten demonstrativ wieder eingestellt, 1943 aber wegen Vorbereitung zum Hochverrat verurteilt wurden.

Nur nebenbei sei vermerkt, daß aber bei den Quellenzitatzen eine wenig befriedigende Lösung gefunden wurde. Nicht nur, daß die Quellenangaben uneinheitlich sind (neben dem Nachweis des Standorts im DÖW wird manches Mal in der Titelüberschrift des Dokuments ein genauere Quellennachweis gegeben, manches Mal nicht)⁹. Überhaupt wäre in vielen Fällen in den Titeln der Dokumente deren jeweiliger Inhalt (eventuell auch in Form eines Kurzregests) klarer zu fassen gewesen. Aber auch die Verweise bei vielen Dokumenten auf die Standortnummern im DÖW sind nicht immer ausreichend, dürfte es sich dabei doch in vielen Fällen um Kopien aus anderen Archiven handeln. Nur im Fall der verfilmten Bestände der »National Archives« und der Justizbehörden wurden durchgehend zusätzliche Quellenverweise gemacht. Die später folgenden Bände des gesamten Werkes sollten hier vielleicht einen anderen Weg einschlagen.

Wenn im Kapitel über die Judenverfolgung wichtige Gesetze, Verordnungen, Erlasse nur selten nach den Gesetz-, Verordnungs- und Amtsblättern des »Reiches«, der Stadt Wien und des NSDAP-Gaues oder doch den einschlägigen Sammlungen, in vielen Fällen jedoch nur nach Veröffentlichungen in verschiedenen Presseorganen zitiert werden, kann der Eindruck eines eher zufälligen Zustandekommens der Auswahl nicht ganz vermieden werden.

Allgemein ist hervorzuheben, daß der der Dokumentation zugrunde gelegte Widerstandsbegriff sich als tragfähig erwiesen hat. Er wird, in Anlehnung an die exemplarische Untersuchung H.-J. Steinbergs über »Widerstand und Verfolgung in Essen 1933–1945«¹⁰ in der Einleitung zum 1. Band klar gefaßt. Die eingangs dargelegte Bedeutung der antinazistischen »Koalition« für die Erforschung des Widerstands in Österreich rechtfertigt diese Vorgangsweise. Dadurch, daß von vornherein keine politische Richtung ausgeschlossen wurde und das Forschungsinteresse in Österreich nie in jenem Ausmaß wie lange Zeit in der BRD auf den »großen«, meist militärischen oder konfessionellen Widerstand ausgerichtet war, bleiben auch sogenannte Bagatellfälle und alltägliche Äußerungen einer oppositionellen Haltung im Blickfeld. Und gerade darin liegt die besondere Relevanz der rezensierten Dokumentation für die Sozialgeschichte und die Geschichte der Arbeiterbewegung, auch wenn sich hinsichtlich der Abgrenzung des Untersuchungsobjekts Bedenken vorbringen lassen: Inwieweit erfassen Verfolgung und Widerstand das soziale Phänomen faschistischer und halbfaschistischer Diktaturen? Können sie in der konkreten Realität abgelöst werden von Propaganda, Versprechungen und Formen wirtschaftlicher und psychologischer Belohnung? Können faschistischer Terror und oppositionelles Verhalten von mindestens periodenweise konformistischem oder aktiv zustimmendem Verhalten großer Bevölkerungsteile isoliert werden?

Dennoch wiegen, nicht zuletzt in Anbetracht einer notwendigen wissenschaftlichen Spezialisierung, solche Bedenken keineswegs schwer. Zweifellos handelt es sich bei dem rezensierten Werk um eine Arbeit, die über ihre politisch-pädagogische Bedeutung hinaus als wissenschaftlich verlässliche Dokumentensammlung und, wegen ihrer knappen Einleitungsteile, auch als Nachschlagewerk weite Anerkennung finden wird. Gerhard Botz

William E. Paterson and Ian Campbell, *Social Democracy in Post-War Europe*, St. Martin's Press, New York 1974, 82 S.

Der Studie liegt die Feststellung zugrunde, daß die sozialdemokratischen Parteien Westeuropas weder eine gemeinsame Ideologie noch ein gemeinsames Organisationsmuster besitzen. Ihre Gemeinsamkeit liege vielmehr in ihrem Bestreben, die Gesellschaft im Interesse der Arbeiterschaft und der unterprivilegierten Klassen zu verändern. Die Absicht der

⁹ Siehe etwa die Dokumente auf S. 161 ff., Bd. 1.

¹⁰ 2. Aufl., Bonn-Bad Godesberg 1973.

Nur nebenbei sei vermerkt, daß aber bei den Quellenzitatzen eine wenig befriedigende Lösung gefunden wurde. Nicht nur, daß die Quellenangaben uneinheitlich sind (neben dem Nachweis des Standorts im DÖW wird manches Mal in der Titelüberschrift des Dokuments ein genauere Quellennachweis gegeben, manches Mal nicht)⁹. Überhaupt wäre in vielen Fällen in den Titeln der Dokumente deren jeweiliger Inhalt (eventuell auch in Form eines Kurzregests) klarer zu fassen gewesen. Aber auch die Verweise bei vielen Dokumenten auf die Standortnummern im DÖW sind nicht immer ausreichend, dürfte es sich dabei doch in vielen Fällen um Kopien aus anderen Archiven handeln. Nur im Fall der verfilmten Bestände der »National Archives« und der Justizbehörden wurden durchgehend zusätzliche Quellenverweise gemacht. Die später folgenden Bände des gesamten Werkes sollten hier vielleicht einen anderen Weg einschlagen.

Wenn im Kapitel über die Judenverfolgung wichtige Gesetze, Verordnungen, Erlasse nur selten nach den Gesetz-, Verordnungs- und Amtsblättern des »Reiches«, der Stadt Wien und des NSDAP-Gaues oder doch den einschlägigen Sammlungen, in vielen Fällen jedoch nur nach Veröffentlichungen in verschiedenen Presseorganen zitiert werden, kann der Eindruck eines eher zufälligen Zustandekommens der Auswahl nicht ganz vermieden werden.

Allgemein ist hervorzuheben, daß der der Dokumentation zugrunde gelegte Widerstandsbegriff sich als tragfähig erwiesen hat. Er wird, in Anlehnung an die exemplarische Untersuchung H.-J. Steinbergs über »Widerstand und Verfolgung in Essen 1933–1945«¹⁰ in der Einleitung zum 1. Band klar gefaßt. Die eingangs dargelegte Bedeutung der antinazistischen »Koalition« für die Erforschung des Widerstands in Österreich rechtfertigt diese Vorgangsweise. Dadurch, daß von vornherein keine politische Richtung ausgeschlossen wurde und das Forschungsinteresse in Österreich nie in jenem Ausmaß wie lange Zeit in der BRD auf den »großen«, meist militärischen oder konfessionellen Widerstand ausgerichtet war, bleiben auch sogenannte Bagatellfälle und alltägliche Äußerungen einer oppositionellen Haltung im Blickfeld. Und gerade darin liegt die besondere Relevanz der rezensierten Dokumentation für die Sozialgeschichte und die Geschichte der Arbeiterbewegung, auch wenn sich hinsichtlich der Abgrenzung des Untersuchungsobjekts Bedenken vorbringen lassen: Inwieweit erfassen Verfolgung und Widerstand das soziale Phänomen faschistischer und halbfaschistischer Diktaturen? Können sie in der konkreten Realität abgelöst werden von Propaganda, Versprechungen und Formen wirtschaftlicher und psychologischer Belohnung? Können faschistischer Terror und oppositionelles Verhalten von mindestens periodenweise konformistischem oder aktiv zustimmendem Verhalten großer Bevölkerungsteile isoliert werden?

Dennoch wiegen, nicht zuletzt in Anbetracht einer notwendigen wissenschaftlichen Spezialisierung, solche Bedenken keineswegs schwer. Zweifellos handelt es sich bei dem rezensierten Werk um eine Arbeit, die über ihre politisch-pädagogische Bedeutung hinaus als wissenschaftlich verlässliche Dokumentensammlung und, wegen ihrer knappen Einleitungsteile, auch als Nachschlagewerk weite Anerkennung finden wird. Gerhard Botz

William E. Paterson and Ian Campbell, *Social Democracy in Post-War Europe*, St. Martin's Press, New York 1974, 82 S.

Der Studie liegt die Feststellung zugrunde, daß die sozialdemokratischen Parteien Westeuropas weder eine gemeinsame Ideologie noch ein gemeinsames Organisationsmuster besitzen. Ihre Gemeinsamkeit liege vielmehr in ihrem Bestreben, die Gesellschaft im Interesse der Arbeiterschaft und der unterprivilegierten Klassen zu verändern. Die Absicht der

⁹ Siehe etwa die Dokumente auf S. 161 ff., Bd. 1.

¹⁰ 2. Aufl., Bonn-Bad Godesberg 1973.

Verfasser ist es, die sozialdemokratischen Parteien auf ihr Verhältnis zu den kommunistischen Parteien, auf ihre verschiedenen Ideologien und ihre außen- und innenpolitischen Konzeptionen hin zu untersuchen. Hervorgehoben werden die wechselnden Beziehungen der sozialistischen Parteien Frankreichs und Italiens zu den kommunistischen Parteien in ihren Ländern. Im Gegensatz dazu wird auf die klare Trennung zwischen der SPD und der bis 1965 bestehenden KPD in der Bundesrepublik Deutschland hingewiesen. Angedeutet wird das Verhältnis der Gewerkschaften zu den Parteien in den einzelnen Ländern, das im großen und ganzen als sehr eng bezeichnet wird. Eine Ausnahme bildet wiederum der Deutsche Gewerkschaftsbund, der in den Nachkriegsjahren speziell im Hinblick auf die europäische Integrationsfrage der CDU näherstand als der SPD. Hingewiesen wird auf die antiklerikale Haltung der Parteien, die sich jedoch in den letzten Jahren weitgehend verändert hat und um Verständigung mit den kirchlichen Institutionen bemüht ist. Ideologisch haben sich die sozialistischen Parteien von strikten Klassenparteien zu breit angelegten, nationalen, gemäßigten Volksparteien entwickelt. In diesem Zusammenhang wird auch kurz auf die Abwendung der studentischen Jugend und Intellektuellen von den sozialistischen Parteien aufmerksam gemacht, die deren Führungsstruktur und Programme als zu konservativ kritisieren.

Nach dem Zweiten Weltkrieg mußten sich einige sozialistische Parteien in ihrer Außenpolitik mit bestimmten Problemen auseinandersetzen. So die S. F. I. O. unter Mollet, die den Kampf in Algerien fortsetzte, wie auch die Labour Party, die zwar vier britischen Besitzungen in Asien ihre Unabhängigkeit gab, in afrikanischen Kolonien aber oft eine paternalistische Haltung einnahm. Hinsichtlich der europäischen Einheitsbewegung divergierten die westeuropäischen sozialistischen Parteien. Sowohl der Schuman-Plan als auch die NATO wurden anfänglich von der SPD abgelehnt. Weder die Labour Party noch die skandinavischen sozialistischen Parteien traten für den Beitritt zur EWG ein, deren Etablierung wiederum von der SPD unterstützt wurde. Innenpolitisch waren die meisten Parteien verhindert, ihr eigentliches Ziel, die Restrukturierung der Gesellschaft, durchzusetzen, da sie mit konservativen Parteien Koalitionen eingehen mußten, die drastischen gesellschaftlichen Veränderungen entgegenstanden. Eine Ausnahme bildeten die skandinavischen Länder und Großbritannien, wo die sozialistischen Parteien teilweise ohne Koalitionspartner die Macht ausübten. In England konnte deshalb die Verstaatlichung großer Industrien und des Transportwesens durchgeführt werden. Ebenso wurden grundsätzliche Reformen im Wohlfahrtswesen sowohl in Großbritannien als auch in Norwegen und Schweden eingeführt. Doch stehen gerade diese Länder, wie die von den Verfassern angeführten Statistiken zeigen sollen, in ihren Sozialausgaben gemessen am Bruttosozialprodukt hinter der BRD und Frankreich zurück.

Das Hauptproblem der einzelnen sozialistischen Parteien sehen die Verfasser in der Identitätsfrage. In Italien hatte die P. S. I. Schwierigkeiten, ihre Autonomie zu behaupten, und zwar sowohl gegenüber den Kommunisten, wenn sie zusammen mit der K. P. I. in der Opposition steht, als auch gegenüber den Konservativen, wenn sie mit ihnen eine Regierungskoalition eingeht. Dasselbe Problem ist bei den französischen Sozialisten vorzufinden. Die SPD versuchte aufgrund ihrer Ostpolitik, welche die Anerkennung der DDR zur Folge hatte, die Festigung einer neuen nationalen Identität zu fördern.

Die Autoren kommen zu dem Schluß, daß die politische und geistige Gärung innerhalb und außerhalb der Parteien ein Beweis ihrer andauernden Vitalität sei. Darüber hinaus hätten sie die Fähigkeit, die Loyalität einer beträchtlichen Anzahl von Wählern zu erhalten. Leider werden in dieser skizzenhaften Studie nur Themen angeschnitten, ohne auf die viel komplizierteren Sachverhalte einzugehen. Das Verhältnis zwischen Sozialisten und Kommunisten wird nur angedeutet, ohne daß die historisch-ideologische Entwicklung berührt wird. Das Kapitel über Ideologie muß daher notgedrungen oberflächlich bleiben. Auch der Versuch, die Außen- und Innenpolitik der Parteien zu beleuchten und

zu vergleichen, bleibt nur skizzenhaft. Gegebenenfalls kann die vorliegende Kurzanalyse dem Uninformierten als Einführung dienen.

Wolfgang Schlauch

Heribert Knorr, *Der parlamentarische Entscheidungsprozeß während der Großen Koalition 1966 bis 1969. Struktur und Einfluß der Koalitionsfraktionen und ihr Verhältnis zur Regierung der Großen Koalition (= Studien zum politischen System der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 9)*, Verlag Anton Hain, Meisenheim am Glan 1975, 362 S., geb., 39,50 DM.

Die Große Koalition Ende der sechziger Jahre markiert einen Einschnitt in der Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland: Die Krise der CDU/CSU war ein Spiegelbild der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Krise der BRD mit Arbeitslosigkeit, Reformunfähigkeit und Stagnation in der Deutschland- und Europapolitik. Die Unfähigkeit, diese Probleme zu lösen, schlug sich auf die Arbeitsfähigkeit der Leitungsinstitutionen Parlament und Regierung nieder. Die Legitimationsdefizite offenbarten sich in gesellschaftlichen Unruhen, die vor allem von den Hochschulen ausgingen. Die Große Koalition zwischen CDU/CSU und SPD – bis 1966 oppositioneller Gegenspieler der CDU/CSU – schien die Befürchtungen über die Funktionsunfähigkeit des parlamentarischen Systems zu bestätigen; an die Stelle des Konkurrenzmodells von Regierung und Opposition war die Konkordanz der entscheidenden politischen Kräfte getreten. Diese Situation löste eine große Diskussionswelle aus, die sich von der Kritik an der mangelnden Opposition allmählich über die an einzelnen Sachbereichen wie z. B. der Bildungspolitik zu einer grundsätzlichen Systemkritik ausweitete. Dabei bildeten sich unterschiedliche gesellschaftliche Gruppierungen und ›Koalitionen‹, die mit dem Begriff ›Außerparlamentarische Opposition‹ umschrieben werden.

Heribert Knorr konzentriert sich in seiner Studie auf einen Teilaspekt aus dem Spektrum der Großen Koalition. Er analysiert »auf der Grundlage der empirischen Analyse« (S. 14) das Verhalten der Koalitionsfraktionen im politischen Entscheidungsvorgang. Er will damit einen »Gesamtüberblick über Stil, Arbeit und Leistung der Großen Koalition« (S. 14) geben. Darüber hinaus will er die Erfahrungen, die in Österreich mit dem Modell der Großen Koalition gemacht wurden, mit den westdeutschen vergleichen. Diese Absicht wurde nur insoweit eingelöst, als Knorr sich auf die Schilderung des österreichischen Proporzmodells in Grundzügen beschränkt (S. 20–25).

Die Arbeit ist vom Ansatz her »teils historisch-deskriptiv« und eine »teils strukturell-funktionale Analyse des Willensbildungs- und Entscheidungsprozesses während der Großen Koalition« (S. 25). Da der Autor sich nicht mit der gesetzgeberischen Arbeit beschäftigt, sondern sich »mit den strukturellen und funktionalen Konsequenzen [...] für] die Handlungsweise und Funktionsfähigkeit« (S. 25) des Parlaments befaßt, wirkt die Arbeit streckenweise formal; dieser Eindruck wird noch dadurch verstärkt, daß der deskriptive Teil über den Sturz Erhards und die Bildung der Regierung Kiesinger/Brandt (S. 32–121) sehr ausführlich ist und wegen seiner epischen Breite die Anlage der Arbeit undurchsichtig macht.

Die Analyse des Willensbildungs- und Entscheidungsprozesses in dem Dreieck Parlament – Fraktion – Regierung ist eine Variation ähnlicher Fragestellungen im Bereich der Institutionenkunde, die nur ein weiteres Beispiel für die Anwendung der Methode liefert. Knorr stellt sich bewußt in diese Linie; er konzentriert sich explizit auf folgende Ziele: Seine Arbeit soll einen Beitrag zur Geschichte des parlamentarischen Regierungssystems der BRD und gleichzeitig zur Institutionenlehre (S. 27) liefern.

Die Analyse des Willensbildungs- und Entscheidungsprozesses wird – wie schon erwähnt – auf die Struktur des Prozesses unter Vernachlässigung der inhaltlichen Fragen des Gesetzgebungsverfahrens eingengt; das führt dazu, daß die gesellschaftlichen und politischen

zu vergleichen, bleibt nur skizzenhaft. Gegebenenfalls kann die vorliegende Kurzanalyse dem Uninformierten als Einführung dienen.

Wolfgang Schlauch

Heribert Knorr, *Der parlamentarische Entscheidungsprozeß während der Großen Koalition 1966 bis 1969. Struktur und Einfluß der Koalitionsfraktionen und ihr Verhältnis zur Regierung der Großen Koalition (= Studien zum politischen System der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 9)*, Verlag Anton Hain, Meisenheim am Glan 1975, 362 S., geb., 39,50 DM.

Die Große Koalition Ende der sechziger Jahre markiert einen Einschnitt in der Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland: Die Krise der CDU/CSU war ein Spiegelbild der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Krise der BRD mit Arbeitslosigkeit, Reformunfähigkeit und Stagnation in der Deutschland- und Europapolitik. Die Unfähigkeit, diese Probleme zu lösen, schlug sich auf die Arbeitsfähigkeit der Leitungsinstitutionen Parlament und Regierung nieder. Die Legitimationsdefizite offenbarten sich in gesellschaftlichen Unruhen, die vor allem von den Hochschulen ausgingen. Die Große Koalition zwischen CDU/CSU und SPD – bis 1966 oppositioneller Gegenspieler der CDU/CSU – schien die Befürchtungen über die Funktionsunfähigkeit des parlamentarischen Systems zu bestätigen; an die Stelle des Konkurrenzmodells von Regierung und Opposition war die Konkordanz der entscheidenden politischen Kräfte getreten. Diese Situation löste eine große Diskussionswelle aus, die sich von der Kritik an der mangelnden Opposition allmählich über die an einzelnen Sachbereichen wie z. B. der Bildungspolitik zu einer grundsätzlichen Systemkritik ausweitete. Dabei bildeten sich unterschiedliche gesellschaftliche Gruppierungen und »Koalitionen«, die mit dem Begriff »Außerparlamentarische Opposition« umschrieben werden.

Heribert Knorr konzentriert sich in seiner Studie auf einen Teilaspekt aus dem Spektrum der Großen Koalition. Er analysiert »auf der Grundlage der empirischen Analyse« (S. 14) das Verhalten der Koalitionsfraktionen im politischen Entscheidungsvorgang. Er will damit einen »Gesamtüberblick über Stil, Arbeit und Leistung der Großen Koalition« (S. 14) geben. Darüber hinaus will er die Erfahrungen, die in Österreich mit dem Modell der Großen Koalition gemacht wurden, mit den westdeutschen vergleichen. Diese Absicht wurde nur insoweit eingelöst, als Knorr sich auf die Schilderung des österreichischen Proporzmodells in Grundzügen beschränkt (S. 20–25).

Die Arbeit ist vom Ansatz her »teils historisch-deskriptiv« und eine »teils strukturell-funktionale Analyse des Willensbildungs- und Entscheidungsprozesses während der Großen Koalition« (S. 25). Da der Autor sich nicht mit der gesetzgeberischen Arbeit beschäftigt, sondern sich »mit den strukturellen und funktionalen Konsequenzen [...] für] die Handlungsweise und Funktionsfähigkeit« (S. 25) des Parlaments befaßt, wirkt die Arbeit streckenweise formal; dieser Eindruck wird noch dadurch verstärkt, daß der deskriptive Teil über den Sturz Erhards und die Bildung der Regierung Kiesinger/Brandt (S. 32–121) sehr ausführlich ist und wegen seiner epischen Breite die Anlage der Arbeit undurchsichtig macht.

Die Analyse des Willensbildungs- und Entscheidungsprozesses in dem Dreieck Parlament – Fraktion – Regierung ist eine Variation ähnlicher Fragestellungen im Bereich der Institutionenkunde, die nur ein weiteres Beispiel für die Anwendung der Methode liefert. Knorr stellt sich bewußt in diese Linie; er konzentriert sich explizit auf folgende Ziele: Seine Arbeit soll einen Beitrag zur Geschichte des parlamentarischen Regierungssystems der BRD und gleichzeitig zur Institutionenlehre (S. 27) liefern.

Die Analyse des Willensbildungs- und Entscheidungsprozesses wird – wie schon erwähnt – auf die Struktur des Prozesses unter Vernachlässigung der inhaltlichen Fragen des Gesetzgebungsverfahrens eingengt; das führt dazu, daß die gesellschaftlichen und politischen

Probleme als die eigentlich wichtigen nicht gesehen werden. Im Vergleich dazu ist die Analyse des Prozesses der Willensbildung und Entscheidungsfindung zweitrangig, weil sie nur Randbedingungen verdeutlicht. Wer an Problemen des strukturellen Ablaufs des parlamentarischen Prozesses am Beispiel einer Großen Koalition interessiert ist, findet in der Studie von Knorr Anregungen.

Der Deskription der Regierungsbildung folgt eine Analyse des Willensbildungs- und Entscheidungsprozesses im Bundestag. Nacheinander werden die Faktoren des koalitions-internen Prozesses, die des zwischen den Koalitionen, zwischen Fraktion und Partei, zwischen Koalition und außerparlamentarischen Gremien und Organisationen und zwischen Koalitionen und Regierung analysiert. Dies geschieht in den meisten genannten Ebenen für CDU/CSU und SPD getrennt.

In einem Schlußkapitel kommt Knorr zu einer Gesamtwürdigung des Bundestages während der Großen Koalition. Seiner Meinung nach fand kein Funktionswandel des Parlaments im politischen System der BRD, sondern ein Wandel im Parlament statt (S. 266). Dieser Wandel zeigt sich in der Entscheidungsfindung, bei der die Fraktionsvorstände und die Leitungsgremien ständig an Bedeutung und Einfluß zugenommen haben. Der Autor deutet das als ein Anzeichen für eine weitere Oligarchisierung in den Fraktionen und damit in den Parteien.

Kurt Th. Schmitz

Kaspar Maase, Leseinteressen der Arbeiter in der BRD. Über Leseverhalten, Lektüreinteressen und Bedürfnisentwicklung in der Arbeiterklasse der Bundesrepublik (= Sammlung Junge Wissenschaft), Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1975, 125 S., kart., 12,80 DM.

Der Autor stellt sich eine doppelte Aufgabe: erstens eine Bestandsaufnahme der Lektüregewohnheiten von Arbeitern in der Bundesrepublik vorzunehmen, um zu klären, »wie Leseverhalten und Bedürfnisse der Werktätigen mit ihrer Arbeits- und Lebenssituation zusammenhängen« (S. 10); und zweitens sollen aus dem empirischen Befund allgemeine Erkenntnisse über die Entwicklung von »Literaturbedürfnissen« abgeleitet werden (S. 64–97). Die Bestandsaufnahme (S. 7–63 und Tabellenanhang S. 98–125) beschränkt sich im wesentlichen darauf, das statistische Material von fünf Studien auszuwerten¹, die z. T. auch schon anderen Autoren als Grundlage gedient haben². Eigene Erhebungen hat Maase nicht durchgeführt und Bibliotheksberichte, die ebenfalls einschlägiges Material enthalten, nicht herangezogen. Dies ist um so bedauerlicher, als die Ausleihe aus öffentlichen und gewerblichen Büchereien einen hohen Anteil bei den Buchbezugsquellen von Arbeitern ausmacht (s. Tab. 15, S. 41; Tab. A 17, S. 110 f.). Maase weist zwar auf diese Lücke in seinen statistischen Daten hin, versucht aber nicht, die verstreuten Bibliotheksberichte auszuwerten, sondern bescheidet sich damit, die Lücke zu konstatieren³. Dies gilt ebenso für die Buchgemein-

1 Rolf Fröhner, *Das Buch in der Gegenwart*. Eine empirisch-sozialwissenschaftliche Untersuchung, Gütersloh 1961; *Buch und Leser in Deutschland*, bearb. von Maria-Ruth Girardi u. a., Gütersloh 1965; Gerhard Schmidtchen, *Lesekultur in Deutschland*, in: *Börsenblatt für den Deutschen Buchhandel*, Frankfurt 1968, S. 1977–2152; ders., *Lesekultur in Deutschland 1974*, ebda., S. 707–896; *Buch und Lesen 1973*. Ergebnisse einer Umfrage des Ifak-Instituts, erläutert von German Meyer, in: *Bertelsmann-Briefe*, 1974. Daneben wurden stärker herangezogen: Armin Beeg, *Leseinteressen der Berufsschüler*, München/Basel 1963; Heinz Eckart, *Was die Belegschaftsmitglieder bei Mannesmann lesen*, in: *Bertelsmann-Briefe*, 1968.

2 Siehe insbesondere die vom Autor nicht berücksichtigte Arbeit von Wolfgang Langenbacher, *Der aktuelle Unterhaltungsroman*. Beiträge zu Geschichte und Theorie der massenhaft verbreiteten Literatur, Bonn 1974 (1964).

3 Einiges, aber unvollständiges Material bei Alois Klotzbücher, *Zur Soziologie des Bibliotheksbenutzers*. Ergebnisse der Leserforschung in Öffentlichen Bibliotheken, in: *Börsenblatt für den Deutschen Buchhandel* 1973, S. 1495–1508. Zu den Leihbibliotheken s. Bernd v. Arnim/Friedrich Knilli, *Gewerbliche Leihbüchereien*. Berichte, Analysen und Interviews, Gütersloh 1966 (mit unzureichend differenzierenden Statistiken).

Probleme als die eigentlich wichtigen nicht gesehen werden. Im Vergleich dazu ist die Analyse des Prozesses der Willensbildung und Entscheidungsfindung zweitrangig, weil sie nur Randbedingungen verdeutlicht. Wer an Problemen des strukturellen Ablaufs des parlamentarischen Prozesses am Beispiel einer Großen Koalition interessiert ist, findet in der Studie von Knorr Anregungen.

Der Deskription der Regierungsbildung folgt eine Analyse des Willensbildungs- und Entscheidungsprozesses im Bundestag. Nacheinander werden die Faktoren des koalitions-internen Prozesses, die des zwischen den Koalitionen, zwischen Fraktion und Partei, zwischen Koalition und außerparlamentarischen Gremien und Organisationen und zwischen Koalitionen und Regierung analysiert. Dies geschieht in den meisten genannten Ebenen für CDU/CSU und SPD getrennt.

In einem Schlußkapitel kommt Knorr zu einer Gesamtwürdigung des Bundestages während der Großen Koalition. Seiner Meinung nach fand kein Funktionswandel des Parlaments im politischen System der BRD, sondern ein Wandel im Parlament statt (S. 266). Dieser Wandel zeigt sich in der Entscheidungsfindung, bei der die Fraktionsvorstände und die Leitungsgremien ständig an Bedeutung und Einfluß zugenommen haben. Der Autor deutet das als ein Anzeichen für eine weitere Oligarchisierung in den Fraktionen und damit in den Parteien.

Kurt Th. Schmitz

Kaspar Maase, Leseinteressen der Arbeiter in der BRD. Über Leseverhalten, Lektüreinteressen und Bedürfnisentwicklung in der Arbeiterklasse der Bundesrepublik (= Sammlung Junge Wissenschaft), Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1975, 125 S., kart., 12,80 DM.

Der Autor stellt sich eine doppelte Aufgabe: erstens eine Bestandsaufnahme der Lektüregewohnheiten von Arbeitern in der Bundesrepublik vorzunehmen, um zu klären, »wie Leseverhalten und Bedürfnisse der Werktätigen mit ihrer Arbeits- und Lebenssituation zusammenhängen« (S. 10); und zweitens sollen aus dem empirischen Befund allgemeine Erkenntnisse über die Entwicklung von »Literaturbedürfnissen« abgeleitet werden (S. 64–97). Die Bestandsaufnahme (S. 7–63 und Tabellenanhang S. 98–125) beschränkt sich im wesentlichen darauf, das statistische Material von fünf Studien auszuwerten¹, die z. T. auch schon anderen Autoren als Grundlage gedient haben². Eigene Erhebungen hat Maase nicht durchgeführt und Bibliotheksberichte, die ebenfalls einschlägiges Material enthalten, nicht herangezogen. Dies ist um so bedauerlicher, als die Ausleihe aus öffentlichen und gewerblichen Büchereien einen hohen Anteil bei den Buchbezugsquellen von Arbeitern ausmacht (s. Tab. 15, S. 41; Tab. A 17, S. 110 f.). Maase weist zwar auf diese Lücke in seinen statistischen Daten hin, versucht aber nicht, die verstreuten Bibliotheksberichte auszuwerten, sondern bescheidet sich damit, die Lücke zu konstatieren³. Dies gilt ebenso für die Buchgemein-

1 Rolf Fröhner, *Das Buch in der Gegenwart*. Eine empirisch-sozialwissenschaftliche Untersuchung, Gütersloh 1961; *Buch und Leser in Deutschland*, bearb. von Maria-Ruth Girardi u. a., Gütersloh 1965; Gerhard Schmidtchen, *Lesekultur in Deutschland*, in: *Börsenblatt für den Deutschen Buchhandel*, Frankfurt 1968, S. 1977–2152; ders., *Lesekultur in Deutschland 1974*, ebda., S. 707–896; *Buch und Lesen 1973*. Ergebnisse einer Umfrage des Ifak-Instituts, erläutert von German Meyer, in: Bertelsmann-Briefe, 1974. Daneben wurden stärker herangezogen: Armin Beeg, *Leseinteressen der Berufsschüler*, München/Basel 1963; Heinz Eckart, *Was die Belegschaftsmitglieder bei Mannesmann lesen*, in: Bertelsmann-Briefe, 1968.

2 Siehe insbesondere die vom Autor nicht berücksichtigte Arbeit von Wolfgang Langenbacher, *Der aktuelle Unterhaltungsroman*. Beiträge zu Geschichte und Theorie der massenhaft verbreiteten Literatur, Bonn 1974 (1964).

3 Einiges, aber unvollständiges Material bei Alois Klotzbücher, *Zur Soziologie des Bibliotheksbenutzers*. Ergebnisse der Leserforschung in Öffentlichen Bibliotheken, in: *Börsenblatt für den Deutschen Buchhandel* 1973, S. 1495–1508. Zu den Leihbibliotheken s. Bernd v. Arnim/Friedrich Knilli, *Gewerbliche Leihbüchereien*. Berichte, Analysen und Interviews, Gütersloh 1966 (mit unzureichend differenzierenden Statistiken).

schaften, deren Buchangebot und deren Mitgliedschaft in einer Studie über Leseinteressen von Arbeitern eine genauere Untersuchung erforderten⁴. Da das Sozialprofil der Mitgliedschaft verschiedener Buchklubs stark voneinander abweicht, könnte ein Vergleich Rückschlüsse auf schichtenspezifische Präferenzen bei der Bücherwahl und auch auf die Beeinflussbarkeit solcher Präferenzen zulassen.

Gänzlich unberücksichtigt ließ Maase auch die umfangreiche soziologische Literatur zur Analyse von Freizeitgewohnheiten⁵. Dieser Forschungszweig stellt nicht nur zusätzliches Material zu den Lektüregewohnheiten bereit, sondern erlaubt es vor allem, Einflußfaktoren in breiterem Maße und deshalb differenzierter zu bestimmen.

Maases Zusammenstellung wichtiger empirischer Befunde zu Lektüregewohnheiten von Arbeitern bietet gewiß einen nützlichen Überblick und einen bequemen Zugang zur Leserbeforschung in der Bundesrepublik, doch Neues vermag er nicht zu ermitteln. Er präsentiert vielmehr aus bereits bekannten Erhebungen ein bereits bekanntes Ergebnis: »Die Faktoren, die das Leseverhalten in Ausmaß wie Inhalt gegenwärtig am nachdrücklichsten bestimmen, sind die schulische und berufliche Qualifikation, der Charakter der Arbeitstätigkeit, ausgebildete Normen in bestimmten Gruppen und Schichten der Arbeiterklasse sowie das politische Engagement« (S. 27 f.). Die Auswirkungen dieser Faktoren werden dicht belegt, mit Ausnahme des politischen Engagements allerdings, da hierzu die vorhandenen Arbeiten zu wenig aussagekräftig sind.

Man kann Maase gewiß keine einseitige Auswahl der von ihm abgedruckten statistischen Daten vorwerfen, aber es bleibt doch zu konstatieren, daß er darauf verzichtet hat, eine Reihe wichtiger Differenzierungen aufzunehmen, die vor allem die Untersuchungen von Schmidtchen (Anm. 1) auszeichnen. Dessen Berufsgliederungen der Leserschaft sind nicht nur umfassender und erlauben deshalb bessere berufsspezifische Vergleiche, auch weitere Faktoren werden quantifiziert, die das Lektüerverhalten prägen: Schichtungsanalysen neben den Berufsgliederungen, Einkommensstaffelungen, konfessionelle Unterschiede und Daten zum Stadt-Land-Gefälle. Maases Bestandsaufnahme läßt also gewichtige Bereiche unberücksichtigt, die die Lektüregewohnheiten auch von Arbeitern mit bestimmen.

Der Autor begnügt sich jedoch nicht damit, empirische Befunde vorzustellen – wenngleich dies den größten Teil der Arbeit ausmacht –, sondern sein Ziel ist es, daraus Entwicklungstrends von »Literaturbedürfnissen« in der Arbeiterschaft abzuleiten und vor allem Strategien zur »Ausbildung *klassenmäßiger* Literaturbedürfnisse« (S. 90) zu entwickeln. Er definiert: »klassenmäßig sind Literaturbedürfnisse, die von einer festen Bestimmung der eigenen Klasseninteressen her auf genußbringende Auseinandersetzung mit und kritische Aneignung von allem gerichtet sind, was literarisches Erbe und Gegenwartsliteratur an Einsichten in Natur, menschliche und gesellschaftliche Verhältnisse bieten kann« (S. 91). Dies ist gewiß ein weiter Bezugsrahmen, der vieles umfassen kann und inhaltlich schwerlich auch nur einigermaßen präzise zu füllen ist. Trivilliteratur, die einen überragenden Anteil an der literarischen Massenproduktion und auch am literarischen Massenkonsum ausmacht, gehört jedenfalls nicht dazu. In der Bewertung dieser Literatur grenzt sich Maase nach zwei Richtungen hin ab: Er wendet sich gegen die – der »bürgerlichen« Literatursoziologie zugeschriebene – Rechtfertigung von Entspannungsbedürfnissen, die sich in der Zuflucht zur Lektüre von Trivilliteratur zeigen. Nur keine »Bedürfnis-Inflation« (S. 78), so fordert er. Aber er lehnt auch die radikale Gegenposition ab: Besser nichts lesen als Schund, damit eines Tages der große Sprung zur Lektüre sozialistischer Literatur leichter gelinge.

4 Siehe dazu *Langenbacher*, S. 272 – 274; *Reinhold Neven Du Mont*, Die Kollektivierung des literarischen Konsums in der modernen Gesellschaft durch die Arbeit der Buchgemeinschaften (Phil. Diss. Freiburg i. Br.), Köln 1961.

5 Siehe die Literatur bei *Annekathrin und Jürgen Klemp*, Arbeitszeitverteilung und Freizeitgestaltung, Göttingen 1976, sowie bei *Erwin K. Scheuch / Rolf Meyersohn* (Hrsg.), Soziologie der Freizeit, Köln 1972.

Maase fordert vielmehr »hilfreiche Literatur, also die Überwindung der Trivilliteratur ohne Aufgabe der legitimen Befriedigung, die bisher aus ihr gezogen wurde« (S. 77). Was darunter zu verstehen ist, wird nicht genau gesagt. Es wäre wohl auch unfair, dies zu verlangen.

Auffallend ist ein gewisser Hang, Vergangenes zu verklären. So etwa, wenn er auf ein vermeintlich höheres Lektüreniveau in der Weimarer Republik verweist, »einer Zeit breiter entfalteter Klassenkämpfe und höher entwickelter proletarischer Aufklärungs- und Kulturarbeit also« (S. 61, s. auch S. 77, 85, 96). Auffallend ist auch, welche großen Schwierigkeiten Maase hat, das Wirkungsverhältnis zwischen proletarischem Klassenbewußtsein und Lektüerverhalten zu bestimmen. Literatur für Arbeiter soll und kann – so Maase – Klassenbewußtsein fördern, doch die Auswahl ungeeigneter Literatur durch Arbeiter müsse nicht gegen die Einsicht proletarischer Leser in die eigene Klassenlage sprechen. Diese Differenzierung erlaubt es ihm, seine Hoffnung auf ein klassenbewußt lesendes Proletariat in der Bundesrepublik zu wahren, trotz seiner ernüchternden Bestandsaufnahme: »Ganz offensichtlich ist nur in – statistisch verschwindend – kleinen Teilen der Arbeiterklasse ein Leseverhalten und eine Lektüreauswahl zu finden, die die Ausbildung der im gewerkschaftlichen und antimonopolistischen Kampf geforderten Kenntnisse, Einstellungen und Persönlichkeitseigenschaften direkt fördert« (S. 93).

Dieter Langewiesche

Bernhard Muszynski, Wirtschaftliche Mitbestimmung zwischen Konflikt- und Harmoniekonzeptionen. Theoretische Voraussetzungen, geschichtliche Grundlagen und Hauptprobleme der Mitbestimmungsdiskussion in der BRD (= Studien zum politischen System der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 5), Verlag Anton Hain, Meisenheim am Glan 1975, 397 S., brosch., 29 DM; geb., 33 DM.

Mitbestimmung – diese auf mehr Freiheit und Emanzipation der Lohnabhängigen gerichtete programmatische Forderung ist seit dem Ende des Ersten Weltkriegs ein zentrales Thema der innenpolitischen Auseinandersetzung um Wirtschaft und Gesellschaft in Deutschland. Auch das inzwischen beschlossene Mitbestimmungsgesetz der SPD/FDP-Koalition wird die Diskussion um die Mitbestimmung nicht beenden, sondern einen Abschnitt dieser Debatte markieren. Die vorliegende Untersuchung des Hamburger Sozialwissenschaftlers Bernhard Muszynski beschäftigt sich mit der Mitbestimmungsdiskussion bis 1974 und versteht sich selbst als Zwischenbilanz. Muszynski befaßt sich mit der Mitbestimmung hauptsächlich unter der Fragestellung, ob die Ansätze der einzelnen Parteien oder ideologischen Strömungen eher konfliktorientiert oder eher harmonisierend sind, und schließt dann seine Studie mit einem Kapitel über Mitbestimmung als Partizipationsproblem ab. Zuvor versucht er einen Überblick über die historische Entwicklung und den gegenwärtigen Stand wirtschaftlicher Mitbestimmung und stellt einleitend seine methodischen und begrifflichen Ausgangspunkte dar. Er macht deutlich, daß er mit Ralf Dahrendorf den sozialen Konflikt für ein universales gesellschaftliches Phänomen und einen Träger sozialen Wandels hält. Folgerichtig begreift er wirtschaftliche Mitbestimmung als einen »Versuch, Konfliktaustragungsmechanismen resp. ihre Rahmenbedingungen normativ zu konstituieren« (S. 14). So gerüstet, gibt er einen kurzen Abriss der historischen Entwicklung der Mitbestimmung von vorindustriellen Formen der Betriebsvertretung über die Revolutionen von 1848 und 1918 bis hin zu den alliierten und deutschen Plänen und Maßnahmen in den Westzonen nach 1945. Diese Übersicht endet mit der zutreffenden Feststellung, daß das Bonner Grundgesetz in seinen sozialpolitischen Aussagen hinter die Weimarer Verfassung zurückgeht. An dieser Stelle wäre eine genauere Betrachtung der »Restauration der alten Verhältnisse, deren ökonomische Effizienz sich erwiesen hatte« (S. 82), sinnvoll gewesen, denn dann würde klarer, warum etwa die Forderungen des Münchner DGB-Kongresses von 1949 nach einer Wirtschaftsdemokratie der Realität nicht mehr entsprachen. Andere Aussagen

Maase fordert vielmehr »hilfreiche Literatur, also die Überwindung der Trivilliteratur ohne Aufgabe der legitimen Befriedigung, die bisher aus ihr gezogen wurde« (S. 77). Was darunter zu verstehen ist, wird nicht genau gesagt. Es wäre wohl auch unfair, dies zu verlangen.

Auffallend ist ein gewisser Hang, Vergangenes zu verklären. So etwa, wenn er auf ein vermeintlich höheres Lektüreniveau in der Weimarer Republik verweist, »einer Zeit breiter entfalteter Klassenkämpfe und höher entwickelter proletarischer Aufklärungs- und Kulturarbeit also« (S. 61, s. auch S. 77, 85, 96). Auffallend ist auch, welche großen Schwierigkeiten Maase hat, das Wirkungsverhältnis zwischen proletarischem Klassenbewußtsein und Lektüerverhalten zu bestimmen. Literatur für Arbeiter soll und kann – so Maase – Klassenbewußtsein fördern, doch die Auswahl ungeeigneter Literatur durch Arbeiter müsse nicht gegen die Einsicht proletarischer Leser in die eigene Klassenlage sprechen. Diese Differenzierung erlaubt es ihm, seine Hoffnung auf ein klassenbewußt lesendes Proletariat in der Bundesrepublik zu wahren, trotz seiner ernüchternden Bestandsaufnahme: »Ganz offensichtlich ist nur in – statistisch verschwindend – kleinen Teilen der Arbeiterklasse ein Leseverhalten und eine Lektüreauswahl zu finden, die die Ausbildung der im gewerkschaftlichen und antimonopolistischen Kampf geforderten Kenntnisse, Einstellungen und Persönlichkeitseigenschaften direkt fördert« (S. 93).

Dieter Langewiesche

Bernhard Muszynski, Wirtschaftliche Mitbestimmung zwischen Konflikt- und Harmoniekonzeptionen. Theoretische Voraussetzungen, geschichtliche Grundlagen und Hauptprobleme der Mitbestimmungsdiskussion in der BRD (= Studien zum politischen System der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 5), Verlag Anton Hain, Meisenheim am Glan 1975, 397 S., brosch., 29 DM; geb., 33 DM.

Mitbestimmung – diese auf mehr Freiheit und Emanzipation der Lohnabhängigen gerichtete programmatische Forderung ist seit dem Ende des Ersten Weltkriegs ein zentrales Thema der innenpolitischen Auseinandersetzung um Wirtschaft und Gesellschaft in Deutschland. Auch das inzwischen beschlossene Mitbestimmungsgesetz der SPD/FDP-Koalition wird die Diskussion um die Mitbestimmung nicht beenden, sondern einen Abschnitt dieser Debatte markieren. Die vorliegende Untersuchung des Hamburger Sozialwissenschaftlers Bernhard Muszynski beschäftigt sich mit der Mitbestimmungsdiskussion bis 1974 und versteht sich selbst als Zwischenbilanz. Muszynski befaßt sich mit der Mitbestimmung hauptsächlich unter der Fragestellung, ob die Ansätze der einzelnen Parteien oder ideologischen Strömungen eher konfliktorientiert oder eher harmonisierend sind, und schließt dann seine Studie mit einem Kapitel über Mitbestimmung als Partizipationsproblem ab. Zuvor versucht er einen Überblick über die historische Entwicklung und den gegenwärtigen Stand wirtschaftlicher Mitbestimmung und stellt einleitend seine methodischen und begrifflichen Ausgangspunkte dar. Er macht deutlich, daß er mit Ralf Dahrendorf den sozialen Konflikt für ein universales gesellschaftliches Phänomen und einen Träger sozialen Wandels hält. Folgerichtig begreift er wirtschaftliche Mitbestimmung als einen »Versuch, Konfliktaustragungsmechanismen resp. ihre Rahmenbedingungen normativ zu konstituieren« (S. 14). So gerüstet, gibt er einen kurzen Abriss der historischen Entwicklung der Mitbestimmung von vorindustriellen Formen der Betriebsvertretung über die Revolutionen von 1848 und 1918 bis hin zu den alliierten und deutschen Plänen und Maßnahmen in den Westzonen nach 1945. Diese Übersicht endet mit der zutreffenden Feststellung, daß das Bonner Grundgesetz in seinen sozialpolitischen Aussagen hinter die Weimarer Verfassung zurückgeht. An dieser Stelle wäre eine genauere Betrachtung der »Restauration der alten Verhältnisse, deren ökonomische Effizienz sich erwiesen hatte« (S. 82), sinnvoll gewesen, denn dann würde klarer, warum etwa die Forderungen des Münchner DGB-Kongresses von 1949 nach einer Wirtschaftsdemokratie der Realität nicht mehr entsprachen. Andere Aussagen

dieses Abschnitts sind ungenau bzw. unrichtig. So wird z. B. beiläufig »die kapitalismusimmanente Mitbestimmungskonzeption« (S. 62) an sich eingeführt, als ob es nicht zumindest die Konzeption von Mitbestimmung auch in sozialistischen Gesellschaften geben könnte.

Genauer verfährt Muszynski in dem folgenden Kapitel über die gesetzlichen Mitbestimmungsregelungen in der Bundesrepublik, wo er die Mitbestimmungsgesetze bis zum Mitbestimmungsfortgeltungsgesetz von 1971 und die Betriebsverfassungsgesetze von 1952 und 1971 referiert. Zudem teilt er empirische Befunde zur Mitbestimmung mit, die vor allem dem »Biedenkopf-Bericht« einer von der Regierung Kiesinger eingesetzten Experten-Kommission entnommen sind. Er hebt hervor, daß erstens die Arbeitnehmervertreter in Aufsichtsräten sich vielfach die Argumente der Unternehmer zu Konzentrationsvorgängen zu eigen machen, daß zweitens kein Versuch bekannt ist, die Mitbestimmung zum Vehikel einer zentralen Steuerung durch die Gewerkschaften zu machen und daß schließlich die Mitbestimmung die Tarifautonomie nicht tangiere. Die Betriebsverfassungsgesetze von 1952 und 1971 vergleicht er unter seiner erkenntnisleitenden Fragestellung »Konflikt/Harmonie« und kommt zu dem Ergebnis, daß das alte BVG »mit seinen auf betriebliche Harmonie ausgerichteten Intentionen in die Frühzeit der Betriebsverfassung« weise (S. 123), während im neuen BVG »die kooperativen Elemente die zweifelsohne durchaus noch vorhandenen Harmonisierungstendenzen überwiegen« (S. 135). Anschließend schildert der Autor verschiedene privatrechtlich verfaßte Mitbestimmungsregelungen in der BRD, so die gewerkschaftlichen Modelle (co-op, Bank für Gemeinwirtschaft usw.) und die meist auf Initiative aufgeschlossener Unternehmer zurückzuführenden Modelle wie das »Porst-Modell« oder das »Ahrensburger Modell« der Fa. Backhaus. Alle diese Regelungen scheinen den verkündeten Absichten ihrer Initiatoren kaum zu entsprechen: Bei gewerkschaftlichen Unternehmen findet sich ein Überwiegen der (gewerkschaftlichen) Unternehmenseite, bei vielen Partnerschaftsmodellen entpuppt sich die Kapitalbeteiligung der Beschäftigten als simples Mittel zur Steuerersparnis und Selbstfinanzierung, und auch dort, wo die Belegschaft relativ viel Kompetenz erhält, wie etwa bei Photo-Porst, erkennt Muszynski lediglich »Konfliktverlagerungsmechanismen« (S. 167).

Die empirischen Ergebnisse haben nach Ansicht des Verfassers die verschiedenen Positionen in der Mitbestimmungsfrage wenig berührt: Wenn empirische Resultate den ideologisch bestimmten Vorstellungen widersprachen, wurden diese entweder ignoriert oder durch unbewiesene Hypothesen neutralisiert, was gerade der Biedenkopf-Bericht selbst beweise. Wegen dieser Bedeutung ideologischer »Vortheorien« werden die Ansätze von Liberalismus, demokratischem Sozialismus, Marxismus und christlicher Soziallehre zur Gesellschaftstheorie wie zur Mitbestimmung verhältnismäßig breit abgehandelt. Während der Autor beim Liberalismus z. T. das »altliberale« Gesellschaftsverständnis mit seinem latenten Sozialdarwinismus kritisiert, scheint ihm Dahrendorfs Ansatz in der Soziallehre und der Mitbestimmungsproblematik richtig zu sein: Die Suche nach einer Unternehmensverfassung verstelle den Blick auf eigentlich wichtigere Konfliktregelungen im industriellen Bereich. Auch die – wengleich andersgearteten – »freiheitlich-sozialistischen« Konzeptionen werden positiv in ihrer Einstellung zum offenen Austragen von Konflikten bewertet. Dagegen beschränkt sich der Konfliktansatz des Marxismus in den Augen des Verfassers auf vorsozialistische Gesellschaften und ist eigentlich harmonistisch wie die katholische Gesellschaftslehre auch. Die Darstellung des demokratischen Sozialismus und des Marxismus ist dem Autor über weite Strecken mißlungen, selbst wenn man zur Kenntnis nimmt, daß Muszynski aus unerfindlichen Gründen Marxismus und »Marxismus-Leninismus sowjetischer Provenienz« gleichsetzt (S. 179). Das Mißverständnis marxistischer Theorie sei an einem Satz demonstriert, der marxistische politische Ökonomie referieren soll: »Indem der Kapitalist den Faktor Arbeit als Ware kauft und gewinnbringend einsetzt, erreicht er einen Profit, der dem Mehrwert des erzeugten Produkts entspricht« (S. 228). Dazu ganz kurz:

Marx lehnt die Theorie von den Produktions-Faktoren als unwissenschaftlich ab, kennt also auch keinen »Faktor« Arbeit; die Ware des Arbeiters ist nicht die Arbeit, sondern die Arbeitskraft, deren Gebrauchswert Arbeit ist; Profit schließlich ist für Marx »die verwandelte Form« des Mehrwerts¹. Auch die sowjetischen Lehrbücher, die nahezu ausschließlich zur Erläuterung des Muszynskischen Marxismus herangezogen werden, können diese und zahlreiche andere Fehlinterpretationen des Marxschen Werks nicht rechtfertigen.

Beim Referat der Mitbestimmungsvorstellungen vor allem der Bundestagsparteien bewegt sich Muszynski dann wieder auf sicherem Boden. Er gibt ausführlich die einzelnen Modelle (DGB, DAG, SPD, FDP, CDU, SPD/FDP-Regierungsentwurf) wieder, wobei er die DAG-, DGB- und SPD-Modelle interessenpluralistisch-sozialistisch, die FDP- und CDU-Modelle interessenpluralistisch-liberalistisch nennt. Dabei bedeutet »interessen-pluralistisch« das Austragen konfligierender Interessen, »liberalistisch« die tendenzielle Konformität von Anteilseignern und Unternehmen, »sozialistisch« die Betonung des »Gegenmachtfaktors« Arbeit. Im letzten Kapitel des Buches bezeichnet er dann die an Gegenmachtmodellen orientierte Mitbestimmung als »defensiv« im Unterschied zur »partizipativen Mitbestimmung«, deren wesentliches Element partizipative Arbeitsorganisation oder Mitbestimmung am Arbeitsplatz ist. Dazu meint Muszynski, daß defensive und partizipative Mitbestimmung einander gegenseitig bedingen würden; freilich besteht seines Erachtens langfristig gar keine Alternative zu teilautonomen Arbeitsgruppen im Sinne partizipativer Arbeitsorganisation. Er berücksichtigt indes nicht, daß a) die Unternehmer Verbesserungen der Arbeitsorganisation vorwiegend als Kostenfaktor betrachten und b) die Gewerkschaften kaum Bestrebungen stützen werden, die syndikalistisch eine Gesamtvertretung der Arbeitnehmer erschweren könnten.

Muszynski hat seine Absicht realisiert, zu »einer ordnenden und wertenden Zwischenbilanz« der Mitbestimmungsdiskussion zu kommen (Vorwort). Allerdings ist zu fragen, ob die »Ordnung« nicht kürzer und präziser durchgeführt werden konnte, wie dies Brinkmann-Herz beim nahezu gleichen Thema mit Erfolg versucht hat², und ob die »Wertung« nicht ertragreicher gewesen wäre, wenn der Verfasser nicht nur den Modus der Konfliktregelung, sondern stärker die damit verbundene Problematik von »Macht« und gewerkschaftlicher »Gegen-Macht« angegangen wäre. Zumindest die Arbeitgeberseite scheint diese Verbindung von Konflikt-Austragung und Machtfragen in der Mitbestimmung ja deutlich zu sehen³.

Volker Gransow

Hans-Peter Bull, Die Staatsaufgaben nach dem Grundgesetz, Athenäum Verlag, Frankfurt 1973, XVI, 421 S., Ln., 56 DM.

Die Erforschung der Genese, der Wirkungsweise und des Wandels von Wirtschafts- und Sozialverfassungen im engeren Sinne (als Bestandteile von politischen Verfassungen) ist noch ausgesprochen defizitär. Inwieweit kann die Rechtswissenschaft, insbesondere die Staatsrechtswissenschaft, Anregungen auch für eine sozialgeschichtliche Analyse im genannten Sinne geben?

Die vorliegende Studie von Hans-Peter Bull, eine rechtswissenschaftliche Hamburger Habilitationsschrift von 1972, verfolgt neben dem Ziel, den häufig gebrauchten, aber selten

1 Karl Marx, Das Kapital. Dritter Band, MEW, Bd. 25, S. 46. Zur Kritik der trinitarischen Formel von den Produktionsfaktoren vgl. *ebda.*, S. 822 – 839; zur Ware Arbeitskraft vgl. *ebda.*, Erster Band, MEW, Bd. 23, S. 181 ff.

2 Vgl. Dorothea Brinkmann-Herz, Die Unternehmensmitbestimmung in der BRD. Der lange Weg einer Reformidee, Köln 1975.

3 Vgl. Hanns Martin Schleyer, Ein Gesetz zwingt zum Konflikt. Über die schwierige Praxis der Mitbestimmung, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 28. Aug. 1976, S. 11.

Marx lehnt die Theorie von den Produktions-Faktoren als unwissenschaftlich ab, kennt also auch keinen »Faktor« Arbeit; die Ware des Arbeiters ist nicht die Arbeit, sondern die Arbeitskraft, deren Gebrauchswert Arbeit ist; Profit schließlich ist für Marx »die verwandelte Form« des Mehrwerts¹. Auch die sowjetischen Lehrbücher, die nahezu ausschließlich zur Erläuterung des Muszynskischen Marxismus herangezogen werden, können diese und zahlreiche andere Fehlinterpretationen des Marxschen Werks nicht rechtfertigen.

Beim Referat der Mitbestimmungsvorstellungen vor allem der Bundestagsparteien bewegt sich Muszynski dann wieder auf sicherem Boden. Er gibt ausführlich die einzelnen Modelle (DGB, DAG, SPD, FDP, CDU, SPD/FDP-Regierungsentwurf) wieder, wobei er die DAG-, DGB- und SPD-Modelle interessenpluralistisch-sozialistisch, die FDP- und CDU-Modelle interessenpluralistisch-liberalistisch nennt. Dabei bedeutet »interessen-pluralistisch« das Austragen konfligierender Interessen, »liberalistisch« die tendenzielle Konformität von Anteilseignern und Unternehmen, »sozialistisch« die Betonung des »Gegenmachtfaktors« Arbeit. Im letzten Kapitel des Buches bezeichnet er dann die an Gegenmachtmodellen orientierte Mitbestimmung als »defensiv« im Unterschied zur »partizipativen Mitbestimmung«, deren wesentliches Element partizipative Arbeitsorganisation oder Mitbestimmung am Arbeitsplatz ist. Dazu meint Muszynski, daß defensive und partizipative Mitbestimmung einander gegenseitig bedingen würden; freilich besteht seines Erachtens langfristig gar keine Alternative zu teilautonomen Arbeitsgruppen im Sinne partizipativer Arbeitsorganisation. Er berücksichtigt indes nicht, daß a) die Unternehmer Verbesserungen der Arbeitsorganisation vorwiegend als Kostenfaktor betrachten und b) die Gewerkschaften kaum Bestrebungen stützen werden, die syndikalistisch eine Gesamtvertretung der Arbeitnehmer erschweren könnten.

Muszynski hat seine Absicht realisiert, zu »einer ordnenden und wertenden Zwischenbilanz« der Mitbestimmungsdiskussion zu kommen (Vorwort). Allerdings ist zu fragen, ob die »Ordnung« nicht kürzer und präziser durchgeführt werden konnte, wie dies Brinkmann-Herz beim nahezu gleichen Thema mit Erfolg versucht hat², und ob die »Wertung« nicht ertragreicher gewesen wäre, wenn der Verfasser nicht nur den Modus der Konfliktregelung, sondern stärker die damit verbundene Problematik von »Macht« und gewerkschaftlicher »Gegen-Macht« angegangen wäre. Zumindest die Arbeitgeberseite scheint diese Verbindung von Konflikt-Austragung und Machtfragen in der Mitbestimmung ja deutlich zu sehen³.

Volker Gransow

Hans-Peter Bull, Die Staatsaufgaben nach dem Grundgesetz, Athenäum Verlag, Frankfurt 1973, XVI, 421 S., Ln., 56 DM.

Die Erforschung der Genese, der Wirkungsweise und des Wandels von Wirtschafts- und Sozialverfassungen im engeren Sinne (als Bestandteile von politischen Verfassungen) ist noch ausgesprochen defizitär. Inwieweit kann die Rechtswissenschaft, insbesondere die Staatsrechtswissenschaft, Anregungen auch für eine sozialgeschichtliche Analyse im genannten Sinne geben?

Die vorliegende Studie von Hans-Peter Bull, eine rechtswissenschaftliche Hamburger Habilitationsschrift von 1972, verfolgt neben dem Ziel, den häufig gebrauchten, aber selten

1 Karl Marx, Das Kapital. Dritter Band, MEW, Bd. 25, S. 46. Zur Kritik der trinitarischen Formel von den Produktionsfaktoren vgl. *ebda.*, S. 822 – 839; zur Ware Arbeitskraft vgl. *ebda.*, Erster Band, MEW, Bd. 23, S. 181 ff.

2 Vgl. Dorothea Brinkmann-Herz, Die Unternehmensmitbestimmung in der BRD. Der lange Weg einer Reformidee, Köln 1975.

3 Vgl. Hanns Martin Schleyer, Ein Gesetz zwingt zum Konflikt. Über die schwierige Praxis der Mitbestimmung, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 28. Aug. 1976, S. 11.

erläuterten Begriff der *Staatsaufgaben* einer Klärung näher zu bringen, vor allem den Zweck, den unbestimmten Begriff des »Sozialstaates«, der zugleich ein zentraler Begriff des Grundgesetzes ist, inhaltlich auszufüllen und auf diese Weise eine wichtige Grundlage einer »materialen« Staatslehre zu schaffen.

Nach der Darlegung der allgemeinen Bedeutung einer Staatsaufgabenlehre erörtert Bull die Staatszwecklehren von der Antike über das Mittelalter bis zur »Gemeinwohl«-Diskussion im 19. und 20. Jahrhundert, wie auch die Krise der Staatszwecklehren, hervorgerufen u. a. durch den Befund der romantischen Staatslehre, der Staat sei selbst Zweck (Adam Müller; ähnliche Formulierungen, wenn auch auf anderer philosophischer Grundlage, finden sich auch bei Hegel). Dann versucht der Verfasser Antwort auf terminologische Grundfragen zu geben und »Zweck«, »Aufgabe«, »Ziel« und »Funktion« des Staates in ihrer jeweiligen Reichweite zu bestimmen. Wichtig ist dabei die Feststellung, daß die Grenzen staatlicher Tätigkeit nicht allein durch die zulässigen Mittel, sondern auch durch zulässige Ziele *und* Mittel zu bestimmen seien (S. 43, Anm. 4).

Nach dem Staatsverständnis des Autors (S. 56 ff.) ist der sozialwissenschaftliche Staatsbegriff dem juristischen vorgeordnet; er spricht deshalb von der »staats hervorbringenden Gesellschaft« (S. 68). Die Kritik an Max Webers These, seine Staatsdefinition sei soziologisch, obwohl sie nur die *Staatsmittel* anspricht, orientiert sich an der Staatslehre Hermann Hellers, der am frühesten und konsequentesten den theoretisch wie methodisch bedeutungsvollen Versuch wagte, die Trennung zwischen sozialwissenschaftlicher und rechtswissenschaftlicher Betrachtung des Staates zu überwinden, und zu einer beide Perspektiven verbindenden, Staat und Gesellschaft übergreifenden Betrachtung des politisch-sozialen Lebenszusammenhangs gelangte. Von Heller stammt auch der Begriff des »sozialen Rechtsstaats«.

Bull bleibt bei Heller nicht stehen, sondern versucht auch neuere Ansätze sozial- und rechtswissenschaftlicher Gesamtbetrachtung einzubeziehen. Dabei übernimmt er gelegentlich unkritisch eingängige Formeln wie die von Wiethölter, wonach die Würde aller Menschen nicht »vorgegeben«, sondern »aufgegeben« sei (S. 155), die nur auf den ersten Blick plausibel erscheinen. Bei näherem Zusehen ergibt sich, daß nach dem Grundrechtsverständnis der Väter unserer Verfassung tatsächlich zunächst die Würde der Einzelperson dem Staat *vorgegeben* und dann dem Staat *aufgegeben* ist, soweit die persönlichen Vorgaben zur Verwirklichung eines menschenwürdigen Lebens nicht ausreichen.

Bull selbst benutzt den fruchtbaren Begriff der Förderung der bisher weniger begünstigten Teile der Bevölkerung in ihren *Lebenschancen* (S. 171). Er macht auf diese Weise deutlich, wodurch das Sozialstaatsprinzip in besonders hohem Maße »dynamisiert« wird: Dadurch, daß nicht nur auf die *Startchancen*, sondern auf die *Lebenschancen* abgehoben wird, erhält der Chancenbegriff eine neue Dimension, weil die sozialstaatliche Zuständigkeit prinzipiell *alle Lebensphasen* umgreift und das, was täglich Tausende von Menschen an Wechselfällen des Lebens trifft (Krankheit, Unfall etc.), helfend in der Weise auszugleichen versucht, daß deutlich wird, daß es *Startchancen* nicht nur einmal im Leben geben darf.

Der Nachweis, daß das Subsidiaritätsprinzip nicht Bestandteil des Verfassungsrechts ist, leuchtet im ganzen ein. Wichtig ist dabei der Hinweis, daß, soweit dieses Prinzip rechtliche oder faktische Monopole gesellschaftlicher Verbände auf eine bestimmte Tätigkeit mit den damit verbundenen Entfaltungs- und Gewinnchancen postuliert, es möglicherweise ebenso große Gefahren für Freiheitlichkeit und Sozialität mit sich bringe wie eine einseitig »staatsfreundliche« Theorie (S. 195). Bull betont auch zu Recht, daß der Staat gerade in Opposition zu liberalen Subsidiaritätsvorstellungen »sozial« geworden sei und die soziale »Bewegung« deshalb auf den Staat habe setzen müssen, weil andere Gewalten die anstehenden Aufgaben nicht hatten bewältigen können.

Ein zentrales Ergebnis des mehr theoretisch orientierten ersten Teils der Studie läßt sich so zusammenfassen: Es gibt keine Staatsaufgaben a priori, die etwa nur aus dem »Wesen des

Staates« oder einer anderen staatsphilosophischen Denkfigur abgeleitet werden können. Die Antwort auf die Frage: »Was *muß* der Staat und was *darf* er tun?« ist im Rahmen der durch das Grundgesetz bestimmten Möglichkeiten jeweils konkret herauszuarbeiten.

In Teil II (S. 213 ff.) wird ein Überblick über die nach dem Grundgesetz möglichen Staatsaufgaben gegeben. Dabei geht der Verfasser (zumindest *implicite*) von einer Rangfolge aus, die die Existenzsicherung der in der Bundesrepublik lebenden Menschen und dabei insbesondere die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlage an die erste Stelle rückt. Ihr folgt die Sicherung der Entfaltungsmöglichkeiten; an dritter Stelle steht die Gewährleistung der verfassungsmäßigen Ordnung des Zusammenlebens. Diese Rangfolge macht deutlich, daß Bull nicht zu jenen Staatsrechtlern gehört, die die Realisierung von »Ordnung« und »Sicherheit« im Sinne des »Nachtwächterstaates« als staatliche Hauptaufgabe begreifen. Von Bedeutung dabei ist insbesondere, daß Bull auch hinsichtlich der Staatsaufgabe »Ordnung« bei der Setzung allgemeiner positiver Normen von den dabei aufgeführten vier Typen die strikten Normen »mit besonders starkem Bezug zur Gerechtigkeit« zuerst nennt. An zweiter Stelle folgen »technische« Normen, die nur in geringem Maße wertbezogen sind. An dritter Stelle stehen Rechtsnormen, die den Rahmen für »willkürliches« Handeln der Bürger schaffen, und an vierter Stelle soziale Normen, die von Rechtssätzen »aufgenommen« und damit zu Bestandteilen des positiven Rechts gemacht werden (S. 326).

Im vorletzten Abschnitt werden Grenzbereiche zulässiger staatlicher Aktivität bezeichnet und zur Verdeutlichung eine Art Negativkatalog aufgestellt, der einmal mehr sichtbar macht, daß Bull keineswegs ein Anhänger staatlicher Omnikompetenz ist. Im letzten Abschnitt skizziert Bull Tendenzen der Aufgabenentwicklung. Dabei betont er, daß es darum gehe, das bisher »typische« Staatshandeln (»*punktuell und reaktiv*«) durch Vorsorge abzulösen, wobei Planung als eine zentrale Bedingung solcher Vorsorge immer mehr in den Vordergrund rückt. Man wird ihm hierin zustimmen können. Wer allerdings die heutige Planungspraxis kennt, weiß, daß es in der Bundesrepublik weitgehend an einer Vereinheitlichung der Planungsgrundsätze sowohl auf regionalen wie sektoralen Planungsebenen fehlt (im Gegensatz etwa zum Haushaltsrecht). Vielleicht könnte sich die Rechtswissenschaft dieses Themas annehmen.

Insgesamt bietet die Arbeit von Bull eine Reihe von Anregungen für thematische Erweiterungen und präzisere Fragestellungen von sozialgeschichtlichen Untersuchungen zur Nachkriegszeit, insbesondere zur Geschichte der Bundesrepublik, wenn dabei ein Begriff von Sozialgeschichte zugrunde gelegt wird, der auch die politischen (hier: die verfassungspolitischen) Bewegungsvorgänge einbezieht. Ein ausführliches Literaturverzeichnis mit vielen Literaturhinweisen aus Politikwissenschaft und politischer Soziologie sowie ein Sachregister ergänzen auf nützliche Weise diese perspektivenreiche Arbeit. Hartmut Soell